

Rechtsextremismus im Wandel

Richard Stöss



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Berlin

FES **Projekt**
GEGEN
RECHTS
EXTREMISMUS

Dritte aktualisierte
Auflage

Impressum

ISBN 978-3-86872-565-0

Herausgegeben von

Nora Langenbacher

Friedrich-Ebert-Stiftung

Forum Berlin

Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“

Hiroshimastraße 17

10785 Berlin

www.fes-gegen-rechtsextremismus.de

Autor

Professor Dr. Richard Stöss

Lektorat

Barbara Hoffmann

Gestaltung

Meintrup, Grafik Design

Fotos

Holger Kulick, M. Reisinger

Druck

bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Copyright 2010 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	9
1. Begriffsbestimmung	10
Rechtsextremismus als amtlicher Begriff	10
Stärken und Schwächen des amtlichen Extremismus-Begriffs	15
Rechtsextremismus als politikwissenschaftlicher Begriff	19
2. Herkunft, Ideologie, Ziele und Kampagnen	24
Rechtsextremismus strebt nach der Macht im Staat	24
Die Geburtsstunde des Rechtsextremismus	24
Kernelemente der Ideologie des Rechtsextremismus	25
Deutschnationale und Nationalsozialisten	27
Ideologische Traditionen und strategische Optionen des Nachkriegsrechtsextremismus	29
Kampagnen des Rechtsextremismus seit 1945	31
a) Die Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reichs ...	31
b) Die Revisionismuskampagne	33
c) Die Überfremdungskampagne	34
d) Die Antiglobalisierungskampagne	39
e) Die Antiislamkampagne	42
3. Ursachen	47
Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus	47
a) Der „autoritäre Charakter“	47
b) Unzufriedenheit mit dem sozialen Status	48

c) Relative Deprivation	49
d) (Drohender) Privilegienverlust	50
e) Individualisierung	51
f) Flexibilisierung	51
g) Politische Unzufriedenheit	51
h) Antidemokratische Diskurse in Politik und Medien	52
Zum Zusammenhang der Erklärungsfaktoren	53
Erfolgsbedingungen des organisierten Rechtsextremismus	54
4. Einstellungen	56
Zur Messung rechtsextremistischer Einstellungen	56
Ergebnisse früherer Untersuchungen	61
Aktuelle Untersuchungsergebnisse	64
5. Wahlen und Wähler/innen	72
Die Phase 1945–1961	74
Die Phase 1962–1982	75
Die Phase 1983–1990	77
Der gesamtdeutsche Rechtsextremismus	82
Die Anhänger/innen der rechtsextremistischen Parteien und die Wahlabsicht der Rechtsextremisten	88
6. Organisation, Programmatik und Praxis	96
Überblick über die Gesamtentwicklung	96
Rechtsextremismus in der DDR	106
Zwei Etappen des gesamtdeutschen Rechtsextremismus	109
Die Entwicklung in den neunziger Jahren	110
a) Neonazistische Gruppierungen	110
b) Wahlparteien	115
c) Programmatischer Wandel	119
d) Strategischer Wandel	122
Die Entwicklung seit der Jahrtausendwende	125

a) Die „Freien Kräfte“	125
b) Die Bündnispolitik der NPD	128
c) Die NPD als „Gravitationsfeld“ im Rechtsextremismus	134
d) Fundamentalopposition oder systemimmanenter Pragmatismus?	138
e) Gegen die „Islamisierung“ Deutschlands und Europas	141
f) Ausblick	145
7. Protestverhalten, Subkulturen und Gewalt	147
Die Entwicklung des Gewaltpotenzials seit 1990	148
Täter und Typen	154
Befreite Zonen	158
Skinheads	160
Rechtsextremistische Parteien, Neonazis und Skinheads	165
8. Frauen und Rechtsextremismus	168
Einstellungen und Verhalten	168
Ursachen für die Hinwendung zum Rechtsextremismus	171
9. Rechtsextremismus in Europa	174
Rechtsextremismus in Westeuropa	174
a) Existenz- und Erfolgsbedingungen	174
b) Ethnozentristische Einstellungen	177
c) Parteitypen	180
d) „Rechtsextremismus light“	181
e) Systemkritischer völkischer Nationalismus	190
f) Systemfeindlicher Faschismus	196
g) Vom Faschismus über den gemäßigten Rechtsextremismus zum staatstragenden Konservatismus: das Beispiel Italien	196
Rechtsextremismus in Osteuropa	199
a) Existenz- und Erfolgsbedingungen	199
b) Nationalistisch-chauvinistische Parteien	202

c) Rechtsextremistische Parteien	204
Internationale Zusammenarbeit	209
Ausblick	212
10. Zusammenfassung	216
Begriffe	216
Ziele und Kampagnen	216
Ursachen	217
Einstellungen	218
Wahlen und Wähler	219
Subkultureller Protest in Ostdeutschland	220
Organisationsvielfalt in Westdeutschland	222
Der gesamtdeutsche Rechtsextremismus	224
Die NPD als dominante Kraft im deutschen Rechtsextremismus	226
Strategische Konflikte im gegenwärtigen Rechtsextremismus	228
Rechtsextremismus im Wandel	229
Rechtsextremismus in Europa	230
Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus	232
Abkürzungen	235

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Denn nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein!“ – Kurt Tucholsky

Rechtsextremismus als zentrale Herausforderung für Demokratie und Menschenrechte erfordert ein wachsameres und kontinuierliches Bewusstsein und Engagement aller Akteure unserer Gesellschaft. Das demokratiegefährdende Potential der extremen Rechten und ihrer Ideologie führen uns immer wieder Wahlerfolge, Gewalttaten aber auch Erhebungen zu rechtsextremen Einstellungen vor Augen. Auch unsere Repräsentativerhebung „Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“ unterstreicht erneut ein besorgniserregendes Ausmaß an rechtsextremen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft.

Um einen mutigen „Charakter“ zu haben, d.h. im Sinne Tucholskys für Demokratie und Menschenrechte und gegen Rechtsextremismus auf- und einzustehen, dafür braucht es auch Wissen, Bewusstsein und Handwerkszeug. Dem Erwerb dieser Kernkompetenzen in der Arbeit gegen Menschenfeindlichkeit und dem damit einhergehenden gesamtgesellschaftlichen Prozess einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus fühlt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung zutiefst verpflichtet.

Daher stellt die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus sowie gegen fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen seit Jahren ein zentrales Arbeitsfeld der Friedrich-Ebert-Stiftung dar. Bundesweit bieten wir daher Tagungen, Seminare und Ausstellungen an, die über Erscheinungsformen der extremen Rechten informieren, effektive Strategien für Demokratie und Zivilcourage aufzeigen und zur Qualifizierung für ein demokratisches, politisches und bürgerschaftliches Engagement beitragen. Die Notwendigkeit der kontinuierlichen Arbeit gegen Rechts unterstreicht die Friedrich-Ebert-Stiftung seit 2005 zudem durch ihr zentrales Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ im Forum Berlin (mehr Informationen zur Arbeit der FES erhalten Sie im Anhang).

Mit Publikationen wie dieser möchten wir zum Fachdiskurs über Erscheinungsformen und Entwicklungen der extremen Rechten beitragen. Es freut uns sehr, dass die vorliegende Studie von Professor Richard Stöss, die wir bereits seit 2005 in jeweils aktualisierten Auflagen herausgeben, mittlerweile zu einem Standardwerk auch für die politische Bildungsarbeit geworden ist und sich einer hohen Nachfrage erfreut.

Ziel dieser Neuauflage ist, erneut umfassende und aktualisierte Informationen zum Rechtsextremismus zur Verfügung zu stellen: Zur Begriffsbestimmung, zu Ursachen, zu Organisations- und Ausdrucksformen des Rechtsextremismus, zur Programmatik und Geschichte. Der Band greift zudem auch neue Aspekte, beispielsweise das Thema „Frauen und Rechtsextremismus“ auf und erweitert in anderen Teilen, beispielsweise mit Blick auf das drängende Problem „Rechtsextremismus in Europa“ die Analyse. Herzlich hierfür gedankt sei dem Autor Professor Richard Stöss.

Diese Publikation sowie weitere Informationen zur Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie auch online unter <http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de>.

Nora Langenbacher

Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“

Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung

Einleitung

Betrachtet man die Entwicklung des Rechtsextremismus seit der deutschen Einheit, dann fällt zu allererst auf, dass sich das rechtsextremistische Potenzial zwischen 1993 und 2009 von rund 65 000 Personen auf knapp 27 000 Personen verringert hat. Das bedeutet einen Rückgang von 60 Prozent! Auch haben rechtsextremistische Parteien nach wie vor keine Chance, bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden, und auf Landesebene sind ihre Wahlergebnisse zumeist rückläufig. Weiterhin scheint die Anfälligkeit der Bevölkerung für rechtsextremistische Einstellungen in den letzten Jahren etwas abgenommen zu haben. Und schließlich ist Deutschland im internationalen Vergleich nur mäßig mit Rechtsextremismus belastet. Die Programme der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, die zivilgesellschaftliche Gegenwehr und die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden waren offenbar außerordentlich erfolgreich. Haben wir also Anlass, um Entwarnung zu geben? Die Antwort lautet definitiv: Nein!

Dieses apodiktische „Nein!“ gründet sich nicht nur auf das fast schon geflügelte Wort von Erwin K. Scheuch und Hans-Dieter Klingemann aus dem Jahr 1967, dass es sich beim Rechtsextremismus um eine „normale Pathologie“ (Krankheit) moderner Industriegesellschaften handelt. Das trifft zwar nach wie vor zu, ist aber nicht mein hauptsächliches Argument. Ich werde in dieser Broschüre zeigen, dass sich der Rechtsextremismus in den vergangenen 20 Jahren stark verändert hat. Richtig ist, dass sich das Personenpotenzial – wie von den Verfassungsschutzbehörden ermittelt – deutlich verringert hat. Aber gleichzeitig ist der Gefährdungsgrad des Rechtsextremismus für die Demokratie dramatisch gewachsen: Wir haben es mit einer massiven Verschiebung von eher systemkonformen zu eher systemfeindlichen Praktiken zu tun. Der Anteil der systemfeindlichen Kräfte am rechtsextremistischen Personenpotenzial betrug 2009 bundesweit 78 Prozent, in Ostdeutschland sogar 96 Prozent. Und die rechtsextremistisch motivierte Kriminalität hat sich zwischen 1990 und 2009 verzehnfacht.

Angesichts dieser Entwicklungen kann von Entwarnung keine Rede sein. Im Gegenteil! Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus muss konsequent – möglichst noch intensiver und professioneller – fortgesetzt werden.

Richard Stöss
Berlin, im Oktober 2010

1 Begriffsbestimmung

Der Begriff Rechtsextremismus ist in den Sozialwissenschaften umstritten und unklar. Es existiert *keine allgemein anerkannte Definition und schon gar keine Theorie des Rechtsextremismus*. Allein die amtliche Terminologie der Verfassungsschutzämter kann als einigermaßen konzise bezeichnet werden, eignet sich aber nur bedingt für die Zwecke der Sozialforschung, der Sozialarbeit und der politischen Bildung.

Rechtsextremismus als amtlicher Begriff

In der Bundesrepublik können extremistische¹ Parteien (von rechts und links) durch die zuständigen Behörden beobachtet werden (sogar mit geheimdienstlichen Mitteln), aber sie können nicht deshalb verurteilt oder gar verboten werden, weil sie extremistisch sind. Wohlgemerkt: Ein Parteiverbot ist nach der Rechtsordnung der Bundesrepublik möglich, aber nicht mit der Begründung des Extremismus. Das Grundgesetz kennt den Begriff Extremismus nicht, er findet sich in keinem Gesetz und in keinem Gerichtsurteil. (Rechts- bzw. Links-) Extremismus ist kein Rechtsbegriff, aus dem sich unmittelbar juristische Konsequenzen ableiten ließen.

Der Schlüssel zum Verständnis dieses scheinbaren Widerspruchs liegt im Konzept der „wehrhaften“ oder „streitbaren“ Demokratie, das sich als Bestandteil des Gründungskonsenses der Bundesrepublik durchgesetzt hat. Während der Beratungen des Parlamentarischen Rats über das Grundgesetz stellte der Sozialdemokrat Carlo Schmid angesichts der Erfahrungen der Weimarer Republik, wo antidemokratische Kräfte im Schutz der Verfassung die Zerstörung der Demokratie betreiben konnten, folgende Frage:

„Soll diese Gleichheit und Freiheit völlig uneingeschränkt und absolut sein, soll sie auch denen eingeräumt werden, deren Streben aus-

1 Im Amtsdeutsch gilt „extremistisch“ als Eigenschaftswort für Extremismus. Umgangssprachlich findet aber auch „extrem“ Verwendung. Folgt man dem Duden, dann stellt „extremistisch“ eine Form der Steigerung von „extrem“ dar. „Extremistisch“ bezeichnet den Endpunkt auf der gedachten Skala, „extrem“ einen Punkt irgendwo kurz davor. Das Hauptwort „Extremismus“ vernachlässigt diese Unterscheidung.

schließlich darauf geht, nach der Ergreifung der Macht die Freiheit selbst auszurotten? ... Ich für meinen Teil bin der Meinung, dass es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, dass sie selber die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft ... Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt einer bloßen Zweckmäßigkeitentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muss man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“

Die Position von Carlo Schmid hat sich durchgesetzt. Das Grundgesetz enthält eine Reihe von Vorschriften, die den *Bestandsschutz der Demokratie gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen* (von rechts und links) gewährleisten sollen. Der Staat der Bundesrepublik schützt sich (auch präventiv) gegenüber seinen Feinden durch gesetzliche Regelungen und – konsequenterweise – durch Organe bzw. Institutionen. Wichtige Vorschriften sind neben dem politischen Strafrecht die *Verwirkung von Grundrechten* (Art. 18 GG), das *Verbot von Vereinen* (Art. 9 Abs. 2 GG) sowie das *Verbot politischer Parteien* (Art. 21 Abs. 2 GG).

Zu den Institutionen, denen der Schutz der Verfassung obliegt, zählen vor allem das Bundesverfassungsgericht und die Verfassungsgerichte der Länder, Staatsanwaltschaften und Gerichte, die Innenministerien des Bundes und der Länder, dabei insbesondere die Polizei (Staatsschutz) und die Verfassungsschutzämter.

Was schützen die genannten Vorschriften und Institutionen? Natürlich nicht die Verfassung insgesamt, sondern nur ihren „Wesenskern“, die „*freiheitliche demokratische Grundordnung*“ des Grundgesetzes. Die Merkmale dieser Grundordnung sind jedoch im Grundgesetz nicht explizit aufgelistet. Seit Bestehen der Bundesrepublik sind mehrere Vereinigungen und zwei politische Parteien verboten und aufgelöst worden. Bei den Parteien handelt es sich um die neofaschistische Sozialistische Reichspartei (SRP) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Im SRP-Urteil von 1952 definierte das Bundesverfassungsgericht erstmalig den Begriff „*freiheitliche demokratische Grundordnung*“:

„So lässt sich die freiheitliche demokratische Grundordnung als eine Ordnung bestimmen, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung

vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“

Kennzeichnend für die freiheitliche demokratische Grundordnung sind also acht Prinzipien:

- Menschenrechte
- Volkssouveränität
- Gewaltenteilung
- Verantwortlichkeit der Regierung
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- Unabhängigkeit der Gerichte
- Mehrparteienprinzip
- Chancengleichheit der Parteien einschl. Oppositionsfreiheit

Im KPD-Urteil von 1956 bestimmte das Bundesverfassungsgericht darüber hinaus:

„Eine Partei ist auch nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie diese obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht anerkennt, sie ablehnt, ihnen andere entgegensetzt. Es muss vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen, sie muss planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen, im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen.“

Halten wir fest: *Verfassungswidrig sind Handlungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten.* In seinem „Junge Freiheit“-Urteil von 2005 hat das Bundesverfassungsgericht wieder festgestellt, dass „bloße Kritik an Verfassungswerten und Verfassungsgrundsätzen ... nicht als Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzuschätzen“ ist, „wohl

aber darüber hinausgehende Aktivitäten zu deren Beseitigung“. Und: Das Bundesverfassungsgericht hat die SRP nicht als rechtsextremistisch und die KPD nicht als linksextremistisch, sondern beide als verfassungswidrig bezeichnet.

Wie gesagt: Extremismus ist kein Rechtsbegriff. Von Extremismus spricht man nur in der Verwaltungspraxis, insbesondere bei den Verfassungsschutzämtern. Extremismus bezieht sich jedoch auf die freiheitliche demokratische Grundordnung. Alljährlich legen das Bundesinnenministerium und die Innenministerien der Länder einen „Verfassungsschutzbericht“ vor, in dem die Erkenntnisse der Verfassungsschutzämter unter anderem über linksextremistische und rechtsextremistische Bestrebungen zusammengefasst werden.

Als extremistisch gelten *Bestrebungen*, die *gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung*, den *Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes* gerichtet sind oder eine *ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane* des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben.

Als *wesentliche Merkmale der rechtsextremistischen Weltansicht* gelten:

- Nationalismus,
- Rassismus,
- ein autoritäres Staatsverständnis sowie
- die Ideologie der Volksgemeinschaft.

Mit der *inhaltlichen Abgrenzung des Linksextremismus* tut sich der amtliche Sprachgebrauch wesentlich schwerer. Eine einheitliche Ideologie wird nicht angenommen. Vielmehr werden zwei, nachgerade widersprüchliche ideologische Traditionen benannt: „Linksextremisten wollen an Stelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft oder eine ‚herrschaftsfreie‘, anarchistische Gesellschaft etablieren und orientieren ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Ideologien.“²

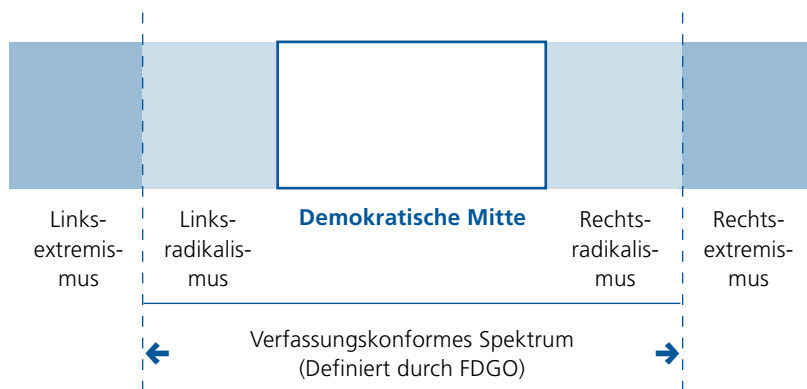
Die von den Verfassungsschutzbehörden observierten Organisationen und Bestrebungen stehen im *Verdacht*, verfassungswidrige Ziele zu verfolgen. Liegen

2 Verfassungsschutzbericht des BMI 2008, S. 146.

dafür hinsichtlich einer bestimmten Organisation ausreichende Verdachtsmomente vor, dann erfolgt amtlicherseits die Charakterisierung als rechts- oder linksextremistisch, und die zuständigen Behörden beginnen damit, Informationen (aus offenen Quellen und mit nachrichtendienstlichen Mitteln) zu sammeln und auszuwerten. Die Erkenntnisse werden dann vor allem an das zuständige Innenministerium, an die Strafverfolgungsbehörden, an Behörden und andere Stellen im Rahmen des Geheimschutzes, an Einstellungsbehörden, an den Militärischen Abschirmdienst und an den Bundesnachrichtendienst, an ausländische Nachrichtendienste und schließlich an die Öffentlichkeit weitergegeben. Extremismus ist also ein *von der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abgeleiteter interner Arbeitsbegriff* von Verwaltungsbehörden, die mit Aufgaben des Verfassungsschutzes betraut sind.

Voraussetzung für eine Observation extremistischer Bestrebungen sind konkrete Verdachtsmomente. Darüber entscheiden die zuständigen Behörden des Bundes und der Länder, oft nach unterschiedlichen Kriterien und nicht selten nach *politischen* Gesichtspunkten. So kann es vorkommen, dass eine rechts- oder linksextremistische Organisation nicht in allen Verfassungsschutzberichten erwähnt ist. Von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder wurde beispielsweise längere Zeit und mit unterschiedlichem Ergebnis geprüft, ob die Republikaner in ihre Observation einbezogen werden sollen.

Grafik 1: Das Extremismus-Modell



FDGO = Freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes

Dass bei der Bewertung einzelner Organisationen auch politische Gesichtspunkte eine Rolle spielen können, beruht letztendlich darauf, dass die Grenzlinie zwischen Demokratie und Extremismus nicht immer leicht zu bestimmen ist. Der Übergang ist zumeist fließend. Zu diesem Zweck kennt das Amtsdeutsch den Begriff *Radikalismus*. Er markiert die Grenzzonen zwischen den Extremisten und dem demokratischen, durch die freiheitliche demokratische Grundordnung geschützten Bereich, wobei der Rechts- bzw. Linksradikalismus noch dem verfassungskonformen Spektrum zuzurechnen ist (siehe Grafik 1).

Bei der Beurteilung der Republikaner geht es um die Frage, ob die Partei rechtsradikal, also stark rechts, aber noch dem demokratischen Spektrum zuzurechnen ist, oder ob sie die Schwelle zum Rechtsextremismus überschritten hat, also in begründetem Verdacht steht, verfassungswidrige Ziele zu verfolgen. Letzteres ist erst seit Ende 1992 die Auffassung des Kölner Bundesamts für Verfassungsschutz. Seit 1994 wurden die Republikaner dem Rechtsextremismuspotenzial zugerechnet, mit dem Hinweis allerdings, dass nicht alle Mitglieder der Partei rechtsextremistische Ziele verfolgten oder unterstützten. Im Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz für das Jahr 2006 wurden die Mitglieder der Republikaner zwar nach wie vor dem rechtsextremistischen Personenpotenzial zugerechnet, auf eine Darstellung der Ziele und Aktivitäten der Partei wurde nun allerdings verzichtet, weil „derzeit keine hinreichend gewichtigen tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ vorlägen. Seit 2007 werden die Republikaner überhaupt nicht mehr als rechtsextremistisch geführt und in den Personenstatistiken auch nicht mehr berücksichtigt. Dies entspricht durchaus der tatsächlichen Entwicklung der Partei, die sich allerdings nach wie vor am rechten Rand des Parteiensystems bewegt.

Schwer tun sich die Verfassungsschützer auch mit der Bewertung der Linkspartei. Sie wird derzeit im Bund und in fünf Bundesländern komplett beobachtet. In drei Bundesländern gelten nur Teile der Partei als extremistisch, und in den übrigen acht Ländern findet keine Beobachtung (mehr) statt.

Stärken und Schwächen des amtlichen Extremismus-Begriffs

Die grafische Darstellung des Extremismus-Modells (Grafik 1) lässt erahnen, woran sich die hauptsächliche *Kritik am Extremismus-Begriff* festmacht: Rechts- und Linksextremismus bilden die entgegengesetzten Endpunkte eines Kontinuums, dessen Zentrum der demokratische Sektor bildet. Zum einen wird befürchtet, dass Links- und Rechtsextremismus damit inhaltlich *gleichgestellt*

werden (was oft, aber nicht immer und auch nicht notwendigerweise der Fall ist). Zum anderen wird bemängelt, dass Rechtsextremismus damit zu einem *Randphänomen* erklärt und mithin bagatellisiert wird. Tatsächlich handele es sich dabei aber nicht um Außenseiterpositionen, sondern um ein Phänomen, das *in der Mitte der Gesellschaft* gedeihe.

Diese Kritik ist in gewisser Hinsicht berechtigt, übersieht allerdings das Konstruktionsprinzip des im verfassungsrechtlichen Bereich angesiedelten Modells. Es bildet die Gesellschaft nicht ab und erhebt auch nicht den Anspruch, Rechts- bzw. Linksextremismus wissenschaftlich zu interpretieren. Es markiert lediglich den Grenzbereich zwischen den Grundprinzipien der Demokratie und demokratiefeindlichen Bestrebungen. Trotz der erwähnten Ungereimtheiten ist der amtliche Extremismus-Begriff für die Verwaltungspraxis und für die Rechtsprechung hinreichend präzise und handhabbar, weil er sich auf Vorschriften des Grundgesetzes und auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bezieht.

Die Politikwissenschaft kann sich jedoch nicht darauf beschränken, Rechtsextremismus ausschließlich als manifesten Bedrohungsfaktor für die Verfassungsordnung zu analysieren. Sie muss sich darüber hinaus auch mit den historischen Wurzeln, mit den Ursachen und Folgen des Rechtsextremismus und mit seiner Bedeutung für die gesellschaftlich-politischen Strukturen und Prozesse beschäftigen. Sie muss das Phänomen also umfassend in allen seinen Facetten behandeln.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht *lässt sich Demokratie nicht auf die Haltung zum Rechtsstaat*, auf die eben genannten acht formalen Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verkürzen. Da sehr unterschiedliche, sogar widersprüchliche Vorstellungen vom Zweck und von der Gestaltung der Demokratie bestehen, ist es absurd, Menschen danach einzuteilen, ob sie für oder gegen die Demokratie sind. In der Demokratietheorie finden sich (stark vereinfacht und zugespitzt) zwei unterschiedliche Positionen: Eine *radikaldemokratische* Position versteht darunter direkte Demokratie, strebt die Identität von Herrschenden und Beherrschten an, setzt sich für plebiszitäre Partizipationsformen ein und nimmt für sich das Recht auf zivilen Ungehorsam gegen staatliche Entscheidungen in Anspruch. Eine *etatistische* (auf den Staat fixierte) Position betrachtet Demokratie aus dem Blickwinkel von politischer Stabilität und staatlicher Effizienz, ihr geht es vor allem um Ruhe, Ordnung und Sicherheit, wobei Demokratie auf ein Auswahlverfahren für die politischen Eliten reduziert wird. Dass die Vertreter/innen der einen Position nicht selten die demokratische Gesinnung der Vertreter/innen der anderen Position in Zweifel ziehen, beweist, dass jedes Demokratieverständnis stark durch Werturteile geprägt ist.

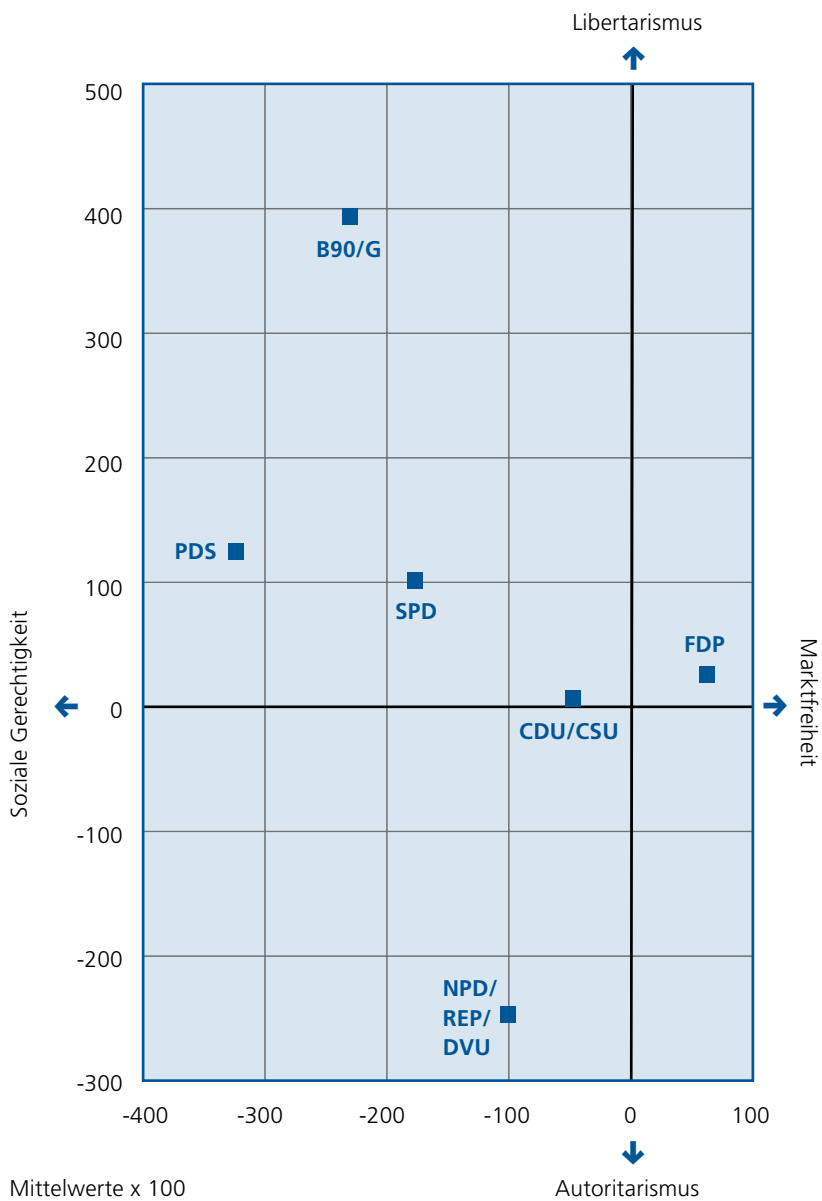
Die politikwissenschaftliche Kritik am Extremismus-Modell bezieht sich weiterhin auf seine *Eindimensionalität*, wobei das Links-Rechts-Schema als Folie dient. Dabei gilt die Mitte gemeinhin als gemäßigt, harmonisch und ausgleichend, während die Ränder oft im Verdacht stehen, sektiererisch, kompromisslos und polarisierend zu sein. Empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass in der Bevölkerung sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Bedeutung von Links und Rechts bestehen. Zumeist dient die Links-Rechts-Skala zur Vereinfachung komplexer politischer Sachverhalte, beispielsweise zur Verortung von Personen oder Parteien im politisch-ideologischen Spektrum. Dass dabei wiederum *Werturteile* im Spiel sind, ergibt sich aus der Tatsache, dass bei den einen Links positiv und Rechts negativ besetzt ist, während andere Rechts positiv und Links negativ bewerten.

In der Politikwissenschaft bestehen seit langem starke Zweifel daran, ob sich die politische Realität auf einer einzigen Achse abbilden lässt. Denn in allen politischen Lagern gibt es demokratische und antidemokratische Tendenzen. Dies gilt auch für die Mitte: Der US-amerikanische Soziologe Seymour Martin Lipset hat den Faschismus beispielsweise als „Extremismus der Mitte“ bezeichnet. Bei der Positionsbestimmung von Personen, Organisationen oder Regimen sind mindestens zwei Dimensionen zu berücksichtigen: eine ökonomisch-soziale (sozialistisch-kapitalistisch) und eine politische (demokratisch-autoritär). In einem zweidimensionalen Modell bestünden folglich vier Extrempositionen, darunter eine mit der Bezeichnung „demokratischer Extremismus“.

Neuerdings wird der politische Raum auch auf der Grundlage von Wertekonflikten abgebildet. Grafik 2 zeigt die Position der deutschen Parteien nach den Wertorientierungen ihrer Anhänger/innen. Dabei wird zwischen zwei Wertekonflikten unterschieden: „Soziale Gerechtigkeit – Marktfreiheit“ bezieht sich auf die Gestaltung der ökonomisch-sozialen Ordnung, wobei soziale Gerechtigkeit die staatliche Daseinsfürsorge, Marktfreiheit die Eigenverantwortlichkeit der Bürger/innen meint. „Libertarismus – Autoritarismus“ kennzeichnet die Wertvorstellungen bezüglich der politischen Ordnung, wobei libertäre Werte für direkte Demokratie, Ökologie, Gleichberechtigung der Geschlechter, Multikulturalität etc. stehen. Die zweidimensionale Darstellung verhilft uns dazu, die Position der rechtsextremistischen Parteien genauer zu bestimmen: Auf der ökonomisch-sozialen Achse sind sie nicht etwa rechts, sondern links von CDU/CSU und FDP angesiedelt, unterscheiden sich von ihnen aber (wie von allen anderen Parteien) durch betont autoritäre Wertorientierungen.

Dieses Beispiel verdeutlicht, *dass sich das Links-Rechts-Schema nur bedingt für die Abbildung der politischen Verhältnisse eignet.*

Grafik 2: Parteilanhänger nach Werteorientierungen in Deutschland 2003



Rechtsextremismus als politikwissenschaftlicher Begriff

Obwohl sich der Begriff Rechtsextremismus zunehmend auch in der historischen und politikwissenschaftlichen Literatur findet, ist er hier nicht unumstritten. Die Terminologie ist immer noch verwirrend. Verwendung finden auch (Neo-)Faschismus, (Neo-)Nazismus, Rechtsradikalismus, Populismus, Nationalismus, Totalitarismus etc. Hans-Gerd Jaschke (2001, S. 30) schlägt folgende Definition vor:

„Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.“

Als Kurzformel zur inhaltlichen Charakterisierung des Rechtsextremismus empfehle ich die Bezeichnung „völkischer Nationalismus“.

Der Begriff Rechtsextremismus ist breiter als der des Faschismus. Rechtsextremismus umfasst neben faschistischen oder neofaschistischen auch deutschnationale bzw. nationalistisch-konservative Konzepte. *Rechtsextremismus ist ein Sammelbegriff für verschiedenartige gesellschaftliche Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten.* Vier wichtige Merkmale sind hervorzuheben:

- Im Rechtsextremismus verbinden sich in der Regel übersteigerter Nationalismus mit imperialistischem Großmachtstreben oder zumindest mit einer feindseligen Haltung gegenüber anderen Staaten oder Völkern. Äußere Bedrohung zu beschwören, dient neben expansionistischen oder revisionistischen Zielen auch dazu, innere Formierungs- und Gleichschaltungsabsichten zu rechtfertigen.
- Rechtsextremismus negiert die universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte des Menschen, insbesondere das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Freiheit, Freizügigkeit und soziale Sicherheit, das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit.

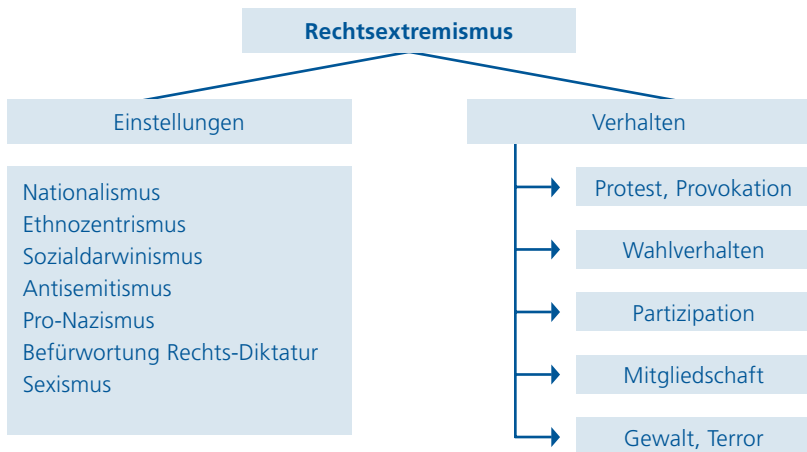
- Rechtsextremismus richtet sich tendenziell gegen parlamentarisch-pluralistische Systeme, die auf der Volkssouveränität und dem Mehrheitsprinzip beruhen. Dabei ist zwischen *faschistischen* und *autoritären* Herrschaftsformen zu unterscheiden: Erstere stützen sich auf eine – ihrem Anspruch nach alle gesellschaftlichen Bereiche umfassend integrierende – Einheitspartei und betreiben die „Gleichschaltung“ aller intermediären Organisationen. Letztere tolerieren zwar Parteien, Verbände und Parlamente, räumen ihnen jedoch gegenüber einer fast unumschränkt herrschenden Exekutive kaum wirkliche Kontroll- und Mitspracherechte ein.
- Gesellschaftliches Leitbild des Rechtsextremismus ist die angeblich der natürlichen Ordnung entsprechende, ethnisch homogene („reinrassige“) *Volks-gemeinschaft*. Volk und Staat verschmelzen zum Reich, dessen Einheit sich zumeist in einer völkischen bzw. rassistischen Ideologie und vielfach auch in einer Person (Führer) manifestiert. Dieses Leitbild gilt als Verwirklichung „wahrer“ Volksherrschaft im Gegensatz zu dem verhassten, die Nation vermeintlich zerreißen und schwächenden Liberalismus.

Rechtsextremismus folgt *keiner einheitlichen Ideologie*. Wir haben es vielmehr mit einem heterogenen Gemisch unterschiedlichster Begründungszusammenhänge und Sichtweisen zu tun, was seinen Niederschlag in der Bundesrepublik auch in organisatorischer Zersplitterung der extremistischen Rechten findet. Sie ist Ausdruck der Vielfalt miteinander konkurrierender Konzeptionen und Ziele, die im folgenden Kapitel beleuchtet werden.

Die Komplexität des Rechtsextremismus besteht aber nicht nur in der Vielfalt seiner weltanschaulichen Versatzstücke und politischen Zielsetzungen, sondern auch darin, dass er uns im politischen Alltag in verschiedenartigen Erscheinungsformen begegnet.

Zunächst ist zwischen rechtsextremistischen *Einstellungen* und rechtsextremistischem *Verhalten* zu unterscheiden. Der amtliche Extremismus-Begriff zielt auf Handlungen bzw. Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Er klammert die dem Verhalten zugrunde liegenden politischen Einstellungen aus. Das ist auch unabdingbar, da das Grundgesetz Meinungsfreiheit gewährleistet. Eine staatliche Zensur der Gedanken wäre verfassungswidrig. Sozialwissenschaftliche Analysen über Verbreitung und Ursachen des Rechtsextremismus müssen sich aber auch auf *rechtsextremistische Einstellungen* beziehen und danach fragen, wie sie entstehen und unter welchen Bedingungen sie in konkrete Praxis münden.

Grafik 3: Dimensionen des Rechtsextremismus



Gerade für die politische Bildung und für die Sozialarbeit sind derartige Sozialisationsprozesse von großer Bedeutung. Sie sollen schließlich Gegenmaßnahmen konzipieren, die Fehlentwicklungen hemmen oder gar abbrechen und demokratische Lernprozesse fördern. Dazu ist es notwendig, die rechtsextremistische Persönlichkeit insgesamt (und nicht nur ihre möglicherweise verfassungsfeindliche Praxis) sowie ihr persönliches Umfeld ins Visier zu nehmen.

Einstellungen sind in der Regel dem Verhalten vorgelagert. Sie schlagen sich aber nicht zwangsläufig in konkreter Praxis nieder. Das gilt nicht nur für den Rechtsextremismus, sondern generell: Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung ist politisch aktiv, und daher ist das rechtsextremistische Einstellungspotenzial wesentlich größer als das Verhaltenspotenzial. Einstellungen sind praxisrelevant, aber Verhalten kann sich auch auf Einstellungen auswirken: So mag ein Jugendlicher erst durch fremdenfeindliche Aktionen in einer Gruppe neonazistische Orientierungen entwickeln. Nachweisbar ist auch, dass sich mit der Brutalisierung der Praxis Einstellungen radikalieren können. Jedenfalls ist die Unterscheidung zwischen Einstellungen und Verhalten analytisch notwendig. Sprachlich wird ihr gelegentlich auch durch die Begriffe „latenter“ und „manifest“ Rechtsextremismus Rechnung getragen.

Es besteht kein Einvernehmen darüber, wie rechtsextremistische Einstellungen inhaltlich zu definieren sind. In der Regel wird von einem *vielschichtigen Einstellungsmuster* ausgegangen, das sich in Deutschland mindestens aus folgenden Bestandteilen zusammensetzt: Nationalismus, Ethnozentrismus, Antisemitismus und pronazistische, den Nationalsozialismus verherrlichende oder wenigstens doch verharmlosende Einstellungen. Ob Autoritarismus Bestandteil dieses Einstellungsmusters ist oder eher zu den Ursachen des Rechtsextremismus gerechnet werden muss, ist strittig.

Einige Studien unterscheiden zwischen Autoritarismus als Charaktermerkmal (Ursache) und Autoritarismus als politische Einstellung (Element rechtsextremistischen Denkens) und fragen beispielsweise nach der „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“. Gelegentlich wird die „Ideologie der Ungleichheit“ nicht nur auf Migranten bezogen, sondern auch auf Frauen. Die Diskriminierung qua ethnischer Herkunft wird im Zusammenhang gesehen mit der Diskriminierung qua Geschlecht. Aus dieser Perspektive handelt es sich beim Rechtsextremismus um die Verbindung von Rassismus und Sexismus. Wir werden uns im vierten Kapitel ausführlicher mit rechtsextremistischen Einstellungen befassen.

Beim Verhalten ist zwischen politisch *zielgerichtetem*, einem Programm verpflichteten *Verhalten* und zwischen *Protestverhalten*, das primär der Provokation und/oder dem Ausleben von aggressiven Persönlichkeitsmerkmalen dient, zu unterscheiden. Aus Sicht der Opfer dürfte diese Unterscheidung bedeutungslos sein, mit Blick auf die Täter ist die genaue Ermittlung von Motiven und Handlungszielen schon aus rechtlichen und pädagogischen Gründen notwendig. Rechtsextremistische Aktivisten müssen nämlich nicht notwendigerweise unmittelbar rechtsextremistische politische Ziele verfolgen. Ihre Motivation kann auch darin bestehen, der individuellen Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen mittels provokativer Gebärden (Hakenkreuzschmierereien, ausländerfeindliche Sprüche, antisemitische „Witze“ etc.) Ausdruck zu verleihen.

Während beim zielgerichteten politischen Verhalten die Aktionsformen, Stile und Symbole direkt mit dem avisierten Ziel korrespondieren – das Hakenkreuz steht hier für ein politisches Programm –, dienen Aktionsformen, Stile und Symbole beim Protestverhalten in der Regel allein dazu, die Öffentlichkeit durch provozierende und schockierende Maßnahmen auf eigene Unzufriedenheiten und Probleme aufmerksam zu machen. Das Hakenkreuz dient in diesem Fall dazu, das Ausmaß der eigenen Entfremdung gegenüber den bestehenden

Verhältnissen zu dokumentieren. *Die Grenzen zwischen Protestverhalten und zielgerichtetem politischen Verhalten sind allerdings fließend.* Protestverhalten kann (muss aber nicht) eine Vorstufe zu zielgerichtetem politischen Verhalten sein, Protest mündet nicht zwangsläufig in politisch aktiven Rechtsextremismus. Umgekehrt rekrutiert sich der aktive Rechtsextremismus nur partiell aus dem Protestpotenzial.

Abgesehen einmal vom *Wahlverhalten* zugunsten rechtsextremistischer Parteien (siehe dazu Kapitel 5), das sowohl aus Überzeugung als auch aus Protest erfolgen kann, geht es beim manifesten Rechtsextremismus vor allem um den Unterschied zwischen dem *organisierten Rechtsextremismus* (Kapitel 6) und *kleinen* rechtsextremistischen *Gruppen bzw. Cliques*, die subkulturell verankert sind, zumeist spontan, nicht selten in provokativer Absicht und in der Regel gewalttätig handeln, allenfalls schwach institutionalisiert und zumeist kurzlebig sind und jede Form von Verbindlichkeit (überregionale Strukturen, Organisationspflichten, Schulung etc.) ablehnen (Kapitel 7).

Die Grenzen zwischen beiden Verhaltensvarianten sind fließend. Zum einen besteht eine gewisse personelle Fluktuation, indem Cliques, nicht selten aus Neugier, den Kontakt zu (neonazistischen) Organisationen oder Parteien suchen und diese wiederum bestrebt sind, ihren Nachwuchs aus Jugendcliques oder -szenen (Skinheads, Hooligans) zu rekrutieren. In diesem Kontext kommt es oft auch zu punktueller Kooperation (gemeinsame Aktionen, Saalschutz etc.). Von einer generellen Steuerung rassistischer Cliqueaktivitäten durch rechtsextremistische Organisationen kann jedoch nicht die Rede sein. Zum anderen gibt es Beispiele, wo sich Cliques zu Kampfbünden zusammenschließen, um ihre Bedeutsamkeit zu dokumentieren. Dauerhafte Organisationen erwachsen daraus allerdings nicht.

Die in Grafik 3 (S. 21) dargestellten Dimensionen des Rechtsextremismus sind säuberlich voneinander zu unterscheiden. Sie haben jeweils ihren besonderen Stellenwert und oft sogar eigenständige Ursachen. Dessen ungeachtet bilden sie nur gemeinsam den Rechtsextremismus. Es ist unzulässig, nach dem Prinzip *pars pro toto* von einer einzigen Dimension auf das Gesamtphänomen zu schließen. Dennoch kommt es immer wieder vor, dass fremdenfeindliche Einstellungen oder die Wahl rechtsextremistischer Parteien mit Rechtsextremismus gleichgesetzt werden.

2.

Herkunft, Ideologie, Ziele und Kampagnen

Rechtsextremismus strebt nach der Macht im Staat

Rechtsextremismus ist ein gängiger Bestandteil moderner Industriegesellschaften. Und insoweit diese Gesellschaften demokratische Partizipation zulassen, nimmt der Rechtsextremismus – mit mehr oder weniger Erfolg – am politischen Leben teil. In der Politik geht es vordringlich um Machterwerb, Machtbehauptung und Gefolgschaftswerbung. *Rechtsextremismus strebt also nach politischer Macht, um seine Ziele durchzusetzen.* Die Machtinteressen und die damit verbundenen Ziele werden ideologisch begründet, wobei *Ideologie* eine Lehre zur Rechtfertigung der eigenen Machtinteressen darstellt. Derartige Rechtfertigungslehren interpretieren die soziale, politische und kulturelle Wirklichkeit in der Regel einseitig und geben sie folglich zumeist verzerrt wieder.

Um den eigenen Machtanspruch durchzusetzen, reicht eine Ideologie aber nicht aus. Es bedarf zudem davon abgeleiteter langfristiger Operationsplanungen, um die notwendige Massenbasis für den Machterwerb zu gewinnen. Die *Strategien* des Rechtsextremismus erstrecken sich zum einen auf die Popularisierung seiner Ziele und zum anderen auf entsprechende taktisch-organisatorische Gesichtspunkte. Zur Popularisierung der Ziele werden in der Regel *Kampagnen* durchgeführt, womit notwendigerweise taktische Überlegungen verbunden sind, wie die vorhandenen Ressourcen effektiv für die Gefolgschaftswerbung eingesetzt und wie *Bündnispartner* gewonnen werden können.

Die Geburtsstunde des Rechtsextremismus

Die Quelle des organisierten deutschen Rechtsextremismus sprudelte im Lager der Deutschkonservativen, genauer: in der antiliberalen und antisozialdemokratischen Sammlungspolitik von Landwirtschaft und Schwerindustrie in Preußen-Deutschland um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Mit der Bildung des deutschen Nationalstaats (1871) und der industriellen Revolution hatte sich ein *Bedeutungswandel des Nationalismus* vollzogen. Meinte Nationalismus ursprünglich die nationale Einheit im Rahmen eines zumeist liberalen, konstitutionellen Verfassungsstaats, so zielte der Begriff nach

Vollendung der deutschen Einheit auf die Bewahrung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, auf die Abwehr von demokratischen und sozialistischen, internationalistischen und ultramontanen (katholisch-abendländischen) Bestrebungen und auf die Stärkung der Machtstellung Deutschlands in der Welt.

Nach dem Ende der Ära Bismarck (1890) setzte die nationalistische Kritik am (vor allem außenpolitischen) Kurs der großbürgerlich-aristokratischen Führungsgruppen im Reich („Verzichtspolitik“, „faule Kompromisse“) und bald selbst am Kaiser ein. Vorreiter war der 1891 gegründete, imperialistische und weithin antisemitische *Alldeutsche Verband*. Nach dem erdrutschartigen Sieg der SPD bei den Reichstagswahlen von 1912 entstand das „Kartell der schaffenden Stände“, in dem sich Repräsentanten aus Landwirtschaft, Mittelstand und Industrie zum Kampf gegen die „rote Flut“ zusammenfanden. Und es wurden Forderungen nach einem „Staatsstreich von rechts“, nach einer „Revolution von oben“ laut.

Als die Reichsleitung am Vorabend des Ersten Weltkriegs mit dem Burgfrieden die Sozialdemokratie als Verhandlungspartner akzeptierte, trommelten die nationalistischen Kreise zum Widerstand. Entgegen der offiziellen Rechtfertigung des Krieges als Verteidigungskrieg, bemühte sich die nationalistische Opposition um eine breite Sammlung aller Kräfte, die auf territoriale Erwerbungen drängten, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg befürworteten, einen Verständigungsfrieden im Sinne des damaligen Reichskanzlers Bethmann-Hollweg kategorisch ablehnten („Sieg oder Untergang“) und innere Reformen um jeden Preis verhindern wollten.

Dies war die Geburtsstunde des Rechtsextremismus in Deutschland:

Teile des Konservatismus, nämlich radikale Nationalisten, stellten sich nun gegen die eigene Klasse. Aus einer Opposition innerhalb des Systems war eine Opposition gegen das System geworden, die selbst das monarchische Prinzip in Frage stellte – ein für Konservative unfassbarer Vorgang. Und daher bedurfte er einer populären Rechtfertigung. Damals entstand die im Kern bis heute gültige Ideologie des Rechtsextremismus.

Kernelemente der Ideologie des Rechtsextremismus

Das Motiv für den fundamentaloppositionellen Aufbruch war die subjektive Überzeugung, dass das Reich durch innere und äußere Feinde unmittelbar und nachhaltig bedroht war. Da angeblich weder der Kaiser noch die Reichs-

regierung, das Militär und die Beamtenschaft, also die herrschenden Eliten, diese Bedrohung erkannt hätten, sie womöglich sogar verharmlosten, hielt sich die nationalistische Opposition nicht nur für berechtigt, sondern sogar für verpflichtet, im Interesse der Erhaltung des Reichs zum Umsturz aufzurufen. Diese Politik setzte in zweierlei Hinsicht eine überzeugende *Rechtfertigung* voraus:

- Die eigenen Anhänger/innen mussten davon überzeugt werden, dass der herrschende Konservatismus versagt hatte, dass seine Politik unweigerlich ins Verderben führt, wenn ihr nicht umgehend Einhalt geboten wird.
- Das Volk musste von der Notwendigkeit eines Umsturzes überzeugt werden, weil dieser – selbst unter den politischen Bedingungen des Kaiserreichs – einer Massenbasis bedurfte.

So wuchs aus der konservativen Weltanschauung die gegen sie gerichtete rechtsextremistische Ideologie: Vermeintliche oder tatsächliche Bedrohungen wurden einseitig interpretiert, überhöht und dramatisch dargestellt. Das Wesen der nationalistischen Propaganda besteht darin, *Ängste zu schüren, Untergangs- oder Endzeitstimmungen zu erzeugen*, indem beispielsweise der Eindruck vermittelt wird, man sei von Feinden umringt. Selbstverständlich kann der Rechtsextremismus Bedrohungen und Gefahren nicht frei erfinden, er bedarf zu seiner Entfaltung einer anfälligen bzw. aufgeschlossenen sozialen Basis. Er muss an bestehende Ängste anknüpfen, sie dann aber durch Wirklichkeitsverzerrung so weit verstärken, dass der *Ruf nach einer autoritären Lösung* des Problems immer lauter wird und damit die Chancen für eine Machtübernahme steigen.

Charakteristisch für die Systemopposition von Rechts im Kaiserreich war aber nicht nur die Forderung nach einem im Inneren und nach außen autoritären und gegenüber seinen Feinden bzw. Gegnern unnachgiebigen Nationalstaat, sondern zugleich – sozusagen als Kehrseite der Medaille – die *völkische Fundierung dieses Nationalstaats*. Eine nationalistische Politik nach außen setzte die Stärkung des vaterländischen Bewusstseins in der Heimat und die Bekämpfung aller undeutschen bzw. antideutschen Umtriebe voraus. Das Volk sollte geschlossen hinter seiner Führung stehen und deren Machtpolitik unterstützen.

Das völkische Denken ist die Reaktion auf den sozialen Wandel und die Demokratisierungstendenzen im Zuge der Industriellen Revolution, auf den Niedergang des Adels, auf den Bedeutungsverlust des vor allem bäuerlichen Mittelstands und auf den Aufstieg des Bürgertums und insbesondere der

Arbeiterschaft. Damit ging eine Differenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft einher, die sich politisch in der Bildung von Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und Interessengruppen niederschlug. Diese Entwicklung wurde von der extremen politischen Rechten als Zerstörung des Volkes gewertet, weil sich hier angeblich ökonomisch-soziale und politische Sonderinteressen artikulierten, die soziale Entwurzelung und Verantwortungslosigkeit predigten, durch egoistische Ansprüche die staatliche Autorität schwächten und so die Volksgemeinschaft zersetzen.

In diesem Zusammenhang spielten auch die damals aufkommenden *Rassentheorien* eine große Rolle. Das Germanentum wurde durch den vermeintlichen Einfluss des Judentums in seiner Existenz als bedroht angesehen. Das Judentum zerfresse durch seine angeblich bösen Triebe das deutsche Volk, verschlechtere die Gesetze, durchlöchere die politische Ordnung und bilde wegen der Anhäufung jüdischen Kapitals eine Gefährdung der deutschen Wirtschaft und eine Verschärfung der sozialen Frage.

Deutschnationale und Nationalsozialisten

Als im Laufe des Jahres 1917 immer deutlicher wurde, dass der Krieg trotz des mittlerweile aufgenommenen uneingeschränkten U-Boot-Kriegs nicht mehr zu gewinnen war, und nachdem sich der Reichstag im Juli in einer Resolution für einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kontributionen ausgesprochen hatte, gründeten ehemalige Anhänger/innen der Deutschkonservativen auf Initiative von Wolfgang Kapp, dem Generaldirektor der ostpreußischen Landschaft (de facto ein landwirtschaftliches Kreditinstitut), die *Deutsche Vaterlandspartei (DVLP)*. Abgesehen von den (seit 1879 entstandenen) antisemitischen Splitterparteien bildete die DVLP die *erste konsequent rechtsextremistische Partei* auf nationaler Ebene.

Ihr Ziel war die Erneuerung der sich im Niedergang befindlichen Kriegszielbewegung. Mit der harschen Kritik an der Politik der Reichsleitung, die für die sich abzeichnende Niederlage Deutschlands verantwortlich gemacht wurde, dokumentierten der erste Parteivorsitzende, der Mentor der Wilhelminischen Flottenpolitik und populäre Großadmiral Alfred von Tirpitz, und der zweite Parteivorsitzende Kapp, dass ihre Loyalität nicht der Krone oder der Reichsverfassung galt, sondern dem deutschen Volk bzw. dem Deutschen Reich. Damit lösten sie sich vom aristokratischen Verständnis des Nationalismus und bereiteten gedanklich den Weg für einen neuen, auf die Bewahrung bzw.

die Stärkung des Reichs gerichtet und sich dabei auf die Interessen des Volks berufenden Nationalismus. Sie konstruierten den Widerspruch zwischen einem imaginierten homogenen Volkswillen und einer abgehobenen politischen Klasse, die das Volk ins Verderben führt, und präsentierten sich selbst als Anwälte des Volks, als Retter aus der Not. *Beim (Rechts-)Populismus handelt es sich also keineswegs um eine moderne Erscheinungsform des extrem rechten Lagers, sondern um einen genuinen Kernbestand des Rechtsextremismus.* Die rechtsextremistische Ideologie verfügte also von Anfang an über eine populistische Komponente. Im völkischen Denken bedeutet „Volk“ nämlich nicht nur ethnische Homogenität, es dient zugleich als Legitimationsquelle für den Machtanspruch des Rechtsextremismus.

Mit der Kapitulation der Wehrmacht, dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und der Novemberrevolution waren die Tage der DVLP gezählt. Um die sozialistischen Ansprüche der Parteien der Arbeiterbewegung und die liberalen Absichten der bürgerlichen Parteien abzuwehren, organisierte sich der Wilhelminische Konservatismus in der *Deutschnationalen Volkspartei (DNVP)*, die auch zur politischen Heimat vieler Mitglieder und des Gros der Funktionäre der Vaterlandspartei wurde. Die DNVP galt als Sammelbecken der republikfeindlichen Kräfte, der erbitterten Gegner von Demokratie und Sozialismus, die das Leitbild des monarchisch-militaristischen Preußentums vertraten, aber doch autoritär-etatistisch und elitär orientiert waren und daher revolutionär-populistische Strategien zur Bekämpfung der Republik – zunächst jedenfalls – ablehnten.

Nachdem die Nationalversammlung den Versailler Vertrag angenommen hatte, sah Kapp nur noch eine Möglichkeit, die Nation vor dem Untergang zu retten: den gewaltsamen Sturz der Regierung. Gemeinsam mit General von Lüttwitz, der Marinebrigade Ehrhardt und anderen militanten Gegnern der Weimarer Demokratie führte er im März 1920 einen Putsch („*Kapp-Putsch*“) durch, der rasch scheiterte, weil die Unterstützung durch die Wehrmacht, die Bürokratie und die Deutschnationalen ausblieb und die Linke mit einem Generalstreik antwortete.

So blieb die DNVP zunächst die führende rechtsextremistische Kraft in der Weimarer Republik. Neben und in politischer Konkurrenz zu ihr erstarkte freilich bald eine revolutionäre völkische Bewegung unter Leitung der NSDAP, die zunehmend Rückhalt bei ehemaligen Frontsoldaten, im Mittelstand, bei der Jugend und schließlich auch in der Beamtenschaft fand und die mit der Weltwirtschaftskrise die Hegemonie im rechten Lager erlangte.

Der *Nationalsozialismus* konnte ideologisch unmittelbar an die nationalistische Opposition vor 1918 anknüpfen, verstärkte aber die rassistischen, antisemitischen und antikapitalistischen („Deutscher Sozialismus“) Komponenten der Ideologie. Der Verfolgungswahn in Bezug insbesondere auf Juden und andere Minderheiten, aber auch auf Kommunist/innen und Sozialdemokrat/innen, steigerte sich ins Unermessliche, was seinen Niederschlag in extremer Repression und bald auch im Holocaust fand. Aber auch der Größenwahn der Nazis, versinnbildlicht im deutschen „Herrenmenschen“ und im Griff nach der Weltmacht, war nicht mehr zu überbieten.

Der Aachener Politikwissenschaftler Kurt Lenk bezeichnete *Verfolgungswahn und Größenwahn als die beiden Kernelemente rechtsextremistischen Denkens*. Größenwahn führe zu Nationalismus, Rassismus, Heroen-Mythen, Elitismus, Ethnozentrismus, zum Führerprinzip und zur Beschwörung der Volksgemeinschaft. Verfolgungswahn erzeuge Feindbilder, Verschwörungstheorien, Antisemitismus, Untergangsbefürchtungen, Anti-Intellectualismus, Angst vor multi-kultureller Unterwanderung, vor Bürgerkrieg, Chaos und Klassenkampf.

Ideologische Traditionen und strategische Optionen des Nachkriegsrechtsextremismus

Der Nachkriegsrechtsextremismus konnte an *zwei ideologische Traditionen* der Weimarer Republik anknüpfen, an den Nationalsozialismus oder an den Deutschnationalismus. Beide Strömungen prägen das Lager bis heute, teilweise in Gestalt von miteinander konkurrierenden Organisationen, teilweise auch innerhalb ein und derselben Organisation. So verfügen die meisten rechtsextremistischen Parteien über einen neonazistischen und über einen nationalistisch-konservativen Flügel, die miteinander um Einfluss innerhalb der Organisation kämpfen.

Dem Rechtsextremismus stehen *drei strategische Optionen* zur Verfügung, die sich auf die anzuwendenden politischen Mittel und auf die Auswahl der *Bündnispartner* beziehen:

- *Politische Opposition innerhalb des Systems*: Der Rechtsextremismus versucht mit hauptsächlich legalen Mitteln, seine Machtstellung auszubauen und politische Entscheidungen in seinem Sinne zu beeinflussen. Diese eher für die nationalistisch-konservative bzw. deutschnationale Tradition typische Strategie verfolgt eine spezifische Bündnisstrategie: Kooperationspartner

werden vor allem im Brückenbereich zwischen Rechtsextremismus und (demokratischem) Konservatismus gesucht, also bei den rechten Flügeln von CDU/CSU und FDP. Um für diesen Adressatenkreis hoffähig zu sein, findet eine (oft nur verbale) Abgrenzung gegenüber systemfeindlichen Kräften innerhalb des Rechtsextremismus statt.

- *Politische Opposition gegen das System:* Der Rechtsextremismus lehnt das bestehende System ab, will es „überwinden“. Diese eher für die neonazistische Tradition typische Strategie bedient sich illegaler Praktiken, wie Gewalt und gegebenenfalls auch Terror, um die Bevölkerung zu verunsichern und einzuschüchtern, um den Staat lächerlich zu machen und um das System zu delegitimieren. Bündnispolitisch versteht sich der systemfeindliche Rechtsextremismus zumeist als die einzig wahre „nationale Opposition“ und weigert sich folglich, mit dem eher systemkonformen Rechtsextremismus und erst recht mit bürgerlich-demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten. Bündnispolitik bedeutet hier im Wesentlichen Sammlungspolitik, also die Vereinigung aller systemfeindlichen Kräfte.
- *Kulturkampf von rechts:* Die intellektuellen Vordenker des Rechtsextremismus bemühen sich darum, die geistigen Grundlagen für einen Erfolg des systemkonformen bzw. systemfeindlichen Rechtsextremismus zu schaffen, indem sie ihre Ideologie, ihre langfristigen Ziele und ihre Wertvorstellungen zeitgemäß formulieren, auf bestehende Stimmungen zuschneiden und gegebenenfalls den veränderten Bedingungen anpassen. Sie schalten sich in die durch die Massenmedien vermittelten Diskurse der Gesellschaft ein, bringen dort ihre Ideologie und ihre Themen zur Geltung und bemühen sich um Meinungsführerschaft bzw. um ideologische Hegemonie.

Systemkonforme und systemwidrige Aktivitäten lassen sich oft analytisch nicht exakt voneinander abgrenzen, weil sie sich nicht hinsichtlich ihrer politischen Ziele unterscheiden: *Auch politische Opposition innerhalb des Systems wird letztlich zum Zweck der Systemveränderung betrieben.*³ Die drei strategischen Varianten überschneiden sich häufig in der Realität, bilden aber auch Anlass für vielfältige Konflikte innerhalb und zwischen rechtsextremistischen Organisationen über die „richtige“ Methode der Zielerreichung und Massenmobilisierung.

3 Bei der Systematisierung der rechtsextremistischen Parteien in Westeuropa erweist es sich als nützlich, zwischen systemkonformen, systemkritischen und systemfeindlichen Aktivitäten zu unterscheiden (s. Kapitel 9).

Kampagnen des Rechtsextremismus seit 1945

Um Anhänger/innen zu mobilisieren und Sympathisanten zu gewinnen, führte der Rechtsextremismus eine Reihe von Kampagnen durch, die darauf zielten, die Legitimität der bestehenden Ordnung in Frage zu stellen, ihre Eliten und Institutionen verächtlich zu machen und den Nachweis zu erbringen, dass es ihnen nicht um deutsche Interessen zu tun sei.

a) Die Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reichs⁴

Die „nationale Frage“, also die Überwindung der Dreiteilung Deutschlands, dominierte die Programme aller rechtsextremistischen Parteien und Organisationen, die sich selbst stets als die „nationale Opposition“ verstanden. Der Nachkriegsrechtsextremismus betrachtete die Teilung Deutschlands als völkerrechtswidrig, als einen willkürlichen Akt der Besatzungsmächte, um Deutschland politisch zu schwächen und ökonomisch auszubeuten. So lange der im Potsdamer Abkommen angekündigte Friedensvertrag mit Deutschland nicht geschlossen sei, bestehe das Reich als Ganzes fort.⁵ Die Machtausübung der „Besatzer“ sei daher illegal.

Als Feinde wurden aber nicht nur die vier alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs angesehen, sondern auch ihre (vermeintlichen) Handlanger in Deutschland, die politischen Führungsgruppen also, die sich angeblich entweder auf die Seite der Westmächte oder auf die der Sowjetunion geschlagen hätten und nun gemeinsam mit der jeweiligen Besatzungsmacht die weitere Vernichtung des Deutschen Reichs durch die Gründung von Teilstaaten vorantrieben und damit auch noch auf die (ehemaligen) deutschen Ostgebiete verzichteten. Folglich lehnte der Rechtsextremismus auch die angeblich von den Westalliierten durch Umerziehung verordnete Demokratie als gegen Deutschland und das deutsche Volk gerichtet ab und forderte einen starken, volksgemeinschaftlich fundierten Staat, der deutsche Interessen gegen die äußeren und inneren Gegner des Reichs und des Deutschtums durchsetzt.

Da der Rechtsextremismus hinsichtlich seines zentralen Anliegens über keine realistische Alternative zur Außenpolitik Adenauers verfügte – „Kalter Krieg“

4 Zumeist in den Grenzen von 1937, gelegentlich aber auch in den Grenzen von 1939, also einschließlich Österreichs (der „Ostmark“).

5 Diese Auffassung wird auch heute noch vertreten.

und Antikommunismus ließen jede Kritik an der Westintegration als Existenzrisiko für die Bundesrepublik erscheinen –, hielt sich seine Wählerresonanz seit Anfang der fünfziger Jahre in engen Grenzen.

Massenhaften Zulauf erzielte er dann aber im *Kampf gegen die entspannungsorientierte Ostpolitik*, zunächst der Großen Koalition (1966–69), dann der sozialliberalen Koalition (1969–72), die mit ihren Ostverträgen von einer breiten nationalistischen Opposition („Aktion Widerstand“, „Rechtskartell“) bekämpft wurde. Diese gegen die angebliche Anerkennung der Teilung Deutschlands gerichtete Opposition reichte vom rechten, nationalliberalen Flügel der FDP über große Teile der CDU/CSU bis hin zum organisierten Rechtsextremismus und schloss eine Vielzahl von Verbänden (Vertriebene, Mittelstand etc.) ein. Bei Wahlen profitierte davon zunächst die NPD⁶, nach 1969 dann aber vor allem die auf die Oppositionsbänke verwiesene CDU/CSU.

Die deutsche Einheit 1990 beraubte den Rechtsextremismus seines Zentralthemas und stürzte ihn zunächst in eine Existenzkrise. Es passte überhaupt nicht in sein Weltbild, dass es ausgerechnet eine unionsgeführte Bundesregierung war, die die Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR zustande gebracht hatte. Denn vor allem die CDU/CSU wurde für die Westintegration der Bundesrepublik und damit für die Spaltung Deutschlands verantwortlich gemacht.

Schon bald behaupteten die Ideologen des Rechtsextremismus aber, dass die *deutsche Frage* – mit Blick auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete – *nach wie vor „offen“ sei*. So setzen sich die Republikaner für eine „friedliche Vollendung der deutschen Einheit unter Einbezug Ostdeutschlands“ und unter Beachtung der völkerrechtlichen Prinzipien ein. Die DVU fordert das „Recht auf Selbstbestimmung in gerechten Grenzen für das deutsche Volk“ und behauptet, die „Abtrennung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße als Kriegsfolge widerspricht völkerrechtlichen Grundsätzen“. Und im NPD-Programm von 1996 heißt es: „Die Wiederherstellung Deutschlands ist mit der Vereinigung der Besatzungskonstruktionen BRD und DDR nicht erreicht. Deutschland ist größer als die Bundesrepublik! (...) Die unsere Geschichte missachtende und gegen das Völkerrecht verstoßende bedingungslose Preisgabe deutscher Gebiete ist nicht hinzunehmen.“

6 Die NPD verfehlte bei der Bundestagswahl 1969 mit 4,3 % der Zweitstimmen nur knapp den Einzug in den Deutschen Bundestag.

Über den Erfolg versprechenden Weg zur Wiederherstellung des Deutschen Reichs divergierten die Auffassungen innerhalb des Nachkriegsrechtsextremismus allerdings erheblich. Die verschiedenen Konzepte können hier nicht dargestellt werden. Nur so viel sei gesagt: Die Zersplitterung des Rechtsextremismus beruhte wenigstens bis Ende der sechziger Jahre primär auf den oft unvereinbaren Plänen für die „nationale Frage“. Die Kampagne verlor dann allerdings auch im Laufe der achtziger Jahre an Bedeutung, weil sich der Rechtsextremismus zunehmend erfolgreich auf den Kampf gegen die vermeintliche „Überfremdung“ des deutschen Volks konzentrierte.

b) Die Revisionismuskampagne

Die nationale Frage erschöpft sich nach Auffassung des bundesdeutschen Rechtsextremismus nicht allein in der Wiederherstellung Deutschlands als völkisch-territoriale Einheit und als europäischer Machtfaktor. Es geht ihm zugleich darum, dessen „Niederwerfung“ in ideologischer und propagandistischer Hinsicht zu bekämpfen, um die nach 1945 von den Siegern vermeintlich gezielt zerstörte nationale Identität der Deutschen wieder freizulegen. Die Zerschlagung des Deutschen Reichs und die Zerstörung der Identität des deutschen Volks wurden vom Nachkriegsrechtsextremismus als die beiden herausragenden Elemente des Bedrohungsszenarios nach 1945 dargestellt. Der Kampf um die „historische Wahrheit“, die Revision der von den Alliierten angeblich dekretierten und von deutschen Helfershelfern besorgten offiziellen Geschichtsschreibung, ist daher ein zentraler Bestandteil der Politik des Rechtsextremismus.

Zum einen sollen die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg geleugnet, der Schuldanteil der Siegermächte und deren Kriegsverbrechen hervorgehoben und die nach 1945 von den Alliierten durchgeführten Kriegsverbrecher- und NS-Prozesse als politische Justiz und als rechtswidrig entlarvt werden („Kriegsschuld-Lüge“). Zum anderen geht es darum, den Holocaust als historische Tatsache in Frage zu stellen, ihn zu relativieren oder die Juden selbst für ihr Schicksal verantwortlich zu machen („Auschwitz-Lüge“). Revisionismus bedeutet im Ergebnis also Verdrängung der historischen Realität, Verharmlosung und Relativierung der Vergangenheit, Ablenkung von eigener Schuld und eigenem Versagen durch Aufrechnung von vermeintlichem oder tatsächlichem Unrecht der Anderen und damit nicht zuletzt auch die Rehabilitation rechtsextremistischer Großmachtbestrebungen.

Die Revisionismuskampagne war und ist sehr erfolgreich. Zwar führte sie den rechtsextremistischen Parteien kaum Wähler/innen und den Organisationen

kaum Mitglieder zu, aber sie verhalf dem Verlags- und Publikationswesen der extremistischen Rechten zu großer Blüte und Finanzkraft, wobei die erheblichen Gewinne teilweise der politischen Arbeit zugute kamen. Der Münchner Verleger und DVU-Chef, Dr. Gerhard Frey, häufte beispielsweise mit seinen Wochenzeitschriften und mit seinem Buch- und Devotionalienverlag ein Millionenvermögen an. Der Erfolg der Kampagne beruht darauf, dass sich an den Diskursen auch rechtskonservative und nationalliberale Autoren beteiligten, wodurch sie ihren Niederschlag auch in den Massenmedien fand, wenn auch oft mit kritischer Tendenz. Und nicht zuletzt korrespondieren die „Forschungsergebnisse“ der Revisionisten mit den Parolen der Kriegsgeneration an deutschen Stammtischen.

Die Themen der Revisionisten wurden also von einem weit über den Rechtsextremismus hinausreichenden Publikum diskutiert und goutiert. Dazu trug zweifellos auch bei, dass die Verharmlosung und Relativierung der NS-Vergangenheit teilweise auch von etablierten Historikern betrieben wurde – wenn auch in abgemilderter Form und ohne offenes Bekenntnis zu irgendwelchen politischen Intentionen. Jedenfalls erzwangen die Rechtsextremisten damit, dass sich auch die Geschichtswissenschaft mit diesen Thesen beschäftigen musste, womit sie weiter aufgewertet wurden.

In Ostdeutschland stieß die nach 1990 aus dem Westen importierte Revisionismuskampagne übrigens auf großes Unverständnis und trug mit dazu bei, dass die rechtsextremistischen Parteien dort nach der deutschen Einheit zunächst erfolglos waren. Erst als sie gegen Ende der neunziger Jahre zurückgestellt wurde und die Themen in den Vordergrund traten, die den neuen Bundesbürgern wirklich auf den Nägeln brannten, nämlich wirtschafts- und sozialpolitische Fragen, stellten sich organisatorische und Wahlerfolge ein.

c) Die Überfremdungskampagne

Nach Auffassung des Rechtsextremismus geht von der Immigration die größte Gefahr für Volk, Rasse und Nation aus. Die darauf gegründete Überfremdungskampagne stellt ein besonders erfolgreiches Projekt des (west-)deutschen Rechtsextremismus dar. Denn sie führt(e) ihm – anders als die Revisionismuskampagne – neue Mitglieder und Wähler/innen zu.

Der Kampf gegen multikulturelle Gesellschaften zielt darauf ab, fundamentale Ängste davor zu erzeugen oder zu verstärken, dass die Mehrheitsgesellschaft Opfer von Verfechtern einer unbegrenzten Einwanderung wird und damit ihre Identität verliert. Immigration wird zu einer universellen Bedrohung dramati-

Table 1: Kampagnen des Rechtsextremismus nach Entwicklungsphasen 1945–1990

Phasen	Politische Anliegen
1945–1961	Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reichs: <ul style="list-style-type: none"> ■ Gegen Kriegsverbrecherprozesse und Entnazifizierung ■ Gegen „Umerziehung“ durch „Besatzungsmächte“ ■ Gegen Westintegration und Wiederbewaffnung
	Revisionismuskampagne: <ul style="list-style-type: none"> ■ Gegen Potsdamer „Diktat der Siegermächte“ ■ Für Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volks ■ Gegen „Kriegsschuldflüge“
1962–1982	Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reichs: <ul style="list-style-type: none"> ■ Gegen den „Ausverkauf Deutschlands“ durch die entspannungsorientierte Ostpolitik ■ Für ein „Europa der Vaterländer“ ■ Gegen Sozialismus, Kommunismus und Linksradikalismus im Inneren
	Revisionismuskampagne: <ul style="list-style-type: none"> ■ Gegen „Kriegsschuldflüge“ ■ Gegen „Auschwitzlüge“
	Überfremdungskampagne: <ul style="list-style-type: none"> ■ Gegen „Überfremdung mit ausländischem Kapital“ ■ Gegen „Ausländer- und Asylantenflut“, „Ausländer raus!“, „Ausländerstopp“ ■ „Deutschland den Deutschen“, „Europa den Europäern“
1983–1990	Überfremdungskampagne: <ul style="list-style-type: none"> ■ Gegen „Ausländer- und Asylantenflut“, „Ausländer raus!“, „Ausländerstopp“ ■ Für „Grundrecht auf Verschiedenheit“ ■ „Deutschland den Deutschen“, „Europa den Europäern“
	Revisionismuskampagne: <ul style="list-style-type: none"> ■ Gegen „Kriegsschuldflüge“ ■ Gegen „Auschwitzlüge“
	Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reichs: (nachrangig)

siert, die angeblich für alle bestehenden wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Probleme verantwortlich ist. Die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme besteht nach dieser Lesart folglich darin, die Einwanderung zu stoppen, die Einwanderer „zurückzuführen“ und damit den Status quo ante einer ethnisch homogenen Gesellschaft wieder herzustellen.

Die Überfremdungskampagne zeigt, dass es zur Erlangung von effektiver Massenresonanz nicht ausreicht, rechtsextremistische Themen als Gegenstand öffentlicher Diskurse zu lancieren. Dies gelang mit der Revisionismuskampagne durchaus. Obwohl sie mit weit verbreiteten psychischen Dispositionen und pronazistischen Einstellungen korrespondiert, genießt die Entsorgung der deutschen Vergangenheit jedoch keinen hohen Stellenwert im Problemhaushalt der Bevölkerung. Allenfalls rechtsgerichtete Publizisten messen ihr große Bedeutung bei. Dagegen zählt die Ausländer- bzw. Asylproblematik seit langem zu den wichtigen Problemen, die in den Augen der Bevölkerung einer Lösung bedürfen; zeitweilig wurde sie sogar als das dringendste Problem angesehen. Überdies wirkt sich günstig für die Wähler- und Mitglieder mobilisierung des Rechtsextremismus aus, dass ihm in dieser Angelegenheit zeitweilig eine beachtliche Problemlösungskompetenz zugeschrieben wurde.

Anders als in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, spielte die völkische Komponente in der Ideologie des Nachkriegsrechtsextremismus zunächst keine herausgehobene Rolle. Zwar prägte das völkische Denken auch nach 1945 die Programme, Publikationen und Äußerungen der extremen Rechten, aber Rassismus und Antisemitismus galten weithin als gesellschaftlich unerwünscht und bargen das Risiko rechtlicher oder politischer Sanktionen. Und es mangelte an einem einschlägigen politischen Thema, das sich im völkischen Sinne deuten ließ.

Erst im Zusammenhang mit der Überfremdungskampagne, die Mitte/Ende der siebziger Jahre einsetzte, traten völkische und auch wieder rassistische Elemente in den Vordergrund der rechtsextremistischen Propaganda. Die grobe intellektuelle Vorarbeit hatte bereits mit dem Beginn der systematischen Anwerbung von Gastarbeitern (1955) begonnen, wurde aber selbst innerhalb des rechtsextremistischen Lagers kaum zur Kenntnis genommen. Und bei den Wahlerfolgen der NPD in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre spielte sie nur eine marginale Rolle. Erst mit der Mitte der siebziger Jahre einsetzenden Wirtschaftskrise und dem 1973 von der Bundesregierung verhängten Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer setzte der Rechtsextremismus massiv auf dieses Thema. Denn im Zuge der wachsenden Arbeitslosigkeit vermehrten

sich auch die fremdenfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung, und die Ausländer- und Asylproblematik wurde zunehmend auch in der Öffentlichkeit diskutiert.

Als moderne Vordenker wirkte eine kleine Gruppe von rechtsextremistischen Intellektuellen, die sich als *nationalrevolutionäre Neue Rechte* verstand. Die Botschaft „Ausländer raus!“ wurde sehr subtil mittels des Anfang der siebziger Jahre geprägten Begriffs „*Ethnopluralismus*“ (Henning Eichberg) gerechtfertigt. Ethnopluralismus bedeutet die Anerkennung der kulturellen Differenzen, den Pluralismus der Ethnien (Völker), ihre autonome Entfaltung nebeneinander und damit eben auch ihre Trennung voneinander, um die Völker bzw. Rassen vor gegenseitiger Bevormundung zu schützen. „Um die Individualität unserer Kultur wie auch die der farbigen Völker zu erhalten, gibt es nur eine Lösung: Europa den Europäern!“ Dieser 1970 von einem Nationalrevolutionär formulierte Satz wurde zehn Jahre später in „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ übersetzt.

Ethnopluralismus wird als Alternative zu „Universalismus“ oder „Egalitarismus“ ausgegeben und bedeutet eine Kampfansage an die Prinzipien der Aufklärung und an die Menschenrechte. Die Neue Rechte ruft zum „totalen Angriff ... gegen alle totalitären Erscheinungen der Gleichheitslehre“ auf, gegen den Kraken, der „die Völker von innen anfrisst, indem er ihre Seele gegen die trügerische Sicherheit des materiellen Wohlstands“ eintauscht. Gefordert wird das „Grundrecht auf Verschiedenheit“:

„Denn durch seine Vermischung der Rassen, der Kulturen und Weltanschauungen beseitigt der Egalitarismus nicht nur die grundlegendsten Begriffe von Achtung und Toleranz, sondern darüber hinaus die Freiheit und das Grundrecht auf Verschiedenheit ... Im Namen der Toleranz macht sich die Lehre von der völligen Gleichheit der Menschen der denkbar größten Intoleranz schuldig, die darin besteht, die Verschiedenheit, Originalität und Besonderheit überall da systematisch zu zerstören, wo sie sich der Mühle der Gleichmacherei nicht fügen.“
(Pierre Krebs)

Das Neue am Ethnopluralismus ist, dass Rasse nicht mehr im althergebrachten biologischen Sinne verstanden wird und es auch nicht mehr um die Wertigkeit von Rassen geht, sondern um die Verschiedenartigkeit von Kulturen und das vermeintliche Recht jedes Volks auf seine Identität. Daher ist es durchaus gerechtfertigt, von „*Neorassismus*“ zu sprechen: Das Bedrohungspotenzial für

die jetzt ethnopluralistisch gefasste „Nation Europa“ wird nicht mehr im Bolschewismus, auch nicht allein in den beiden Supermächten, sondern in einem weltumspannenden, Völker vernichtenden System gesehen, in dem alle bisherigen Feindbilder zu einer gigantischen Bedrohung verschmelzen: Kapitalismus, Kommunismus, Liberalismus, Christentum, Judentum und Islam. Elemente des Neorassismus finden sich mehr oder weniger kompakt in allen Programmen der europäischen Neuen Rechten. Dies gilt insbesondere für das Bedürfnis nach nationaler Identität und völkischer Verwurzelung, für den Hinweis auf die Verschiedenheit der Ethnien und Kulturen und für die Forderung nach Bewahrung dieser Verschiedenheit (nach ihrer Isolierung gewissermaßen) und schließlich für die ethnozentristische Absicht, das eigene Volk über die anderen zu stellen („Deutschland zuerst“, „les francais d’abord“, „eigen Volk eerst“).

Vorreiter der politisch-praktischen Überfremdungskampagne im rechts-extremistischen Lager war die NPD, die Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre eine Fülle von Aktivitäten zur Herbeiführung eines „Ausländerstopps“ entwickelte und sich auch an der Gründung von entsprechenden Wahlbündnissen beteiligte oder solche selbst initiierte („Bürgerinitiative Ausländerstopp“, „Hamburger Liste für Ausländerstopp“, „Kieler Liste für Ausländerstopp“ etc.). Und 1980 gründete auch Frey als Nebenorganisation seiner DVU eine „Initiative für Ausländerbegrenzung“.

Im Laufe der achtziger Jahre rückte die Asylproblematik immer stärker ins Zentrum des öffentlichen Interesses („Asylantenflut“, „Asylantenschwemme“) und gegen Ende der achtziger Jahre dann auch an die Spitze des politischen Problemhaushalts der Nation. Und der Rechtsextremismus heizte die Stimmung mit radikalen Parolen an: „Deutschland den Deutschen!“, „Ausländer raus!“. Ausländer- und Asylpolitik entwickelte sich auch zum Gegenstand von Wahlkampfauseinandersetzungen, wovon im rechtsextremistischen Lager zunächst vor allem die Ende 1983 gegründeten Republikaner profitierten, später aber auch die DVU und die NPD. Die Republikaner erfuhren ihren politischen Durchbruch bekanntlich bei den Berliner Wahlen im Januar 1989 (7,5 %; 11 Mandate), wo sie mit einem ausländerfeindlichen Fernseh-Wahlspot die öffentliche Debatte in den drei Wochen vor der Wahl dominierten.

In Ostdeutschland stellten sich Erfolge rechtsextremistischer Parteien erst ein, als die Überfremdungskampagne in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre programmatisch mit sozialen Problemen zusammengeführt und damit Anschluss an die enorme Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern gefunden wurde.

d) Die Antiglobalisierungskampagne

Die Überfremdungskampagne wurde seit Mitte der neunziger Jahre schrittweise zu einer Kampagne gegen die Globalisierung erweitert. Denn die ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Entwicklungen, die sich hinter dem Stichwort „Globalisierung“ verbergen, bieten optimale Anknüpfungspunkte für die rechtsextremistische Ideologie.

Globalisierung bedeutet vor allem Liberalisierung der Wirtschaft, Deregulierung der industriellen Beziehungen, Absenkung von Lohnniveaus und Abbau sozialer Standards, Standortkonkurrenz und Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt. Dies führt zu enormen sozialstrukturellen und sozialpsychologischen Verwerfungen: Mit der zunehmenden sozialen Ungleichheit bzw. sozialen Fragmentierung, mit der Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen verschärfen sich Desintegrationsvorgänge, wachsen Unsicherheit, Unzufriedenheit und Ängste.

Das Bedürfnis nach Schutz vor vermeintlichen oder tatsächlichen äußeren und inneren Bedrohungen, wie Abhängigkeit vom Weltmarkt, Immigration, Sozialmissbrauch, Ausländerkriminalität etc., nimmt dramatisch zu und bildet einen guten Resonanzboden für nationalistische und völkische Angebote. Denn mit der Globalisierung gehen tatsächlich die Auflösung nationaler Grenzen, ein Souveränitätsverlust des Nationalstaats sowie – jedenfalls in Übergangsbereichen – eine Angleichung der Kulturen einher. Daher bieten sich dem Rechtsextremismus gute Chancen, den „Globalisierungsverlierern“ den völkisch homogenen Nationalstaat als Gegengift gegen die Globalisierung schmackhaft zu machen.

Die Antiglobalisierungskampagne verbindet mithin nahtlos die nationalistische und die völkische Komponente des Rechtsextremismus mit der sich immer dringlicher stellenden „sozialen Frage“. Es ist auch kein Zufall, dass die Kampagne vor allem in Ostdeutschland auf große Resonanz stößt. Denn dort verstärken sich die Vereinigungs- und die Globalisierungsfolgen gegenseitig. Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Unzufriedenheit angesichts von Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit in dem Maß gewachsen, wie klar wurde, dass der Systemwechsel in absehbarer Zeit nicht zu den erwarteten „blühenden Landschaften“ führt. Als sich 2004 in Folge der Hartz-Gesetzgebung in der ostdeutschen Bevölkerung auch noch massive Ängste vor einem drohenden Sozialabbau ausbreiteten und in Großdemonstrationen niederschlugen, gelang es der NPD seit über 25 Jahren erstmalig wieder, Landtagsmandate (in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern) zu erringen, und die DVU überwand zum zweiten Mal nacheinander die Fünf-Prozent-Hürde in Brandenburg.

Tabelle 2: Kampagnen des Rechtsextremismus nach Entwicklungsphasen seit 1991

Phasen	Politische Anliegen
1991–2000	Überfremdungskampagne: <ul style="list-style-type: none"> ■ Gegen „Ausländer- und Asylantenflut“, „Ausländer raus!“, „Ausländerstopp“ ■ Für „Grundrecht auf Verschiedenheit“ ■ „Deutschland den Deutschen“, „Europa den Europäern“
	Antiglobalisierungskampagne: <ul style="list-style-type: none"> ■ Gegen „vaterlandslosen Raubtierkapitalismus“ ■ Gegen „Weltdiktatur des großen Geldes“ ■ Für „soziale Gerechtigkeit statt Volksbetrug“
	Revisionismuskampagne: <ul style="list-style-type: none"> ■ Gegen „Kriegsschuldlüge“ ■ Gegen „Auschwitzlüge“
	Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reichs: (nachrangig)
Seit 2000	Antiislamkampagne: <ul style="list-style-type: none"> ■ Gegen „schleichende Islamisierung“ ■ Gegen Moscheebauten ■ Gegen „Parallelgesellschaften und importierten Antisemitismus“
	Überfremdungskampagne: <ul style="list-style-type: none"> ■ Gegen „Ausländer- und Asylantenflut“, „Ausländer raus!“, „Ausländerstopp“ ■ Für „Grundrecht auf Verschiedenheit“ ■ „Deutschland den Deutschen“, „Europa den Europäern“
	Antiglobalisierungskampagne: <ul style="list-style-type: none"> ■ Gegen „vaterlandslosen Raubtierkapitalismus“ ■ Gegen „Weltdiktatur des großen Geldes“ ■ Für „soziale Gerechtigkeit statt Volksbetrug“
	Revisionismuskampagne: (nachrangig)
	Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reichs: (nachrangig)

Wirtschafts- und sozialpolitische Themen hatten für den Nachkriegsrechtsextremismus stets nur eine randständige Bedeutung. Wenn überhaupt, dann befasste er sich vorrangig mit Problemen des Mittelstands. Das änderte sich erst in den achtziger Jahren, als die Republikaner gewahr wurden, dass ihre Wählerschaft stark durch Angehörige der Unterschicht (Arbeiter, Arbeitslose) geprägt ist. Daraus folgte jedoch keineswegs, dass sich der Rechtsextremismus nun um die Ausarbeitung von wirtschafts- und sozialpolitischen Alternativen bemühte. Die strukturellen und konjunkturellen Probleme der Wirtschaft wurden vielmehr in erster Linie als Folge der „Ausländer- und Asylschwemme“ ausgegeben und im Rahmen der Überfremdungskampagne angeprangert. Erst im Zuge der organisatorischen Aufbauarbeit in den neuen Bundesländern lernten die rechtsextremistischen Parteien von den Nazis, dass Erfolge nur dann möglich sind, wenn sie sich propagandistisch und praktisch auf die konkreten Existenznöte der Bevölkerung, insbesondere der Jugend einlassen und sich dabei einer kapitalismuskritischen Sprache befleißigen. Typisch dafür ist der Aufruf der Initiative „Zukunft statt Globalisierung“, aus dem folgendes Zitat stammt:

„Es handelt sich bei der Globalisierung ganz allgemein um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA. War der Kapitalismus früher zwar nicht besser, jedoch noch an ethnokulturelle, politische und soziale Bedingungen des jeweiligen Landes geknüpft, hat er sich mit seiner Steigerung zur Globalisierung von all diesen gelöst. Das frei schwebende Globalkapital entgrenzt staatliche Steuerungsmacht, raubt den Staaten ihre Entscheidungs- und Handlungsautonomie und führt zu Formen eines kapitalistischen Regierens ohne volksgewählte Regierung. Mit ihrem Angriff auf das Territorial-, Souveränitäts- und Legalitätsprinzip der Nationalstaaten zerstört die Globalisierung die einzig vorstellbaren geopolitischen Räume der Volksherrschaft zugunsten anonymer, supranationaler Machtstrukturen. Es handelt sich gleichermaßen um ein politisches Entmündigungs- wie wirtschaftliches Ausbeutungsprogramm für die Völker. (...) Das entfesselte Kapital nimmt keinerlei Rücksicht auf Boden, Menschen und Standards. Diese Tatsache birgt in sich schon die Aussicht, dass es bei Fortschreiten dieser Entwicklung nur Zukunft für skrupellose Geschäftemacher und lediglich Almosen für die darunter leidenden und gleichfalls in der Auflösung befindlichen Völker geben kann.“

Insbesondere die NPD bedient sich eines antikapitalistischen und antiwestlichen Duktus und wettet gegen den „vaterlandslosen Raubtierkapitalismus“, gegen den „entarteten Monopolkapitalismus“, gegen den „menschenverachtenden und völkervernichtenden Liberalkapitalismus“, der Nationalstaaten und -kulturen zerstöre, um die „Weltdiktatur des großen Geldes“ zu errichten.

„Der beschriebene Zustand ist unerträglich, eine effiziente politische Opposition zu dessen Beseitigung unerlässlich. Da es sich dabei um eine Opposition gegen Globalisierung handelt, kann ihr politisches Modell nur die Volksgemeinschaft sein, also die sozial und kulturell begründete enge Zusammengehörigkeit und Solidarität zwischen Menschen gleicher Volkszugehörigkeit und Nation im Gegensatz zur globalen Gleichschaltung von Kulturen, Völkern und Staaten.“⁷

Um den heraufziehenden „Völkerfrühling“ zu beschleunigen, verbreitet die NPD, „Multikulti bedeutet Sozialabbau“, und setzt sich für „Arbeit statt Profite“, für die „Erhaltung des Sozialstaats“, „gegen Sozialabbau“ und für „soziale Gerechtigkeit statt Volksbetrug“ ein. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise bietet dem Rechtsextremismus einen willkommenen Anlass für die Verbreitung von antisemitischen Verschwörungstheorien. Als vermeintlicher Drahtzieher dieser Krise wird das jüdische Großkapital vor allem in den USA ausgegeben (Codewörter z. B. „US-Ostküste“, „internationale Hochfinanz“, „zionistische Lobby“), das angeblich durch Destabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Weltherrschaft des Judentums anstrebt.

e) Die Antiislamkampagne

Da die Antiislamkampagne eine neue Qualität rechtsextremistischer Agitation und Propaganda darstellt, wird sie nun etwas ausführlicher behandelt.

Im Antiislamismus verbinden sich Elemente der Überfremdungskampagne und der Antiglobalisierungskampagne. Und wie die Kritik an der Globalisierung charakteristisch für die Programme aller (west-)europäischen Rechtsextremisten ist, so wird auch der antimuslimische Diskurs durchgängig in der extremen Rechten der westlichen Welt gepflegt. Auslöser dürften die terroristischen Anschläge von islamistischen Fundamentalisten am 11. September 2001 in den USA gewesen sein. Seither entwickelt sich die Islamfeindschaft zu einer neuen Qualität des

7 Erklärung des NPD-Parteivorstands, Dezember 2000.

Rassismus, die weit über die Zielvorstellungen des Ethnopluralismus hinausreicht: Nun geht es nicht mehr nur um die Anerkennung von kulturellen Differenzen, um das „Grundrecht auf Verschiedenheit“, sondern um Kulturkampf, um die Verteidigung des christlichen Abendlandes gegen den vermeintlichen Ansturm der Muslime (antimuslimischer Rassismus). Die Protagonisten dieser Kampagne verbreiten Untergangs- und Endzeitstimmungen und berufen sich dabei sogar auf demokratische Werte: Der Islam sei frauen- und schwulenfeindlich, autoritär und gewalttätig. Die neue Qualität besteht also darin, dass sich die Kampagne auf demokratische Werte beruft und vorgibt, für deren Einhaltung zu kämpfen. Dies dürfte ein wichtiger Grund dafür sein, dass die Kampagne breite Resonanz in der Bevölkerung findet. An den Debatten über Kopftücher und Burkas, über Moscheen und Minarette beteiligen sich längst auch die etablierten politischen und kulturellen Eliten. Und allenthalben werden Maßnahmen zur Abwehr des angeblich gegen die westliche Zivilisation gerichteten islamischen Kreuzzugs gefordert (und teilweise auch realisiert), die letztlich auf die Diskriminierung aller Mitglieder dieser Religionsgemeinschaft zielen, unabhängig von ihrer Integrationsbereitschaft und ihrem tatsächlichen Verhalten.

Als Prototyp des Antiislamisten kann Pim Fortuyn gelten, ein mediengewandter populistischer Rechtsextremist, der 2001/02 in den einst weltoffenen und toleranten Niederlanden erfolgreich gegen Immigrant/innen, insbesondere gegen Muslime, polemisierte. Die Attentate von „Nine/Eleven“ hatten in den Niederlanden viele Brandanschläge auf Moscheen und islamische Einrichtungen ausgelöst und einen Rechtsruck bewirkt, der die gerade erst gegründete Lijst Pim Fortuyn (LPF) bei den Wahlen 2002 zur zweitstärksten Partei machte. Ursächlich dafür dürfte auch die Ermordung ihres Gründers und Protagonisten durch einen fanatischen Tierschützer kurz vor der Wahl gewesen sein.

2004 trat Geert Wilders in die Fußstapfen von Fortuyn, nachdem ein islamistischer Fanatiker den Filmemacher Theo van Gogh ermordet hatte. Der selbsternannte Freiheitskämpfer gegen einen „Islam-Tsunami“ in den Niederlanden verglich den Koran mit Hitlers „Mein Kampf“, forderte einen Baustopp für Moscheen und eine Sondersteuer auf das Tragen von Kopftüchern. Wilders grenzt sich verbal gegenüber Rechtsextremisten ab und verschreckt Skinheads und Neonazis durch seinen ostentativen Philosemitismus. Mit seiner Partei für die Freiheit (Partij voor de Vrijheid, PVV) erreichte er bei den Parlamentswahlen 2006 knapp sechs, vier Jahre später sogar 15,5 Prozent und wurde damit drittstärkste politische Kraft in den Niederlanden.

Das niederländische Erfolgsmodell fand rasch Nachahmer in anderen westeuropäischen Staaten. So etwa bei der rechtsextremistischen Dänischen Volks-

partei (Dansk Folkeparti, DF), die seit den Wahlen von 2001 eine bürgerliche Minderheitsregierung toleriert. Schon damals wurde im Wahlkampf darüber gestritten, welche Partei die Immigration am besten stoppen und den Islamismus („Pest über Europa“) am effektivsten bekämpfen kann. Auf Druck der DF wurde die sowieso schon strenge Ausländergesetzgebung weiter verschärft und sogar ein „Ausländerministerium“ eingerichtet.

In Frankreich propagiert die Nationale Front (Front National, FN) einen radikalen antiislamischen Kurs, wobei der Parteichef Le Pen besonders gegen muslimische Einwanderer hetzt. Anlässlich der Präsidentschaftswahlen 2007 vollzogen die Konservativen unter ihrem Spitzenkandidaten Nicolas Sarkozy in Sachen Immigration einen deutlichen Rechtsschwenk, um dem FN Wähler/innen abzuwerben. Im Herbst 2009 trat die französische Regierung eine Debatte über die nationale Identität los, die 2010 in die Entscheidung über ein Burka-Verbot mündete. (Ein Gesetz zum Kopftuchverbot an französischen Schulen existiert bereits seit 2003.) Kampagnen gegen Moscheebauten und Minarette wurden in mehreren westeuropäischen Ländern durchgeführt. 2007 führte beispielsweise die oberitalienische Lega Nord (LN) eine Kampagne gegen einen geplanten Moscheebau in Bologna durch. Und auch das auf Initiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP) Ende 2009 per Volksabstimmung erfolgte Bauverbot für Minarette richtet sich gegen den „Herrschaftsanspruch des Islam“ und wurde vielfach als Ausdruck einer Pogromstimmung gegen Muslime interpretiert. Der Chef der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Hans-Christian Strache, forderte allen Ernstes, den Bau von Minaretten in der Verfassung des Landes zu verbieten.

In Deutschland wird die Antiislamkampagne vor allem von den sogenannten PRO-Bewegungen (PRO Köln, PRO NRW, PRO Deutschland, PRO München, PRO Berlin etc.), dann aber auch von der NPD, von neonazistischen Gruppen, von den Republikanern und von der DVU getragen. Neben publizistischen Initiativen und Wahlkampfpropaganda handelt es sich zumeist um Aktionen gegen geplante Moscheen bzw. Minarette (z. B. in Berlin, Duisburg, Essen, Frankfurt, Gelsenkirchen, Köln, München, Oberhausen). Einige Parolen:

- Gegen die „schleichende Islamisierung“!
- „Multikultur abschaffen – Moscheebau stoppen!“
- „Islamisten raus! Keine Großmoschee in Frankfurt-Hausen!“
- „Nein zu Großmoscheen, Minaretten und Muezzinruf!“

Bei der Ankündigung der landesweiten Anti-Islamisierungskampagne von PRO NRW im Jahr 2007 erklärte der Vorsitzende Markus Beisicht unter anderem: „Islamismus und Terrorismus bedrohen uns alle ... Daher fordern wir die Vorlage eines jährlichen Situationsberichts über den Stand der Islamisierung.“

Ein besonderes Merkmal der Antiislamkampagne besteht darin, dass sich – jedenfalls in Teilen des Rechtsextremismus – eine weitere Modernisierung des Rassismus⁸ abzeichnet: Das Feindbild Jude wird in der alltäglichen Propaganda durch das Feindbild Moslem ersetzt. So forderte der Vorsitzende der Republikaner Rolf Schlierer im Sommer 2009 ein bundesweites Sofortprogramm gegen Antisemitismus: „Judenfeindlichkeit muslimischer Einwanderer darf nicht länger ignoriert werden ... Die größte Bedrohung für unsere jüdischen Mitbürger/innen geht heute vom importierten Antisemitismus muslimischer Einwanderer aus.“ Auf einer Kundgebung von PRO Köln waren 2009 eine israelische Fahne und ein Plakat mit der Forderung „Solidarität für Israel“ zu sehen. Und der in Berlin lebende, von der DVU zu PRO Deutschland gewechselte schwedische Millionär Patrik Brinkmann forderte, dass sich die „deutsche Rechte von ihrer Vergangenheit emanzipieren“ müsse. Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch bei Rechtsextremisten anderer westeuropäischer Länder. So behauptete der führende Funktionär der belgischen Partei Flämische Interessen (Vlaams Belang, VB), Filip Dewinter, dass die Juden die „Waffenbrüder“ im Kampf gegen den „extremistischen Islam“ seien.

Die gegenläufige Kontroverse gilt der Frage, ob der Feind des Feindes ein Freund sein kann. Auf einer vom iranischen Staatspräsidenten einberufenen Konferenz in Teheran 2006 hatten Islamisten aus dem Nahen Osten und revisionistische Rechtsextremisten aus Europa gemeinsam den historischen Holocaust in Abrede gestellt. Daraufhin entbrannte eine Debatte darüber, ob das gemeinsame Feindbild (Israel, Juden) die Grundlage für eine politische Partnerschaft von Islamisten und Rechtsextremisten bilden kann. Mehrheitlich wird zwar die Meinung vertreten, dass die Muslime der Hauptfeind seien und die Hauptaufgabe darin bestünde, ihren Kreuzzug gegen das Abendland abzuwehren. Der neonazistische und betont rassistische NPD-Funktionär Jürgen Rieger hielt beispielsweise im NPD-Organ „Deutsche Stimme“ 2007 dagegen:

„Im gemeinsamen Widerstand gegen den weltumspannenden US-Imperialismus sind strategische Bündnisse mit islamischen Nationen

8 Vorangegangen war, wie erwähnt, die Entwicklung des Konzepts des Ethnopluralismus.

sinnvoll. Der Freiheitskampf unterdrückter Völker gegen ihren Besatzer kann natürlich die Sympathie identitätsbewusster Europäer erhalten. Zumal es sich bei den Palästinensern („Philistern“), Kurden („Medern“) und Iranern („Persern“) um die stark vermischten Nachfahren indogermanischer Völker handelt, die sich im Kampf gegen den gemeinsamen Feind befinden.“

3. Ursachen

Eine allgemeine Theorie des Rechtsextremismus existiert nicht. Es liegen jedoch einige Konzepte bzw. Thesen vor, die erklären wollen, wann bzw. warum Menschen anfällig für Rechtsextremismus werden. Diese *Erklärungsfaktoren* beziehen sich gewissermaßen auf die „Nachfrageseite“. Aber selbst wenn hinreichende Nachfrage in der Bevölkerung vorhanden ist, bedeutet dies nicht notwendigerweise, dass das „Angebot“ an Organisationen, Personen und Programmen befriedigt bzw. wahrgenommen wird, dass beispielsweise rechtsextremistische Parteien viele Wählerstimmen erreichen. Zu den *Erfolgsbedingungen* des organisierten Rechtsextremismus zählen weitere Faktoren, auf die wir am Ende dieses Kapitels eingehen.

Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus

a) Der „autoritäre Charakter“

Persönlichkeitskonzepte zur Erklärung des Rechtsextremismus basieren auf der Vorstellung, dass den politischen Orientierungen der Menschen bestimmte Charaktertypen oder wenigstens doch Persönlichkeitseigenschaften zugrunde liegen. Maßgeblich für diese Theorie ist das Standardwerk von Theodor W. Adorno u. a. *„The Authoritarian Personality“* aus dem Jahr 1950. In der Einleitung schrieben die Autoren:

„Die Untersuchungen, über die hier berichtet wird, waren an der Hypothese orientiert, dass die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überzeugungen eines Individuums häufig ein umfassendes und kohärentes, gleichsam durch eine ‚Mentalität‘ oder einen ‚Geist‘ zusammengehaltenes Denkmuster bilden, und dass dieses Denkmuster Ausdruck verborgener Züge der individuellen Charakterstruktur ist.“

Der autoritäre Charakter hat nach Adorno u. a. neun Dimensionen, wobei die ersten drei als besonders wichtig eingestuft wurden:

- Konventionalismus (starre Bindung an die konventionellen Werte des Mittelstands)

- autoritäre Unterwürfigkeit
- autoritäre Aggression⁹
- Anti-Intrazeption (Abwehr des Subjektiven, Fantasievollen)
- Aberglaube und Stereotypie
- Machtdenken und Kraftmeierei
- Destruktivität und Zynismus
- Projektivität (Disposition, an gefährliche Dinge zu glauben)
- Sexualität (übertriebene Beschäftigung mit sexuellen Vorgängen)

Mit dem Konzept des autoritären Charakters sollten ursprünglich die Erfolge des Faschismus sozialpsychologisch erklärt werden. Forschungsleitend war die Überlegung, dass sich die Macht des Nationalsozialismus nicht allein auf gewaltsame Unterdrückung gründen konnte, dass „die Aufrechterhaltung und Steigerung der objektiven Repression nur gelingt, wenn in Familien, Schulen und Betrieben Menschen geformt werden, die ein subjektives Bedürfnis nach autoritärer Herrschaft und Unterordnung haben“. Bald bediente sich auch die Rechtsextremismusforschung dieses Ansatzes und nutzte weitere Persönlichkeitseigenschaften zur Erklärung von rechtsextremistischen Dispositionen, wie zum Beispiel *Konventionalismus*, *Konformismus*, *Dogmatismus* oder *Rigidität*.

b) Unzufriedenheit mit dem sozialen Status

Der „autoritäre Charakter“ gilt im Allgemeinen als notwendige, nicht aber als hinreichende Voraussetzung für rechtsextremistische Bestrebungen. Diese Prädisposition wird erst durch spezielle gesellschaftliche Rahmenbedingungen verhaltensrelevant. Hier ist zunächst das *Unzufriedenheitstheorem* zu nennen. Unzufriedenheit bedeutet die Diskrepanz von Anspruch und Erfüllung, von Erwartung und Realität, kurz: frustrierende soziale Erfahrungen, die Vertrauensverlust in die bestehende Ordnung, Protest, Verweigerung, Opposition und Wi-

9 Autoritäre Unterwürfigkeit und autoritäre Aggression resultieren aus dem psychoanalytischen Konzept des sado-masochistischen bzw. autoritär-masochistischen Charakters von Erich Fromm.

derstand hervorrufen. Unzufriedenheit ist zumeist die Folge von nachhaltigen ökonomischen (konjunkturellen und strukturellen) Krisen, von umbruchartigem gesellschaftlich-politischem Wandel, von tief greifenden Modernisierungsprozessen. Daher gilt Rechtsextremismus auch als normale Begleiterscheinung moderner Industriegesellschaften.

Unzufriedenheit und pessimistische Zukunftserwartungen bewirken das Gefühl der Benachteiligung, Abkoppelung, Ausgrenzung, stimulieren Vorurteile gegenüber Fremden und Schwachen und erzeugen den Wunsch nach autoritären Konzepten: Gemeinschaft, Geborgenheit, Sicherheit, Orientierung, Ruhe und Ordnung. Nur einem „starken“ politischen Führer, der das Land mit „eiserner Hand“ regiert, traut man die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu.

Unzufriedenheit kann sich in diesem Zusammenhang auch auf Missstände in den allgemeinen Lebensbedingungen der Menschen beziehen. Hier geht es vor allem um Wohnverhältnisse, nachbarschaftliche Beziehungen, soziale Kontakte und soziale Versorgung, kulturelle Infrastrukturen und Freizeitangebote. Untersuchungen zum jugendlichen Rechtsextremismus zeigen, dass die unwirtlichen Betonwüsten der Großstädte, bienenwabenartige Wohnanlagen oder vernachlässigte Stadtviertel zu sozialer Isolierung und kultureller Verarmung beitragen, die Jugend zu Alkoholismus und Drogenkonsum verführen und sie anfällig machen für Spielhöllen, Automatensalons, faschistoide Hinterhofbanden, Rockergruppen oder Fußballfanklubs, wo sie ihren Aggressionen freien Lauf lassen. Auf der Suche nach derartigen Zufluchten befinden sich gerade solche Jugendliche, die autoritär veranlagt sind, unter schwierigen Familienverhältnissen leiden und keine Bezugspersonen haben, die ihnen Hilfestellung bei der Bewältigung ihrer Probleme geben.

c) Relative Deprivation

Rechtsextremismus begünstigende Unzufriedenheit beruht in der Regel nicht auf absoluter Deprivation (Verelendung durch Armut), sondern auf relativer Deprivation. Damit sind *Ungleichgewichte* oder *Ungleichzeitigkeiten* in der Entwicklung bzw. in den Zukunftsperspektiven unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, Regionen, Wirtschaftszweige etc. angesprochen. Heute bewirkt insbesondere der Strukturwandel der Industriegesellschaft Disproportionalitäten zwischen eher traditionellen und eher zukunftssträchtigen Sektoren der Wirtschaft, zwischen eher „modernen“ und eher „traditionellen“ Berufen oder Tätigkeiten. Durch den Bedeutungsverlust des primären Sektors (Landwirtschaft)

und von Teilen des sekundären Sektors (Industrie) sind spezifische Berufsgruppen (z. B. Bauern, Landarbeiter, Facharbeiter im Montanbereich, ungelernete Arbeiter) von sozialem Abstieg und Qualifikationsentwertung bedroht und leiden unter schlechten Zukunftsaussichten, während die Wachstumsbranchen des sekundären und tertiären Sektors (Handel und Dienstleistungen) ihren Stammbegleitschaften eher sichere Arbeitsplätze und hohe berufliche Qualifizierung bieten können.

Zugleich bahnen sich weitergehende Entwicklungen an oder sind in bestimmten Branchen schon Realität: Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses oder des Arbeitsverhältnisses überhaupt durch (Schein-)Selbstständigkeit, Prekarisierung und Verschärfung des innerbetrieblichen Konkurrenzdrucks. Gemeinsam ist diesen Tendenzen, dass sie Sicherheiten der ökonomischen Reproduktion auflösen oder gefährden oder doch mindestens als Gefährdung wahrgenommen werden. Hieraus resultiert der Widerspruch zwischen Modernisierungsgewinnern und *Modernisierungsverlierern*, der seit den achtziger Jahren in den postindustriellen Gesellschaften Europas als wesentliche Ursache für den Aufstieg des „neuen“ Rechtsextremismus gilt. Die ökonomischen und politischen Globalisierungstendenzen schüren Unzufriedenheit und Ängste bei den vermeintlichen oder tatsächlichen Opfern dieser Entwicklung, die dann zu *Gegnern der Modernisierungsprozesse* werden. Vergleichbare Vorgänge beobachten wir in Transformationsgesellschaften, zum Beispiel in den neuen Bundesländern, wo sich relative Deprivation bei „Einheitsverlierern“ bemerkbar machen kann.

d) (Drohender) Privilegienverlust

Die Modernisierungsverlierer-These wurde zu einem Erklärungsansatz erweitert, in dessen Zentrum der (drohende) Verlust von Privilegien (ehemals) bevorzugter oder wenigstens doch gut gestellter gesellschaftlicher Gruppen infolge des sozialen Wandels oder von Transformationsvorgängen steht. Bei derartigen Gruppen handelt es sich nicht nur um die klassische Industriearbeiterschaft, sondern auch um Berufe, die sich durch die Globalisierung der Märkte oder die Entwertung der Nationalstaaten bedroht fühlen oder auch um durch Systemwechsel entmachtete Eliten. *Potenziell betroffen sind alle gesellschaftlichen Schichten und Gruppen*, das mögliche Spektrum der Betroffenen reicht von Bauarbeitern bis zu Winzern.

Die These vom möglichen Privilegienverlust als Ursache für Rechtsextremismus erhält angesichts der zunehmenden Migrationsströme einen zusätzlichen

Akzent: Die „Einheimischen“ fühlen sich durch Zuwanderer bedroht, weil sie nicht bereit sind, mit ihnen die Früchte „ihres“ Wohlstands zu teilen („*Wohlstandschauvinismus*“).

e) Individualisierung

Im Kontext des sozialen Wandels moderner Industriegesellschaften wird der (vor allem jugendliche) Rechtsextremismus auch mit den damit verbundenen Individualisierungstendenzen erklärt: Mit dem Bedeutungsverlust sozialer Milieus, die ehemals eine kollektive Identitätsbildung ermöglichten, seien die Menschen heute auf sich selbst zurückgeworfen. Sie müssten allein mit Ambivalenzkonflikten und Widerspruchskonstellationen fertig werden und folglich höheren Belastungen bei der Ausbildung autonomer Handlungsfähigkeit standhalten. Individualisierung mindere die Resistenz gegen rechtsextremistische Erscheinungsformen und Orientierungen, und das Fehlen sozialer Beziehungen könne dazu führen, dass sich gerade durch Ohnmachts- und Vereinzelungserfahrungen geprägte Jugendliche auf die Suche nach kollektiven Ersatzidentitäten begeben, bei denen sie Stärke, Schutz oder Geborgenheit vermuten.

f) Flexibilisierung

Der Individualisierungsthese in der Jugendsoziologie entspricht in etwa die Flexibilisierungsthese in der *Wahlsoziologie*: Mit der Entwicklung der Bundesrepublik von einer industriellen zu einer postindustriellen (Dienstleistungs-) Gesellschaft verlören die für die klassische Industriegesellschaft typischen Konfliktlinien zunehmend an Bedeutung. Die daraus gewachsenen dauerhaften Allianzen zwischen sozialen Klassen bzw. Gruppen und Parteien lösten sich auf. Infolge der sozialen Differenzierung hätten sich die großen Volksparteien hinsichtlich ihrer sozialen Basis und ideologisch-programmatisch einander angeglichen, rivalisierten auf dem Wählermarkt um die besonders flexible Mitte und vernachlässigten ihre Kernwählerschaften. So habe sich ein erhebliches Potenzial von ungebundenen, unzufriedenen und stimmungabhängigen Personen entwickelt, das besonders zur Nichtwahl oder zur Wahl von demagogischen Populisten neige.

g) Politische Unzufriedenheit

Ökonomische und soziale Problemlagen, die die Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen, können durch politisches Handeln entweder abge-

federt oder noch verschärft werden. Es kommt nämlich entscheidend darauf an, in welchem Umfang das politische System imstande ist, die notwendigen Steuerungs-, Legitimations- und Integrationsleistungen zu erbringen, damit sich autoritäre Charaktere nicht mit Unzufriedenheit paaren und zu Rechtsextremismus verdichten.

Gerade in Gesellschaften ohne gefestigte demokratische Tradition ist die Gefahr besonders groß, dass einzelne Defizite in der Legitimation öffentlicher Herrschaft dem demokratischen System insgesamt angelastet werden, dass vorübergehende Krisenerscheinungen in Teilbereichen der Gesellschaft zur Ablehnung von Demokratie schlechthin führen. Wenn es beispielsweise nicht oder nur unzureichend gelingt, die materiellen Bedürfnisse aller Bevölkerungsschichten angemessen zu befriedigen, identifikationsfähige Wertorientierungen und Politikziele zu vermitteln, Öffentlichkeit und demokratische Partizipation zu gewährleisten und für eine funktionale Performanz der Institutionen zu sorgen, dann vermindert sich die Zustimmung zum demokratischen System insgesamt, verlieren die intermediären Organisationen an Akzeptanz und Integrationskraft, kommt es zu Bindungsverlusten gerade bei Parteien und Verbänden, und dann gewinnen politische Kräfte an Resonanz, die sich gegen das demokratische System richten.

h) Antidemokratische Diskurse in Politik und Medien

Rechtsextremismus ist nicht nur durch wirtschaftliche und politische (Fehl-)Entwicklungen bedingt, seine Verbreitung wird auch durch den Zustand der *politischen Kultur* begünstigt oder gehemmt. Von Intellektuellen ausgetragene Kulturkämpfe um Deutungsmacht (z. B. die Walser- oder die Finkelstein-Debatte) spielen dabei ebenso eine Rolle wie Bedrohungsszenarien und Feindbild-Konstruktionen in den Medien und in der politischen Kommunikation. Die These, dass Rechtsextremismus „in der Mitte der Gesellschaft“ entsteht, besagt nicht nur, dass gerade auch „normale“, „kleine Leute“ anfällig sind, sondern auch, dass die großen Volksparteien, die Gewerkschaften, die Regierungen und die Massenmedien durch ihre Definitionen des „Normalen“ und durch die von ihnen vertretenen Problemlösungen – etwa: Vorrang für Deutsche auf dem Arbeitsmarkt, Inländerprimat bei der Arbeitsvermittlung – dem Rechtsextremismus Anknüpfungspunkte bieten und daher verstärkend wirken können. In der Parteien- und in der Medienkonkurrenz erscheint die Bedienung von rechtsextremistischen Stimmungen und Vorurteilen nicht selten als Erfolg versprechende Marktstrategie.

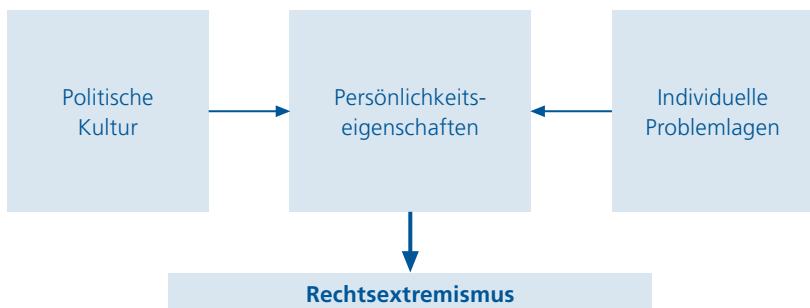
Zum Zusammenhang der Erklärungsfaktoren

Diese acht Erklärungsfaktoren bilden das Reservoir, aus dem die wesentlichen Ursachen für spezielle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus geschöpft werden können. Selbstverständlich entfaltet sich Rechtsextremismus nicht erst dann, wenn alle genannten Bedingungen erfüllt sind. Welche im Einzelfall maßgeblich sind, bedarf der eingehenden Analyse am konkreten Beispiel.

Nun befasst sich Wissenschaft nicht nur mit der empirischen Einzelfallanalyse, sondern auch mit *Theoriebildung*. Für eine allgemeine – notwendigerweise hoch abstrakte – Theorie des Rechtsextremismus ist die Frage von Bedeutung, in welcher Beziehung die Erklärungsfaktoren zueinanderstehen. Grafik 4 enthält ein Modell dieses Wirkungszusammenhangs.

Das Modell geht davon aus, dass Rechtsextremismus unter Umständen bei der *Bewältigung von Problemen* bestimmte Funktionen erfüllen kann. Die zu bewältigenden Probleme ergeben sich vor allem aus dem sozialen Status einer Person. Zu nennen sind Deklassierung, Marginalisierung, Desintegration, Individualisierung, Segmentierung, Prekarisierung etc. Derartige Lebenslagen erzeugen oft Unzufriedenheit und Angst und bedürfen daher der psychologischen Verarbeitung durch die Individuen. Dazu entwickeln sie ihrem Charaktertyp entsprechende *Persönlichkeitseigenschaften*. Ich-schwache Charaktere können zum Beispiel zur Bewältigung von Statusangst extreme Gehorsamsbereitschaft und ein starkes Bedürfnis nach Vor- und Feindbildern entwickeln. Umgekehrt

Grafik 4: Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus



werden selbstbewusste Charaktere versuchen, ihre Probleme durch konkrete Gegenmaßnahmen selbsttätig oder im Verein mit anderen zu lösen.

Persönlichkeitseigenschaften sind das Resultat von Sozialisations- und Lernprozessen, die durch die *politische Kultur* eines Landes, einer Region oder der unmittelbaren Umgebung einer Person geprägt sind. Ein Ich-schwacher Charakter neigt nicht naturnotwendig zu Dogmatismus oder Konventionalismus. Das dürfte nur dann der Fall sein, wenn sich derartige Reaktionen im Verlauf des Lebens als hilfreich erwiesen haben und im Einklang mit dem politischen Klima im persönlichen Umfeld stehen.

Einige Persönlichkeitseigenschaften, vor allem Autoritarismus, Dogmatismus und Rigidität, begünstigen die Anfälligkeit einer Person für rechtsextremistische Angebote. *Rechtsextremismus kann also bei der Problembewältigung bestimmte Funktionen ausüben*: Orientierungshilfe, Identitätsbildung, Sinnstiftung, persönliche Anerkennung und Aufwertung, Schutz, Risikobewältigung und Privilegiensicherung. Dass bei der Hinwendung von Frauen zum Rechtsextremismus weitere Faktoren eine Rolle spielen, wird im achten Kapitel dargestellt.

Erfolgsbedingungen des organisierten Rechtsextremismus

Selbst wenn in gesellschaftlichen Krisen- oder Umbruchsituationen der Problemhaushalt einer Nation dramatisch angewachsen und rechtsextremistische Einstellungen weit verbreitet sind, folgt daraus noch lange nicht, dass Personen, die rechtsextremistisch denken, auch entsprechend handeln. Auf die Frage, wann Einstellungen in Verhalten umschlagen, wann aus latentem Rechtsextremismus manifester Rechtsextremismus wird, hat die Sozialforschung keine überzeugende Antwort. Für den Bereich der Parteien- und Wahlforschung können jedoch einige Bedingungen genannt werden, die der organisierte Rechtsextremismus erfüllen muss, um vorhandene Nachfrage zu befriedigen oder auch neue zu stimulieren. Rechtsextremistische Organisationen können – selbst bei optimalen Rahmenbedingungen – Erfolge (z. B. große Nachfrage nach ihren Publikationen, gut besuchte Versammlungen, wachsende Mitgliederzahlen, hohe Wahlergebnisse) dauerhaft nur verbuchen, wenn sie

- politische Kompetenz und Glaubwürdigkeit ausstrahlen,
- attraktive programmatische Alternativen und identifikationsfähige Ziele populistisch kommunizieren,

- innere Geschlossenheit zeigen und organisatorische Zersplitterung vermeiden,
- populäre und respektable Personen in die Führungsgremien entsenden und
- hinreichende Publizität in den Medien erlangen.

Wir haben im vorigen Kapitel gezeigt, dass der Rechtsextremismus diese Bedingungen lange Zeit nicht, im Fall der Revisionismuskampagne nur teilweise erfüllen konnte. Erst mit der Überfremdungskampagne und dann mit der Antiglobalisierungskampagne trug er den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung und erzielte dadurch einige parlamentarische Erfolge. Gleichwohl sind die genannten Bedingungen immer noch nicht erfüllt. Nach wie vor mangelt es an innerer Geschlossenheit und an populären Führungspersönlichkeiten.

Daraus sollten allerdings keine voreiligen Schlussfolgerungen gezogen werden. Wir werden im fünften Kapitel zeigen, dass Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien neben den hier genannten internen Erfolgsbedingungen auch von der aktuellen Wettbewerbskonstellation im Parteiensystem abhängen. Daraus folgt, dass optimale Rahmenbedingungen und eine gute innere Verfassung noch längst keine Erfolgsgarantie darstellen, dass aber auch Konstellationen möglich sind, die selbst „Phantomparteien“, wie der DVU, in erheblichem Umfang parlamentarische Mandate bescheren.

4 Einstellungen

(Politische) Einstellungen beeinflussen (politisches) Verhalten. Rechtsextremistische Einstellungen bilden in der Regel eine Voraussetzung für Verhaltensweisen, die Rechtsextremismus unterstützen (Wahl einer Partei, Teilnahme an Aktivitäten, Mitgliedschaft etc.). Allerdings ist die Verbreitung des latenten Rechtsextremismus nicht identisch mit dem Ausmaß des manifesten Rechtsextremismus. Auch für den Rechtsextremismus gilt, dass sich nur wenige Menschen politisch engagieren. Bevor wir uns mit der Verbreitung von rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundesrepublik befassen, sind einige methodische Anmerkungen unerlässlich.

Zur Messung rechtsextremistischer Einstellungen

Angaben über das Ausmaß von Rechtsextremismus stoßen in der Öffentlichkeit auf großes Interesse. Die Forschung wird beispielsweise immer wieder danach gefragt, ob Männer häufiger als Frauen zum Rechtsextremismus neigen, welche sozialen Gruppen besonders anfällig für rechtsextremistische Angebote sind, oder ob es in Ostdeutschland mehr Rechtsextremismus gibt als in Westdeutschland. Wie aber lässt sich Rechtsextremismus messen?

Im ersten Kapitel wurde dargelegt, dass beim Rechtsextremismus zwischen Einstellungen und Verhalten zu unterscheiden ist (Grafik 3, S. 21). Entsprechende Informationen vorausgesetzt, lassen sich die Merkmale der *Verhaltensdimension* (Mitglieder, Wähler/innen, Straftaten etc.) zumeist leicht quantifizieren, denn sie können im Prinzip beobachtet werden. Parteimitglieder verfügen beispielsweise über einen Mitgliedsausweis und sind in Listen oder Datenbanken erfasst. Die Wähler/innen rechtsextremistischer Parteien geben sich durch ein Kreuz auf dem Stimmzettel zu erkennen. (Mit derartigen Daten werden wir uns später noch eingehend befassen.)

Rechtsextremistische Einstellungen lassen sich dagegen nicht direkt beobachten. Ein Mitgliedsausweis stellt ein eindeutiges Merkmal dar. Man hat ihn oder man hat ihn nicht. Durch welche abzählbaren Merkmale zeichnen sich aber Menschen mit rechtsextremistischen Einstellungen aus? Wir hatten bereits darauf hingewiesen, dass in der Forschung nicht einmal Klarheit darüber besteht,

was genau unter rechtsextremistischen Einstellungen zu verstehen ist. Es existiert zwar der Minimalkonsens, dass es sich dabei um ein zugleich völkisch und nationalistisch geprägtes Orientierungsmuster handelt. Aber diese Merkmale sind viel zu allgemein, als dass sie sich zählen ließen.

Es bedarf also einer exakten Bestimmung der einzelnen Bestandteile dieses Musters, eben eines *Messkonzepts*. Da in der Forschungspraxis sehr unterschiedliche Konzepte zur Messung von rechtsextremistischen Einstellungen zur Anwendung gelangen, werden oft unterschiedliche, teilweise sogar stark voneinander abweichende Zahlen mitgeteilt, die eher zur Verwirrung als zur Aufklärung beitragen.

Wünschenswert ist mithin eine verbindliche Messkonvention, eine DIN-Norm gewissermaßen, die allen Untersuchungen zugrunde gelegt wird. Zur Ausarbeitung einer derartigen Konvention haben sich Wissenschaftler/innen zusammengefunden, die sich regelmäßig mit der empirischen Untersuchung von rechtsextremistischen Einstellungen befassen. Diese Expertengruppe¹⁰ hat sich auf eine operationalisierbare Arbeitsdefinition für Rechtsextremismus verständigt:

„Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“

Auf der Basis dieser Arbeitsdefinition wurden folgende sechs Dimensionen für das rechtsextremistische Einstellungsmuster fixiert:

- Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur
- Chauvinismus
- Ausländerfeindlichkeit

10 Mitglieder waren: Prof. Dr. Elmar Brähler (Leipzig), Dr. Michael Edinger (Jena), Prof. Dr. Jürgen Falter (Mainz), Dr. Andreas Hallermann (Jena), Dipl. Pol. Joachim Kreis (Berlin), Prof. Dr. Oskar Niedermayer (Berlin), Prof. Dr. Karl Schmitt (Jena), PD Dr. Siegfried Schumann (Mainz), Prof. Dr. Richard Stöss (Berlin), Prof. Dr. Bettina Westle (Erlangen), Dr. Jürgen Winkler (Mainz).

- Antisemitismus
- Sozialdarwinismus
- Verharmlosung des Nationalsozialismus

Konsens bestand darüber, dass *Autoritarismus* nicht zu den Komponenten des rechtsextremistischen Einstellungssyndroms zählt, sondern eher als erklärende Variable zu betrachten ist. Die Dimension „*Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur*“ zielt nicht auf autoritäre Persönlichkeitseigenschaften, sondern auf eine politische Einstellung, nämlich auf die Befürwortung von Diktatur bzw. von diktatorischen Strukturen. Um eine deutliche Abgrenzung gegenüber linksextremistischer Diktaturunterstützung zu erreichen, wurde die (wegen der Verwendung des Adjektivs „autoritär“ allerdings unglückliche) Formulierung „rechtsautoritäre Diktatur“ gewählt. Entscheidend ist, dass die Formulierung der Statements auf den rechtsextremistischen Charakter der Diktatur abzielt.

Anstelle der gängigen Bezeichnung „*Nationalismus*“ wurde der Begriff „*Chauvinismus*“ vorgeschlagen, um eine klare Grenzziehung zu patriotischen oder nationalen Gesinnungen, die sich nicht gegen Demokratie richten, zu erreichen. Unüblich ist die Berücksichtigung der Dimension „*Sozialdarwinismus*“. Sie betont die Ungleichwertigkeitsvorstellungen im völkischen Denken, die über den ethnisch fundierten Rassismus hinausreichen, indem sie auch die Diskriminierung von angeblich „unwertem Leben“ einschließen. Damit ist auch erreicht, dass der politische und der soziale Aspekt des Rechtsextremismus gleichgewichtig durch jeweils drei Dimensionen berücksichtigt sind.

Für jede Dimension wurden dann fünf Statements formuliert, so dass für die Messung insgesamt 30 Statements zur Verfügung standen, Sätze also, denen die Teilnehmer einer Befragung mehr oder weniger stark zustimmen oder die sie mehr oder weniger stark ablehnen können. Diese 30 Aussagen wurden dann vergleichend getestet und daraufhin nach hier nicht zu erläuternden Gesichtspunkten zu Kurzskaalen verdichtet. Eine Forschergruppe am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin um Oskar Niedermayer und Richard Stöss hat sich dafür entschieden, für jede Dimension nur ein Statement zu verwenden:

- Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.
- Es gibt wertvolles und unwertes Leben.
- Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.

- Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer/innen wieder in ihre Heimat zurückschicken.
- Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.
- Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Eine Forschergruppe an der Universität Leipzig um Elmar Brähler und Oliver Decker verwendet für jede Dimension drei Statements:

Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur:

- Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.
- Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.
- Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.

Chauvinismus:

- Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.
- Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.
- Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.

Ausländerfeindlichkeit:

- Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer/innen in einem gefährlichen Maß überfremdet.
- Die Ausländer/innen kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.
- Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer/innen wieder in ihre Heimat zurückschicken.

Antisemitismus:

- Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.
- Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.
- Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Sozialdarwinismus:

- Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.
- Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.
- Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Verharmlosung des Nationalsozialismus:

- Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.
- Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.
- Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.

Die Untersuchungen beider Forschergruppen unterscheiden sich auch hinsichtlich der Antwortvorgaben¹¹, sodass die Befunde etwas voneinander abweichen. Die Studien der Leipziger Gruppe über rechtsextremistische Einstellungen zwischen 2002 und 2010 sind im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durch-

11 Niedermayer/Stöss: 1 „stimme völlig zu“, 2 „stimme eher zu“, 3 „lehne eher ab“, 4 „lehne völlig ab“. Brähler/Decker: 1 „lehne völlig ab“, 2 „lehne überwiegend ab“, 3 „stimme teils zu, teils nicht zu“, 4 „stimme überwiegend zu“, 5 „stimme voll und ganz zu“. Der entscheidende Unterschied besteht darin, dass die Leipziger Befragung eine neutrale Mittelposition (teils-teils) ermöglicht, während die Berliner Studie die Befragten zwingt, sich zwischen Zustimmung und Ablehnung zu entscheiden. Antwortverweigerung (z. B. „weiß nicht“, „keine Antwort“) ist in beiden Untersuchungen möglich.

geführt worden.¹² Bevor wir einige Resultate der Leipziger und der Berliner Forschungen darstellen, gehen wir auf Ergebnisse älteren Datums ein.

Ergebnisse früherer Untersuchungen

Es ist bezeichnend für die Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit, dass die erste umfassende wissenschaftliche Untersuchung über rechtsextremistische Einstellungen in der Bundesrepublik erst 35 Jahre nach Kriegsende stattgefunden hat.

In der Zeit von Mai 1979 bis April 1980 führte das SINUS-Institut im Auftrag des Bundeskanzleramts ein Forschungsprojekt über rechtsextremistische Einstellungen in der Bundesrepublik durch. Auf der Grundlage von nahezu 7000 Interviews mit wahlberechtigten Bürgern (ab 18 Jahren) ermittelten die Forscher ein *Potenzial von 13 Prozent der Befragten mit einem geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild*. Etwa die Hälfte davon, sechs Prozent der Wahlbevölkerung, billigte rechtsextremistische Gewalttaten und konnte damals als Sympathiepotenzial für rechtsterroristische Tätergruppen angesehen werden. Zu den erwähnten 13 Prozent mussten noch zwei Prozent der Befragten hinzugezählt werden, die die SINUS-Forscher als „rechtsextremes Öko-Potenzial“ bezeichneten, Personen also, bei denen sich Elemente der nationalsozialistischen „Blut- und Boden“-Ideologie mit aktuellem Umweltschutzdenken vermischten.¹³

Noch ein weiteres Ergebnis dieser Untersuchung verdient Beachtung: Neben den genannten 13 bzw. 15 Prozent konsistenter Rechtsextremisten wurde ein Potenzial von 37 Prozent der Befragten mit autoritären, aber nicht extremistischen Einstellungen sichtbar, das die Forscher als mögliche „*Brücken nach*

12 Oliver Decker/Elmar Brähler (unter Mitarbeit von Norman Geißler): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung/Forum Berlin 2006; Oliver Decker/Katharina Rothe/Marliese Weissmann/Norman Geißler/Elmar Brähler: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung/Forum Berlin 2008; Oliver Decker/Elmar Brähler: Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung/Forum Berlin 2008; Oliver Decker/Marliese Weißmann/Johannes Kies/Elmar Brähler: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung/Forum Berlin 2010.

13 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1981.

rechts“ bewerteten. Diese Gruppe würde als Bindeglied zwischen rechtsextremistischen und demokratischen Positionen fungieren und könnte in Krisenzeiten gegebenenfalls ein Reservoir für Anhänger/innen oder Wähler/innen rechtsextremistischer Parteien oder Organisationen bilden.

Die Analyse der *sozialstrukturellen Merkmale* des rechtsextremistischen Einstellungspotenzials zeigte, dass junge Leute vergleichsweise weniger anfällig waren als die mittleren und älteren Generationen. Als besonders resistent erwiesen sich zum einen Gewerkschaftsmitglieder und zum anderen die Anhänger/innen der SPD und FDP. Ein geschlechterspezifischer Unterschied bestand nicht. Auch mit Blick auf die beiden Konfessionen waren keine Auffälligkeiten erkennbar. Personen ohne Berufsausbildung, un- und angelernte Arbeiter sowie Landwirte waren etwas überrepräsentiert. Mit Blick auf die regionale Verteilung zeigte sich ein gewisses Übergewicht in den Bundesländern Hessen und Bayern. In größeren Dörfern und in Kleinstädten sowie in den Randzonen der Großstädte fanden sich vergleichsweise mehr Rechtsextremisten als im Bundesdurchschnitt.

Für einen Einstellungsvergleich zwischen beiden Teilen Deutschlands nach 1990 stehen zunächst nur Daten zur Verfügung, die sich auf einzelne Dimensionen des Einstellungsmusters Rechtsextremismus beziehen. Dabei handelt es sich beispielsweise um Studien zur Haltung der Bevölkerung zum Nationalsozialismus und zum Antisemitismus. Die Befunde sind uns zwar nur aus der Presse bekannt, an ihrer Seriosität hegen wir jedoch keinen Zweifel.

Das ist zunächst eine von Emnid und Gallup im Auftrag des „Spiegel“ 1992 durchgeführte Befragung unter West- und Ostdeutschen sowie unter Juden in Israel.¹⁴ Durchgängig sei, so der resümierende Befund, „der Anteil der Ostdeutschen, der sich antisemitisch, rechtsradikal oder ausländerfeindlich äußert, geringer als der entsprechende Anteil der Westdeutschen. Die Bundesbürger/innen im Osten nehmen die Konsequenzen aus der NS-Vergangenheit für die Gegenwart ernster“. Beispielsweise betrug der Anteil der antisemitisch eingestellten Befragten in Deutschland 13 Prozent, im Westen waren es 16 Prozent, im Osten vier Prozent. Und die Frage, ob die Demokratie in Deutschland durch radikale und extremistische Gruppen gefährdet sei, bejahten 79 Prozent der Juden, 69 Prozent der Ostdeutschen und 47 Prozent der Westdeutschen. Nach Auffassung des „Spiegel“ „haben sich die meisten früheren DDR-Bürger eine

14 Abgedruckt in: Juden und Deutsche. SPIEGEL-Spezial, Nr. 2/1992, S. 61 ff.

Aversion gegen das NS-Regime bewahrt“. Dem stimmten auch die Antisemitismus-Experten Werner Bergman und Rainer Erb vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung zu, die mit der Bemerkung zitiert wurden: „Auch der Antifaschismus war in der DDR verordnet, aber er entsprach bei vielen der eigenen Überzeugung.“

Dies bestätigte auch eine von forsa im Auftrag der Zeitung „Die Woche“ im Mai 1994 durchgeführte Umfrage¹⁵, die unter anderem zu folgendem, durch die mitgeteilten Daten nachvollziehbarem Ergebnis gelangte: „Mit einem verbreiteten Klischee räumt diese Untersuchung auf: dass nämlich der verordnete Antifaschismus der DDR ins Gegenteil umgeschlagen sei, nachdem die Ostdeutschen auf die Wildbahn der freien Meinung entlassen wurden. Die Befragten aus den neuen Bundesländern zeigen durchgehend eine klarere, kundigere und ablehnendere Haltung zum Nationalsozialismus.“

Die erste bundesweite Messung von rechtsextremistischen Einstellungspotenzialen nach der deutschen Einheit wurde unseres Wissens 1994 von Jürgen W. Falter (Mainz) vorgenommen.¹⁶ *Demnach war das rechtsextremistische Einstellungspotenzial im Frühjahr 1994 im Westen mehr als doppelt so groß wie im Osten.* Das dürfte generell für die erste Hälfte der neunziger Jahre gegolten haben.

In einer früheren Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung¹⁷ hatten wir eine eigene Untersuchung aus dem Jahr 1998 dargestellt, die zu dem Ergebnis gelangt war, dass rechtsextremistische Einstellungen im Osten häufiger anzutreffen waren als im Westen: Für die Bundesrepublik *insgesamt* wurde ein Potenzial von *13 Prozent*¹⁸ gemessen, für *Westdeutschland 12 Prozent* und für *Ostdeutschland 17 Prozent*. *In den neuen Bundesländern waren rechtsextremistische Orientierungen nun anderthalb Mal so stark verbreitet wie in den alten Ländern.* Diese Verteilung kontrastierte mit den Untersuchungsergebnissen von Falter und war mithin erklärungsbedürftig. Dieselbe Tendenz zeigte

15 Die Woche, Nr. 23 v. 1.6.1994, Beilage „EXTRA: Große Umfrage zum Nationalsozialismus“.

16 Jürgen W. Falter (in Zusammenarbeit mit Markus Klein): Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München: Beck 1994. In dem Buch wird der Ost-West-Unterschied nicht genannt. Falter hat jedoch dem Verfasser freundlicherweise eine Tabelle mit der Verteilung der Häufigkeiten, getrennt nach West und Ost, zur Verfügung gestellt, auf die hier zurückgegriffen wurde.

17 Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung/Abteilung Dialog Ostdeutschland, Bonn 1999; 3. überarb. Aufl. Berlin 2000.

18 Die Übereinstimmung mit dem von SINUS gemessenen Potenzial ist rein zufällig.

sich übrigens auch im Wahlverhalten: Bei den Wahlen auf Bundesebene waren rechtsextremistische Parteien 1990 und 1994 im Westen erfolgreicher als im Osten, 1998 fanden sie dann im Osten mehr Zuspruch als im Westen (siehe dazu auch Kapitel 5).

Dieser *politische Stimmungsumschwung* ließ sich damit erklären, dass sich die gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen für die Ausbreitung von Rechtsextremismus in Deutschland Mitte der neunziger Jahre verändert hatten: Die Ostdeutschen hatten den Prozess der inneren Einheit zunächst wesentlich optimistischer betrachtet als die Westdeutschen. Noch 1994 glaubte knapp die Hälfte der neuen Bundesbürger, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den kommenden Jahren verbessern würden, in Westdeutschland vertraten nur 33 Prozent diese Auffassung. Drei Jahre später, 1997, war der Anteil an Optimisten im Osten auf 14 Prozent abgeschmolzen und hatte damit West-Niveau (13 %) erreicht. Pessimistisch bezüglich der wirtschaftlichen Zukunft waren 1997 im Osten 57 Prozent und im Westen 62 Prozent der Bevölkerung. *Der Ost-West-Unterschied bestand mithin darin, dass die Ernüchterung hinsichtlich der Einigungsfolgen in den neuen Bundesländern wesentlich dramatischer ausgefallen war als in den alten.*

Die Stimmungslage der Nation ließ sich auch an der enormen Unzufriedenheit mit der Demokratie im Jahr 1998 ablesen: Unzufrieden waren im Westen 57 Prozent, im Osten sogar 72 Prozent. Der Anteil der Befragten, die Kritik an den verfassungsmäßigen Grundlagen und am Funktionieren der Demokratie äußerten, der Anteil der Systemverdrossenen also, betrug im Westen 27, im Osten 43 Prozent. *Dass die ostdeutsche Bevölkerung ihre westdeutschen Landsleute bezüglich der Sympathien für Rechtsextremismus überholt hatte, lag daran, dass ihre anfänglich große Zuversicht in das westliche System von Demokratie und Marktwirtschaft in besonders herbe Enttäuschung umgeschlagen war.* Beim Rechtsextremismus in Ostdeutschland handelt es sich also keineswegs allein um ein Produkt des (autoritären) DDR-Regimes, sondern zugleich um eine *Begleiterscheinung des Systemwechsels.*

Aktuelle Untersuchungsergebnisse

Im Folgenden werden Befunde der bereits erwähnten Studien von Brähler/Decker (Leipzig) und Niedermayer/Stöss (Berlin) vorgestellt. Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass zwischen den Erhebungsmethoden beider Forschergruppen Unterschiede bestehen und die Ergebnisse daher nur bedingt mitei-

einander vergleichbar sind. Das gilt erst recht für die gerade mitgeteilten Ergebnisse früherer Untersuchungen.

Folgt man Niedermayer und Stöss, dann hat sich das rechtsextremistische Einstellungspotenzial zwischen 2005 und 2008 leicht von zwölf Prozent auf zehn Prozent verringert. Zu beiden Messzeitpunkten waren die Ostdeutschen anfäll-

Tabelle 3: Rechtsextremistische Einstellungen nach Gebieten 2005 und 2008 (%)

	2005	2008
Bundesrepublik insgesamt	12	10
Nur Westdeutschland (einschl. Berlin-West)	12	9
Nur Ostdeutschland (einschl. Berlin-Ost)	14	11
Nur nördliche Bundesländer (S-H, Hbg, Bre, Ns)	8	9
Nur westliche Bundesländer (NRW, He, Rld-P, Saar)	12	8
Nur südliche Bundesländer (B-W, By)	13	11
Nur östliche Bundesländer (M-V, Bdbg, Bln, S-A, Sa, Thü)	15	11

Datenquelle: Niedermayer/Stöss (2005: Infratest dimap, N=2540; 2008: forsa, N=6005)

Tabelle 4: Rechtsextremistische Einstellungen nach Gebieten 2002 bis 2010 (%)

	BRD	West	Ost
2002	10	11	8
2004	10	10	8
2006	9	9	7
2008	8	8	8
2010	8	8	11

Datenquelle: Brähler/Decker (USUMA; 2002: N=1946; 2004: N=2428; 2006: N=4798; 2008: N=2392; 2010: N=2393)

liger für Rechtsextremismus als die Westdeutschen. Dies ergab auch schon eine Befragung der beiden Wissenschaftler aus dem Jahr 2003, wo der Ost-West-Abstand allerdings deutlich größer ausfiel. Die Berliner Daten legen daher die Vermutung nahe, dass sich der Ost-West-Unterschied abgeschwächt hat. Die Entwicklung in den Bundesländern vollzog sich recht unterschiedlich: Während sich in den nördlichen Bundesländern zwischen 2005 und 2008 keine Veränderung ergeben hat, ist das Einstellungspotenzial in den übrigen drei Ländergruppen zurückgegangen, am stärksten in den fünf neuen Ländern.¹⁹ Dort sind rechtsextremistische Einstellungen mittlerweile genauso weit verbreitet wie in den Südländern (Tabelle 3).

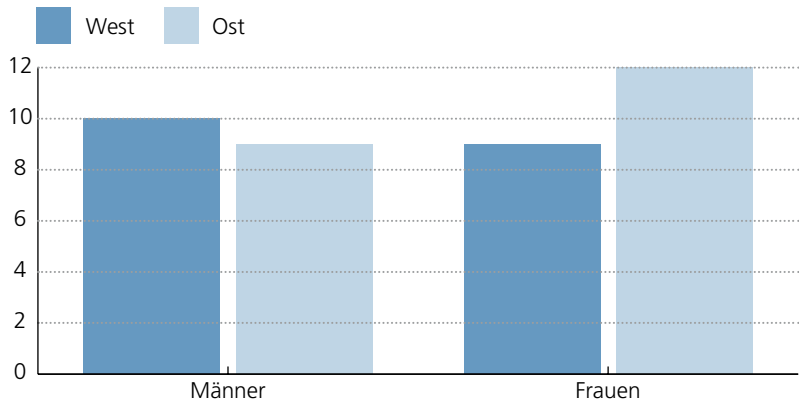
Die Leipziger Untersuchungen fördern ein etwas anderes Bild zu Tage (Tabelle 4). Auch sie stellen eine Abnahme der rechtsextremistischen Einstellungen zwischen 2002 und 2010 fest, allerdings auf einem geringeren Niveau. Insgesamt dürfte das rechtsextremistische Einstellungspotenzial in der Bundesrepublik derzeit knapp zehn Prozent betragen. Der eigentliche Unterschied zwischen beiden Studien betrifft die Ost-West-Relation. Brähler und Decker messen 2002, 2004 und 2006 im Westen mehr Rechtsextremismus als im Osten, 2008 herrscht nach ihren Daten in etwa Gleichstand und erst 2010 übertrifft der Osten den Westen.

Im Folgenden werden einige Angaben zur Sozialstruktur aus der Berliner Studie berichtet. Im Großen und Ganzen entwickeln Frauen in demselben Umfang wie Männer rechtsextremistische Einstellungen (s. dazu auch Kapitel 8). Im Osten erzielen Frauen allerdings etwas höhere Werte als Männer (Grafik 5). Im Prinzip nimmt Rechtsextremismus mit wachsendem Alter zu. Nur die 14–17-Jährigen bilden eine Ausnahme (Grafik 6). Als besonders anfällig erweisen sich (einfache) Arbeiter, Arbeitslose und Rentner (Grafik 7).

Da für den sozialen Status in modernen Industriegesellschaften Bildung und Einkommen maßgeblich sind, wurde aus beiden Variablen der Index „objektive Schichtzuordnung“ gebildet. Der Unterschicht wurden Personen mit geringer Bildung und geringem Einkommen zugeordnet, der Mittelschicht Personen mit mittlerer Bildung und mittlerem Einkommen, der Oberschicht Personen mit hoher Bildung und hohem Einkommen. Aus dieser Perspektive erweist sich Rechtsextremismus weithin (aber nicht durchgängig) als ein Unterschichtphänomen:

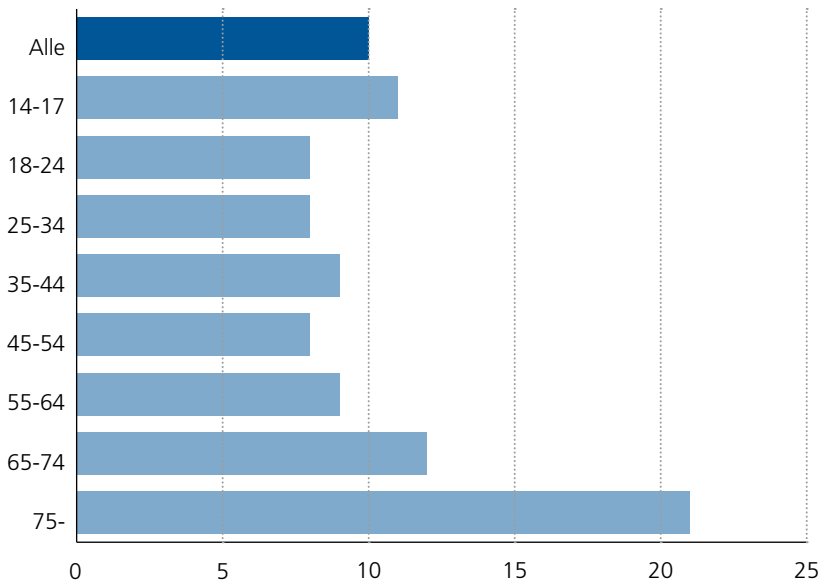
19 Während in die Kategorie „Ostdeutschland“ in Tabelle 3 auch Berlin-Ost eingeschlossen ist, bleibt die ehemalige Hauptstadt der DDR bei der Kategorie „fünf neue Länder“ unberücksichtigt. Die Werte für beide Kategorien sind daher nicht notwendigerweise identisch.

Grafik 5: Rechtsextremistische Einstellungen bei den Geschlechtern in West- und Ost-Deutschland 2008 (%)



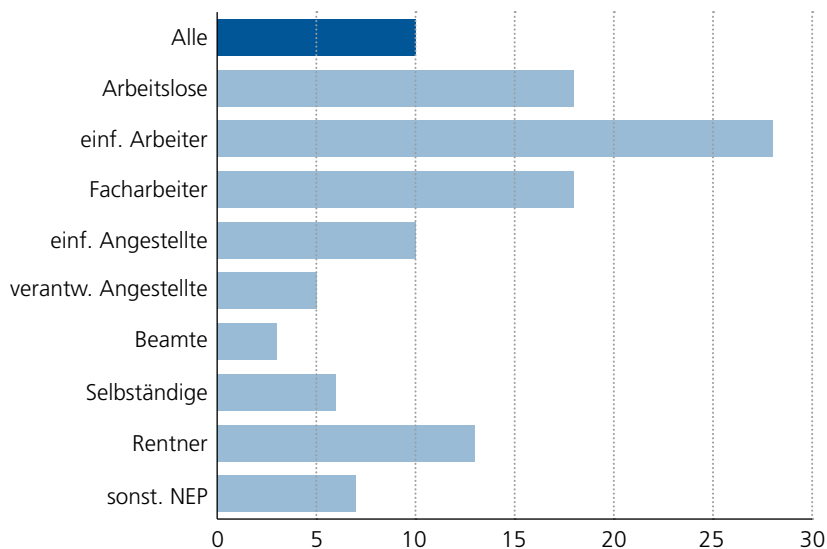
Datenquelle: Niedermayer/Stöss (forsa, N=6005)

Grafik 6: Rechtsextremistische Einstellungen bei den Altersgruppen 2008 (%)



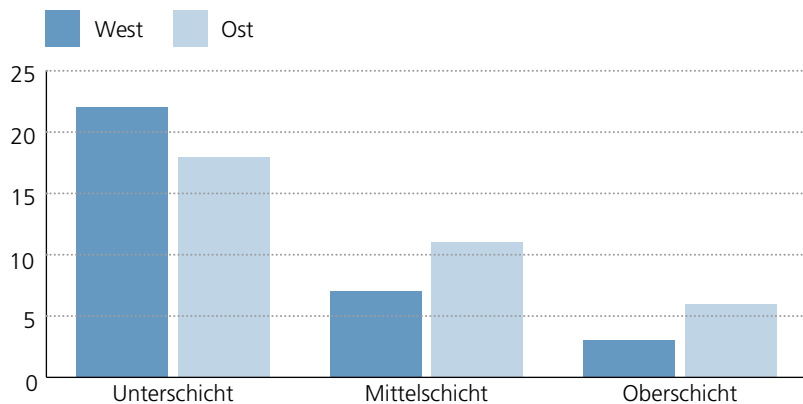
Datenquelle: Niedermayer/Stöss (forsa, N=6005)

Grafik 7: Rechtsextremistische Einstellungen bei den Erwerbsgruppen 2008 (%)



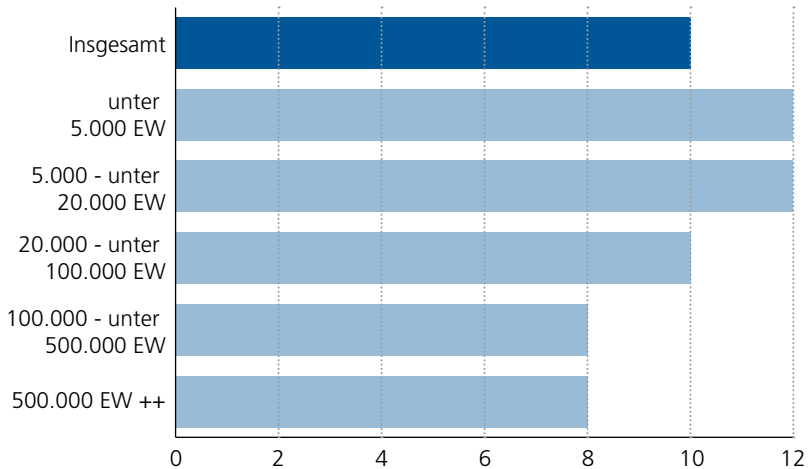
Datenquelle: Niedermayer/Stöss (forsa, N=6005) NEP = Nichterwerbspersonen

Grafik 8: Rechtsextremistische Einstellungen bei den sozialen Schichten in West- und Ost-Deutschland 2008 (%)



Datenquelle: Niedermayer/Stöss (forsa, N=6005)

Grafik 9: Rechtsextremistische Einstellungen in den Ortsgrößen 2008 (%)



Datenquelle: Niedermayer/Stöss (forsa, N=6005) EW = Einwohner

21 Prozent (West: 22 %, Ost: 18 %) dieser Schicht sind dem rechtsextremistischen Einstellungspotenzial zuzurechnen. Die Mittelschicht ist dagegen etwas (BRD: 8 %, West: 7 %, Ost: 11 %), die Oberschicht stark unterdurchschnittlich (BRD: 4 %, West: 3 %, Ost: 6 %) rechtsextremistisch eingestellt. Auffällig ist, dass die Mittelschicht und die Oberschicht im Osten häufiger rechtsextremistische Neigungen aufweisen als im Westen (Grafik 8). Da Rechtsextremismus in den fünfziger und sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts vor allem im Mittelstand grassierte, hat sich seine soziale Basis offenbar von einem Mittelschichtphänomen zu einem Unterschichtphänomen gewandelt.

Schließlich ist noch zu erwähnen, dass sich rechtsextremistische Einstellungen eher in dünn besiedelten, ländlichen Gebieten entfalten. Großstädte sind dagegen vergleichsweise gering belastet (Grafik 9).

Bei der Ursachenanalyse (Kapitel 3) haben wir dargelegt, dass Rechtsextremismus bei der Bewältigung von speziellen Problemlagen (Deklassierung, Marginalisierung, Desintegration, Prekarisierung etc.) bestimmte Funktionen (Orientierungshilfe, Identitätsbildung, Schutz, Risikobewältigung etc.) erfüllen

kann. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn große Unzufriedenheit mit den wirtschaftlich-sozialen und politisch-kulturellen Verhältnissen besteht und besondere Persönlichkeitseigenschaften (Ich-Schwäche, Autoritarismus, Dogmatismus, Konventionalismus etc.) gegeben sind. Dazu abschließend noch einige Befragungsergebnisse bzw. statistische Zusammenhänge aus eigenen Untersuchungen (ohne detaillierte Zahlennachweise):

- Je moderner der Arbeitsplatz, desto geringer die Verbreitung von rechts-extremistischen Einstellungen (Modernisierungsverliererthese); je prekärer das Beschäftigungsverhältnis, desto größer die Anfälligkeit für Rechtsextremismus.
- Relative Deprivation begünstigt die Ausbreitung von Rechtsextremismus.
- Befragte, die sich als Verlierer der deutschen Einheit betrachten, neigen wesentlich häufiger zu Rechtsextremismus als Einheitsgewinner.
- Je größer die politische Unzufriedenheit, desto größer die Hinwendung zum Rechtsextremismus. Das gilt erst recht für politische Apathie.
- Mit wachsender Unzufriedenheit mit der Demokratie nehmen auch rechts-extremistische Einstellungen zu.
- Mit zunehmendem Zukunftspessimismus wächst die Anfälligkeit für rechts-extremistische Angebote.
- Die Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem (i.e. autoritäre Disposition) befördert das Bedürfnis nach rechtsextremistischen Deutungsangeboten.

Aus der Studie „Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2010“ unter der wissenschaftlichen Leitung von Dr. Oliver Decker und Professor Elmar Brähler, welche die Friedrich-Ebert-Stiftung im Oktober 2010 herausgegeben hat (erhältlich auch online, siehe „Informationen zur Arbeit der FES“ im Anhang), seien hier nur folgende Ergebnisse erwähnt:

- Männer stimmen den Rechtsextremismus-Statements etwas häufiger zu als Frauen.
- Gewerkschaftsmitglieder sind im Großen und Ganzen genauso häufig rechtsextremistisch eingestellt wie Nichtmitglieder.
- Konfessionslose entwickeln seltener rechtsextremistische Einstellungen als Kirchenmitglieder.

- Je kapitalismuskritischer die Befragten eingestellt sind, desto häufiger neigen sie zum Rechtsextremismus. Dies gilt entsprechend für antiamerikanische Orientierungen, allerdings ist der statistische Zusammenhang sehr gering.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das rechtsextremistische Einstellungspotenzial zwar in den letzten Jahren etwas abgenommen hat, mit knapp zehn Prozent aber immer noch recht groß ist. Abgesehen einmal von den jüngsten Entwicklungen war dieses Potenzial auch in den siebziger und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts beträchtlich. Der Frage, inwieweit rechtsextremistische Parteien dieses Potenzial für sich mobilisieren können bzw. konnten, gehen wir im folgenden Kapitel nach.

5. Wahlen und Wähler/innen

Der Wandel des bundesdeutschen Rechtsextremismus kommt besonders deutlich bei der Betrachtung seiner Wahlgeschichte zum Ausdruck. Wahlergebnisse bilden zwar nicht den einzigen Indikator für den Erfolg des Rechtsextremismus und schon gar nicht für das Gefährdungspotenzial, das von ihm ausgeht. Aber Wahlen sind ein wichtiger Hinweis auf seine Resonanz in der Bevölkerung, zumal der Rechtsextremismus hierzulande besonders auf Wahlen fixiert ist und seine Kampagnen darauf ausrichtet. Eine Ausnahme bildet lediglich die Revisionismuskampagne, die immer auch ein Bestandteil des „Kulturkampfes von rechts“ war.

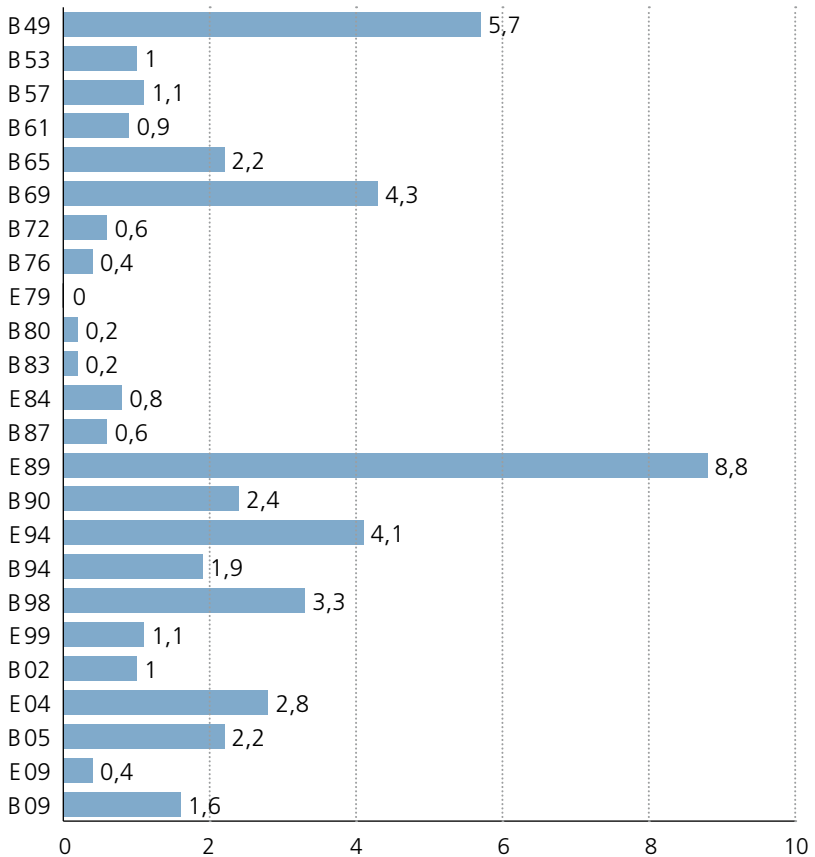
Sieht man einmal von den – quantitativ bedeutungslosen – neonazistischen und terroristischen Gruppierungen in den siebziger und achtziger Jahren ab, dann *dominierten in der alten Bundesrepublik die systemkonform agierenden, deutschnational ausgerichteten Wahlparteien*. Diese verfügten zwar über mehr oder weniger sichtbare neonazistische Flügel, vorherrschend war jedoch stets das nationalistisch-konservative Element. Bismarck stand allemal höher im Kurs als Hitler. Dies änderte sich erst nach 1990.

Die Entwicklung des manifesten Rechtsextremismus folgt *politischen Konjunkturen*. Diese lassen sich, mit einiger Fantasie,²⁰ der Grafik 10 entnehmen (aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden die Wahlergebnisse auf Landesebene ausgespart). Es werden *vier Entwicklungsphasen* erkennbar: Die erste Phase reicht von 1945 bis 1961, die zweite von 1962 bis 1982, die dritte Phase begann 1983 und ging mit der deutschen Einheit unmittelbar in die vierte Phase über. Dieser gesamtdeutsche Rechtsextremismus lässt sich weiterhin in zwei Etappen unterteilen.

Erfolg und Misserfolg rechtsextremistischer Parteien bei Wahlen hängen zunächst von den *gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen* ab, die im dritten Kapitel behandelt wurden. Dabei ist zwischen *längerfristig wirksamen* und *situativen* Faktoren zu unterscheiden. In Zeiten des sozioökonomischen und/

20 Als hilfreich mag sich dabei ein Blick auf Grafik 15, S. 96, erweisen, die die Mitgliederentwicklung des Rechtsextremismus seit 1954 abbildet.

Grafik 10: (Zweit-)Stimmenanteile der rechtsextremistischen Parteien bei Bundeswahlen 1949–2009 (%)



B = Bundestagswahl; E = Europawahl; 2009 ohne REP (E09: 1,3; B09: 0,4)

oder politischen Umbruchs sind die Erfolgsaussichten des Rechtsextremismus im Prinzip besonders gut. Allerdings wird das Wahlverhalten der Bürger/innen auch durch momentane Stimmungen und aktuelle Ereignisse bzw. Zustände geprägt. So kann es vorkommen, dass rechtsextremistische Parteien trotz optimaler Rahmenbedingungen schlecht abschneiden, weil der Wahlkampf durch starke politische Polarisierung zwischen eher linken und eher konservativen Kräften gekennzeichnet ist. Dann entscheiden sich viele potenzielle Rechts-

außen-Wähler für die konservative Partei, um einen Sieg der Linken zu verhindern. Aus demselben Grund wandern dann auch mit ihrer eigenen Partei unzufriedene konservative Wähler/innen nicht ins extremistische Lager ab, sondern entscheiden sich für das „kleinere Übel“. Rechtsextremistisch gesinnte Wähler/innen können sich aber auch für die SPD entscheiden, wenn sie sich davon eine Verbesserung ihrer sozialen Situation versprechen.

Wenn aber in Krisen- bzw. Umbruchsituationen auch noch große Harmonie zwischen den etablierten Parteien besteht, Alternativen nicht erkennbar werden und ein eintöniger Wahlkampf stattfindet, und wenn dann auch noch die Meinung weit verbreitet ist, dass der Ausgang der Wahl so gut wie feststeht und sich dadurch nichts an den bestehenden Machtverhältnissen ändern wird, dann steigen die Erfolgchancen rechtsextremistischer Parteien.

Erfolg und Misserfolg hängen aber auch – wie bereits dargestellt – vom *Erscheinungsbild des Rechtsextremismus insgesamt*, von seinem inneren Zustand, von seinem Personal- und Programmangebot und nicht zuletzt von seiner Wahlkampfführung ab. In der Geschichte des Rechtsextremismus fielen die externen Bedingungen zumeist günstiger aus als die internen. *Der deutsche Rechtsextremismus stand sich bei der Realisierung vorhandener Erfolgchancen oft selbst im Weg*. Entweder trat er in Gestalt mehrerer miteinander um dasselbe Wählerpotenzial konkurrierender Parteien in Erscheinung, oder seine Kampagnen liefen ins Leere. Lange Zeit traf beides zu.

Die Phase 1945–1961

Ursprünglich durchaus begründete Befürchtungen hinsichtlich eines starken organisierten Nachkriegsrechtsextremismus haben sich trotz der scheinbar optimalen gesellschaftlichen Voraussetzungen nach 1945 nicht bewahrheitet. Die *Integrationskraft des politischen Systems* der Bundesrepublik wuchs überraschend schnell, womit dem organisierten Rechtsextremismus zunächst weit hin die soziale Grundlage entzogen wurde. In Anbetracht der *ökonomischen Prosperität* („Wirtschaftswunder“) und der durch einen Basiskonsens (über die wesentlichen innen- und außenpolitischen Fragen) ermöglichten Konzentrationstendenzen innerhalb des Parteiensystems fanden die politisch-programmatischen Alternativen der rechtsextremistischen Parteien und Organisationen bald kaum noch Resonanz in der Bevölkerung. Die Bundesbürger/innen richteten ihre Energien auf den Wiederaufbau, auf Wachstum, Wohlstand und Konsum und kümmerten sich wenig um die Neuordnung der Gesellschaft.

Der Rechtsextremismus profitierte zunächst allerdings in gewissem Umfang von den tief greifenden ökonomischen, sozialen und politischen Nachkriegsproblemen. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 erzielten die lizenzierten rechtsextremistischen Parteien zusammen 1,4 Millionen Stimmen (5,7 %). Vergleichsweise erfolgreich war dabei die niedersächsische *Deutsche Rechtspartei (DRP)*. Sie gewann 1949 rund 500 000 Stimmen und damit fünf Bundestagsmandate. Mit dem Auslaufen der alliierten Lizenzierungsbestimmungen trennten sich die Neofaschisten von der DRP und gründeten im Oktober 1949 die *Sozialistische Reichspartei (SRP)*, die 1952 verboten wurde. In der kurzen Zeit ihres Bestehens konnte sie 1951 zwei beachtliche Wahlerfolge verbuchen: In Bremen brachte sie es auf 7,7 Prozent und acht Mandate, in Niedersachsen auf 11,0 Prozent und 16 Mandate. Die nicht an der SRP beteiligten Reste der niedersächsischen DRP schlossen sich mit anderen kleinen Gruppierungen im Januar 1950 zur eher deutschnationalen und systemkonformen *Deutschen Reichspartei (DRP)* zusammen, die zunächst im Schatten der SRP stand, sich nach deren Verbot jedoch zur einzig nennenswerten rechtsextremistischen Partei in der Bundesrepublik entwickelte.

Der Niedergang des Rechtsextremismus war nicht nur durch externe Faktoren bedingt. Er hatte auch keine attraktive und realistische Alternative zur Politik Adenauers vorzuweisen. Die *Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reichs* war angesichts der erfolgreichen Westintegrationspolitik Adenauers chancenlos. Glaubwürdigkeit und Kompetenz wurden überdies durch starke organisatorische Zersplitterung und andauernde Kämpfe zwischen den Kleinparteienführern beeinträchtigt.

Die Phase 1962–1982

Zersplitterung und Misserfolge bei Wahlen führten Anfang der sechziger Jahre zu intensiven Bündnisgesprächen innerhalb des rechtsextremistischen Lagers. Sie mündeten am 28. November 1964 in die Gründung einer nahezu alle Splittergruppen umfassenden Sammlungspartei, der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)*. Bei der Bundestagswahl 1965 erzielte die NPD zwar nur zwei Prozent der Stimmen. Ein Jahr später erlebte die ab 1967 von Adolf von Thadden²¹ geführte Partei jedoch unter für sie günstigen gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen einen kometenhaften Aufstieg.

21 Von Thadden saß für die niedersächsische DRP von 1949 bis 1953 im Bundestag und war ab 1961 Chef der DRP.

1966/67 trafen ein deutlicher konjunktureller Abschwung und tief greifende Strukturschwächen einzelner Branchen (Kohle, Eisen, Stahl, Textil) mit einem erheblichen staatlichen Finanzdefizit zusammen. Diese Probleme zu bewältigen, war die liberale Wirtschaftspolitik von CDU/CSU und FDP überfordert. Über die Finanzkrise zerbrach die ab 1963 von Ludwig Erhard geleitete Bundesregierung, und im Dezember 1966 wurde eine *Große Koalition* aus CDU/CSU und SPD gebildet. Das Ende des CDU-Staats markierte das Ende der Nachkriegszeit.

Zwischen 1966 und 1968 fielen der NPD – nicht zuletzt wegen ihrer Kampagne gegen die entspannungsorientierte Ostpolitik – in sieben Landesparlamenten 61 Landtagssitze sowie etwa 600 Wahlämter auf kommunaler und regionaler Ebene zu. Bei der Bundestagswahl verfehlte sie dann jedoch mit 1,4 Millionen Wählern (4,3 %) knapp den Sprung in den Bundestag.

Die NPD-Anhänger/innen kamen aus allen Bevölkerungsschichten. Die Männer waren mit rund zwei Dritteln deutlich überrepräsentiert. Unter den Altersgruppen dominierten die mittleren Jahrgänge. Vergleichsweise stark waren Landwirte, Selbstständige und Arbeiter vertreten. Detaillierte Analysen zeigen, dass nicht der Berufsstatus, sondern die Bindung an Wahlnormen vermittelnde Großorganisationen entscheidend für die Erfolge der NPD waren: Praktizierende Christen (vor allem Katholiken) und Gewerkschaftsmitglieder bildeten kaum ein Reservoir für die Rechtsextremisten. In Gebieten mit hohem Katholikenanteil und in Industrievierteln mit langer Arbeitertradition war die NPD chancenlos. Dagegen neigten 14 Prozent der bindungslosen Arbeitnehmer in Großbetrieben, 19 Prozent der bindungslosen Selbstständigen und sogar 25 Prozent der bindungslosen Arbeitnehmer in Kleinbetrieben zur NPD.

Speiste sich die rechtsextremistische Wählerschaft in den fünfziger Jahren primär aus dem Mittelstand, so war es der NPD gelungen, nun auch ein Stück weit in die Arbeiterschicht einzudringen. Gewerkschaftsmitgliedschaft stellte damals aber noch eine hohe Barriere gegen die Wahl rechtsextremistischer Parteien dar.

Mit der Bildung der sozialliberalen Koalition im Jahr 1969 vollzog die CDU/CSU einen deutlichen Rechtsschwenk und machte beinharte konservative Opposition gegen die neue Ostpolitik und die Reformpläne der Bundesregierung unter Willy Brandt. *Konfrontation und Polarisierung im politischen System trockneten die Wählerbasis der NPD rasch aus*, bei der Bundestagswahl 1972 brachte sie es auf ganze 0,6 Prozent. Die Partei zerstritt sich über die Frage, wie dem

drohenden Niedergang der Partei und der vermeintlich antinationalen und sozialistischen Politik der SPD-FDP-Koalition zu begegnen sei:

- Ein aktionistischer Flügel befürwortete und praktizierte illegale Methoden und bildete den Ausgangspunkt für die Mitte der siebziger Jahre entstehenden neonazistischen Kampfgruppen, die sich auch terroristischer Methoden bedienten: Zum Beispiel die *Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS)* des Michael Kühnen, die *Volksozialistische Bewegung Deutschlands (VSBd)* unter Friedhelm Busse, die *Deutschen Aktionsgruppen (DA)* des Rechtsterroristen Manfred Roeder und die „*Wehrsportgruppe Hoffmann*“.
- Ein eher „linker“, von Intellektuellen dominierter Flügel konzentrierte sich auf den „*Kulturkampf von rechts*“ und arbeitete an der geistigen Erneuerung der theoretischen Grundlagen des Rechtsextremismus, insbesondere des „Ethnopluralismus“ (siehe dazu Kapitel 2). Daraus erwuchsen 1974 verschiedene *nationalrevolutionäre Gruppierungen*, die sich dann auch im Rahmen der Ökologiebewegung engagierten.
- Schließlich verselbstständigten sich auch jene nationalistisch-konservativen Kräfte, die eine Kooperation mit den rechten Flügeln von CDU und CSU gegen die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition anstrebten. So entstand 1971 beispielsweise die *Deutsche Volkunion (DVU)* des Gerhard Frey, damals noch als überparteiliche Vereinigung.

Die organisatorisch ausgezehrte Rest-NPD fristete (seit 1971 unter dem Vorsitz von Martin Mußnug) bis Ende der achtziger Jahre ein desolates und inaktives Dasein. Sie war vor allem mit internen Problemen beschäftigt und trotz der von ihr begonnenen *Überfremdungskampagne* nicht imstande, von der 1974/75 einsetzenden Wirtschaftskrise zu profitieren.

Die Phase 1983–1990

Die dritte Entwicklungsphase des Rechtsextremismus setzte Anfang/Mitte der achtziger Jahre ein, und wieder waren es Momente eines gesellschaftlich-politischen Umbruchs, die seinen Auftrieb beförderten. Anders als früher handelte es sich nun aber um Faktoren, die mehr oder weniger in allen westeuropäischen Staaten wirksam waren, womit dieser vermeintlich „neue“ Rechtsextremismus zu einem *europäischen Phänomen* wurde. Sozialer Wandel, technologische Modernisierung, geringes Wirtschaftswachstum, hohe Massenarbeitslosigkeit, Beschneidung der Sozialausgaben, Wertewandel, wach-

sendes Umweltbewusstsein, massive Partizipationsansprüche, politische und soziale Umwälzungen in Osteuropa, Abschmelzen des Ost-West-Gegensatzes, Migrationsbewegungen und Asylproblematik sind nur einige Stichworte, die damals den Problemhaushalt aller EG-Staaten prägten. Hinzu kam der Bedeutungsverlust der Nationalstaaten angesichts der wirtschaftlichen und politischen Globalisierung. Der deutsche Rechtsextremismus konzentrierte sich nun auf die *Überfremdungskampagne*, der die Revisionismuskampagne nachgeordnet wurde. Die Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reichs war nachrangig und spielte selbst im Prozess der Vereinigung von BRD und DDR keine herausgehobene Rolle.

Unter dem Druck der veränderten Verhältnisse *zerbrach im Oktober 1982 die sozialliberale Koalition*. Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde auf dem Wege eines Misstrauensvotums gestürzt. Zu seinem Nachfolger bestimmte der Deutsche Bundestag den bisherigen Oppositionsführer Helmut Kohl (CDU), der bis Oktober 1998 Regierungschef einer CDU/CSU-FDP-Koalition war.

Zuvor – während ihrer 13-jährigen Oppositionszeit – hatte die CDU/CSU alle möglichen Anstrengungen unternommen, um die bundesdeutsche Rechte gegen die „sozialistische“ Politik der sozialliberalen Koalition und den vermeintlichen Ausverkauf Deutschlands zu mobilisieren. Indem sie sich damals als Dach für eine breite, umfassende konservativ-nationalistische Sammlungsbewegung, als *politische Heimat aller Rechten*, präsentierte, konnte sie zwar der NPD das Wasser abgraben, erweckte jedoch Hoffnungen auf eine konsequent neokonservative Politik, ermunterte ultrarechte und rechtsextremistische Kräfte zum Widerstand gegen die legitimierte Regierung und machte deren Positionen hoffähig, schürte revanchistische und ausländerfeindliche Ressentiments und bagatellierte den organisierten Rechtsextremismus.

Nun – an die Regierung gelangt – wurde man die Geister, die man gerufen hatte, nicht mehr los. Sprecher von unter Mithilfe der CDU/CSU gegründeten neokonservativen Zirkeln klagten heftig den *Vollzug der versprochenen „geistig-moralischen Wende“* ein: Entstaatlichung und Entbürokratisierung, Revitalisierung der bürgerlichen Familie, Überwindung der durch die sozialliberale Ära angeblich bewirkten sozialistisch-nihilistischen „Kulturrevolution“, Rehabilitierung von Traditionen und historisch bewährten Werten und Tugenden und schließlich Wiederherstellung des nationalen Selbstbewusstseins der Deutschen. In diesem politischen Klima konnte sich auch der Rechtsextremismus wieder entfalten.

Der neue Aufwärtstrend deutete sich bereits bei der Europawahl 1984 an, als die NPD mit 0,8 Prozent (knapp 200 000 Stimmen) ein für ihre Verhältnisse beachtliches Resultat verbuchen konnte. 1986 verabredeten NPD und DVU eine Zusammenarbeit beider Organisationen, die weitere Wahlerfolge zeitigte, 1987 sogar erstmalig seit 1968 wieder ein parlamentarisches Mandat (für die DVU) auf Landesebene (Bremen).

Der Chef und „Eigentümer“ der *Deutschen Volksunion (DVU)*, der vermögende Münchner Verleger Dr. Gerhard Frey, zählte zu den einflussreichsten und finanzstärksten Vertreter/innen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Er herrschte über ein Druck- und Verlagsimperium, in dem neben revisionistischer Literatur, Schallplatten, Tonbandkassetten, Videos, Landkarten, Fahnen und Gedenkmedaillen damals die drei auflagenstärksten rechtsextremen Wochenzeitungen erschienen: die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ), der „Deutsche Anzeiger“ sowie die „Deutsche Wochen-Zeitung“. Die wöchentliche Gesamtauflage der drei teilweise inhaltsgleichen Blätter betrug 1987 nach Angaben des Verfassungsschutzes knapp 100 000 Exemplare, Frey sprach sogar von 600 000.

Im März 1987 gründete Frey neben der überparteilichen DVU die politische Partei *Deutsche Volksunion-Liste D (DVU)*²². Der Einstieg des Unternehmers Frey in die Parteipolitik wurde in erster Linie mit der ausgebliebenen Wende in Bonn begründet. Frey spekulierte auf die Unzufriedenheit rechtskonservativer Kräfte mit der Politik der Unionsparteien und erhoffte sich davon auch – so behaupteten seine Kritiker – günstige Rückwirkungen auf seine Geschäfte. Weil es ihm aber an einer funktionsfähigen Organisation fehlte, die imstande gewesen wäre, Wahlkämpfe durchzuführen, beschritt er den Weg des Bündnisses mit der NPD. Den eigentlichen Durchbruch bei Wahlen schafften jedoch nicht NPD und DVU, sondern die 1983 gegründeten Republikaner.

Die Republikaner (REP) wurden am 26. November 1983 von den beiden Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Mitgliedern der CSU Franz Handlos und Ekkehard Voigt sowie von dem Fernsehjournalisten Franz Schönhuber in München aus der Taufe gehoben. Die Entwicklung der Partei nahm in den fol-

22 Zunächst bestanden die 1971 gegründete DVU e.V. und die 1987 gegründete Partei DVU-Liste D nebeneinander. 1988 wurde dann die Satzung des Vereins geändert: Alle Vereinsmitglieder wurden Mitglied der Partei, sofern sie älter als 16 Jahre waren und keinen Widerspruch einlegten. Daher schnellte die Mitgliederzahl der Partei – seit 1991 lautet ihr Name nur noch DVU – von 1988 auf 1989 steil empor (siehe Grafik 21, S. 118).

genden Jahren keineswegs den hoffnungsvoll angekündigten Verlauf. Heftige interne Streitereien lähmten den Parteaufbau. Erst 1989 schafften die mittlerweile von Schönhuber geführten Republikaner mit einer *extrem fremdenfeindlichen Kampagne* den Durchbruch. Bei der Berliner Wahl am 29. Januar 1989 erhielten sie 7,5 Prozent der Zweitstimmen (11 Mandate im Abgeordnetenhaus und weitere 36 in den Bezirksverordnetenversammlungen) und damit einen Publizitätsschub weit über Berlin hinaus.

Nun stiegen die Mitgliederzahlen rasch an, Berichte von Übertritten aus den Unionsparteien häuften sich, die Organisation konnte bundesweit auf Landes- und Kreisebene ausgebaut und im April 1989 die Gründung des elften und letzten Landesverbandes im Saarland gemeldet werden. Zu dieser Zeit bezifferte Schönhuber die REP-Mitgliederzahl mit 14 000 und sagte „erdbebenartige Ergebnisse“ für die Europawahl im Juni des Jahres voraus. Forderungen aus dem Kreis der anderen rechtsextremistischen Parteien nach einem gemeinsamen Vorgehen lehnte er siegesicher ab.

Bei der Europawahl am 18. Juni 1989 erhielten die Republikaner in der Bundesrepublik über zwei Millionen Stimmen (7,1 %). *Noch niemals in der Geschichte Westdeutschlands wurde von einer rechtsextremistischen Partei ein derartig hohes Resultat auf Bundesebene erreicht.* Die Republikaner waren fortan im Europäischen Parlament mit sechs Abgeordneten vertreten. Die von der NPD unterstützte DVU-Liste D konnte dagegen nur knapp eine halbe Million Wähler/innen mobilisieren, bundesweit 1,6 Prozent der gültigen Stimmen.

Die Anhängerschaft der Republikaner war in sozialstruktureller Hinsicht sehr heterogen und ließ sich mit den herkömmlichen sozialstatistischen Kategorien insgesamt nur unzureichend abgrenzen. Überdies stellten sich die Verhältnisse von Bundesland zu Bundesland, von Region zu Region sehr unterschiedlich dar.

Generell galt: Bundesweit stammte rund die Hälfte der NPD- und REP-Wähler/innen aus Bayern und Baden-Württemberg. 40 bis 50 Prozent der Parteianhänger/innen gehörten früher dem Lager der Unionsparteien und 20 bis 25 Prozent dem der SPD an. Zwei Drittel der durch einen sehr niedrigen Bildungsstatus gekennzeichneten REP-Sympathisanten waren Männer. Hinsichtlich der beruflichen Zusammensetzung überwogen einfache Arbeiter, Facharbeiter und Selbstständige bzw. Landwirte. Die neuen Mittelschichten waren unterrepräsentiert. Keine gravierenden Unterschiede zur Wahlbevölkerung insgesamt zeigten sich bei der Altersstruktur, der konfessionellen

Zusammensetzung und bei den Einkommensverhältnissen. Allerdings erwiesen sich praktizierende Katholiken in der Mitte und im Norden der Bundesrepublik als unterdurchschnittlich anfällig für rechtsextremistische Propaganda. Auch die Herkunft nach städtischen und ländlichen Regionen zeigte keine Besonderheiten, wenn auch die kleinen Gemeinden etwas stärker beteiligt waren als die Ballungsgebiete. Schließlich unterschieden sich auch die Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer Sympathie für rechtsextremistische Parteien nicht vom Bevölkerungsdurchschnitt.

Es war dem „neuen“ Rechtsextremismus also weithin gelungen, *die regionalen und sozialstrukturellen Barrieren* der Sammlungsparteien der (ersten und zweiten Entwicklungsphase *zu überwinden*. Stützten sich die rechtsextremistischen Parteien in den fünfziger und sechziger Jahren noch weithin auf die Mittelschichten, so hatte sich der Rechtsextremismus der achtziger Jahre primär zu einem *Unterschichtphänomen* entwickelt.

Die Anhänger/innen der rechtsextremistischen Parteien ließen sich grob durch drei Merkmale beschreiben: *extrem rechte Grundorientierungen, starke politische Entfremdung und das Gefühl sozioökonomischer Bedrohung*. Das Konglomerat heterogener, oft sogar widersprüchlicher Forderungen und Erwartungen wurde in der Literatur häufig als Ausdruck von „Protest“ interpretiert. Oft galten die Republikaner hinsichtlich ihrer Anhänger/innen als „*Protestpartei*“ und nicht als rechtsextremistische Partei. Wir werden später zeigen, dass die Unterscheidung zwischen dem Protestmotiv und der weltanschaulichen Komponente beim Wahlverhalten analytisch notwendig ist, dass das eine das andere aber nicht ausschließt.

Dass die Schönhuber-Partei damals im Wettbewerb mit der DVU und der NPD obsiegte, lag weniger an ihrem vermeintlich gemäßigten Programm (die inhaltlichen Unterschiede zu DVU und NPD waren in Wirklichkeit nicht sonderlich groß), sondern eher daran, dass sie mit Schönhuber über einen medienerfahrenen Vorsitzenden (er war Leiter der Hauptabteilung „Bayern-Information“ beim Bayerischen Fernsehen und hatte bis zu seiner Entlassung 1982 eine sehr populäre Sendung moderiert) und einen talentierten Rhetoriker verfügte, dem es trotz seiner SS-Vergangenheit (nachdem er sich dazu in seinem Buch „Ich war dabei“ bekannt hatte, wurde er vom Bayerischen Rundfunk entlassen) gelang, seine Partei vor einem neonazistischen Image zu bewahren.

Der gesamtdeutsche Rechtsextremismus

Die vierte Entwicklungsphase des Rechtsextremismus beginnt mit der deutschen Einheit. Sie lässt sich in zwei Etappen unterteilen. Der Scheidepunkt kann allerdings nur ungefähr datiert werden: etwa auf den Übergang von den neunziger Jahren zum neuen Jahrtausend.

Die Republikaner waren im Sommer 1989 auf dem Zenit ihrer Entwicklung angekommen, vermochten es aber nicht, diesen Rückenwind für weitere Erfolge zu nutzen. Das „Hauen und Stechen“ zwischen eher nationalistisch-konservativen und eher rechtsextremistischen Kräften begann jetzt erst richtig und trug der Partei Austritte und Abspaltungen ein. Es waren aber nicht nur die internen Grabenkämpfe, sondern auch die deutsche Einheit, die ihren Erfolgstrend zunächst jäh stoppten. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 erzielten NPD und Republikaner zusammen ganze 2,4 Prozent der Zweitstimmen (West: 2,6 %; Ost: 1,6 %). Die DVU beteiligte sich damals noch nicht – sondern erst ab 1998 – an Wahlen in den neuen Bundesländern.

Der westdeutsche Rechtsextremismus wurde durch die Ereignisse von 1989/90 in der DDR ebenso überrascht wie die übrigen politischen Kräfte in der alten Bundesrepublik. Im Grunde genommen hatte auch er die Hoffnungen auf eine baldige Vereinigung der beiden deutschen Staaten aufgegeben und sich auf andere Themen konzentriert (Überfremdungskampagne, Revisionismuskampagne). Er war auf die Situation nicht vorbereitet, reagierte hilflos und zögerlich und fühlte sich um die Früchte seines Engagements von den bürgerlichen Parteien betrogen. Dass es gerade die wegen ihres antinationalen Kurses in der Vergangenheit verhassten Konservativen und Liberalen waren, die den Einheitsprozess vorantrieben und sich mit den Erfolgen brüsteten, schmerzte besonders und trug zur weiteren Irritation des rechtsextremistischen Lagers bei. Man wusste zunächst nicht einmal, ob man sich freuen und ebenfalls jubeln oder ob man den – mit der Einheit untrennbar verknüpften – völkerrechtlich endgültigen Verlust der ehemaligen deutschen Ostgebiete beklagen und gegen die Einheit opponieren sollte.

Zwar witterte der westdeutsche Rechtsextremismus in der DDR ein zusätzliches Wählerpotenzial und erklärte „Mitteldeutschland“ zum bevorzugten „Aufmarschgebiet“. Unmittelbar nach Öffnung der Mauer reisten Vertreter/innen aller rechtsextremistischen Organisationen in die DDR, um – vor allem bei den Montagsdemonstrationen – Flugblätter zu verteilen und Anhänger/innen zu mobilisieren. Aber die neuen Bundesbürger/innen erwiesen sich bei den ersten

Tabelle 5: Wahlergebnisse von DVU, NPD und REP bei Bundestagswahlen 1990–2009

Partei	Westdeutschland ^{a)}		Ostdeutschland ^{b)}		BRD insgesamt	
	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%
1990						
DDD ^{c)}	672	0,0	337	0,0	1 009	0,0
NPD	122 564	0,3	23 212	0,3	145 776	0,3
REP	871 773	2,3	115 496	1,3	987 269	2,1
Insges.	995 009	2,6	139 045	1,6	1 134 054	2,4
1994						
REP	765 906	2,0	109 333	1,3	875 239	1,9
1998						
DVU	334 341	0,8	266 851	2,8	601 192	1,2
NPD	58 570	0,1	68 001	0,7	126 571	0,3
REP	764 843	1,9	141 540	1,5	906 383	1,8
Insges.	1 157 754	2,9	476 392	5,0	1 634 146	3,3
2002						
NPD	111 173	0,3	104 059	1,2	215 232	0,4
REP	235 114	0,6	45 557	0,5	280 671	0,6
Insges.	346 287	0,9	149 616	1,7	495 903	1,0
2005						
NPD	429 476	1,1	319 092	3,6	748 568	1,6
REP	234 975	0,6	31 126	0,4	266 101	0,6
Insges.	664 451	1,7	350 218	4,0	1 014 669	2,2
2009						
DVU	27 951	0,1	17 801	0,2	45 752	0,1
NPD	400 531	1,1	234 994	3,1	635 525	1,5
Insges.	428 482	1,2	252 795	3,3	681 277	1,6

a) Einschl. Berlin-West

2009 ohne REP (West: 0,5/Ost: 0,2/BRD: 0,4)

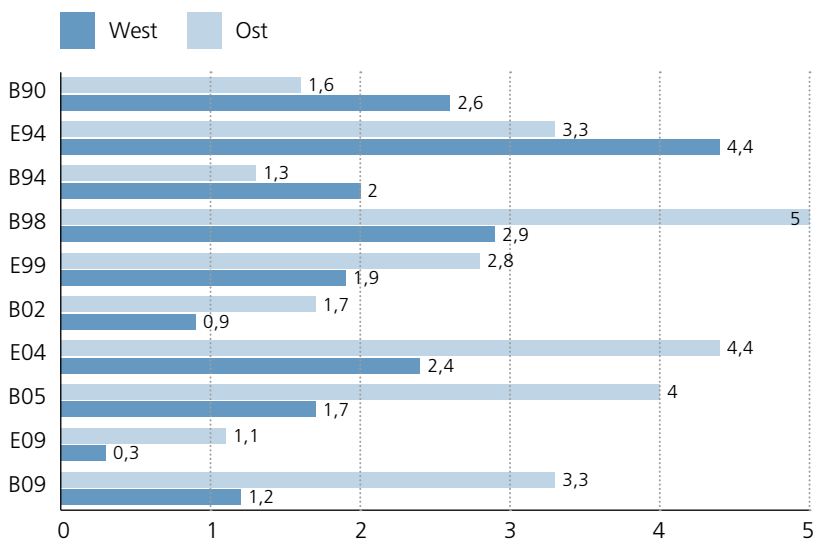
b) Einschl. Berlin-Ost

c) Bund der Deutschen Demokraten, REP-Abspaltung

freien Wahlen in Ostdeutschland als noch weniger anfällig für großdeutsche Parolen als die Westdeutschen.

Noch bis Mitte der neunziger Jahre erzielten die rechtsextremistischen Parteien in Westdeutschland bessere Ergebnisse als in Ostdeutschland. So zogen die Republikaner 1992 und 1996 mit 15 bzw. 14 Abgeordneten in den Landtag von Baden-Württemberg ein, und die DVU überwand die Fünf-Prozent-Hürde 1991 in Bremen und 1992 in Schleswig-Holstein (jeweils 6 Mandate). Dies änderte sich erst mit der Bundestagswahl 1998. Mit den Ursachen für diesen Stimmungsumschwung und mit der Entwicklungsgeschichte des Rechtsextremismus im Osten werden wir uns im nächsten Kapitel eingehender befassen. Hier sei nur daran erinnert, dass in den neuen Bundesländern in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre Pessimismus und Systemverdrossenheit dramatisch anwuchsen und rechtsextremistische Angebote auf zunehmende Resonanz stießen.

Grafik 11: (Zweit-)Stimmenanteile der rechtsextremistischen Parteien bei Bundeswahlen in West- und Ostdeutschland 1990–2009



B = Bundestagswahl; E = Europawahl; 2009 ohne REP (E09: 1,2/1,8; B09: 0,2/0,5)
 Ost: einschl. Berlin-Ost; West: einschl. Berlin-West

Schon im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 deutete sich an, dass sich die Rechtsaußen-Parteien damals vor allem im Osten im Aufwind befanden. Im April 1998 gelang der DVU in Sachsen-Anhalt ein fulminanter Überraschungserfolg: 12,9 Prozent der Stimmen und 16 Mandate – das beste Landesergebnis einer rechtsextremistischen Partei seit Kriegsende! Bei der Bundestagswahl im September des Jahres brachten es die drei rechtsextremistischen Parteien gemeinsam in Ostdeutschland auf fünf Prozent (in Sachsen 5,7 %, in Brandenburg 5,1 %), in Westdeutschland aber nur auf 2,9 Prozent. Erstmals fanden die Rechtsextremisten bei Bundeswahlen im Osten mehr Zuspruch als im Westen.

Ein Jahr später, im September 1999, schaffte die DVU mit 5,3 Prozent auch den Sprung in den Landtag von Brandenburg (5 Mandate). Die Ausgangsbedingungen waren durchaus mit denen in Sachsen-Anhalt vergleichbar: Die Stimmung war durch Unzufriedenheit, Pessimismus und Politikverdrossenheit geprägt, das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der etablierten Parteien war außerordentlich gering, und von politischer Polarisierung konnte keine Rede sein. Zudem fand auch im märkischen Wahlkampf keine offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus statt. Die Sozialstruktur der DVU-Wähler/innen unterschied sich bei beiden Wahlen kaum: Es handelte sich vor allem um junge Männer, Arbeiter und Arbeitslose.

Die Septemberwahlen des Jahres 2004 in Brandenburg und Sachsen fanden unter dem Eindruck der Massendemonstrationen gegen die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung statt (Hartz IV). DVU und NPD erhielten starken Rückenwind. So gelang es der Frey-Partei in Brandenburg, ihr Ergebnis von 1999 sogar noch zu verbessern (6,1 %, 6 Mandate). Die eigentliche Sensation spielte sich aber in Sachsen ab, wo die NPD 9,2 Prozent und zwölf Landtagssitze erreichte und damit fast so stark wurde wie die SPD. *Seit dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) 1952 gelang einer rechtsextremistischen Partei mit eindeutig neonazistischer Ausrichtung erstmalig wieder ein – dazu noch spektakulärer – Wahlerfolg.* Anders als bei der aus München ferngesteuerten „Phantompartei“ DVU handelte es sich bei der NPD um eine organisatorisch und politisch permanent aktive Partei, die ihren Aufbau kontinuierlich betrieb und in einigen Regionen Sachsens sowohl kommunalpolitisch präsent als auch in rechtsergerichteten Jugendszenen verankert und mit den gewaltbereiten „freien Kameradschaften“ gut vernetzt war.

Bei Bundeswahlen konnten die Rechtsextremisten ihr Ergebnis von 1998 bis zu den letzten Wahlen 2009 nicht wiederholen. Sie schnitten im Osten zwar stets besser ab als im Westen, aber auch in Ostdeutschland wurde die Fünf-Prozent-

Tabelle 6: Landtagsmandate für DVU, NPD und REP seit 1991

Jahr	Bundesland	Partei	Stimmenanteil	Mandate
1991	Bremen	DVU	6,2	6
1992	Schleswig-Holstein	DVU	6,3	6
1992	Baden-Württemberg	REP	10,9	15
1996	Baden-Württemberg	REP	9,1	14
1998	Sachsen-Anhalt	DVU	12,9	16
1999	Bremen	DVU	3,0	1
1999	Brandenburg	DVU	5,3	5
2003	Bremen	DVU	2,3	1
2004	Sachsen	NPD	9,2	12
2004	Brandenburg	DVU	6,1	6
2006	Mecklenburg-Vorpommern	NPD	7,3	6
2007	Bremen	DVU	2,7	1
2009	Sachsen	NPD	5,6	8
		Summe Mandate		97
		davon in Ostdeutschland		53
		davon in Westdeutschland		44
		davon DVU		42
		davon REP		29
		davon NPD		26

Marke nicht mehr erreicht (Tabelle 5, Grafik 11). Die NPD entwickelte sich zwar zur wählerstärksten der drei rechtsextremistischen Parteien, vermochte es aber nicht, das Potenzial der „Auslaufmodelle“ DVU und Republikaner an sich zu binden. Auch sie selbst verliert mittlerweile an Wählerresonanz: 2006 zog sie zwar mit 7,3 Prozent und sechs Mandaten in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ein, 2009 überwand sie die Sperrklausel in Sachsen aber nur mit Mühe und Not (5,6 %, 8 Mandate), in Thüringen blieb ihr der sicher geglaubte Einzug in den Landtag versperrt (4,3 %), im Saarland rutschte sie von 4,0 Prozent (2004) auf 1,5 Prozent ab und in Schleswig-Holstein halbierte sich ihr Ergebnis gegenüber der Vorwahl (2005: 1,9 %; 2009: 0,9 %). Und bei der Bundestagswahl 2009 stagnierte die NPD mit 1,5 Prozent (2005: 1,6 %). Schließlich stürzte die morbide DVU im selben Jahr in Brandenburg von zuvor 6,1 Prozent (2004) auf nunmehr 1,1 Prozent ab und verlor damit ihre letzten Landtagsmandate²³.

Der parteiförmig organisierte Rechtsextremismus dürfte – wenigstens vorerst – den Zenit seiner Entwicklung überschritten haben: Den Republikanern, die politisch-ideologisch kaum noch dem Rechtsextremismus zuzuordnen sind, wird allenthalben das Totenglöckchen geläutet, die DVU befindet sich in Auflösung und auch die NPD schwächelt. Ursächlich dafür ist der sozioökonomische und politisch-kulturelle Wandel in den vergangenen Jahren: Die Banken- und Finanzkrise der Jahre 2008/09 ist von den etablierten Parteien nach Auffassung der meisten Bürger/innen zufriedenstellend gemeistert worden, die Wirtschaft wächst wieder beträchtlich, die Arbeitslosenzahlen sinken spürbar und der Sozialprotest ist abgeflaut. Von dem Aufschwung profitieren gerade auch die neuen Bundesländer, sodass sich in vielen Bereichen die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Ostdeutschen und der Westdeutschen angleichen. In diesem Zusammenhang ist auch auf das rechtsextremistische Einstellungspotenzial hinzuweisen, das in den letzten Jahren etwas abgenommen hat. Die Wahlergebnisse der rechtsextremistischen Parteien dürfen aber nicht nur auf externe Faktoren zurückgeführt werden. Wir werden uns im folgenden sechsten Kapitel ausführlich mit den Binnenverhältnissen des rechtsextremistischen Lagers befassen und dabei auch auf die Wahlen zurückkommen.

Die Bilanz der Mandatserfolge zeigt, dass die rechtsextremistischen Parteien in den ersten drei Entwicklungsphasen etwa genauso viele Mandate errungen haben wie im vereinigten Deutschland (Tabelle 7). Von den bislang 97 Landtags-

23 Bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft im Mai 2007 erzielte die DVU zwar ein Mandat, weil sie im Wahlbereich Bremerhaven auf 5,4 Prozent kam. Der Abgeordnete Siegfried Tittmann verließ die DVU allerdings bereits im Juli 2007.

Tabelle 7: Parlamentarische Mandate für rechtsextremistische Parteien auf Landes- und Bundesebene nach Entwicklungsphasen 1945–2010

Phasen	Land	Bund / Europa
1945–1961	34	6 ^{a)}
1962–1982	61	-
1983–1990	12	6 ^{b)}
1991–2010	97	-
Summe	204	12

a) Bei der Bundestagswahl 1949 sechs Mandate für rechtsextremistische Parteien und weitere zwölf für extrem rechte Parteien

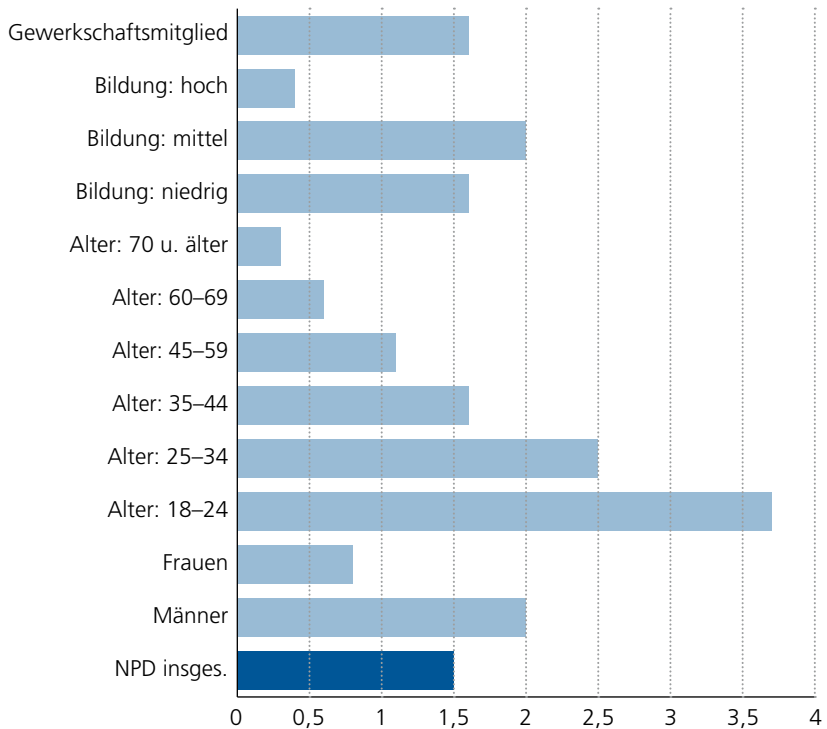
b) Europawahl 1989

mandaten der vierten Entwicklungsphase wurden 53 in Ostdeutschland und 44 in Westdeutschland erworben, wobei letztere mit wenigen Ausnahmen aus der Zeit vor 1998 stammen, während die Sitze in Ostdeutschland seit 1998 zustande gekommen sind. Die meisten Parlamentarier stellte die DVU (42), gefolgt von den Republikanern (29) und der NPD (26). Von den 16 Bundesländern sind nur sieben betroffen, vier neue und drei alte (Tabelle 6). Dies zeigt einmal mehr, dass der Wählerschwerpunkt des Rechtsextremismus seit 1998 im Osten liegt. Eine genauere Betrachtung der Landtagswahlergebnisse offenbart zudem, dass es sich um regionale Schwerpunkte handelt. Von einer auch nur annähernden flächendeckenden Resonanz des Rechtsextremismus in den sieben Ländern – geschweige denn in ganz Deutschland – kann keine Rede sein. Daher ist die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde bei Bundestagswahlen aus heutiger Sicht absolut unrealistisch.

Die Anhänger/innen der rechtsextremistischen Parteien und die Wahlabsicht der Rechtsextremisten

Sozialstruktur und Motive der rechtsextremistischen Wählerschaft werden im Folgenden am Beispiel der Bundestagswahlergebnisse der NPD von 2009 bzw. 2005 dargestellt. Die Befunde decken sich mit den Verhältnissen auf Länderebene und gelten weithin auch für die Wählerschaft der DVU. Die Grafiken 12 bis 14 enthalten Informationen über die soziale Zusammensetzung der NPD-Anhänger/innen. Folgende Merkmale sollen hervorgehoben werden:

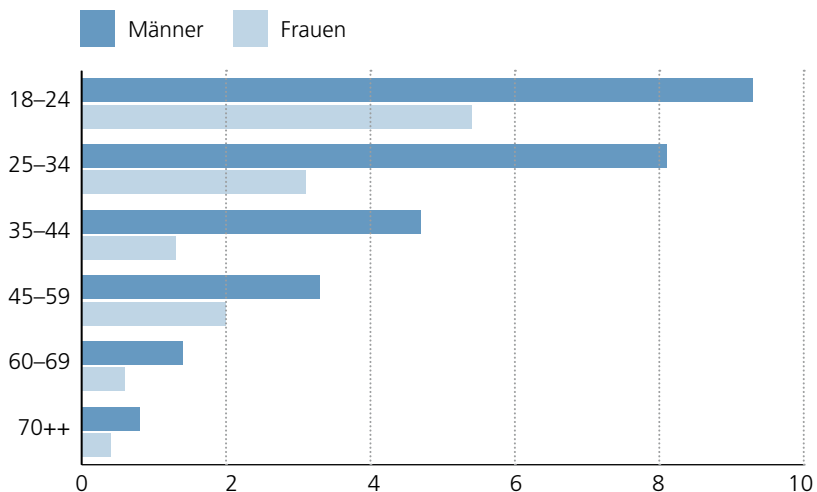
Grafik 12: Zweitstimmenanteile der NPD bei der Bundestagswahl 2009 in ausgewählten sozialen Gruppen I (%)



Datenquelle: Infratest dimap Wahlreport Bundestagswahl 2009

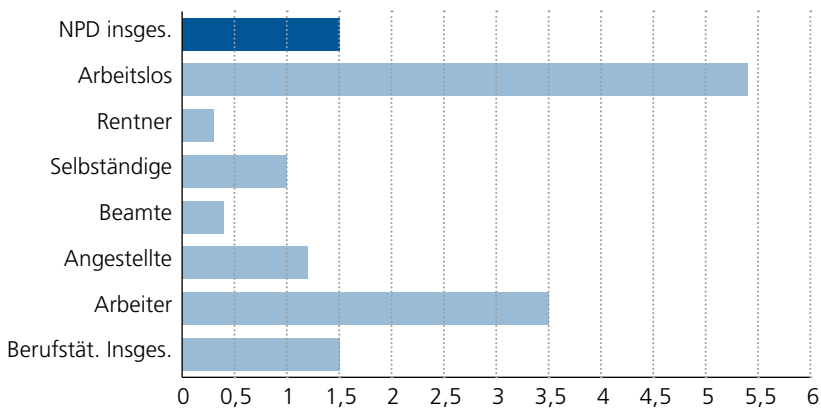
- Anders als beim rechtsextremistischen Einstellungspotenzial, wo Frauen und Männer ungefähr gleich betroffen sind, neigen Männer wesentlich häufiger zur Wahl der NPD als Frauen.
- Die Wahlabsicht zugunsten der NPD sinkt mit zunehmendem Alter. Stark überdurchschnittlich entscheiden sich die 18–24-Jährigen und im Weiteren dann auch die 25–34-Jährigen für die Nationaldemokraten. Rechtsextremistische Einstellungen finden sich dagegen besonders häufig bei den älteren Generationen, allerdings auch bei den 14–17-Jährigen.

Grafik 13: Zweitstimmenanteile der NPD bei der Bundestagswahl 2009 in den Altersgruppen nach Geschlecht in Ostdeutschland (%)



Datenquelle: Infratest dimap Wahlreport Bundestagswahl 2009

Grafik 14: Zweitstimmenanteile der NPD bei der Bundestagswahl 2009 in ausgewählten sozialen Gruppen II (%)



Datenquelle: Infratest dimap Wahlreport Bundestagswahl 2009

- Differenziert man bei den Altersgruppen nach Geschlecht, dann wählten bei der vergangenen Bundestagswahl knapp zehn Prozent der 18–24-jährigen Männer und acht Prozent der 25–34-jährigen Männer die NPD (bei einem Gesamtergebnis von 1,5 %).
- Besonders häufig sprechen sich Arbeitslose und (einfache) Arbeiter für die NPD aus. Die übrigen Berufsgruppen und die Rentner sind teilweise deutlich unterrepräsentiert. Wie bereits in dem Kapitel über Einstellungen dargelegt, hat sich der Rechtsextremismus weithin (aber nicht ausschließlich) zu einem Unterschichtenphänomen entwickelt.
- Gewerkschaftsmitgliedschaft immunisiert nicht (mehr) gegen Rechtsextremismus. Organisierte sind bei Einstellungen und Parteipräferenzen mindestens genauso anfällig für rechtsextremistische Angebote wie Unorganisierte.

Die NPD ist vor allem in ländlichen Gebieten erfolgreich, in städtischen Ballungsräumen mit hoher Einwohnerdichte erzielt sie unterdurchschnittliche Ergebnisse. Dass es sich dabei eher um strukturschwache ländliche Gebiete handelt, legt folgender Befund nahe: Die Partei schneidet in Wahlkreisen mit starker Bevölkerungsabnahme relativ gut ab, in Gegenden mit Bevölkerungswachstum wird sie dagegen eher selten gewählt. Wie oben erwähnt, gedeihen auch rechtsextremistische Einstellungen eher in dünn besiedelten Gebieten als in Großstädten. Die NPD profitiert weiterhin von hoher Arbeitslosigkeit und geringem Ausländeranteil. Es sind also problematische Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Wahlerfolge der NPD begünstigen, in aufstrebenden oder gar prosperierenden Regionen findet sie vergleichsweise wenig Anhänger/innen (Tabelle 8).

Welche Themen sind für die Wahl der NPD ausschlaggebend? Tabelle 9 vergleicht die NPD-Wähler/innen bei der Bundestagswahl 2005 mit allen Wählern, um herauszufinden, worin sich erstere von letzteren unterscheiden. Kein Unterschied ergibt sich beispielsweise hinsichtlich der Bedeutung des Arbeitsmarkts. Beschäftigung stellt zwar für die Anhänger/innen der NPD ein wichtiges Thema dar, aber darin stimmen sie weithin mit dem Durchschnitt der Bevölkerung überein. Bemerkenswert, aber verständlich ist allenfalls, dass die NPD-Wähler/innen im Osten dieses Thema häufiger nennen als die im Westen. Worin besteht nun das Besondere der NPD-Wähler? Es zeigt sich, dass sich die spezifische Präferenz für die Nationaldemokraten hauptsächlich auf zwei Problembereiche gründet: An erster Stelle stehen die Ausländer, danach folgt mit Abstand die Innere Sicherheit/Kriminalität. Da in den Gebieten mit überdurchschnittlichem NPD-Anhang weniger Ausländer/innen leben und weniger Kriminalität vorkommen dürfte als in für die Partei schwer zugänglichen

Gebieten, basiert die Wahlentscheidung zugunsten der NPD offenbar vor allem auf allgemeiner Unzufriedenheit, auf Statusängsten und Bedrohungsgefühlen.

Häufig wird als wichtiges Motiv für die Wahl rechtsextremistischer Parteien Protest genannt. Nicht selten werden rechtsextremistische Parteien auch als Protestparteien, ihre Wähler als Protestwähler bezeichnet. Tabelle 10 scheint diese Protestthese teilweise zu bestätigen: Rund die Hälfte der NPD-Anhänger/innen gibt an, die Partei bei der Bundestagswahl 2005 aus Protest gewählt zu haben, und nur etwa 40 Prozent nennen als Wahlmotiv Überzeugung. Protest lässt auf Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien bzw. Politikern schließen, Überzeugung auf grundsätzliche Übereinstimmung mit dem Programm und der Politik der NPD. Weder aus Tabelle 10 noch aus den Analysen der Verfechter der Protestthese (auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann) ist ersichtlich, ob bzw. im welchem Umfang die Protestwähler der NPD über rechtsextremistische Einstellungen verfügen. Ich bin in früheren Untersuchungen zu dem Ergebnis gelangt, dass tatsächlich nur knapp die Hälfte der Wähler/innen von

Tabelle 8: Zweitstimmenanteile der NPD bei der Bundestagswahl 2009 in ausgewählten Wahlkreisen (%)

Hohe Einwohnerdichte	1,2
Mittlere Einwohnerdichte	1,4
Geringe Einwohnerdichte	2,0
Starke Bevölkerungsabnahme	2,4
Wenig Bevölkerungsveränderung	1,2
Starke Bevölkerungszunahme	1,1
Hoher Ausländeranteil	1,0
Niedriger Ausländeranteil	2,7
Hohe Arbeitslosigkeit	2,5
Niedrige Arbeitslosigkeit	1,2
BRD insgesamt	1,5

Datenquelle: Infratest dimap Wahlreport Bundestagswahl 2009

Tabelle 9: Wahlentscheidende Themen bei der Bundestagswahl 2005 in Westdeutschland und Ostdeutschland bei allen Wählern und bei den Wählern der NPD (%)

	West ^{a)}		Ost ^{b)}	
	Alle	NPD	Alle	NPD
Ausländer	10	59	9	47
Arbeitsmarkt	34	36	35	46
Innere Sicherheit, Kriminalität	9	24	7	19
Soziale Gerechtigkeit	32	25	39	23
Außenpolitik	14	7	12	6

a) Einschl. Berlin-West

b) Einschl. Berlin-Ost

Datenquelle: Infratest dimap Wahlreport Bundestagswahl 2005

Lesebeispiel: In Westdeutschland sagten zehn Prozent aller Wähler, aber 59 Prozent der NPD-Wähler, dass für sie die Ausländerproblematik ein wahlentscheidendes Thema war.

Tabelle 10: Wahlmotive bei der Bundestagswahl 2005 in Westdeutschland und Ostdeutschland bei allen Wählern und bei den Wählern der NPD (%)

	West ^{a)}		Ost ^{b)}	
	Alle	NPD	Alle	NPD
Überzeugung	60	42	54	39
Protest	31	50	37	47
Rest	9	8	9	14
Kandidaten	17	8	17	7
Sachfragen	55	58	59	74
Parteibindungen	19	18	15	12
Mix	9	16	9	7

a) Einschl. Berlin-West

b) Einschl. Berlin-Ost

Datenquelle: Infratest dimap Wahlreport Bundestagswahl 2005

rechtsextremistischen Parteien auch über rechtsextremistische Einstellungen verfügt, dass die übrigen Wähler/innen allerdings zumeist durch eine deutlich rechtslastige Mentalität geprägt sind. Die Protestthese bedeutet also letztlich eine Verharmlosung des Rechtsextremismus.

Abschließend soll noch die Diskrepanz zwischen dem rechtsextremistischen Einstellungspotenzial, das derzeit bei knapp zehn Prozent liegt, und dem rechtsextremistischen Wählerpotenzial, das bei der Bundestagswahl 2009 1,6 Prozent betrug, behandelt werden. Rechtsextremistische Einstellungen gehen offenbar nicht notwendigerweise Hand in Hand mit Präferenzen für rechtsextremistische Parteien. Und sie stellen – wie gerade gezeigt – auch keine notwendige Bedingung für die Wahl derartiger Parteien dar. Wem also geben Personen mit einem rechtsextremistischen Weltbild ihre Stimme? Nach einer Repräsentativbefragung aus dem Jahr 2008 wollten 60 Prozent der Rechtsextremisten eine der fünf Bundestagsparteien wählen, weitere 30 Prozent wa-

Tabelle 11: Wahlabsicht (Bundestagswahl) der Befragten mit rechtsextremistischen Einstellungen 2008 (%)

	BRD	West ^{a)}	Ost ^{b)}
CDU/CSU	28	29	27
SPD	15	16	12
FDP	8	9	5
Grüne	2	*1	*2
Linke	7	6	12
Sonstige Parteien	10	8	16
Unentschieden	16	17	13
Nichtwahl	14	14	13

Befragte ab 18 Jahren

* Geringe Fallzahlen

a) Einschl. Berlin-West

b) Einschl. Berlin-Ost

Datenquelle: Niedermayer/Stöss (forsa, N=6005)

ren noch unentschieden oder gaben sich als Nichtwähler/innen zu erkennen. Für sonstige Parteien (darunter befinden sich auch die rechtsextremistischen Parteien, die wegen geringer Fallzahlen nicht gesondert ausgewiesen werden können) sprachen sich zehn Prozent aus (Tabelle 11). Ursächlich dafür sind die am Anfang dieses Kapitels genannten Erfolgs- bzw. Misserfolgsbedingungen der rechtsextremistischen Parteien: ihr Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit und vor allem ihre Wettbewerbsbedingungen im Kontext des Parteiensystems insgesamt.

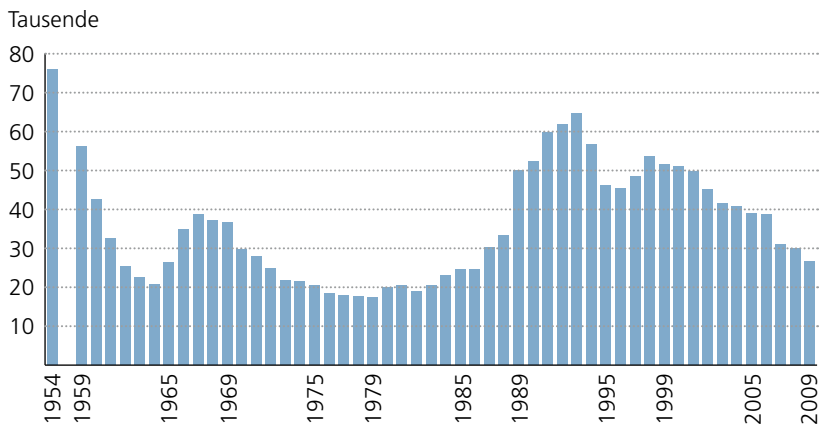
Rechtsextremistische Parteien können sich zwar auf ein beträchtliches rechtsextremistisches Einstellungspotenzial als mögliche Wählerbasis beziehen. Dieses Potenzial wird allerdings weithin von den etablierten Parteien gebunden. *Wahlerfolge des Rechtsextremismus hängen mithin auch von der Integrationsfähigkeit der Etablierten ab.*

Dieses Kapitel befasst sich mit dem Wandel des organisierten Rechtsextremismus seit der deutschen Einheit. Ein Schwerpunkt liegt auf den politischen Parteien und den neonazistischen Gruppierungen in Ostdeutschland sowie auf den Beziehungen zu ihrem subkulturellen Umfeld. Protest und Gewalt sind Gegenstand des folgenden Kapitels. Die internationalen Kontakte des deutschen Rechtsextremismus und die gegenwärtige Lage des europäischen Rechtsextremismus werden im neunten Kapitel behandelt.

Überblick über die Gesamtentwicklung

Die im vorigen Kapitel dargestellten vier Entwicklungsphasen des Rechtsextremismus machen sich auch in der *Mitgliederentwicklung* bemerkbar (Grafik 15). In der Phase 1945–1961 ist für die erste Hälfte der fünfziger Jahre ein

Grafik 15: Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Deutschland 1954–2009



Datenquelle: Verfassungsschutzberichte, jedoch vor 1992 einschl. REP, bis 1990 nur alte BRD, ab 2007 ohne REP

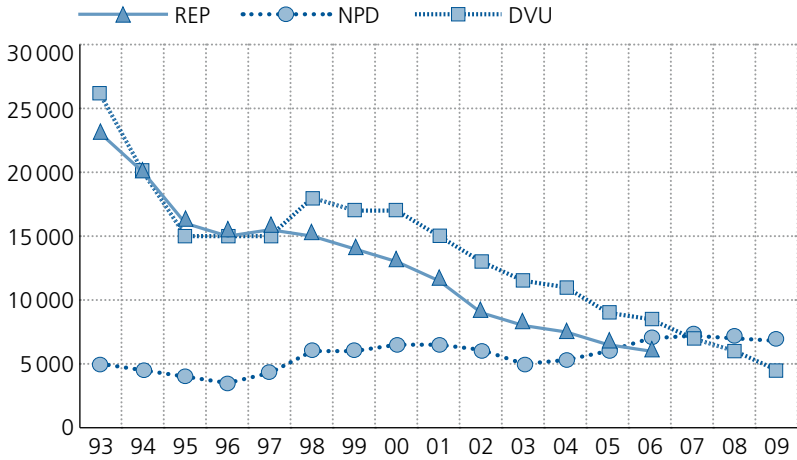
vergleichsweise hoher Organisationsgrad zu erkennen, der dann aber rasch abschmolz. Die zweite Phase (1962–1982) ist durch den Erfolg der NPD in den sechziger Jahren geprägt. Mit ihrem Zerfall war auch die Mitgliederentwicklung wieder stark rückläufig, die bis 1979 sogar noch unter den Stand von 1964 sank. In der dritten Phase (1983–1990) nahm die Anzahl der Rechtsextremisten zunächst langsam, Ende des Jahrzehnts dann aber – verursacht durch die Wahlerfolge vor allem der Republikaner und den damit verbundenen Mitgliederzulauf – dramatisch zu. Zwischen 1985 und 1990 verdoppelte sich das rechtsextremistische Potenzial von rund 25 000 auf über 50 000 Personen. Der Übergang in die vierte, gesamtdeutsche Phase erfolgte auf hohem Niveau. Der Zenit wurde 1993 mit ca. 65 000 Personen erreicht. Nach einem Zwischenhoch 1998 ist die Entwicklung stark rückläufig.

Detaillierte Zahlenangaben für die Zeit seit 1993 finden sich in den Tabellen 12 und 13. In diesen 17 Jahren sind folgende *Trends* zu verzeichnen:

- Die Zahl der Rechtsextremisten ist *bundesweit um 60 Prozent zurückgegangen*. Davon waren vor allem die Republikaner und die DVU betroffen, die jeweils etwa vier Fünftel ihrer Mitglieder verloren. Die NPD konnte ihren Bestand von 5 000 auf 7 000 (2008) erhöhen und ist seither stärkste Partei im rechtsextremistischen Lager. Trotz eines leichten Mitgliederrückgangs (2009: 6 800) stellt sie derzeit die hegemoniale Kraft im deutschen Rechtsextremismus dar (Grafik 16).
- Die dramatischen Verluste von DVU und Republikanern wurden teilweise durch Zugewinne in anderen Bereichen des Rechtsextremismus kompensiert: Die Mitgliederzahlen der „sonstigen“ Organisationen (hauptsächlich Neonazis) sind zwischen 1993 und 2009 um rund 30 Prozent angestiegen, und der Zuwachs von unorganisierten und gewaltbereiten Angehörigen von Szenen oder Subkulturen (vor allem Skinheads) machte in diesem Zeitraum sogar 60 Prozent aus. Betrug der Anteil der Mitglieder „sonstiger“ Organisationen am Gesamtpotenzial 1993 noch acht Prozent, so waren es 2009 bereits 24 Prozent. Und der entsprechende Anteil der gewaltbereiten Subkulturen stieg von neun Prozent (1993) auf 34 Prozent (2009) (Grafik 17).
- In den *fünf neuen Bundesländern*²⁴ betrug der Rückgang des rechtsextremistischen Personenpotenzials zwischen 1993 und 2009 nur 14 Prozent. Die

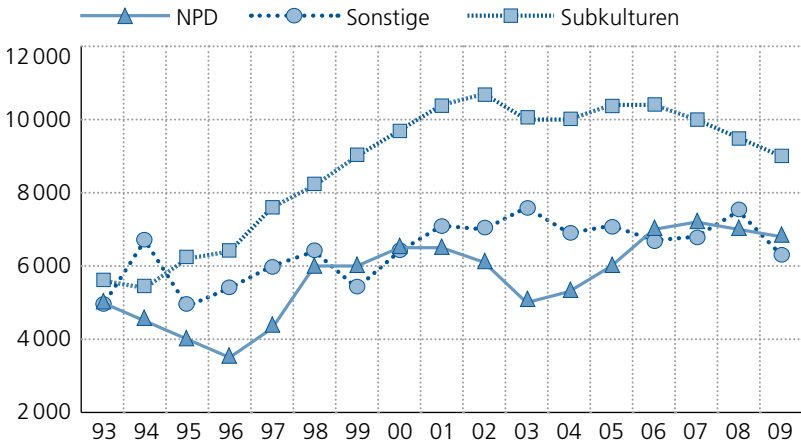
24 Ohne Berlin-Ost. Die sonst übliche Unterscheidung zwischen Westdeutschland (einschl. Berlin-West) und Ostdeutschland (einschl. Berlin-Ost) ist hier nicht möglich, weil sich die amtlichen Angaben auf Berlin insgesamt beziehen.

Grafik 16: Mitgliederentwicklung der Republikaner, der DVU und der NPD in Deutschland 1993–2009



Datenquelle: Verfassungsschutzberichte

Grafik 17: Mitgliederentwicklung der NPD, der sonstigen rechtsextremistischen Organisationen und der rechtsextremistischen Subkulturen in Deutschland 1993–2009



Datenquelle: Verfassungsschutzberichte

Tabelle 12: Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Deutschland (BRD) und in den fünf neuen Bundesländern (NBL) 1993–2009 (ohne Berlin-Ost)

Gebiet/Jahr	Summe Personen	Organisierte Personen				Subkulturen	
		REP	NPD	DVU	Sonstige		
BRD	1993	64 500	23 000	5 000	26 000	4 900	5 600
	1995	46 100	16 000	4 000	15 000	4 900	6 200
	1997	48 400	15 500	4 300	15 000	6 000	7 600
	1999	51 400	14 000	6 000	17 000	5 400	9 000
	2001	49 700	11 500	6 500	15 000	7 100	10 400
	2003	41 500	8 000	5 000	11 500	7 600	10 000
	2005	39 000	6 500	6 000	9 000	7 100	10 400
	2007	31 000	-	7 200	7 000	6 800	10 000
	2009	26 600	-	6 800	4 500	6 300	9 000
NBL	1993	9 175	3 500	575	1 800	535	2 765
	1995	6 960	2 000	430	790	1 140	2 600
	1997	7 090	1 390	1 190	480	1 135	2 895
	1999	9 575	900	1 960	2 000	1 185	3 530
	2001	9 870	800	1 945	1 370	1 775	4 100
	2003	7 865	365	1 460	725	1 500	3 980
	2005	8 445	250	1 880	680	1 705	4 010
	2007	8 340	-	2 300	510	1 830	3 710
	2009	7 890	-	2 200	330	2 070	3 290
Anteil NBL an BRD (%)	1993	14,2	15,2	11,5	6,9	10,9	49,4
	1995	15,1	12,5	10,8	5,3	23,3	41,9
	1997	14,6	9,0	27,7	3,2	18,9	38,1
	1999	18,6	6,4	32,7	11,8	21,9	39,2
	2001	19,9	7,0	29,9	9,1	25,0	39,4
	2003	19,0	4,6	29,2	6,3	19,7	39,8
	2005	21,7	3,8	31,3	7,6	24,0	38,6
	2007	26,9	-	31,9	7,3	26,9	37,1
	2009	29,7	-	32,4	7,3	32,9	36,6

Erläuterungen s. Tabelle 13; Fettsatz: überdurchschnittliche Werte

Lesebeispiel: 1993 betrug der Anteil der NPD-Mitglieder in den fünf neuen Bundesländern an den NPD-Mitgliedern in der Bundesrepublik insgesamt 11,5 Prozent. 2009 machte der entsprechende Anteil 32,4 Prozent aus.

Tabelle 13: Das rechtsextremistische Personenpotenzial in den fünf neuen Bundesländern 1993–2009

Land/Jahr		Summe Personen	Organisierte Personen				Subkulturen
			REP	NPD	DVU	Sonstige	
M-V	1993	1800	900	100	50	150	600
	1995	1000	200	100	50	150	500
	1997	1320	100	100	70	250	800
	1999	1700	100	300	200	300	800
	2001	1700	100	220	100	350	900
	2003	1340	50	150	50	290	800
	2005	1200	30	200	50	320	600
	2007	1300	-	400	50	250	600
	2009	1360	-	400	60	250	650
Bdbg	1993	1300	500	25	50	225	500
	1995	1350	500	20	40	290	500
	1997	1300	330	60	40	320	550
	1999	1665	240	200	400	245	580
	2001	1370	100	235	270	215	600
	2003	1265	50	210	230	265	560
	2005	1385	20	190	300	385	570
	2007	1290	-	250	250	290	500
	2009	1320	-	320	150	370	480
S-A	1993	1660	800	140	100	20	600
	1995	1260	450	60	50	100	600
	1997	920	200	40	30	50	600
	1999	1750	70	200	700	80	700
	2001	1910	80	240	300	540	750
	2003	1170	65	150	45	260	650
	2005	1460	100	250	50	410	650
	2007	1460	-	250	30	380	800
	2009	1380	-	230	30	270	850

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 13: (Fortsetzung)

Land/Jahr	Summe Personen	Organisierte Personen				Subkulturen	
		REP	NPD	DVU	Sonstige		
Sa	1993	3 400	700	250	1 500	50	900
	1995	2 350	600	200	600	150	800
	1997	2 550	500	900	300	105	745
	1999	2 940	300	1 000	500	40	1 100
	2001	3 300	350	1 000	500	50	1 500
	2003	3 000	100	800	300	415	1 500
	2005	3 230	30	1 000	200	340	1 660
	2007	3 000	-	850	130	740	1 280
	2009	2 700	-	800	40	1 020	840
Thü	1993	1 015	600	60	100	90	165
	1995	1 000	250	50	50	450	200
	1997	1 000	260	90	40	410	200
	1999	1 520	190	260	200	520	350
	2001	1 590	170	250	200	620	350
	2003	1 090	100	150	100	270	470
	2005	1 170	70	240	80	250	530
	2007	1 290	-	550	50	170	530
	2009	1 130	-	450	50	160	470

Erläuterungen zu Tabellen 12 und 13: Angaben des Bundesamts und der Landesämter für Verfassungsschutz. Für 1990 bis 1992 liegen kaum Zahlen vor. Ab 2007 ohne REP. Die Angaben beruhen oft auf (überhöhten) Eigenangaben der Organisationen, sind teilweise mit Einschränkungen (z.B. „ca.“, „maximal“, „Einzelpersonen“) versehen, oft unvollständig und manchmal auch widersprüchlich. Sie wurden von den Ämtern auch gelegentlich später korrigiert. Die Daten wurden gegebenenfalls um eigene bzw. anderweitige amtliche Erkenntnisse ergänzt. Die Zahlen in der Spalte „Summe Personen“ ergeben sich daher und wegen Doppelmitgliedschaften nicht notwendigerweise aus den einzelnen Angaben in der jeweiligen Zeile. Doppelmitgliedschaften konnten auch nicht immer berücksichtigt werden.

Sonstige: Hauptsächlich Mitglieder neonazistischer Organisationen und Kameradschaften.

Subkulturen: Insbesondere rechtsextreme, zumeist nichtorganisierte Skinheads, aber auch gewaltbereite unorganisierte Neonazis.

Anteil NBL an BRD: Der Anteil der Einwohner der fünf neuen Bundesländer (also ohne Berlin-Ost) an der Gesamtzahl der Einwohner der Bundesrepublik insgesamt beträgt 16,18 Prozent. Zahlen darunter bedeuten mithin, dass der entsprechende Sachverhalt gemessen am Bundesniveau unterdurchschnittlich auftritt, Zahlen darüber weisen auf überdurchschnittliche Vorkommnisse hin.

Republikaner büßten zwar bis 2006 nahezu ihre gesamte Mitgliedschaft (95 %) ein und der DVU verblieb 2009 immerhin noch ein Fünftel ihres Bestandes von 1993. Dagegen wuchs die Zahl der subkulturell geprägten Personen um ein Fünftel und die Mitgliederzahlen der „sonstigen“ Organisationen und die der NPD vervierfachten sich sogar.

- In den fünf neuen Bundesländern war der Anteil der unorganisierten und gewaltbereiten Subkulturen am Gesamtbestand des Rechtsextremismus zunächst wesentlich höher als im Rest der Republik. Er betrug 1993 30 Prozent (BRD insgesamt: 9 %) und steigerte sich bis 2009 noch auf 42 Prozent (BRD insgesamt: 34 %).
- *Rechnet man alle systemfeindlichen Kräfte²⁵ zusammen, dann wuchs ihr Anteil an allen Rechtsextremisten in den fünf neuen Ländern von 36 Prozent im Jahr 1993 auf sage und schreibe 96 Prozent im Jahr 2009 (BRD insgesamt: 78 %).* Die Grafiken 18 und 19 dokumentieren diese Entwicklung anschaulich.
- Der Anteil der Rechtsextremisten in den fünf neuen Bundesländern am Gesamtpotenzial der Bundesrepublik ist von 14 Prozent (1993) auf 30 Prozent (2009) gestiegen. Da derzeit 16 Prozent aller Einwohner der Bundesrepublik in den fünf neuen Bundesländern leben, war dort die Belastung mit Rechtsextremisten zunächst unterdurchschnittlich, ab 1998 dann überdurchschnittlich. Dies gilt insbesondere für die Subkulturen (v. a. Skinheads): Seit 1993 sind im Schnitt 40 Prozent aller Angehörigen der Subkulturen in der Bundesrepublik in den Ostländern beheimatet. Die Anteile sind allerdings rückläufig (von 50 % auf deutlich unter 40 %), denn auch in Westdeutschland und in Berlin expandieren diese Szenen. Überproportionale Präsenz weisen seit 1995 auch die sonstigen rechtsextremistischen Organisationen (Neonazis, Kameradschaften, „Freie Nationalisten“ etc.) im Osten auf.
- Für die einzelnen Parteien ergibt sich ein differenziertes Bild: Die DVU war und ist eine reine West-Partei; maximal 12 Prozent (1999) ihrer Mitglieder stammen aus den neuen Ländern, 2009 waren es nur noch sieben Prozent. Der fulminante Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt 1998 trug also nur kurzzeitig Früchte, dann zerfiel die Partei im Osten flächendeckend. Daran änderte

25 Zu den systemfeindlichen Kräften werden die Neonazis, die Subkulturen und ab 1997 auch die NPD gezählt. Da für die fünf neuen Bundesländer nicht durchgängig Zahlenangaben für Neonazis vorliegen, werden ersatzweise die Mitglieder der „sonstigen“ Organisationen herangezogen. Unter den „Sonstigen“ befinden sich zwar nicht nur Neonazis, aber die Restgruppe ist gering.

auch ihre Vertretung im Landtag von Brandenburg seit 1999 nichts. Auch die Republikaner können als West-Partei bezeichnet werden. 1993 lebten nur 15 Prozent ihrer Mitglieder in den fünf neuen Ländern. Der Anteil sank dann bis 2006 auf drei Prozent. Der Auflösungsprozess der Partei vollzieht sich im Osten also rascher als im Westen. Die NPD ist seit 1998 die mitgliederstärkste Partei in den neuen Ländern und seither liegt ihr Organisations-schwerpunkt auch dort: Knapp ein Drittel ihrer Mitglieder ist bei den fünf östlichen Landesverbänden gemeldet. Von den derzeit 2 200 Parteigängern im Osten leben allein 800 in Sachsen. Allerdings ist der bayerische Landesverband der NPD mit 900 Mitgliedern (2009) mittlerweile stärker als der sächsische.

Wir haben es also mit *zwei verschiedenen Entwicklungen* zu tun: Zum einen fand beim Organisationsgrad 1998 – ähnlich wie bei den rechtsextremistischen Einstellungen und bei der Wählerresonanz – eine Gewichtsverlagerung von West nach Ost statt. 30 Prozent des rechtsextremistischen Personenpotenzials leben heute in den fünf neuen Ländern, die aber nur 16 Prozent der Einwohner der Bundesrepublik stellen.

Andererseits haben sich die Gewichte innerhalb des rechtsextremistischen Lagers in der Bundesrepublik zwischen 1993 und 2009 bei abnehmendem Personenpotenzial deutlich *von den systemkonformen zu den systemfeindlichen Kräften verschoben*. Das betrifft in erster Linie die fünf neuen Bundesländer, wo das schon immer stark vertretene systemfeindliche Potenzial mittlerweile neun Zehntel aller Rechtsextremisten ausmacht.

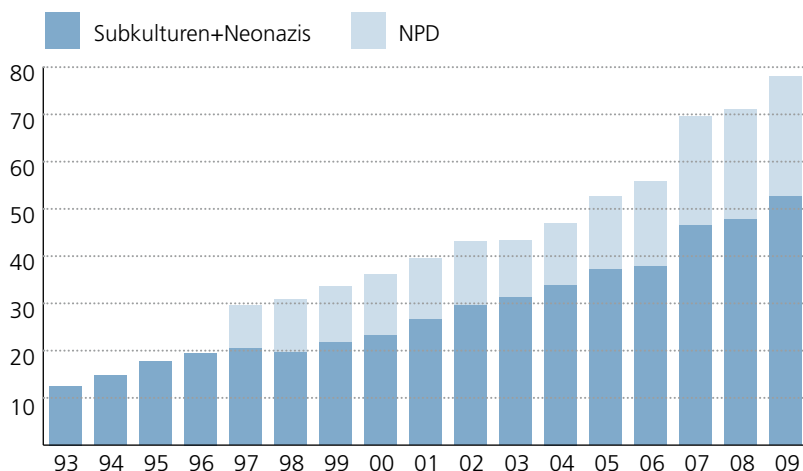
Der Rechtsextremismus im Osten ist mithin heute noch mehr als früher, nämlich durchgängig durch gewaltbereite Szenen und Subkulturen und durch organisierte Neonazis geprägt. Neben der NPD konnten zwischenzeitlich zwar auch die Republikaner und die DVU organisatorische und Wahlerfolge erzielen, und es entstand der Eindruck, dass der parteiförmig organisierte Rechtsextremismus die Oberhand gewinnen könnte. Dies sollte sich jedoch nicht bewahrheiten, wie der bald einsetzende Niedergang der beiden Parteien zeigt.

Allein die NPD verstand es, sich den spezifischen ostdeutschen Rahmenbedingungen anzupassen. Sie ist mittlerweile gut mit dem organisierten Neonazismus, mit Kameradschaften und „freien Kräften“ vernetzt und zudem in der Lage, Teile der Skinheads für ihre Aktivitäten zu mobilisieren. Während sich die Republikaner und die DVU gegenüber dem gewaltbereiten Rechtsextremismus abgrenzen, bemüht sich die NPD seit 1997 nicht ohne Erfolg um

eine führende Rolle innerhalb des systemfeindlichen Lagers. Dass es sich dabei um eine aussichtsreiche Strategie gerade im Osten handelt, weil dort der manifeste Rechtsextremismus besonders durch subkulturell fundierte Protesthaltungen geprägt ist, hat die Partei allerdings erst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre begriffen.

Die Verschiebung von den systemkonformen zu den systemfeindlichen Kräften findet aber nicht nur in den fünf neuen Bundesländern, sondern *auch in Westdeutschland* statt. Während der Rechtsextremismus im Osten – wie gleich noch dargelegt wird – von Beginn an subkulturell ausgerichtet war, *dominiert im Westen traditionell das Organisationsprinzip*: Die Liste der Parteien, Jugendorganisationen, politischen, sozialen und kulturellen Verbände und sonstigen Institutionen (Presse, Verlage, regelmäßig stattfindende Kongresse etc.) ist ellenlang. Die Vielfalt beruht in erster Linie auf unterschiedlichen ideologischen und politischen Sichtweisen, womit eine weitere Besonderheit des westdeutschen Rechtsextremismus benannt ist: andauernde Geschichts-, Theorie- und Strategiedebatten, die elitär und verbissen in einer Vielzahl von Zeitungen, Zeitschriften, Zirkularen, Broschüren, Büchern und seit einiger Zeit auch im

Grafik 18: Anteil der systemfeindlichen Rechtsextremisten am rechtsextremistischen Personenpotenzial insgesamt in Deutschland 1993–2009 (%)



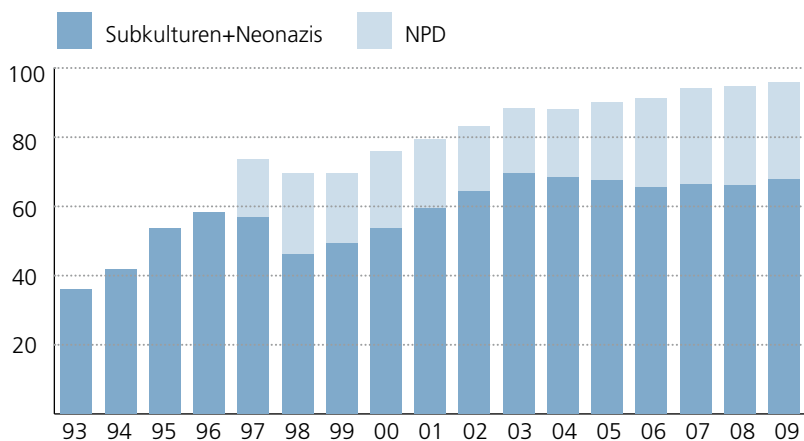
Datenquelle: Verfassungsschutzberichte, ab 2007 ohne REP. Eigene Berechnungen.

Internet geführt werden. Dabei herrscht auch heute noch eine außergewöhnliche Fixierung auf die deutsche Geschichte vor, was diesen Debatten einen gespensterhaften, unzeitgemäßen Charakter verleiht.

In Westdeutschland gab es zwar immer auch rechtsextremistische Subkulturen, gewaltbereite Neonazis und zeitweilig sogar eine terroristische Szene, aber das Personenpotenzial des systemkonformen Deutschnationalismus (dazu zählte auch die überwiegende Mehrheit der NPD-Mitglieder) machte im Schnitt mindestens 90 Prozent aller Rechtsextremisten aus.

Dies scheint sich seit Mitte der neunziger Jahre zu ändern. Selbst wenn die NPD nicht mit eingerechnet wird, vervielfachte sich das systemfeindliche Potenzial in Westdeutschland und in Berlin zwischen 1993 und 2009 von neun Prozent auf 46 Prozent. Unter Einschluss der NPD-Mitglieder machte dieses Potenzial 2009 sogar 71 Prozent aller westdeutschen und Berliner Rechtsextremisten aus (ohne Grafik). *Damit deutet sich ein fundamentaler Wandel des Rechtsextremismus im Westen, nämlich eine Anpassung an die Verhältnisse in Ostdeutschland an.*

Grafik 19: Anteil der systemfeindlichen Rechtsextremisten am rechtsextremistischen Personenpotenzial insgesamt in den fünf neuen Bundesländern 1993–2009 (%)



Datenquelle: Verfassungsschutzberichte, ab 2007 ohne REP. Eigene Berechnungen.

Rechtsextremismus in der DDR

Artikel 6 der Verfassung der DDR enthielt folgende Formulierung:

„Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des Volkes und den internationalen Verpflichtungen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet.“

Die Phase der gesellschaftlichen und sozialökonomischen Umwälzungen zwischen 1945 und 1949/52 wurde in der DDR auch als „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ bezeichnet. Fortan galten die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus als überwunden. Übrigens auch der Antisemitismus. Daher leistete die DDR keine Wiedergutmachungszahlungen an Israel oder an internationale jüdische Organisationen und lehnte eine Folgeverantwortung für deutsche Verbrechen an Juden während des Nationalsozialismus ab. Die DDR war nach ihrem Selbstverständnis ein antifaschistischer Staat. Gerade darauf stützte sie ihre Legitimität und grenzte sich so von der Bundesrepublik – bald auch mittels einer Mauer – ab.

Faschismus galt der materialistischen Geschichtsauffassung (und einer Definition Dimitrovs²⁶) folgend als „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Der Begriff Rechtsextremismus wurde in der DDR abgelehnt, weil er das „monopolkapitalistische Klassenwesen“ des Faschismus verdeckte.

Infolge einer verfassungsrechtlich absurden Vorschrift und eines sozialwissenschaftlich nicht tragfähigen Faschismusbegriffs war *die DDR blind gegenüber dem Rechtsextremismus im eigenen Land*. Und wenn er denn manifest wurde, verheimlichte man ihn oder kehrte ihn sprachlich unter den Teppich („Rowdies“, „Randalierer“, „negativ-dekadente Jugendliche“). Rechtsextremismus zählte zu den vielen Problemen der DDR-Gesellschaft, mit der sie sich nicht wirklich auseinandersetzte. Daher sind unsere Kenntnisse über den Rechtsextremismus in der DDR auch höchst begrenzt. Selbst wenn dereinst alle verfügbaren Akten aufgearbeitet sein werden, dürfte das Bild wegen der eingeschränkten Wahrnehmung der Behörden äußerst lückenhaft sein.

26 Georgi M. Dimitrov (1882–1949), bulgarischer Kommunist, war seit 1935 Generalsekretär der Kommunistischen Internationale (Komintern). 1946 wurde er Ministerpräsident Bulgariens, 1948 Generalsekretär der Bulgarischen Kommunistischen Partei.

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (damals: „Gauck-Behörde“) hat eine Deliktkartei über neonazistische Umtriebe bei der NVA und der Staatssicherheit ausgewertet. Danach feierten selbst Offiziere Hitlers Geburtstag, gröhlten Nazi-Parolen („es lebe der Nationalsozialismus“), erzählten sich „Judenwitze“ und verherrlichten die Verbrechen der Wehrmacht.

„Dekadent-amoralische Auffassungen“ bei Jugendlichen sind seit den sechziger Jahren aktenkundig. Dabei handelte es sich offenbar um mehr als nur um Protestverhalten. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sprach 1966 von „Zersetzung und Aufweichung der Bürger der DDR“, und der zuständige Minister, Erich Mielke, lastete derartige Erscheinungsformen dem „staatsmonopolistischen Herrschaftssystem“ der BRD an. Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre häuften sich dann offenbar die Vorfälle.

Wir wissen heute, dass auch die DDR-Gesellschaft der siebziger und achtziger Jahre durch sozialen Wandel, Wertewandel und Individualisierung – wenn auch nur teilweise (vor allem die Jugend) und auch nur rudimentär – geprägt war. Aber anders als im Westen ließen die technisch-wissenschaftliche Modernisierung und die allgemeine Erweiterung des Bildungsniveaus den politischen Bereich völlig unberührt. Dafür sorgte die bürokratische Einparteienherrschaft, die außerstande war, die Brisanz des sich verschärfenden Widerspruchs zwischen Wandel im wirtschaftlich-sozialen und Stagnation im politischen Bereich zu erkennen.

Trotz sichtbarer Veränderungen in Osteuropa gab die DDR-Führung dem Reformdruck nicht nach. Bereits in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hatte in der DDR-Jugend der Loyalitätsverfall gegenüber dem sozialistischen System eingesetzt. Er ermöglichte bald das *Überschwappen westlicher Jugendkulturen auf die DDR*. Anders als im Westen war für die DDR-Jugendlichen der Einstieg in eine der Subkulturen mit enormen Risiken verbunden: Wer sich dazu entschloss, begab sich in den Untergrund. Dies förderte den integrativen Wert der Subkulturen und verlieh ihren Mitgliedern das Gefühl von Mut, Stärke und Kameradschaft. Die rechtsextremistischen Parolen bedeuteten anfangs weniger eine Identifikation mit dem Nationalsozialismus, sondern vor allem einen gezielten Tabubruch mit der antifaschistischen Staatsdoktrin der DDR, eine Identifikation mit dem Feind des Feindes. Der im Vergleich zum Westen großen Risikobereitschaft entsprach eine enorme Gewaltbereitschaft und Brutalität, um die die Westskins ihre Kameraden im Osten lange bewunderten.

Seit Anfang der achtziger Jahre wuchsen nationalistische und rechtsextreme Stimmungen unter Jugendlichen in der DDR, vor allem bei Fußballfans an und erste Skin-Gruppen wurden bekannt. Dabei spielte der „negative Fußballhang“ des BFC-Dynamo (er galt als ein von der Stasi geförderter Verein) eine wichtige Rolle. Nach der Wende behauptete ein Mitarbeiter des Berliner Verfassungsschutzes, dass alle Führungspersonlichkeiten des Ost-Berliner Rechtsextremismus aus dieser Clique hervorgegangen seien. Mitte der achtziger Jahre verzeichneten rechtsextremistische Skin-, Fascho- und Nazi-Popper-Gruppen verstärkten Zulauf. 1986 waren der Kripo der DDR 1 500 Jugendliche bekannt, die zu rechtsextremistischen Ideen und Aktivitäten neigten. 1987 stellten die Behörden die Zunahme von rechtsextremistischen Gewalttaten fest. Es erfolgten erste Gerichtsurteile. Der Skin-Überfall auf die Berliner Zionskirche im Oktober stellte nur den Höhepunkt einer dichten Ereigniskette dar, auf den nun freilich eine intensive staatliche Repression gegen die der Staatssicherheit bekannten 800, in 36 Gruppen organisierten Skins folgte.

Am 17. Oktober 1987 hatten etwa 30 Skinheads ein Punk-Konzert in der Berliner Zionskirche überfallen, „Sieg Heil!“ und „Judenschweine“ gebrüllt und viele Besucher zusammengeschlagen. Sie wurden dabei von mehreren Skins aus West-Berlin unterstützt, was die schon früher geäußerte Vermutung bestätigte, dass (wenn auch lockere) Kooperationsbeziehungen zwischen Rechtsextremisten in West und Ost bestanden. So wurden Bomberjacken, Doc-Martens-Schuhe (beides zählte zur Minimalausstattung eines Skinheads) und Schallplatten rechtsextremistischer Rockgruppen in die DDR eingeschmuggelt. Für die DDR-Behörden handelte es sich natürlich um eine Steuerung der Vorgänge aus dem Westen.

1988 häuften sich die Gerichtsverfahren, Urteile erfolgten in Halle, Dresden, Leipzig, Berlin und Umgebung, Cottbus, Wolgast, Riesa, Potsdam, Sonneberg und Magdeburg. Die Ost-Berliner Polizei bezifferte die Anzahl der Skins in der Hauptstadt damals schon auf 300 und die der Mitläufer auf 400 bis 500. Das MfS teilte mit, dass Jugendbanden im Bezirk Rostock persönliche Kontakte zu Rechtsextremisten in Hamburg und Schweden unterhielten. Im Oktober fertigte die Stasi eine regionale Übersicht über die Verbreitung von Skins in der DDR, aus der hervorging, dass sich das Potenzial im Raum Berlin-Potsdam konzentrierte. Seit 1987 nahmen Verurteilungen und Inhaftierungen zu. Für die Betroffenen galt das Gefängnis jedoch als „Akademie“. Sie kamen in Kontakt zu Gleichgesinnten, was sich für die spätere Vernetzung des Rechtsextremismus als nützlich erwies, und wurden durch „Freundinnen“ betreut, die wiederum außerhalb der Gefängnisse Beziehungen herstellten bzw. aufrecht

erhielten. Nach der Maueröffnung im November 1989 kamen die einsitzenden Rechtsextremisten infolge von Amnestien und auslaufenden Haftstrafen rasch frei und nutzten ihre „Akademie“-Erfahrungen beim Aufbau rechtsextremistischer Organisationen. Insoweit konnte der Neonazismus in der Nach-Wende-DDR durchaus auf alte Strukturen zurückgreifen.

Zwei Etappen des gesamtdeutschen Rechtsextremismus

Die erste Etappe reicht bis Ende der neunziger Jahre, wobei der Übergang zur zweiten Etappe fließend und daher nicht exakt terminierbar ist. Er ist zum einen durch die Gewichtsverlagerung von West nach Ost bei den rechtsextremistischen Einstellungen, beim Wahlverhalten und beim Organisationsgrad gekennzeichnet, zum anderen durch einen politisch-programmatischen und strategischen Wandel des Rechtsextremismus. Diese Entwicklungen deuteten sich bereits in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre an, wurden aber erst nach der Jahrtausendwende voll wirksam.

Dass der Rechtsextremismus in Ostdeutschland deutlich mehr Zuspruch als in Westdeutschland gewann, lag auch an der Veränderung des dortigen Meinungsklimas. Zunächst herrschte eine durch Wirtschaftswachstum, nachholenden Konsum und Zukunftsoptimismus geprägte euphorische Stimmung vor. Seit 1992/93 verlangsamte sich allerdings das Tempo des Angleichungsprozesses an die Verhältnisse im Westen, und die Euphorie wich einer realistischeren Beurteilung der Lage. Ab 1995 verschlechterte sich die Stimmung zusehends. Das Ausbleiben eines selbsttragenden Aufschwungs, die Deindustrialisierung und die Massenarbeitslosigkeit begünstigten die Entstehung von „ostalgotischen“ Sichtweisen und antiwestlichen Haltungen. Politik- und Systemverdrossenheit breitete sich aus, und rechtsextremistische Angebote fanden nun mehr Zuspruch als im Westen.

Die gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen für Erfolg und Misserfolg des Rechtsextremismus in Ostdeutschland lassen sich in fünf Komplexen zusammenfassen:

- der gewünschte und bewusst herbeigeführte, in seinen konkreten sozialen und psychischen Auswirkungen auf das Individuum aber nicht absehbare Systemwechsel vom Sozialismus zum Kapitalismus, vom Stalinismus zur Demokratie;

- die Entwicklung der inneren Einheit Deutschlands, deren Verlauf sich die meisten Ostdeutschen völlig anders vorgestellt haben und die in einen handfesten Ost-West-Gegensatz mündete;
- der soziale Wandel, die technologische Modernisierung der Produktionsprozesse und die wirtschaftliche und politische Globalisierung, die alle westlichen Gesellschaften prägen und mit der Einheit Deutschlands zu einer zusätzlichen Belastung für die neuen Bundesländer geworden sind;
- die Fortwirkung psychischer Dispositionen und politisch-kultureller Faktoren (Sozialisationsverläufe, Lebenserfahrungen, Lernprozesse, Wertorientierungen, politische Einstellungen und Verhaltensweisen), die mit den neuen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen nicht kompatibel sind und Abwehrreaktionen stimulieren;
- die Existenz einer politischen Partei, der PDS (heute: Die Linke), die einen großen Teil der mit dem Prozess der inneren Einheit Unzufriedenen absorbiert.

Die Entwicklung in den neunziger Jahren

a) Neonazistische Gruppierungen

Die revolutionären Ereignisse von 1989, die schließlich den Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems der DDR bewirkten, boten dem damals in eine Krise geratenen westdeutschen Rechtsextremismus die Aussicht auf ein neues Betätigungsfeld. Wesentlich aktiver als DVU, NPD und Republikaner waren die kleinen militanten neonazistischen Gruppen, die sofort nach der Öffnung der Mauer Kontakt zu Gleichgesinnten in der DDR suchten. Sie waren es, die das öffentlich wahrnehmbare Bild vom gesamtdeutschen Rechtsextremismus in seinem ersten Entwicklungsabschnitt prägten.

Anders als die deutschnationalen Wahlparteien waren die im Westen gescheiterten Neonazis bemüht, an rechtsextreme Subkulturen in der DDR (Skinheads, Faschos, Hooligans) anzuknüpfen und sich möglichst auf deren Mentalität einzulassen. Dabei kam ihnen zugute, dass sie auf entsprechende Erfahrungen bezüglich der Zusammenarbeit mit derartigen Gruppen im Westen zurückgreifen konnten und, anders als die „legalistische“ Konkurrenz im rechtsextremistischen Lager, über reichhaltige praktische Kenntnisse in der Durchführung von „Wehrsport“- und paramilitärischen Übungen sowie im Umgang mit Polizei und Verfassungsschutz verfügten.

Im Februar 1990 gründeten prominente DDR-Faschos, -Skins und -Hooligans mit tatkräftiger Unterstützung von Kameraden aus dem Westen in Ost-Berlin die *Nationale Alternative (NA)*, die zunächst von Frank Lutz (Vorsitzender), André Riechert und Ingo Hasselbach (der sich später vom Neonazismus lossagte) angeführt wurde und sich rasch zu einem Sammelbecken der diversen Rechtsaußen-Szenen in der Hauptstadt entwickelte. Sie bildete 1990/91 vermutlich die mitgliederstärkste neonazistische Organisation in Ostdeutschland. In dem „besetzten“ Haus Weitlingstraße 122 richtete sie ein „Nationales Kommunikationszentrum“ ein und führte eine Fülle von medienwirksamen Aktionen durch. Das Präsidium der Volkskammer der DDR registrierte die NA sogar als politische Partei, die später allerdings von der Teilnahme an den Kommunalwahlen in der DDR im Mai 1990 ausgeschlossen wurde.

Die bereits im Mai auf Initiative von Bremer Neonazis entstandene *Deutsche Alternative (DA)* wurde sofort nach dem Fall der Mauer entsprechend dem „Arbeitsplan Ost“ des damals wohl prominentesten Neonazis im Westen, Michael Kühnen, im Süden des späteren Landes Brandenburg tätig. Aktionszentrum der von Frank Hübner geleiteten Organisation war Cottbus, die NA bildete de facto die Berliner Filiale der DA. Weitere neonazistische Vereinigungen entstanden später auch in anderen Regionen der DDR bzw. Ostdeutschlands, so in Sachsen und Thüringen die *Deutsch Nationale Partei (DNP)* des Thomas Dienel, der sich später als Vertrauensmann des Verfassungsschutzes entpuppte, oder *Die Nationalen*, deren Vorsitzender der heutige NPD-Funktionär Frank Schwerdt war.

Neben länderübergreifend tätigen Organisationen fanden sich Neonazis und Personen aus rechtsextremistischen Szenen und Subkulturen schon damals in regionalen Gruppen zusammen. Einige Beispiele: „Kameradschaft Oberhavel“, „Kameradschaft Neuteutonia Neustrelitz“, „Kameradschaft Wittenberg“ bzw. „Kameradschaft Elbe-Ost“, „Harzfront“, „Nationaler Jugendblock Zittau“, „Thüringer Heimatschutz“.

Obwohl die neonazistischen Organisationen und Kameradschaften nach ihrer Mitgliederzahl (nicht aber bezüglich ihrer Gewaltbereitschaft) im Vergleich zu den deutschnationalen Wahlparteien bedeutungslos waren, fanden sie doch bei Teilen der (männlichen) Jugend, insbesondere bei rechtsextremistischen Cliquen, Szenen und Subkulturen erheblichen Zuspruch. Dies dürfte auch an ihrer *spezifischen Programmatik gelegen haben, die sich weithin am linken, „proletarischen“ Flügel der NSDAP orientierte, soziale mit rassistischen Forderungen verknüpfte* und (anders als DVU, NPD und REP) verbal auf großdeutsche Ziele verzichtete bzw. derartige Ziele nicht ins Zentrum ihrer Propaganda stellte. In

dem zugleich nationalistischen und antikapitalistischen Programm der Neonazis sind die Wurzeln für die spätere *Kampagne gegen die Globalisierung* zu finden. In einem Flugblatt der DA hieß es beispielsweise 1992:

„*Wehrt Euch! Mit uns gegen:*

- zunehmende Überfremdung durch immer mehr Ausländer
- ständig steigende Arbeitslosigkeit
- Mietpreiswucher und Sozialabbau
- Massenverschuldung und Zinsknechtschaft
- deutsches Bauernsterben und wirtschaftliche EG-Abhängigkeit
- den Verkauf mitteldeutscher Industriebetriebe an ausländisches Großkapital
- Staatsverschuldung und immer höhere Steuern
- eine multikulturelle Gesellschaft und eine europäische Einheitswährung
- militärische Abhängigkeit und Einsatz deutscher Soldaten für fremde Interessen
- zunehmende Umweltzerstörung

Wir sind die neue deutsche Kraft! Deutsche Alternative“

Die Brisanz des Neonazismus ist im Zusammenhang mit der *enormen rassistischen Gewaltwelle* zu sehen, die Anfang der neunziger Jahre vor allem Ostdeutschland, teilweise aber auch den Westen der Republik erschütterte: Erinnert sei an die Ausschreitungen von Eberswalde (25.11.1990) und Rostock-Lichtenhagen (22.8.1992) sowie an die Anschläge in Hoyerswerda (30.9.1991), Hünxe (3.10.1992), Mölln (23.11.1992) und Solingen (29.5.1993). Diese Ereignisse dokumentierten eindringlich, dass es sich bei der brutalen Gewalt nicht um die Aktivitäten von Einzelnen oder von kleinen Gruppen handelt, sondern dass die Gewalttäter auf erhebliche Sympathien in der Bevölkerung stießen, oft sogar nachgerade zu ihrem Tun ermuntert wurden. *Der manifeste Rechtsextremismus war in ein breites Umfeld von latentem Rechtsextremismus eingebettet.*

Waren die pogromartigen Ausschreitungen auch keineswegs von neonazistischen Organisationen geplant oder gar gesteuert worden, so bewirkten sie doch eine erhebliche Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Straf-

verfolgungsbehörden für den militanten Rechtsextremismus und lösten *massive (auch zivilgesellschaftliche) Gegenwehr* aus. Anfängliche Pannen und Pleiten im Umgang der staatlichen Institutionen mit den Neonazis fanden ihren Niederschlag in Lernprozessen, wodurch die Maßnahmen zunehmend professioneller und effektiver ausfielen. Allein zwischen 1992 und 1994 sind acht rechtsextremistische Organisationen verboten worden, danach (bis Ende 2009) weitere 23.

Schon nach den ersten Verboten setzte bei den Neonazis Mitte der neunziger Jahre eine Strategiedebatte ein, die den Übergang von der ersten zur zweiten Etappe in der Entwicklung des gesamtdeutschen Rechtsextremismus markierte. Die Frage, wie man sich am besten gegen die wehrhafte Demokratie verteidigen könne, wurde mit der Parole *„Organisation durch Desorganisation“* beantwortet. „Wir müssen“, so schrieben die HNG-Nachrichten²⁷ 1994, „aus den alten und verkrusteten Strukturen der Szene eine Art Volksfront (ähnlich APO: alle machen mit, keiner ist verantwortlich) bilden. Wo keine erkennbare Organisation vorhanden ist, kann man diese auch nicht zerschlagen.“ Das Gegenkonzept beschreibt der Verfassungsschutzbericht des Bundes 1995 so:

- *„Aufbau bzw. Weiterführung unabhängiger Gruppen ohne formale Mitgliedschaft;*
- *bundesweite Koordinierung unter Leitung anerkannter regionaler Führungspersonen;*
- *Schaffung einer technischen Infrastruktur für einen effektiven Informationsaustausch (Fax-Anschlüsse, Mobiltelefone, Mailboxen, Info-Telefone).“*

Die Kampagne der Hamburger Nationalen Liste (NL) gegen linke Antifa-Gruppen („Anti-Antifa“) verlief bereits nach diesem Muster, und nun setzte auch im neonazistischen Organisationswesen Schritt für Schritt eine *Dezentralisierung in autonome, unabhängige oder freie Kameradschaften ohne Vereinsstrukturen ein*. Da viele Organisationen inzwischen verboten waren, lief diese Strategie nicht auf die Entmachtung der einflussreichen Führer hinaus (was undenkbar gewesen wäre). Vielmehr fanden sich deren Anhänger/innen nun in schwach organisierten Kleingruppen zusammen, die örtlich konspirativ agierten und nur durch informelle Kontakte ihrer lokalen Anführer miteinander ver-

27 Bei der 1979 entstandenen Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) mit derzeit etwa 600 Mitgliedern handelt es sich um die wohl größte und beständigste Neonazi-Organisation in der Bundesrepublik. Sie betreut inhaftierte Rechtsextremisten in materieller und ideeller Hinsicht.

netz waren. Der Informationsaustausch erfolgte zunehmend mittels moderner Kommunikationstechniken.

Das Prinzip „Organisation durch Desorganisation“ versprach besseren Schutz gegen staatliche Repression, weil der Neonazismus infolge der hohen Mobilität und Fluktuation schwer zu beobachten und wegen der fehlenden Vereinsstrukturen juristisch kaum zu sanktionieren ist, auch verknüpfte sich mit der neuen Organisationsform die Hoffnung, dass damit die lähmenden Rivalitäten zwischen den (Führern der) einzelnen Organisationen beendet und die Zeit umfassender Kooperation angebrochen sei. Schließlich erwarteten die Neonazis, dass sie mit ihren eher bewegungsförmigen Strukturen auf mehr Resonanz bei den rechtsextremistischen Subkulturen stoßen würden, die für zentralistische, hierarchische und verbindliche Organisationen kaum zu begeistern sind.

Aber das Prinzip „Organisation durch Desorganisation“ hat auch seine Schwächen. Organisation ist schließlich kein Selbstzweck, sondern eine Ressource, die Effizienz, Schlagkraft, Verbindlichkeit, Einheitlichkeit und Kontinuität gewährleistet. Zudem widerspricht dieses Prinzip genuinem rechtsextremistischem Denken. Die Neonazis haben es in Kenntnis der Tatsache übernommen, dass es eher linken Traditionen entspricht, dabei aber übersehen, dass es im Kern auf Demokratisierung, Dezentralisierung und Partizipation in einer hochgradig organisierten, staatszentrierten Gesellschaft zielt. *Im Grunde genommen haben sie sich auf ein ihrer Mentalität diametral entgegengesetztes Organisationsprinzip eingelassen* und damit eine neue Strategiedebatte zwischen Anhänger/innen des Bewegungs- und des Parteiprinzips hervorgerufen, die bis in die Gegenwart anhält.

Ein besonders rigides Parteikonzept vertrat der Neonazi und spätere NPD-Funktionär Steffen Hupka. Er favorisierte im Grunde genommen das Parteikonzept Lenins, die straff organisierte Partei als Avantgarde der revolutionären Massen, und kritisierte die Spontaneität vieler „nationalautonomer“ Kameraden als unprofessionell und ineffektiv:

„Die Strategie des Gegners fordert Reaktionen heraus ... Revolutionärer Widerstand zielt darauf, den Feind nachhaltig und schwer zu schädigen, seine Macht- und Entscheidungszentralen anzugreifen. Die wunden Punkte des Systems müssen ermittelt und zielgerichtet attackiert werden ... Nicht irgendwelche unbekanntenen Ausländer sollten also das Ziel von phantasievollen Aktionen sein, sondern diejenigen, die in Wort und Tat verantwortlich sind für die derzeitige Lage ...

*Widerstand, der auf die Beseitigung eines volksfeindlichen Systems zielt, muss dagegen professionell geplant sein. Eine Entscheidung für Widerstandsformen über die Spontihaftigkeit vieler Gruppen hinaus erfordert aber grundsätzliche Verhaltensänderungen ...*²⁸

Hupka konnte sich mit seinem Parteikonzept jedoch nicht durchsetzen, auch nicht innerhalb der NPD. Die Organisation der Neonazis in schwach institutionalisierten und folglich instabilen bzw. fluktuierenden Gruppierungen setzte sich vielmehr fort.

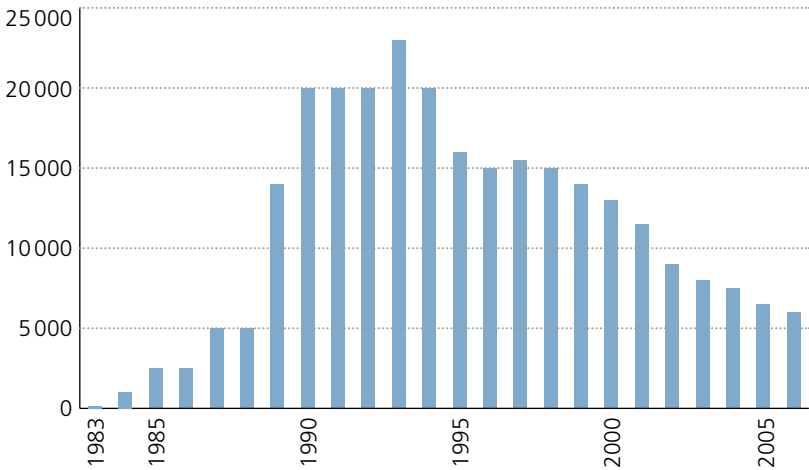
b) Wahlparteien

Die Entwicklung der Parteien war nach der deutschen Einheit zunächst durch Bündnis- bzw. Sammlungspolitik geprägt. DVU, NPD und Republikaner hatten die Stimmungslage der Nation 1990 völlig verkannt und führten ihre Misserfolge bei Wahlen auf strategische Fehler zurück. In allen drei Parteien mehrten sich daher die Stimmen, die auf ein gemeinsames Vorgehen drängten und gerieten damit in heftigen Konflikt mit den Kräften, die auf der Autonomie ihrer Partei beharrten.

Bei den *Republikanern* warb Harald Neubauer, Bundespressesprecher und Europaabgeordneter, für eine Zusammenarbeit mit der NPD. Gespräche mit deren Parteileitung führten schließlich zur Gründung der *Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH)*, die sich Anfang Oktober 1991 als politische Partei konstituierte, aber schon bald scheiterte. Beteiligt waren neben der Gruppe um Neubauer hochrangige NPD-Funktionäre, darunter der Parteivorsitzende Martin Mußgnug. Nach der Abspaltung der Neubauer-Fraktion bemühte sich Schönhuber, seine Partei in rechtskonservatives Fahrwasser und damit auf Distanz zu DVU und NPD zu bringen. Sein Stellvertreter, der Stuttgarter Rechtsanwalt Dr. Rolf Schlierer, ein junger Mann (Jahrgang 1955), ging noch einen Schritt weiter. Er setzte sich für eine Modernisierung und Intellektualisierung der Partei ein und sah die Republikaner als systemtreue politische Kraft, die der CDU/CSU als potenzieller Bündnispartner zur Verfügung stehen sollte.

28 Zit. nach dem Verfassungsschutzbericht 1995 von Sachsen-Anhalt. Hupka trat 1985 der Nationalistischen Front (NF) bei und wurde 1992 verantwortlich für die „Ostland-Initiative“ der NF. 1993 war er am Aufbau der „Harzfront“ beteiligt. Er engagierte sich bei den Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der NPD, wurde 1997 Landesbeauftragter der NPD für Sachsen-Anhalt (später Landesvorsitzender) und 1998 Mitglied des Bundesvorstands der NPD (bis März 2000).

Grafik 20: Mitgliederentwicklung der Republikaner in Deutschland 1983–2006



Datenquelle: Verfassungsschutzberichte, bis 1990 nur alte BRD, vor 1992 einschl. REP

Nach schlechten Resultaten bei den Landeswahlen in Bremen 1991 und Schleswig-Holstein 1992 (die DVU machte jeweils das Rennen: 6,2 % und 6 Mandate in der Hansestadt, 6,3 % und ebenfalls 6 Mandate im Nordstaat), gelang Schlierer in Baden-Württemberg 1992 mit 10,9 Prozent und 15 Mandaten das bis dahin beste Wahlergebnis einer rechtsextremistischen Partei im Nachkriegsdeutschland (schon 1968 hatte die NPD im Südweststaat beachtliche 9,8 % und zwölf Mandate eingefahren). Baden-Württemberg war nach Bayern der zweitstärkste Landesverband der Republikaner. Beide Verbände organisierten damals rund 40 Prozent aller Parteimitglieder. Die Hamburger Wahl 1993 offenbarte wieder einmal die Folgen der Zerstrittenheit des Rechtsextremismus: Republikaner und DVU erreichten gemeinsam 7,6 Prozent der Stimmen, aber keine der beiden Parteien vermochte es, alleine die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Und bei der Europawahl 1994 verfehlten die Republikaner dann auch den Wiedereinzug in das Europaparlament. Schönhuber erkannte nun, dass sein Autonomiekurs gescheitert war und bemühte sich um eine Kooperation mit der DVU. Beide Parteivorsitzenden veröffentlichten im August eine gemeinsame Erklärung, wonach sie ihre Feindseligkeiten einstellen und bei Wahlen kooperieren wollten.

Die überraschende *Kumpanei zwischen Schönhuber und Frey* stieß innerhalb der Republikaner auf große Kritik. Vor allem Schlierer fühlte sich übergangen

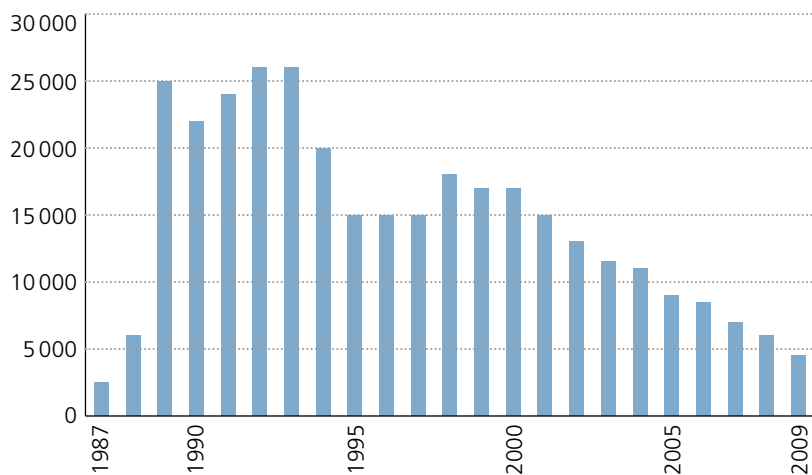
und ausgehebelt. Auf dem Bundesparteitag in Sindelfingen (17./18.12.1994) kürten ihn die Delegierten zum neuen Parteivorsitzenden, stellten ihm aber zwei Stellvertreter an die Seite, die beide eine Kooperation mit den übrigen rechtsextremistischen Parteien favorisierten. Schönhuber verließ die Partei ein Jahr später. Die folgenden Landtagswahlen brachten den Republikanern stets Stimmeneinbußen. Allerdings konnten sie in Baden-Württemberg 1996 ihre Position halten: Mit 9,1 Prozent und 14 Mandaten rückten sie wieder in den Landtag ein und erhielten 4,5 Millionen DM Wahlkampfkostenerstattung, wodurch die innerparteiliche Position von Schlierer gestärkt wurde.

Die *Deutsche Volksunion (DVU)* begab sich in das vereinigte Deutschland mit großen Finanzproblemen. In den Europawahlkampf hatte sie nach eigenen Angaben 18 Millionen DM investiert, aber nur 3,6 Millionen als Wahlkampfkostenerstattung zurückerhalten. An der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl beteiligte sich die Partei nicht. Absprachegemäß waren die Nationaldemokraten am Zuge. Bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft 1991 schnitt die DVU noch besser ab als vier Jahre zuvor: 6,2 Prozent und sechs Mandate, davon zwei für NPD-Funktionäre. Damit hatte sich die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien praktisch überlebt. Ein Jahr später brachte es die DVU in Schleswig-Holstein auf 6,3 Prozent und ebenfalls sechs Mandate. 1993 musste sie sich bei der Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg mit 2,8 Prozent abfinden, während die Republikaner mit 4,8 Prozent knapp den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde verfehlten. An den Wahlen des „Superwahljahrs“ 1994 beteiligte sich die DVU nicht.

Zwischen 1995 und 1997 trat die Partei wieder in den drei nördlichen Bundesländern an, wobei sie ihre parlamentarische Repräsentanz in Bremen und Schleswig-Holstein nach Finanzskandalen verlor und in Hamburg mit 4,9 Prozent fast in die Bürgerschaft eingezogen wäre. Die DVU hat übrigens nie den Versuch unternommen, in der Mitte oder gar im Süden Westdeutschlands an einer Landtagswahl teilzunehmen. In der bayerischen Parteizentrale war man offenbar der Auffassung, dass die deutschnationale Botschaft der Partei im protestantischen Norden besser ankommt als im eher katholisch-konservativen Süden. Außerdem stand Frey immer im Verdacht, mit der CSU zu sympathisieren.

Die Gründung von DVU-Landesverbänden in Ostdeutschland gestaltete sich außerordentlich schwierig. Darauf kann hier nicht im Einzelnen eingegangen werden. Jedenfalls beteiligte sich die Partei erst ab 1998 an Wahlen in den neuen Bundesländern.

Grafik 21: Mitgliederentwicklung der DVU in Deutschland 1987–2009



Datenquelle: Verfassungsschutzberichte, bis 1990 nur alte BRD

In der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)* war die Zusammenarbeit von Mußgnug mit der Neubauer-Gruppe sehr umstritten. Daher musste er im Dezember 1990 von seinem Amt als Parteivorsitzender zurücktreten. Als sein Nachfolger wurde auf dem Bundesparteitag 1991 Günter Deckert gewählt. (Deckert war übrigens der Mentor der Überfremdungskampagne der NPD Ende der siebziger Jahre.) Er wollte die Partei durch die Konzentration auf die Themenschwerpunkte Ausländer/Asyl und Geschichtsrevisionismus aus ihrem Tief herausführen, was freilich misslang. Die Wahlergebnisse der NPD hatten zumeist eine Null vor dem Komma. Deckert geriet mit der Revisionismuskampagne bald in Konflikt mit dem Strafrecht. Im Oktober 1995 wurde er wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Sein selbstherrlicher Führungsstil und finanzielle Unregelmäßigkeiten brachten ihn auch in Konflikt mit dem Parteipräsidium, das ihn noch im Oktober absetzte. Die Partei befand sich wieder einmal am Rande der Spaltung. Auf einem Sonderparteitag im März 1996 in Bad Dürkheim (Rheinland-Pfalz) siegte der bayerische Landeschef Udo Voigt bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden mit 88 Stimmen über den nicht anwesenden (inhaftierten) Deckert, der 83 Stimmen auf sich vereinte. Der bis heute amtierende Voigt leitete eine programmatische und strategische Wende der Partei ein, die das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus insgesamt verän-

dern und den Grundstein für organisatorische und Wahlerfolge insbesondere in Ostdeutschland legen sollte.

c) Programmatrischer Wandel

Mitte der neunziger Jahre befanden sich alle Spielarten des Rechtsextremismus in einer desolaten Situation. Die neonazistischen Organisationen waren bis zur Handlungsunfähigkeit durch die Verbotsmaßnahmen geschwächt. Die drei Wahlparteien mussten seit 1992 erhebliche Mitgliederverluste hinnehmen und auch ihre Hoffnungen auf Wahlerfolge im Osten hatten sich nicht erfüllt. Vor allem die rassistische Gewaltwelle zwischen 1991 und 1993 und die darauffolgenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Gegenmaßnahmen (siehe dazu Kapitel 7) setzten den Rechtsextremismus insgesamt unter Druck und erschwerten die Mobilisierungsanstrengungen seiner Parteien.

Von dem erwähnten Stimmungsumschwung in Ostdeutschland konnten die rechtsextremistischen Parteien zunächst nicht profitieren. Sie mussten vielmehr erfahren, dass sie als Westparteien trotz für sie günstiger sozioökonomischer Rahmenbedingungen in Ostdeutschland auf wenig Akzeptanz stießen. Aus Sicht der Ostdeutschen waren sie aus dem Westen eingereist, propagierten ihre alten West-Programme und setzten ihre bekannten Grabenkämpfe auf ostdeutschem Boden fort. Für den speziellen Problemhaushalt der Ostdeutschen hatten sie kein Gespür!

Die NPD war die erste Partei, die aus dieser für sie unbefriedigenden Situation programmatische und strategische Schlussfolgerungen zog. Wie erwähnt war Udo Voigt im März 1996 zum Bundesvorsitzenden gewählt worden. Sein seit November des Vorjahrs inhaftierter Rivale Deckert wurde einer seiner drei Stellvertreter. Während Deckert in organisatorischer und programmatischer Hinsicht mittlerweile sehr traditionalistisch orientiert war und vor allem mit seiner Revisionismuskampagne gerade in den neuen Bundesländern vielfach auf Unverständnis stieß, leitete Voigt in mehrfacher Hinsicht die Erneuerung der Partei ein. 1996 fasste der Verfassungsschutzbericht Thüringens dessen Ziele wie folgt zusammen:

- *„Zurückstellung der ‚Revisionismuskampagne‘ des bisherigen Bundesvorsitzenden Günter Deckert*
- *Unterstützung der Bestrebungen zur Einigung der ‚Rechten‘ (Runde Tische), um den ‚Nationalen‘ in Deutschland eine Chance zu geben*

- *Einleitung einer Zusammenarbeit des ‚Nationalen Lagers‘ mit den Vorständen der einzelnen Parteien und Gruppen*
- *Erarbeitung einer ‚nationaldemokratischen‘ Lösung der sozialen Probleme*
- *Intensivierung der elektronischen Vernetzung und verstärkte Nutzung des Kommunikationssystems Internet*
- *verstärkte Aufmerksamkeit für die Arbeit der JN und Verbesserung ihres politischen Wirkens.“*

Unter der Leitung von Voigt wandelte sich die NPD *von einer überwiegend deutschnationalen, eher systemkonform agierenden zu einer überwiegend neonazistischen, systemfeindlichen Partei*. Sie entwickelte sich bald zur führenden Kraft in Ostdeutschland, wobei sie eng mit Neonazis und Personen aus den rechtsextremistischen Subkulturen kooperierte.

Dabei übte die Jugendorganisation der Partei, die *Jungen Nationaldemokraten (JN)*, zunächst eine wichtige Scharnierfunktion aus. Die JN waren und sind ihrerseits stark neonazistisch (in ihrem Selbstverständnis: nationalrevolutionär, antikapitalistisch, systemüberwindend) orientiert. Sie stellten sich damals als „revolutionäre Kampforganisation“ dar, beharrten aber auf der Überlegenheit des Organisationsprinzips gegenüber dem Bewegungsprinzip: „Eine von uns angestrebte revolutionäre Umwälzung der Machtverhältnisse ist nur mit einheitlich organisiert handelnden Kräften erreichbar.“

Die Aktivitäten im Bereich der Kameradschaften und Subkulturen dienten der Massenmobilisierung, die die JN als „Kaderorganisation“ betrieb. NPD/JN strebten damit punktuelle Aktionsbündnisse an, wie beispielsweise die Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung „Vernichtungskrieg – Die Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ in München am 1. März 1997. Unter dem Motto „Unsere Großväter waren keine Verbrecher – und wir sind stolz auf sie“ mobilisierte die NPD statt der erwarteten 1 500 Personen 4 300 Teilnehmer aus allen Bereichen des Rechtsextremismus (ohne DVU und REP).

Dass die NPD das Erbe der verbotenen neonazistischen Organisationen antreten konnte, lag auch daran, dass sie sich im Dezember 1996 auf dem Parteitag in Ohrel (Niedersachsen) ein *neues Programm* gab, das – wie die Neonazis Anfang der neunziger Jahre – großes *Gewicht auf wirtschafts- und sozialpolitische Fragen* legte, kapitalismuskritisch und ethnopluralistisch ausgerichtet und weithin in einem nationalrevolutionären Duktus gehalten war. Die

„nationale Frage“ war – jedenfalls in der Öffentlichkeitsarbeit – nachrangig geworden, ebenso der Revisionismus. Von zentraler Bedeutung war die soziale Frage, die weithin „völkisch“ (neorassistisch) gelöst werden sollte. Mit Formulierungen, wie

„Jeder Deutsche hat das Recht auf Arbeit. Arbeitsplätze sind zuerst an Deutsche zu vergeben. Männer und Frauen sind im Arbeitsleben unter Berücksichtigung des Leistungsprinzips gleich zu behandeln.“

dürfte die NPD vielen jungen Rechtsextremisten in Ostdeutschland aus dem Herzen gesprochen haben. Die „Nationalbolschewisten“ in der sächsischen NPD gingen in einem Flugblatt noch einen Schritt weiter und knüpften unmittelbar an die DDR-Identität an:

„Die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) ist eine moderne und revolutionäre Partei, die sich im Interesse aller anständigen Deutschen der Zerstörung unseres Landes durch die Politiker des internationalen Großkapitals entgegenstellt. Die Politik der Bundesregierung bewerten wir als kapitalistischen Extremismus und Fundamentalismus ...

Wir sind eine antiimperialistische Partei und solidarisch mit allen Völkern, die sich im Abwehrkampf gegen den verbrecherischen US-Imperialismus und seine Helfershelfer befinden. In der Tradition der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung stehend und in der Geschichte des deutschen Volkes verwurzelt, wenden wir uns gegen alle volks- und kulturzerstörenden Maßnahmen der EU-Administration, der Bundesregierung und der Landesregierungen ...

Wir Mitglieder der NPD in Sachsen stehen zur ganzen deutschen Geschichte und auch zur Geschichte der DDR. Die Mehrheit unserer Mitglieder ist im 8. Jahr des Beitritts der DDR zur BRD der Meinung, dass die DDR das bessere Deutschland war ...“²⁹

Dieses „sozialistische“ Flugblatt stieß allerdings auf heftige Kritik an der Parteibasis. Der sächsische NPD-Vorstand wich später zurück und ordnete an, den Begriff Sozialismus künftig zu vermeiden. Und Udo Voigt kritisierte, dass es politischer Unsinn sei, die DDR als den besseren deutschen Staat zu bezeichnen.

29 DESG-inform, 6/1998.

Auch die DVU, die im Sinne der Konzernstrategie ihres „Eigentümers“ vor allem Geschichtsrevisionismus praktizierte, erkannte den Mentalitätswandel in Ostdeutschland und betrieb ebenfalls eine Neuausrichtung ihrer Programmatik. Dass sie 1998 in Sachsen-Anhalt einen fulminanten Wahlerfolg erzielte und ein Jahr später auch in den brandenburgischen Landtag einzog, beruhte vor allem darauf, dass sie nun den Schwerpunkt ihrer Agitation auf aktuelle innenpolitische Themen legte und populistisch die unmittelbaren Sorgen und Probleme der Menschen ansprach. Mehr noch als die NPD verzichtete sie auf expansivistische Formulierungen und verpackte ihren Nationalismus hauptsächlich in fremdenfeindlich gewendete soziale Forderungen. In einem Flugblatt, das Bestandteil ihrer damaligen Massenaussendungen war, hieß es:

„Die DVU will, was die Mehrheit der Deutschen will.

- *Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!*
- *Deutsches Geld zuerst für deutsche Aufgaben!*
- *Die D-Mark soll bleiben!*
- *Kriminalität hart bekämpfen!*
- *Ausländerbegrenzung durchsetzen!“*

Und im „DVU-Wahlprogramm 1998“ konnte man lesen:

„Überfremdung: Deutschland muss das Land der Deutschen bleiben! Auch im Interesse der mehrheitlich anständigen und rechtschaffenen Ausländer. Es darf keine Benachteiligung Deutscher gegenüber Fremden im eigenen Land geben!“

d) Strategischer Wandel

Auf dem NPD-Parteitag im Januar 1998 in Stavenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) wurde der Parteivorsitzende dann auch mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Deckert kam nicht mehr in den Bundesvorstand und spielte fortan in der Partei kaum noch eine Rolle. Voigt hatte sich mit seinem Kurs durchgesetzt, holte führende Neonazis in den Parteivorstand (Steffen Hupka, Jens Pühse, Frank Schwerdt) und bescheinigte der NPD, die „authentische nationale Partei in Deutschland“ zu sein und die „Meinungsführerschaft“ im rechtsextremistischen Lager übernommen zu haben.

Der neue Kurs der NPD barg allerdings auch *erheblichen Konfliktstoff* mit der Jugendorganisation der Partei und mit den „Freien Kräften“. Die Jungen Nationaldemokraten (JN) vollzogen auf ihrem Bundeskongress 1999 einen Generationswechsel. Nachfolger des altgedienten JN-Vorsitzenden Holger Apfel wurde der Neonazi Sascha Roßmüller, der sich in einer Kampfabstimmung gegen den ehemaligen nordrhein-westfälischen JN-Chef Achim Ezer durchsetzen konnte. Ezer und seine Kameraden strebten eine parteiunabhängige Kaderorganisation an, die gewissermaßen als politischer Arm der rechtsextremen Subkulturen und Kameradschaften fungieren sollte. Mit Roßmüller hatte sich zwar das Parteikonzept durchgesetzt, aber die Kader-Kameraden ließen von ihren Plänen nicht ab. Daher musste im Juni 1999 beispielsweise der sächsische Landesverband der JN aufgelöst werden. Die Konflikte zwischen NPD und JN bzw. innerhalb der JN führten dazu, dass die Jugendorganisation zunehmend an Bedeutung verlor.

Unerwartete Probleme erwuchsen der NPD auch aus der 1997 beschlossenen *Dreifach-Strategie* „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Parlamente“. Die in die Partei geströmten jungen Leute aus den neonazistischen Gruppierungen und Subkulturen setzten auf den „Kampf um die Straße“, waren damals aber noch selten an ideologisch-programmatischen Debatten oder an Wahlkämpfen interessiert. Dass dem „Drei-Säulen-Konzept“ ein kaum lösbarer Widerspruch innewohnt, erfuhr die NPD 1999, als sie sich an den Kommunal-, Landtags- und Europawahlen beteiligte. Dabei rechnete sie sich in einzelnen Gemeinden und auf Landesebene gute Chancen aus. Der „Kampf um die Parlamente“ sollte daher im Vordergrund stehen. Um rechtsgerichtete Wähler/innen nicht abzuschrecken, verzichtete die NPD auf die sonst üblichen Aufmärsche und Straßenaktionen und beschränkte sich auf die üblichen Wahlkampfaktivitäten. Dies provozierte Proteste und Austritte von Jugendlichen, die aus der Skinhead-Szene und aus den Kameradschaften zur NPD gelangt waren.

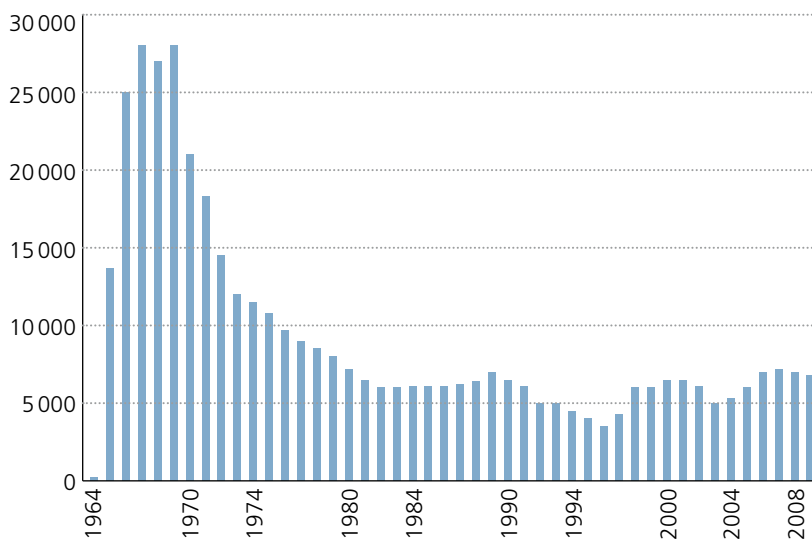
Der Konflikt zwischen Parteifunktionären, die auf den Zusammenhalt und den Bestand der NPD bedacht waren, und zwischen Verfechtern eines aktivistisch-aggressiven Autonomiekonzepts setzte sich in Sachsen und in vielen anderen Landesverbänden anlässlich des Verbotsverfahrens³⁰ fort. Während die Par-

30 Anfang 2001 stellten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD. Im März 2003 stellte das Gericht das Verfahren ein, weil die Verfassungsschutzbehörden unmittelbar vor und während des Verfahrens über V-Leute in den Vorständen der Partei verfügten. Dies sei mit einem rechts-staatlichen Verfahren unvereinbar.

teiführung ihre Verfassungstreue und strikte Gewaltfreiheit eindringlich beschwor und den Basisgruppen Demonstrationen und Aufmärsche untersagte, beharrten die militanten Neonazis innerhalb und außerhalb der Partei auf ihrem nationalrevolutionären Konzept. Sie warfen der NPD-Führung Feigheit, Opportunismus und Egoismus vor und kündigten die Fortsetzung ihrer Aktionen an. Infolge dieses Konflikts schied der Neonazi Steffen Hupka im März 2000 aus dem NPD-Parteivorstand aus.

Auf der anderen Seite verschreckte die Kooperation mit freien Nationalisten und Skinheads eher deutschnational gesinnte NPD-Kameraden vor allem (aber nicht nur) in den westlichen Landesverbänden. So forderte beispielsweise der aus Sachsen stammende damalige stellvertretende Bundesvorsitzende Jürgen Schön, die Partei solle sich von ihrem „Schmuddel-Glatzen-Image“ befreien. Und der frühere NPD-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Hans-Günter Eisenecker, wird mit der Bemerkung zitiert, die Aufmärsche der Kameradschaften stellten „eine Mischung zwischen Schwulenparade und Karnevalsumzug“ dar.

Grafik 22: Mitgliederentwicklung der NPD in Deutschland 1964–2009



Datenquelle: Verfassungsschutzberichte, bis 1990 nur alte BRD

Durch die Kooperation mit Neonazis und Skinheads erfuhr die NPD zunächst einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs, vor allem in Ostdeutschland. Seit 1997 ist ihr Organisationsgrad im Osten größer als im Westen. Der regionalen Schwerpunktverlagerung trug die NPD auch dadurch Rechnung, dass sie ihre Bundesgeschäftsstelle im Januar 2002 von Stuttgart nach Ost-Berlin verlegte.

Die Entwicklung seit der Jahrtausendwende

Die zweite Etappe der Entwicklung des gesamtdeutschen Rechtsextremismus ist durch die Auswirkungen des programmatischen und strategischen Wandels gekennzeichnet. Infolge der engen Zusammenarbeit mit „Freien Kräften“ und wegen der Wahlabsprachen mit der DVU erreichte die NPD bald eine beherrschende Stellung innerhalb des rechtsextremistischen Lagers. Der wachsende innerparteiliche Einfluss der auf Fundamentalopposition drängenden Neonazis vertrug sich jedoch kaum mit den Interessen der auf weitere Wahlerfolge bedachten gemäßigten Kräfte. Dies musste zu heftigen Konflikten über die Strategie der Partei führen. Übereinstimmung zwischen beiden Richtungen besteht allerdings nach wie vor darin, das Schwergewicht der politischen Arbeit auf die Antiglobalisierungskampagne zu legen.

a) Die „Freien Kräfte“

Neonazis finden sich zumeist in Kameradschaften zusammen. Dabei handelt es sich um kleine, männlich dominierte Gruppen, die Kameradschafts- und Schulungsabende durchführen, „Wehrsportübungen“ machen und Demonstrationstourismus betreiben. Die Szene ist zersplittert: Die Anzahl der Kameradschaften hat sich zunächst von 80 (1998) auf 160 verdoppelt (2002–2004), ist mittlerweile aber stark rückläufig (aktuelle Zahlen liegen mir nicht vor). Auch die Anzahl der von Neonazis durchgeführten Demonstrationen hat bis 2008 deutlich abgenommen: Auf dem Höhepunkt 2005 waren es 145, 2008 nur noch 80. 2009 erfolgte allerdings ein rasanter Anstieg auf 143, allerdings oft kleineren und örtlich begrenzten Demonstrationen.

Der Zersplitterung versucht man durch Aktionsbündnisse und Aktionsbüros entgegenzuwirken, die Dienstleistungen für die Kameradschaften anbieten (Informationen, Propagandamaterial, Vorschläge für Kampagnen, Koordination von Demonstrationen etc.). Die wohl wichtigste Rolle bei der Kommunikation und Vernetzung, bei der Mobilisierung von Mitgliedern und Mitläufern, bei der Gewinnung von neuen Anhänger/innen und bei der Verbreitung von

ideologischen Positionen spielt mittlerweile – nicht nur bei Neonazis, sondern bei allen rechtsextremistischen Gruppierungen – das Internet. Gegenwärtig sollen 1000 Internet-Präsenzen bestehen, die oft interaktive Angebote enthalten, um potenziellen Sympathisanten Partizipationschancen zu eröffnen. Die multimedialen Aktivitäten schließen auch die Nutzung von Videoplattformen und Radio- bzw. Fernsehsendungen per Internet ein.

Das Verhältnis der Kameradschaften zur Gewalt ist zwiespältig: Einerseits distanzieren sich viele Kameradschaftsführer vor allem wohl aus Angst vor staatlichen Sanktionen verbal von gewalttätigen Aktionen, andererseits vertreten die Neonazis eine Gewalt verherrlichende Theorie und treten bei Demonstrationen und Großveranstaltungen oft außerordentlich aggressiv gegenüber politischen Gegnern und der Polizei auf. Das Gewaltpotenzial dürfte auch durch die zunehmende Verflechtung von Skinhead-Cliquen und Kameradschaften gewachsen sein. Beim Rudolf-Heß-Gedenkmarsch 2003 in Wunsiedel sollen die Skins sogar die Mehrheit der etwa 2 600 Teilnehmer gestellt haben. Wenn auch derzeit nach Auffassung des Verfassungsschutzes keine terroristischen Bestrebungen erkennbar sind, wird doch über gelegentliche Waffenfunde berichtet. Im Übrigen behauptete schon der Verfassungsschutzbericht 2002 des Bundes, dass es „keine rechtsterroristischen Gruppierungen“ gäbe und ergänzte: „Militante Rechtsextremisten lehnen Terrorismus ab.“ Ein Jahr später wurde die „Kameradschaft Süd“ als terroristische Vereinigung zerschlagen. Sie hatte Waffen und Sprengstoff besorgt und plante unter anderem einen Anschlag auf die Grundsteinlegung einer Synagoge in München. Der Anführer, Martin Wiese, wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt, andere Mitglieder der Gruppe erhielten Haft- oder Bewährungsstrafen. Und in den Jahren 2002 und 2003 verübte das „Freikorps Havelland“ Brandanschläge gegen türkische bzw. asiatische Imbissbuden. 2005 wurden die Mitglieder wegen der Gründung bzw. Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung zu mehrjährigen Haft-, Jugend- oder Bewährungsstrafen verurteilt. Daher heißt es im Verfassungsschutzbericht des Bundes 2009 auch:

„Die Affinität von Rechtsextremisten, insbesondere von Neonazis, zu Waffen und Sprengstoff bildet dennoch ein nicht zu vernachlässigendes Gefährdungspotenzial.“

Besondere Gewaltbereitschaft weisen die „Autonomen Nationalisten“ auf. Dabei handelt es sich um eine kleine, derzeit etwa 500 Personen umfassende, aber sehr umtriebige Strömung innerhalb des neonazistischen Spektrums, die sich kulturell und strategisch, nicht aber ideologisch deutlich vom Mainstream un-

terscheidet. Die Gruppen bestehen aus relativ jungen Leuten, die gegen die etablierten Kameradschaftsführer und die vorherrschenden politischen Praktiken rebellieren. Sie bilden bei Demonstrationen „schwarze Blöcke“ und orientieren sich auch hinsichtlich ihrer Ausdrucksformen wie Kleidung (Palästinensertücher, Che-Guevara-T-Shirts), Vermummung, Symbolik (Antifa-Logo, rote und schwarze Fahne) und Sprache (Anglizismen: „Fuck Authority“, „Good Night Left Side“, „National Socialist Black Block“) an den linksextremen „Autonomen“, propagieren offensive (national-)revolutionäre Kampfformen gegen das „kapitalistische“ und „imperialistische“ System und verweigern sich strikt der parlamentsorientierten Politik der NPD und erst recht der DVU und der Republikaner. Die NPD-Führung grenzte sich ihrerseits 2007 von den „Autonomen Nationalisten“ ab, weil es sich um „anarchistische Erscheinungsformen“ handele.

Das Verhältnis der Neonazis, Kameradschaften oder – wie sie sich bald auch nannten – „Freien Kräfte“ zu den rechtsextremistischen Parteien ist uneinheitlich. DVU und Republikaner werden wegen ihres angeblich „legalistischen“ und „bürgerlichen“ Kurses abgelehnt. An der Haltung zur NPD scheiden sich dagegen die Geister: Ein Teil beharrt auf seiner organisatorischen Unabhängigkeit, ein anderer ist zur Zusammenarbeit bereit oder praktiziert sie bereits. Während des NPD-Verbotsverfahrens hatten die Neonazis zumeist ihre Eigenständigkeit betont und die Partei wegen ihres sorglosen Umgangs mit V-Leuten kritisiert.

Seit 2004 ist aber (vor allem im Osten) eine Intensivierung der Beziehungen zu beobachten, von der sich beide Seiten Vorteile versprechen. Den Neonazis ist wohl vor allem an Vereinheitlichung durch politisch-ideologische Orientierung, an Ressourcen und an Schutz (Parteienprivileg der NPD) gelegen. Mit Blick auf die zentralen Kampagnen des Rechtsextremismus herrscht sowieso Übereinstimmung: Die Neonazis waren schon in den neunziger Jahren wichtige Akteure bei der Überfremdungskampagne und sogar Vorreiter bei der Antiglobalisierungskampagne. Beide Stränge verfolgten sie auch intensiv nach der Jahrtausendwende („Heimreise statt Einwanderung“; „Arbeitsplätze statt Globalisierung – Für eine Welt souveräner Staaten“). Jedenfalls propagierte der prominente Neonazi Thomas Wulff 2004 eine „Volksfront von rechts“ und sprach sich explizit für eine Unterstützung der NPD aus. Und selbst der Hamburger Neonazi Christian Worch schwächte damals seine konsequente Anti-NPD-Haltung ab.

In der Folgezeit wurden die Kooperationsbeziehungen immer enger: Neonazis mobilisieren für Großveranstaltungen, wirken als Personenschützer und unterstützen die NPD bei Wahlkämpfen (Verteilung von Werbematerial, Sicherung von Infoständen etc.). Seit etwa 2006 treten Neonazis zunehmend in die Par-

tei ein und übernehmen dort auch Funktionen. Dass die Anzahl der Kameradschaften rückläufig ist und die Demonstrationen bis 2008 abgenommen haben, dürfte auch daran liegen, dass sich die Neonazis enger an die NPD gebunden haben. Vorbehalte gegenüber der Zusammenarbeit mit der Partei werden nun auch seltener geäußert, aber sie bestehen nach wie vor: NPD und DVU seien „genauso BRD-Parteien wie CDU und SPD“. Kritik gab es vor allem an dem Bündnis von NPD und DVU. Deren Chef galt weithin als Geschäftemacher, der im Verdacht stand, mit der „nationalen Opposition“ vorrangig finanzielle Interessen zu verbinden. Dass die Demonstrationstätigkeit 2009 stark zugenommen hat, könnte auch daran liegen, dass die Unzufriedenheit der „Freien Kräfte“ mit dem gegenwärtigen Zustand der NPD (Finanzskandale, personelle Querelen, stagnierende bzw. sinkende Wahlergebnisse) wieder gewachsen ist.

b) Die Bündnispolitik der NPD

Nach dem gescheiterten Verbotsverfahren gab die NPD ihre Zurückhaltung gegenüber den Neonazis auf und besann sich wieder auf ihr Selbstverständnis als „nationalistische und sozialistische Fundamentalopposition“:

- Ziel der NPD sei es, „die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor 15 Jahren die DDR abgewickelt“ habe (Udo Voigt 2004).
- „Die BRD abwickeln – das folgt aus der Präambel und dem Artikel 146 des Grundgesetzes“ (Frank Schwerdt 2004).
- „Wir hingegen halten das liberalkapitalistische System für gescheitert. Wir wollen es weder stützen, noch reformieren – wir wollen es ablösen“ (Udo Voigt 2002).
- „Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung“ (Uwe Leichsenring 2004).

Dieser Kurswechsel erleichterte den Neonazis die Hinwendung zur NPD. Allerdings war mit der Einstellung des Verbotsverfahrens wider Erwarten kein Mitgliederzuwachs für die NPD verbunden. Im Gegenteil: Die Mitgliederzahlen nahmen vorübergehend sogar ab, gerade auch im Osten. Und parlamentarische Erfolge waren bislang trotz des programmatischen und strategischen Wandels der Partei ausgeblieben. Voigt schloss sich daher im Interesse der Mobilisierungsfähigkeit seiner Partei dem Volksfront-Konzept von Wulff an und propagierte nun auch wieder den Schulterchluss von DVU, NPD und Republikanern.

Da sich auch die DVU und die Republikaner im Abwärtstrend befanden, setzte zur Europawahl 2004 auf Initiative der NPD eine neue Phase der Sammlungspolitik ein. Erfolgreich waren zunächst nur die Bemühungen in Dresden: Im April 2003 formierte sich zur bevorstehenden Kommunalwahl das *Nationale Bündnis Dresden (NB)* aus DVU, NPD und Republikanern (die Stuttgarter REP-Zentrale distanzierte sich allerdings von diesem Projekt). Bei der Kommunalwahl im Juni 2004 erreichte das NB in der sächsischen Landeshauptstadt vier Prozent und drei Mandate. Sprecher der Gruppe im Stadtparlament wurde der NPD-Funktionär und ehemalige JN-Vorsitzende Holger Apfel. Auch in anderen sächsischen Gemeinden, vor allem in der Sächsischen Schweiz, fuhr die NPD die Früchte ihrer kontinuierlichen Basisarbeit ein und brachte es auf eine stattliche Anzahl von kommunalen Mandaten.

Dieser Erfolg gab der sächsischen NPD Auftrieb und nährte die Hoffnung, bei der bevorstehenden Landtagswahl im September des Jahres die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Da dies nur möglich sein würde, wenn die NPD als einzige rechtsextremistische Partei antritt, strebte sie ein Abkommen mit der DVU an. Die DVU beteiligte sich an der zeitgleich stattfindenden Wahl in Brandenburg, wo sie um den Wiedereinzug in den Landtag kämpfte und ebenfalls an der Ausschaltung störender Konkurrenz interessiert war. So kam es noch im Juni 2004 zu einem Modus Vivendi zwischen Frey und Voigt: NPD und DVU versprachen, sich gegenseitig nicht durch Parallelkandidaturen zu behindern und ihre Anhänger/innen zur Wahl der jeweils anderen Partei aufzurufen.

Die Republikaner waren zwar ebenfalls zur Teilnahme an dem Abkommen eingeladen. Ihr Vorsitzender Schlierer verweigerte sich jedoch nach wie vor einer Kooperation mit „Rechtsextremisten“. Nicht zuletzt deshalb befand sich die Partei organisatorisch und bei Wahlen im Niedergang. Die innerparteiliche Kritik am Abgrenzungskurs lähmte das Parteileben und die Parteiarbeit und führte in einigen Landesverbänden zu Austritten bzw. Abspaltungen. In Sachsen zerfiel der dortige Landesverband faktisch über den Konflikt im Zusammenhang mit der Bildung des Dresdener Bündnisses.

In den Massenmedien stieß die Zusammenarbeit von DVU und NPD auf großes Interesse. Tatsächlich handelte es sich dabei aber keineswegs um ein sensationelles Ereignis. Denn beide Parteien hatten auch schon Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre Wahlabsprachen vereinbart. Bemerkenswert war allenfalls, dass eine Kooperation zwischen so ungleichen Brüdern überhaupt zustande kam. Während es sich bei der NPD um eine durchorganisierte und politisch aktive Partei handelt, stellte die DVU aus organisationssoziologischer Sicht

überhaupt keine Partei dar. Sie war – überspitzt formuliert – ein Teil des Frey-Konzerns, ein Instrument ihres Eigentümers zur Realisierung seiner Geschäftsinteressen. Daher wurde sie von seiner Konzernzentrale in München aus zentralistisch gesteuert und jedes innerparteiliche Leben im Keim erstickt. Frey musste sich nicht mit unliebsamen Landes- oder Kreisverbänden auseinandersetzen und auch nicht befürchten, dass ihm seine Führungsrolle streitig gemacht wird.

Während die NPD Schulungs- und Programmarbeit leistete, öffentlich für ihre Ziele warb, an Demonstrationen teilnahm und ihre Wahlkämpfe an der Basis bestritt, führte die DVU ihre Kampagnen von München aus, verzichtete zumeist auf Veranstaltungen vor Ort und präsentierte ihre Kandidaten nur ausnahmsweise in der Öffentlichkeit. Dies entsprach der Konzernstrategie, die auf aufwendige Propagandaschlachten, auf direct mailing, auf kommerziell verteilte Flugblätter und Plakate setzte. Die millionenfachen postalischen Aussendungen dienten offenbar auch dazu, Käufer für die Produkte des Konzerns zu finden.

Daher trifft die Bezeichnung „Phantompartei“ durchaus auf die DVU zu, und es wird verständlich, warum Frey, dessen Medien- und Devotionaliengeschäft kaum noch florierte, auf starke Vorbehalte innerhalb des nationalistischen Lagers traf. Im Mittelpunkt der Kritik stand der Vorwurf finanzieller Begehrlichkeit, einer auf Profit gerichteten Geschäftstüchtigkeit, bei der es in erster Linie nicht um die nationale Sache und schon gar nicht um konkrete politische Veränderungen gehe. Frey musste sich auch immer wieder mit dem Vorwurf auseinandersetzen, er betreibe im Grunde genommen das Geschäft der Unionsparteien, die alleiniger Nutznießer der Streitereien im nationalen Lager seien.

Wahlkampfstrategisch betrieben DVU und NPD 2004 eine extrem aggressive Propaganda gegen die Hartz-Reformen und kamen damit der gerade in Ostdeutschland weit verbreiteten Ablehnung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Bundesregierung entgegen. Die DVU richtete sich in Brandenburg vor allem gegen die „Vernichtung des Sozialstaates“ („Die große Abzocke“). Einige Plakat-Parolen:

- *„Schnauze voll? Diesmal DVU – Die Quittung für die Bonzen.“*
- *„Sauerei Hartz IV. Wehrt Euch!“*
- *„Deutsches Geld für deutsche Aufgaben!“*
- *„Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!“*
- *„Kriminelle Ausländer raus!“*

Text eines Flugblatts:

*„DIE NACKTE WAHRHEIT:
Immer mehr Abzocker aus Polen usw. kommen rein.
Riesensauerei! Den Deutschen wird das Geld gekürzt, doch andere
machen Kasse.
Die Verbrecher werden immer brutaler und frecher.
Die herrschende Politik wird immer verlogener.
Wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen?“*

Dabei wandte sich die DVU direkt an „Protestwähler“:

*„Für jeden DVU-Abgeordneten, der in den Landtag von Brandenburg kommt, fliegt einer von den anderen raus. So wird der Stimmzettel zum Denkkzettel. Nur rechter Protest haut richtig rein!“
(Flugblatttext)*

Die NPD führte 2004 in Sachsen ebenfalls einen außerordentlich aggressiven Wahlkampf. Allerdings wurden erhebliche Unterschiede zur eher dumpfen DVU-Propaganda in Brandenburg erkennbar: Im Rahmen ihres neonazistischen Programms war die NPD-Kommunikation zwar durchaus populistisch, aber doch weithin argumentativ ausgerichtet und fädelt sich nun mehr als früher unmittelbar in die Antiglobalisierungskampagne ein. Anders als die (von einem Multimillionär geführte) DVU richtete sich die NPD (moderat) gegen die Interessen des Kapitals und der Großkonzerne, wobei sie sich allerdings explizit antikapitalistischer Parolen enthielt – jedenfalls in ihren schriftlichen Wahlkampfmaterialien. Diese waren bemüht, die neorassistischen und nationalistischen Forderungen der Partei sachlich zu begründen und verzichteten auf erkennbar neonazistische Aussagen und auf die Hervorhebung der Reichsideologie. Die NPD legte ein „Aktionsprogramm“ sowie einen „Maßnahmenkatalog“ für den Fall ihrer Regierungsbeteiligung vor. In dem „Aktionsprogramm“ hieß es unter anderem:

- *„Arbeitsplätze zuerst für Deutsche! – Deutsche sind gleich qualifizierten Ausländern vorzuziehen!*
- *Einführung von Schutzzöllen – Die wirtschaftspolitische Souveränität muss hergestellt werden, um Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit und Naturschutz gewährleisten zu können.*
- *Entflechtung internationaler Konzerne – Die Wirtschaft hat dem Volk zu dienen und nicht das Volk der Wirtschaft.*

- *DM statt EURO – Während die Spekulanten von der neuen Währung profitieren, zahlt der kleine Mann die Zeche.*
- *Gleiche Löhne für gleiche Arbeit – Die Ungerechtigkeit der Zahlung unterschiedlicher Löhne in West- und Mitteldeutschland muss beendet werden.*
- *Volksentscheide auf Bundesebene und Direktwahl des Bundespräsidenten – Die Staatsgewalt muss vom Volke ausgehen, nicht von Parteien.*
- *Parteienfilz beseitigen – verschärfte Kontrolle der Verwaltungen und härteste Strafen für Korruption. Einführung der persönlichen Haftung von Politikern für finanzielle Fehlentscheidungen.*
- *Schaffung einer Volksgemeinschaft – Nur eine Gemeinschaft kann Werte entwickeln, Halt und Geborgenheit geben, ein erfülltes Leben sichern und Isolation und Vereinzelung entgegenwirken.*
- *Einwanderungsstopp und ein Gesetz zur Ausländerrückführung, statt Millionen weiterer Fremde mit einem Zuwanderungsgesetz ins Land zu holen.*
- *Die Steuerpolitik muss gerechter werden – Die Steuerschlupflöcher für Konzerne müssen verschlossen werden, müheloses Einkommen (z. B. Spekulationsgewinne) müssen deutlich höher versteuert werden als Einkommen aus Arbeit. Die Mehrwertsteuer für Lebensmittel muss gesenkt und eine Luxussteuer eingeführt werden. 500 Euro für jedes deutsche Kind.“*

In einem Flugblatt „Arbeit! Unser Ziel: Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit!“ forderte die NPD zudem:

- *„Steuerfreiheit für Gewinne, die im Unternehmen in Deutschland verbleiben ...“*
- *„Ein nationales Arbeitsplatzsicherungsgesetz, das die Vermittlung von ausländischen Arbeitskräften untersagt, solange qualifizierte Deutsche arbeitslos sind.“*
- *„Einführung einer Sondersteuer in Höhe der jeweiligen Sozialabgaben für Unternehmen, die Ausländer beschäftigen.“*
- *„Die Ausgliederung der ausländischen Arbeitskräfte aus der deutschen Sozialversicherung und Abschiebung von Ausländern, die länger als drei Monate arbeitslos sind.“*

Dass die DVU 2004 den Wiedereinzug in den brandenburgischen Landtag schaffte und dass die NPD in Sachsen ein sensationelles Ergebnis erreichte, wurde bereits erwähnt (Kapitel 5). Fraktionsvorsitzender in Sachsen wurde der ehemalige JN-Vorsitzende (1994–1999) Holger Apfel, der das Amt bis heute ausübt. Seit 2009 ist er auch Landesvorsitzender der sächsischen NPD. Im Bundesvorstand der Partei wirkte er von 2000 bis 2009 als Stellvertreter von Udo Voigt.

Beide Wahlerfolge ermunterten die Bündnispartner, ihre Zusammenarbeit für die bevorstehenden Wahlgänge zu intensivieren. Am 15. Januar 2005 erfolgte die Unterzeichnung des „Deutschland-Pakts“ durch Frey und Voigt. Danach kandidieren beide Parteien bis Ende 2009 nicht gegeneinander, sondern unterstützen sich gegenseitig und berücksichtigen die Kandidaten der jeweils anderen Partei auf ihren Listen. Erste Differenzen traten schon ein Jahr später anlässlich der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt auf. Die DVU brachte es auf ganze drei Prozent, und das auch nur mit tatkräftiger Unterstützung von NPD-Mitgliedern. Bei den Nationaldemokraten wurden damals bereits Stimmen laut, die für die Landtagswahl in Thüringen 2009 eine Wahlbeteiligung der dort relativ organisationsstarken NPD anstelle – wie verabredet – der dort kaum präsenten DVU forderten.

Kritik an der Politikfähigkeit der DVU gab es auch in Brandenburg, wo die NPD engagierter auftrat als die Frey-Partei. Bei der Bürgerschaftswahl 2008 in Hamburg kandidierte turnusgemäß die DVU, allerdings ohne NPD-Mitglieder auf ihrer Liste. Spitzenkandidat war der gerade erst von der NPD übergewechselte DVU-Bundesorganisationsleiter Matthias Faust. Trotz der Unterstützung durch die dortige Neonazi-Gruppe von Christian Worch brachte es die DVU nur auf 0,8 Prozent der Stimmen. Daher wurde der „Deutschland-Pakt“ mit dem Ergebnis nachverhandelt, dass die NPD 2009 bei der Thüringen-Wahl antritt. Als die DVU bei der Europawahl 2009 mit kläglichen 0,4 Prozent abschnitt, kündigte die NPD den „Deutschland-Pakt“ de facto auf, indem sie es ihrem brandenburgischen Landesverband gestattete, bei der Landtagswahl in Konkurrenz zur DVU anzutreten (NPD 2,5 %; DVU 1,1 %). Die DVU bestrafte die NPD für diese Unbotmäßigkeit, indem sie nun bei der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl absprachewidrig gegen den ehemaligen Pakt-Partner kandidierte (NPD 1,5 %; DVU 0,1 %).

c) Die NPD als „Gravitationsfeld“³¹ im Rechtsextremismus

Im Großen und Ganzen hat sich die Bündnispolitik für die NPD bezahlt gemacht: Zwischen 2003 und 2007 ist die Zahl ihrer Mitglieder von 5 000 auf 7 200 gestiegen, 2009 waren es noch 6 800. Seit 2007 ist sie auch die stärkste rechtsextremistische Partei in Deutschland. Die Wahlergebnisse entsprachen zwar zumeist nicht ihren Erwartungen, aber sie verfügt derzeit immerhin über zwei Parlamentsfraktionen (Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern) und über mehrere hundert kommunale Mandate. Nach wie vor liegt ihr Organisations-schwerpunkt in Ostdeutschland, zum mitgliederstärksten Landesverband hat sich mittlerweile aber Bayern entwickelt. Dies alles wäre ohne die sich intensi- vierende Zusammenarbeit der NPD mit Neonazis und ohne ihre zunehmende Akzeptanz bei den rechtsextremistischen Subkulturen kaum möglich gewesen.

Auf dem NPD-Parteitag im thüringischen Leinefelde Ende Oktober 2004 äü- ßerte sich Voigt befriedigt über die Ergebnisse der bisherigen Bündnispoli- tik und erweiterte das „Drei-Säulen-Konzept“ der NPD um eine vierte Säule: *„Kampf um den organisierten Willen“*. Damit ist allerdings nicht nur die Zusam- menarbeit möglichst aller rechtsextremistischen Parteien (also beispielsweise auch der DP und der DSU) gemeint, sondern zugleich die Festigung der Bezie- hungen der NPD zu den Neonazis: *„Der nationale Widerstand auf der Straße braucht einen starken Arm in den Parlamenten. Eine nationale Fundamentalop- position im Parlament braucht eine starke Kraft auf der Straße.“* Schon vor der Sachsenwahl waren der NPD prominente Repräsentanten der Kameradschaften beigetreten (Thomas Wulff, Thorsten Heise, Ralph Tegethoff), um den „parla- mentarischen Arm“ der Neonazi-Bewegung zu stärken und um perspektivisch eine *„Gesamtbewegung des nationalen Widerstands“* zu schaffen. Auf dem Parteitag wurde Heise in den 20-köpfigen NPD-Vorstand gewählt, dem damit sieben Neonazis angehören. Frey nahm übrigens auch an dem Parteitag teil und warnte in einer Rede vor einem allzu engen Schulterschluss mit Neonazis.

Die Kooperation mit Neonazis hat sich 2006 für die NPD bei den Wahlkämpfen in Rheinland-Pfalz, Berlin und vor allem in Mecklenburg-Vorpommern (7,3 %, 6 Mandate) ausbezahlt. Der Einzug in den Schweriner Landtag wäre ohne die tatkräftige Unterstützung der „freien Kräfte“ wohl kaum möglich gewesen. Angesichts der nicht gerade üppigen Personaldecke der NPD erweisen sich die

31 Bundesamt für Verfassungsschutz: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus, Köln, Dezember 2006 (BfV-Themenreihe).

Neonazis auch bei der Vorfelddarbeit der Partei als außerordentlich hilfreich, bei der Arbeit in lokalen Initiativen, bei der Einrichtung von Beratungsstellen, bei der Organisation von (Musik-)Veranstaltungen oder Festen und bei der Durchführung von Demonstrationen. Seit etwa 2003 spielt bei der Verankerung der Partei vor Ort auch die „*Wortergreifungsstrategie*“ eine wichtige Rolle:

„Gehen wir ab sofort vermehrt in die Veranstaltungen der Etablierten, ergreifen wir dort das Wort und fordern dort die Herrschenden in Diskussionen heraus, den Unsinn ihrer Politik der Bevölkerung zu erklären ... (Wir) müssen auf politischen Veranstaltungen des Gegners das Gesetz des Handelns an uns reißen, die Wort- und Diskussionsführung so bestimmen, dass selbst die Presse nicht umhin kann, darüber zu berichten, und jeder im Saal erkennt, dass wir die besseren Argumente haben.“

Dabei handelt es sich um den Besuch von Veranstaltungen politischer Gegner, um Präsenz zu zeigen, die eigenen Ziele und Forderungen öffentlich wirksam zu vertreten und die Teilnehmer zu zwingen, sich mit den Argumenten der NPD auseinanderzusetzen. Nicht selten läuft diese Strategie auf handfeste Störungen von Veranstaltungen hinaus.

Auf dem Bundesparteitag Ende 2006, der erstmalig in der „Reichshauptstadt“ stattfand, wurde Udo Voigt mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt als Bundesvorsitzender und damit auch seine „Volksfront“-Strategie bestätigt. Der Anteil von Neonazis an den Mitgliedern des Parteivorstands ist weiter gewachsen. So wurde Sascha Roßmüller zu einem der drei Stellvertreter von Voigt und Jürgen Rieger, Thomas Wulff und Stella Palau, die Vorsitzende des kurz zuvor gegründeten „Rings Nationaler Frauen“, zu Beisitzern gewählt. Thorsten Heise war für die „Verbindung zu freien Kräften“ zuständig und Jens Pühse leitete das „Amt Organisation“. Das deutschnationale bzw. nationalkonservative Element war allenfalls noch durch Ulrich Eigenfeld vertreten. Nach Angaben des Verfassungsschutzes waren in fast der Hälfte der Landesvorstände der NPD bzw. der JN Neonazis vertreten.

Die Jungen Nationaldemokraten (JN) spielten allerdings kaum noch die Rolle eines Scharniers zwischen „Freien Kräften“ bzw. Subkulturen einerseits und NPD andererseits. Sie schwankten in Bezug auf ihre Mutterpartei zwischen „kritischer Loyalität“ und „national-revolutionärer Speerspitze“. Der als Nachfolger von Roßmüller zum Bundesvorsitzenden der JN gewählte Stefan Rochow (2002–2008) propagierte „Revolution statt Reform“ und bemühte sich – allerdings mit nur geringem Erfolg – um einen organisatorischen Ausbau des

Verbands, der 2009 etwas über 400 Mitglieder zählte. Der neue Vorsitzende Michael Schäfer strebt mehr Autonomie gegenüber der Partei an, sieht sich aber mit der Tatsache konfrontiert, dass sich kooperationsbereite Neonazis in der Regel ohne den Umweg über die JN direkt an die NPD wenden.

Diesbezüglich hat die Parteiführung die Tore auch weit geöffnet: Auf dem Bamberger Parteitag 2008 wurde Voigt mit seinem Kurs eindrucksvoll bestätigt. Neben seinen bisherigen Stellvertretern Holger Apfel und Sascha Roßmüller wurde der vermögende Rechtsanwalt Jürgen Rieger zum dritten Stellvertreter gewählt. Der Neonazi Rieger war Vorsitzender der völkisch-neuheidnischen „Artgemeinschaft“ und der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“. Er stand der NPD wegen ihrer angeblich gemäßigten Politik lange Zeit ablehnend gegenüber und trat ihr erst bei (2006), nachdem sie sich für Neonazis geöffnet hatte. Rieger wurde sogleich Beisitzer im Parteivorstand und Vorsitzender des Hamburger Landesverbands und soll die Partei mehrfach mit Darlehen und Krediten unterstützt haben. Neu in den Bundesvorstand wurde auf dem Bamberger Parteitag auch der Fraktionsvorsitzende der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, gewählt.

Dass sich die NPD zur dominanten Kraft im deutschen Rechtsextremismus hocharbeiten und damit auch in gewissem Umfang zur Vereinheitlichung des rechtsextremistischen Lagers beitragen konnte, wurde auch durch den Niedergang der DVU und der Republikaner begünstigt. Die DVU war personell ausgezehrt, überaltert, inaktiv und politisch isoliert. Und sie war völlig abhängig von ihrem betagten Vorsitzenden, der sein Amt schließlich im Januar 2009 aufgab. Er wurde von dem bisherigen Bundesorganisationsleiter Matthias Faust abgelöst, der erst 2007 von der NPD zur DVU gewechselt war. Damit dürfte Frey auch seine finanzielle Unterstützung für die bei ihm hoch verschuldete DVU eingestellt haben, was den Niedergang der Partei weiter beschleunigen wird.

Nach dem desaströsen Ergebnis bei der Bundestagswahl 2009 setzten Spekulationen über die Selbstauflösung der Partei bzw. über eine Verschmelzung mit der NPD ein, was zu heftigen Konflikten innerhalb der DVU führte. Faust bemühte sich zunächst, die Partei auf einen rechtspopulistisch-antiislamischen Kurs zu trimmen und suchte die Nähe zu den PRO-Bewegungen. Er hatte bereits den Hamburger Wahlkampf 2008 unter anderem mit der Parole „Michel statt Moschee“ geführt. Dieser Kurs wurde auch von dem schwedischen Millionär Patrik Brinkmann unterstützt, der eine Zeit lang Mitglied der DVU war, sich dann aber PRO Deutschland anschloss. Der neue Kurs des neuen DVU-Vorsitzenden erwies sich allerdings als nicht erfolgreich. Daher wurde auf

dem Bamberger Parteitag der NPD im Juni 2010 bekannt gegeben, dass beide Parteien per Mitgliederbefragungen eine Fusion anstreben. Im Juli 2010 teilten NPD und DVU dann mit, dass ihre Mitglieder jeweils mit überwältigender Mehrheit für die Fusion gestimmt hätten. Ob es tatsächlich dazu kommt, ist freilich ungewiss. Vor allem im Westen sympathisieren die wenigen noch verbliebenen DVU-Mitglieder eher mit den PRO-Bewegungen. Zudem beschleunigen Flügelkämpfe den Zerfallsprozess der Partei. Und innerhalb der NPD bevorzugt man wohl eher die Übernahme der (Reste der) DVU als eine Fusion beider Parteien.

Die NPD profitierte auch vom anhaltenden Niedergang der Republikaner. Nachdem der sächsische Landesverband bereits 2004 zerfallen war, machten sich 2005 auch in Hamburg, Niedersachsen und Hessen Auflösungserscheinungen zugunsten der NPD bemerkbar. Zur Bundestagswahl 2005 kandidierte in Dresden sogar der langjährige Bundesvorsitzende der Republikaner, Franz Schönhuber, für die NPD. Schlierer findet für seinen unversöhnlichen Abgrenzungskurs gegenüber der DVU und der NPD offenbar nur noch bei seiner süddeutschen Anhängerschaft Unterstützung. Infolge von Abspaltungen und Austritten dürfte es sich bei den Republikanern mittlerweile um eine national-konservative – also rechtsradikale, aber eben nicht rechtsextremistische – Partei handeln. Seit 2007 gelten die Republikaner auch amtlich nicht mehr als rechtsextremistisch. Allerdings scheinen sie sich zunehmend an der Antiislamkampagne zu beteiligen, was zu einer Revision dieser Bewertung führen könnte.

Die hegemoniale Stellung der NPD innerhalb des Rechtsextremismus ist auch mit Blick auf den „Kulturkampf von rechts“ zu beleuchten. Vorab ist festzustellen, dass von einer „Intellektualisierung“ des deutschen Rechtsextremismus nicht die Rede sein kann. Der „Kampf um die Köpfe“ findet bei der NPD schon in Ermangelung von parteinahen Intellektuellen kaum statt. Der Versuch, als Gegenstück zur linken „Frankfurter Schule“ eine „Dresdner Schule“ zu etablieren, die „volkstreuere Theoriearbeit“ leistet, war bislang nicht sonderlich erfolgreich, zumal der ehemalige Vordenker der NPD, Jürgen Schwab, die Partei 2005 wegen des „intellektuellen Defizits“ der Parteiführung verlassen hat. Chefideologe dürfte derzeit Karl Richter sein, der vor allem Politikberatung betreibt und publizistisch tätig war bzw. ist (Chefredakteur von „Nation & Europa“, leitender Redakteur der „Deutschen Stimme“). 2008 zog er für die NPD-nahe „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ in den Münchener Stadtrat ein, und auf dem Berliner NPD-Parteitag 2009 wurde er sogar zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. In diesem Zusammenhang wäre noch der sächsische NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel zu erwähnen, der durch viele Diskussionsbeiträge in der rechtsextremistischen

Presse aufgefallen ist. Er war es allerdings auch, der im sächsischen Landtag die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 als „Bomben-Holocaust“ bezeichnete.

Vergleicht man das intellektuelle Potenzial der NPD mit dem der anderen rechtsextremistischen Parteien, Verbänden oder Gruppierungen, dann schneidet sie allerdings sehr gut ab. So veröffentlicht beispielsweise das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ regelmäßig konzeptionelle Beiträge zu wichtigen ideologischen Fragen und bemüht sich, die Ziele und Forderungen der Partei theoretisch zu fundieren. Folglich übt die NPD auch zunehmend Anziehungskraft auf rechtsextremistische Zeitschriften, wie etwa auf „Nation & Europa“, oder auf Intellektuellenzirkel, wie etwa die „Gesellschaft für freie Publizistik“, aus.

d) Fundamentalopposition oder systemimmanenter Pragmatismus?

Die NPD ist seit ihrer Gründung 1964 durch innerparteiliche Kämpfe über ideologisch-programmatische und politisch-strategische Fragen geprägt. Zum Standard zählen der Konflikt zwischen Deutschnationalen und Neonazis und der Streit über eine eher systemimmanente oder eher fundamentaloppositionelle Ausrichtung der Partei. Mit der Öffnung für Neonazis und deren Übernahme von wichtigen Positionen gerieten die Deutschnationalen bald in eine absolute Minderheitenposition. Es handelte sich allerdings fast durchgängig um „alte Kameraden“ in den westlichen Landesverbänden, die entweder die Partei verließen oder politisch inaktiv wurden.

Die üblichen Auseinandersetzungen über die politische Strategie verschärften sich anlässlich der zunehmenden Finanzprobleme. Obwohl die NPD immer häufiger von der staatlichen Parteienfinanzierung profitierte, litt sie unter einer prekären Finanzlage, weil sie für Wahlkämpfe und den Ausbau des Parteiapparats mehr Geld ausgab als sie einnahm. Zudem erwiesen sich mehrere Rechenschaftsberichte als fehlerhaft, was zu erheblichen Rückzahlungsforderungen seitens der Bundestagsverwaltung führte. Teilweise wurden Rückzahlungsforderungen sogar mit Zahlungsansprüchen verrechnet, sodass sich die Parteiführung zu Spendenaufrufen an die Mitglieder genötigt sah.

Im Februar 2008 wurde der Bundesschatzmeister Erwin Kemna wegen des Verdachts der gewerbsmäßigen Untreue verhaftet. Er hatte Parteigelder in Höhe von 741 000 Euro, etwa ein Viertel der jährlichen Gesamteinnahmen der NPD, auf Konten seiner Küchenfirma transferiert. Damit geriet auch der Parteivorsitzende in die Schusslinie, dem Mitverantwortung für den Skandal und erhebliches Kontrollversagen vorgeworfen wurde. Voigt stellte sich zunächst auf

dem Bamberger Parteitag 2008, wo er mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigt wurde, hinter seinen Vertrauten Kemna und wies Rücktrittsforderungen zurück. Daraufhin trat das Bundesvorstands- und Präsidiumsmitglied Andreas Molau von seinen Ämtern zurück, und der Bundesvorstand beschloss wenig später, bis April 2009 einen Sonderparteitag zur Neuwahl des Vorstands einzuberufen. Molau kündigte nun – offenbar mit Billigung von Apfel, Pastörs und Roßmüller – an, gegen Voigt für das Amt des Bundesvorsitzenden zu kandidieren. Dieses Vorhaben stieß vor allem bei der Neonazi-Gruppe um Rieger auf harsche Ablehnung, weil sie Molau Systemanpassung unterstellten. Er wurde sogar als „Achteljude“ diskriminiert. Anfang 2009 verzichtete Molau mangels innerparteilicher Unterstützung auf eine Kandidatur und wechselte zur DVU, wo er Pressesprecher wurde, sich aber bereits einige Monate später für PRO Deutschland engagierte.

Daraufhin entschloss sich Pastörs gegen Voigt anzutreten. Auf dem außerordentlichen Bundesparteitag im April 2009 in Berlin siegte Voigt allerdings auf ganzer Linie: Er wurde mit fast Zweidrittelmehrheit wieder gewählt und konnte den Vorstand mit seinen Anhängern besetzen. Stellvertretende Vorsitzende wurden wie bisher Schwerdt und Rieger († Oktober 2009) sowie der Münchener NPD-Stadtrat Karl Richter. Apfel, Gansel, Pastörs und Roßmüller waren nicht mehr im Vorstand vertreten, der nun weithin aus neonazistischen Aktivisten bestand.

(In Klammern sei an dieser Stelle angemerkt, dass es sich bei der NPD mit Blick auf den Organisationsgrad zwar um eine Ostpartei handelt, dass ihre Führung aber traditionell fast durchgängig aus Westimporten besteht. Von den 17 Mitgliedern des 2009 gewählten Vorstands waren gerade einmal zwei [Jörg Hähnel und Frank Rohleder] „Ossis“. Auch bei den gerade genannten vier nicht mehr im Vorstand vertretenen Personen handelt es sich von Geburt her um Westdeutsche. Dies gilt entsprechend für Kemna und Molau. Die JN-Vorsitzenden Rochow und Schäfer stammen allerdings aus dem Osten.)

Die beiden Fraktionsvorsitzenden Apfel und Pastörs proklamierten nach ihrer Niederlage auf dem Parteitag für alle „politikfähigen nationalen Kräfte“ eine „Achse Dresden–Schwerin“. Dabei gehe es um einen „gegenwartsbezogenen und volksnahen Nationalismus, der die soziale Frage in den Mittelpunkt der Programmatik“ setzt und sich von „unpolitischer Nostalgiepflege, ziellosem Verbalradikalismus und pubertärem Provokationsgehabe“ abgrenzt. Der Bundesvorstand beharrte dagegen auf einem „deutschen Weg“, auf kompromissloser Systemopposition, und lehnte Anpassungstendenzen an die bestehenden

Verhältnisse entschieden ab.³² Der Konflikt über die politisch-strategische (nicht aber über die ideologisch-programmatische) Ausrichtung der Partei zwischen dem von Voigt beherrschten Bundesvorstand und der Gruppe um Apfel und Pastörs dürfte sich weiter verschärfen, wenn es Voigt nicht gelingt, weitere Wahlerfolge und Parlamentsmandate einzufahren.

Auseinandersetzungen über die strategische Ausrichtung der Partei fanden auch in einigen Landesverbänden (Thüringen, Sachsen-Anhalt, Bayern) und in Suborganisationen der NPD statt. So beispielsweise im Ring Nationaler Frauen (RNF): Im Juli 2009 trat die Vorsitzende Gitta Schübler aus Anlass eines Misstrauensantrags ihrer Stellvertreterin Stella Hähnel zurück, die ihr „feministische Ansichten“ vorwarf. Schübler ist seit langem sächsische Landtagsabgeordnete und Anhängerin des eher moderaten Kurses ihres Fraktionsvorsitzenden Apfel, während Hähnel den neonazistischen Hardlinern zugerechnet wird. Die neue RNF-Vorsitzende Edda Schmidt liegt, so der brandenburgische Verfassungsschutzbericht 2009, „ideologisch auf Parteilinie und dürfte eher dem Ideal einer ‚vorzeigbaren NPD-Frau‘ entsprechen“.

Strategische Fragen sind übrigens nicht Gegenstand des auf dem Berliner Parteitag 2009 verabschiedeten neuen Parteiprogramms. Dabei handelt es sich um eine überarbeitete, sprachlich geglättete und stellenweise entschärfte, teilweise auch erweiterte Fassung des Programms von 1996, wobei der ideologische Kern allerdings nicht verändert wurde. Der völkische Nationalismus wabert durch alle Abschnitte des Programms. Das Ziel der ethnischen Homogenität findet seinen Ausdruck in Formulierungen wie „Deutschland den Deutschen“ oder „Grundsätzlich darf es für Fremde in Deutschland kein Bleiberecht geben, sondern nur eine Rückkehrpflicht in ihre Heimat“. Der Nationalismus wird nun im zwölften Abschnitt unter der Überschrift „Außenpolitische Grundsätze“ (nicht mehr wie früher unter „Deutschland in seinen geschichtlich gewachsenen Grenzen“) abgehandelt. Unter der Unterüberschrift „Bekenntnis zum Völkerrecht“ heißt es: „Die NPD bestreitet die Rechtmäßigkeit der durch die Alliierten erzwungenen Grenzenerkennungsverträge.“ Und weiter: Eine nationale Regierung habe sich „strikt gegen die Preisgabe deutscher Gebiete zu verwahren. Konflikte sind ausschließlich auf friedlichem Weg zu lösen.“ Und unter der Unterüberschrift „Europäische Friedensordnung“ ist zu lesen: „In Übereinstimmung mit dem Völkerrecht fordern wir eine Politik zur Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb seiner geschichtlich gewachsenen Grenzen.“

32 Verfassungsschutzbericht des Bundes 2009, S. 78 f.

Was damit genau gemeint ist, bleibt offen: Die ehemaligen deutschen Ostgebiete? Die Ostmark (Österreich)? Elsass-Lothringen?

Das Programm ist verbindlicher und gemäßiger formuliert als die Version von 1996 und entspricht daher eher den strategischen Absichten von Apfel oder Pastörs. Das beginnt bereits mit seinem Titel: „Arbeit. Familie. Vaterland“. Dabei handelt es sich um das zentrale Wahlkampfmotto der NPD im von Holger Apfel geleiteten sächsischen Landtagswahlkampf 2004. An erster Stelle steht die Arbeit, das Vaterland folgt erst an dritter Stelle! Im Abschnitt „Grundgedanken“ steht sogar: „Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands ist die soziale Heimatpartei der Deutschen.“ Dies entspricht der von der NPD bereits 2008 formulierten Erkenntnis:

„Die soziale Frage ist das politische Schlachtfeld, auf dem sich die Zukunft der nationalen Opposition und damit des deutschen Volkes entscheidet.“

Insgesamt kann das neue Programm als ein Dokument der Antiglobalisierungskampagne bezeichnet werden, das bereits erste Hinweise auf die Antiislamkampagne enthält:

„Der ethnischen Überfremdung Deutschlands durch Einwanderung ist genauso entschieden entgegenzutreten wie der kulturellen Überfremdung durch Amerikanisierung und Islamisierung.“

e) Gegen die „Islamisierung“ Deutschlands und Europas

In Deutschland wurde die Antiislamkampagne zunächst vor allem von der „Bürgerbewegung PRO Köln“ forciert. Ihre Wurzeln reichen zurück bis in das Jahr 1989, wo Manfred Rouhs und Markus Beisicht als Mitglieder der Republikaner in den Kölner Stadtrat gewählt wurden. 1991 traten sie mit weiteren REP-Mitgliedern in die Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) über. Bei der Kommunalwahl 1994 scheiterte die DLVH mit 1,3 Prozent allerdings an der Fünf-Prozent-Hürde. Als sie es 1999 in Köln sogar nur noch auf 0,1 Prozent brachte (die Sperrklausel war mittlerweile entfallen), schloss sich die Gruppe um Rouhs und Beisicht der schon 1996 entstandenen „Bürgerbewegung PRO Köln“ an. Diese Wählervereinigung erregte bald durch eine Fülle von Basisaktivitäten (Informationsveranstaltungen, Unterschriftensammlungen, Bildung von Anwohnerinitiativen, Petitionen, Demonstrationen, Mahnwachen) gegen beispielsweise den Bau einer forensischen Klinik, gegen die Einrichtung eines

legalen Straßenstrichs, gegen Sinti und Roma oder gegen ein Heim für Asylsuchende öffentliche Aufmerksamkeit.

Das Erfolgsrezept bestand darin, dass sich PRO Köln als überparteiliche Initiative darstellte, die die lokalen Interessen der Bürger/innen gegen Bürokratie, Klüngel und Korruption vertritt, und mit ihrer rechtspopulistischen Argumentation weit verbreitete Vorurteile bediente. Die Initiatoren vertraten aufgrund eigener Erfahrungen die Auffassung, dass bundesweite Parteigründungen von oben politisch gescheitert seien, und setzten nun auf Bürgerbewegungen von unten, die sich (oft auch nur verbal) gegen den aggressiven Aktionismus vor allem der NPD und der „Freien Kräfte“ richtet und offen ist für konservative und rechtsliberale Bevölkerungskreise. PRO Köln bezeichnet sich daher vorzugsweise auch als „rechtsdemokratisch“, „rechtspopulistisch“ oder auch nur als „nonkonform“.

Zentrales Wahlkampfthema von PRO Köln bei den Kommunalwahlen 2004 war der Widerstand gegen den geplanten Bau von Moscheen in den Stadtteilen Chorweiler und Mülheim. Damit erreichte die Gruppierung 4,7 Prozent und vier Mandate. Später kam noch durch Übertritt eines REP-Ratsherrn ein fünftes dazu. Im Januar 2005 gründete sich die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ als politische Partei. Sie will den „abendländischen Charakter Deutschlands“ bewahren, indem sie durch kommunalpolitisches Engagement Einfluss auf die politische Entwicklung in Deutschland nimmt. Bundesvorsitzender wurde der Spiritus Rector des Unterfangens, das Mitglied des Kölner Stadtrats Manfred Rouhs, der dieses Amt noch heute bekleidet. Der erste Bundesparteitag fand erst im November 2006 statt, aber auch bis dahin konnte von einer auch nur annähernden flächendeckenden Präsenz in der Bundesrepublik keine Rede sein. Im Februar 2007 wurde auf Initiative von PRO Köln die „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen“ aus der Taufe gehoben. Zum Gründungsvorsitzenden ließ sich der Vorsitzende von PRO Köln, Markus Beisicht, wählen. Als Ziel des Vereins wurde die „Koordinierung und Bündelung nonkonformer NRW-Wählervereinigungen sowie die Teilnahme an der Landtagswahl 2010 genannt. Einige Monate später wandelte sich der Verein in eine „landesweite Regionalpartei“ um, die nun auch eine Beteiligung an den Kommunalwahlen 2009 plante. Bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im September 2009 erreichte PRO Köln mit 5,4 Prozent wiederum Fraktionsstatus, und auch PRO NRW erzielte einige Mandate in Kreistagen und Stadträten.

Seit 2007 nimmt die Antiislamkampagne auch bundesweit Fahrt auf. Zum einen erkannten nun auch DVU und NPD die Brisanz des Themas. In dem DVU-Organ „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ hieß es damals zum Beispiel:

„Wird aber die Trennung von Abendland und Morgenland etwa durch (...) Masseneinwanderung aufgehoben, dann kommt es zu kaum lösbaren Konflikten, wie sie nicht unähnlich auch beim Untergang des Byzantinischen Reiches sich ausprägten.“

Der Hamburger DVU-Wahlkampf wurde 2008 unter anderem mit der Parole „Michel statt Moschee“ geführt. Und in einem Demonstrationaufruf der hessischen NPD hieß es 2007: „Stoppt die Islamisierung Deutschlands – Keine Großmoschee in Frankfurt Hausen!“ Im NPD-Organ „Deutsche Stimme“ schrieb der sächsische NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel 2008:

„Beim Gros der muslimischen Einwanderer bilden Rasse- und Religionsfrage ... zwei Seiten desselben Problems. Sie stellen ein doppeltes Problem dar, weil sie als Orientalen rassefremd sind und der Islam eine mit der europäischen Geistestradiation unvereinbare Fremdreigion ist, die gleichzeitig das mentale Rüstzeug für die aggressive Ausbreitung auf Kosten der ‚Ungläubigen‘ liefert.“

Und der NPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, wird im Verfassungsschutzbericht des Bundes 2009 mit folgendem Ausschnitt aus einer Rede in Saarbrücken zitiert:

„Heute reisen sie nicht mit Krummsäbeln ein, sondern mit Kopftüchern an ihrer Seite und einer höchst gefährlichen Samenkanone, die sie ständig bei sich tragen und das wollen wir nicht hier in Europa und nicht in Deutschland. (...) Und wer Selbstrespekt hat und Stolz entwickelt hat auf das, was er ist und über die Ahnenkette geworden ist, der wird sich wehrhaft dieser muselmanischen Bedrohung entgegenstellen mit Herz, mit Verstand und wenn nötig auch mit Hand, meine Damen und Herren.“

Bisweilen konkurrierten die Rechtsextremisten sogar um die Vorherrschaft bei der Antiislamkampagne. 2005 mobilisierte auch das neonazistische Netzwerk „Aktionsbüro Westdeutschland“ in Duisburg mit der Losung „Multikultur abschaffen – Moscheebau stoppen“. An den Aktionen in Köln-Dormagen beteiligte sich nicht nur PRO Köln, sondern auch die NPD mit einer Mahnwache. Und gegen den Bau einer Moschee in Essen betätigten sich im Sommer 2007 zunächst die Republikaner, im Oktober zog PRO NRW nach, und für den Dezember kündigte die NPD eine Demonstration an. Die NRW-NPD bezeichnete PRO Köln auch schon mal als „pseudorechte Populistentruppe“, und das ge-

rade erwähnte Aktionsbüro beschimpfte PRO Köln als „reaktionäre, populistische, philosemitische und absolut spießbürgerliche Partei“.

Seit 2007 ist die PRO-Gruppierung auch in Berlin aktiv. Sie beteiligte sich an den Protesten gegen den Bau einer Moschee in Pankow 2006/2007, bei denen auch Mitglieder der NPD, der Republikaner und der „Freien Kräfte“ gesehen wurden. Im Juli 2010 hielt PRO Deutschland seinen Bundesparteitag in Berlin ab, verlegte die Parteizentrale von Köln in die Hauptstadt und kündigte für seinen Landesverband PRO Berlin die Teilnahme an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen im Jahr 2011 an. Mit von der Partie ist der schwedische Millionär Patrik Brinkmann, der in Berlin eine Villa besitzt und die Partei angeblich finanziell unterstützt. Die Berliner Republikaner haben angekündigt, zugunsten von PRO Berlin auf eine eigenständige Wahlteilnahme zu verzichten. Konkurrenz könnte PRO Berlin allerdings von René Stadtkewitz bekommen. Dieser war 2009 aus der Berliner CDU ausgetreten und wurde im August 2010 aus der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus ausgeschlossen, weil er seinen Plan nicht aufgeben wollte, den niederländischen Antiislamisten Geert Wilders zu einer Diskussionsveranstaltung nach Berlin einzuladen. Stadtkewitz kündigte daraufhin die Gründung einer eigenen Partei mit der Bezeichnung „Die Freiheit“ an. Assoziationen an den Namen der „Partei für die Freiheit“ (Partij voor de Vrijheid, PVV) von Wilders dürften beabsichtigt sein, ebenso, ihn als Geburtshelfer für das Projekt zu gewinnen.

Zusätzlichen Schub erhält die Antiislamkampagne durch die internationale Zusammenarbeit von vor allem westeuropäischen Rechtsextremisten. Eine wichtige Rolle spielten dabei die in der allerdings nur kurzlebigen Fraktion „Identität – Tradition – Souveränität“ (ITS) im Europäischen Parlament zusammengeschlossenen rechtsextremistischen Abgeordneten. So traten Vertreter/innen des belgischen Vlaams Belang (VB) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) 2007 als Redner bei einer von PRO Köln veranstalteten Demonstration gegen den Bau einer Moschee auf. Umgekehrt machten Vertreter/innen von PRO Köln der Jugendorganisation des VB in Antwerpen ihre Aufwartung und reisten zu einer Wahlkampfveranstaltung der FPÖ. Ebenfalls 2007 trafen sich die Vorsitzenden von DVU, NPD, Republikanern und PRO Köln auf Einladung der ITS-Fraktion in Straßburg und solidarisierten sich mit deren antimuslimischen Zielen. Anfang 2008 wurde auf Initiative des VB in Antwerpen das Bündnis „Städte gegen Islamisierung“ gegründet, wobei wiederum PRO Köln und die FPÖ mit von der Partie waren. PRO Köln plante für September 2008 einen dreitägigen internationalen Antiislamisierungskongress, der allerdings wegen

massiver Gegendemonstrationen und staatlicher Veranstaltungsverbote nicht stattfinden konnte. Im folgenden Jahr gelang das Unternehmen jedoch. Im Mai 2009 trafen sich – allerdings nicht, wie erwartet, 2000, sondern etwa 250 – Rechtsextremisten aus Belgien, Frankreich, Italien, Österreich, Spanien, der Schweiz und Tschechien in der Domstadt zu einem Kongress gegen die „schleichende Islamisierung Deutschlands“.

f) Ausblick

Gegenwärtig scheint es so, als entwickle sich hierzulande im wahlwerbend auftretenden Rechtsextremismus ein „Kampf zweier Linien“ zwischen einer eher gemäßigten, populistisch auftretenden und primär einem antimuslimischen Rassismus verpflichteten Variante einerseits und einer fundamentaloppositi-onellen, tendenziell gewaltbereiten und am historischen Nationalsozialismus anknüpfenden Variante andererseits. Dieser „klassische“ Rechtsextremismus wird vor allem durch die NPD und die „Freien Kräfte“ repräsentiert. Für den „Rechtsextremismus light“ stehen derzeit die sogenannten PRO-Bewegungen und die Republikaner. Beide wollen künftig enger zusammenarbeiten.

Einige Umfrageergebnisse vermitteln den Eindruck, dass die gemäßigte Variante besonders aussichtsreich ist. So spricht sich im Schnitt über die Hälfte der Bevölkerung gegen Moscheebauten aus, und das Meinungsforschungsinstitut Emnid ermittelte im September 2010, dass knapp ein Fünftel der Befragten eine Protestpartei wählen würden. Bei genauerem Hinsehen stellt sich die Lage weniger dramatisch dar: Ende September 2010 ermittelte die Forschungsgruppe Wahlen (Mannheim), dass es 27 Prozent der Deutschen gut fänden, „wenn zur besseren Interessenvertretung eine völlig neue Partei gegründet würde“. Allerdings wünschen sich 19 Prozent eine in der Mitte des Parteienspektrums angesiedelte Partei, drei Prozent präferieren eine eher linksgerichtete und vier Prozent eine eher rechtsgerichtete Partei.³³ Die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien begünstigt also nur bedingt extrem rechte bzw. linke Formationen.

Die Resonanz der PRO-Gruppierungen sollte auch nicht überschätzt werden. Denn ihre Wahlergebnisse sind bislang außerordentlich dürftig ausgefallen. Dass PRO Köln zwei Mal hintereinander in Fraktionsstärke in den Stadtrat eingezogen ist, relativiert sich erheblich, wenn die Landesergebnisse betrachtet

33 Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer September II, S. 3.

werden. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im August 2009 erzielte PRO NRW ganze 0,6 Prozent, die NPD 0,3 Prozent und die Republikaner 0,2 Prozent. Von den insgesamt 14 758 Mandaten in den kreisfreien Städten und den kreisangehörigen Gemeinden fielen 21 an PRO NRW, 16 an die NPD, elf an die Republikaner und ein Mandat an die DVU. Betrachtet man nur die kreisangehörigen Gemeinden, dann schnitt die NPD mit zwölf Mandaten sogar noch besser ab als PRO NRW mit neun Mandaten. Die Landtagswahlen im darauffolgenden Jahr bestätigten die Mobilisierungsschwäche von PRO NRW: Ihr Zweitstimmenanteil betrug 1,4 Prozent (NPD 0,7 %; REP 0,3 %).

Wenn tatsächlich ein „Kampf zweier Linien“ stattfinden sollte, dann vollzieht er sich auf einem außerordentlich niedrigen Niveau. Und das dürfte vorerst auch so bleiben. Denn gegenwärtig spricht nichts dafür, dass sich die Erfolgsbedingungen für eine der beiden bzw. für beide Varianten verbessern.

Um bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden, müssen rechtsextremistische Parteien etwa 2,5 Millionen Stimmen mobilisieren. Dies erscheint nur möglich, wenn es gelingt, in größerem Umfang Wähler/innen aus dem konservativen Bereich zu gewinnen. Dieser Weg ist der NPD wegen ihrer neonazistischen Ausrichtung versperrt. Bessere Chancen haben im Prinzip die PRO-Gruppierungen wegen ihrer vergleichsweise moderaten Absichten. Allerdings ist bislang nicht erkennbar, worin sie sich programmatisch – abgesehen einmal von ihrer ostentativen Islamfeindschaft – von den Unionsparteien oder der FDP unterscheiden. Als Ein-Themen-Partei und ohne populäre Führungspersönlichkeit werden sie ohne nennenswerte Resonanz bleiben.

7. Protestverhalten, Subkulturen und Gewalt

In diesem Kapitel behandeln wir einen Aspekt des Rechtsextremismus, der bisher nur am Rande zur Sprache kam. Im ersten Kapitel hatten wir bereits dargelegt, dass zwischen *politisch zielgerichtetem*, einem Programm verpflichteten Verhalten und *Protestverhalten* unterschieden werden muss. Das ideologisch schwach unterfütterte Protestverhalten zielt hauptsächlich auf Provokation und beruht auf dem Ausleben aggressiver Persönlichkeitsmerkmale. Eine exakte Abgrenzung gegenüber zielgerichtetem politischen Verhalten ist im Einzelfall allerdings nicht immer möglich, weil die Grenzen fließend sind. Zwischen zielgerichtetem politischen Verhalten und Protestverhalten sind die rechtsextremistischen Subkulturen angesiedelt, die einerseits Protesthaltungen verkörpern, andererseits aber auch durch einen gewissen Institutionalierungsgrad gekennzeichnet sind und rechtsextremistische Inhalte transportieren.

Protestverhalten und *Gewalt* dürfen ebenfalls nicht gleichgesetzt werden. Zwar äußert sich Protestverhalten in aller Regel aggressiv, aber Gewalt findet auch im Bereich des organisierten, zielgerichteten Rechtsextremismus, insbesondere bei den Neonazis statt. Für die Bekämpfung von Gewalt ist überdies wichtig, ob sie geplant und politisch motiviert oder ob sie spontan und auf der Grundlage von diffusen politischen Vorstellungen erfolgt.

Gewalt ist ein außerordentlich komplexer Begriff, der hier nicht entfaltet werden kann. Die amtlichen (vom Bundeskriminalamt erstellten) Statistiken erfassten bis zum 31.12.2000 (Kriminalpolizeilicher Meldedienst „Staatschutz“, KPMD-S) in der Regel folgende Gewalttaten: Tötung, Körperverletzung, Brandstiftung, Landfriedensbruch und Herbeiführung von Sprengstoffexplosionen. Bis 1996 wurden auch Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung berücksichtigt. Später veröffentlichte Gewalt-Statistiken (auch für zurückliegende Zeitpunkte) enthalten derartige Delikte nicht mehr. Die Zahlenangaben ab 1997 liegen daher im Niveau erheblich niedriger als die vor 1997 mitgeteilten. Nach neuer Zählung wurden 1996 in der Bundesrepublik 624 Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund verübt, nach alter Zählung 781. Die neue Zahl für 1995 lautet 612 (die alte 837), 1994: 784 (1 489), 1993: 1 322 (2 232), 1992: 1 485 (2 639). Die in den Tabellen und Grafiken dieser Broschüre mitgeteilten Zahlen beruhen bis 1997 auf der alten Zählung.

Neben der *Gewalt im engeren Sinne* müssen auch *Gesetzesverletzungen ohne Gewaltanwendung* berücksichtigt werden. Hier wurden die Erhebungsmerkmale ebenfalls verändert. Seit 1983 werden beispielsweise „Schmier- und Klebeaktionen“ nicht mehr einbezogen, womit die Zahl der Straftaten abgesenkt wurde. Dass in den Statistiken nur die amtlich erfassten Gesetzesverletzungen gezählt werden, mithin erhebliche Dunkelziffern vorliegen, versteht sich von selbst.

Um Erfassungsdefizite zu beseitigen, beschloss die Innenministerkonferenz zum 1. Januar 2001 die Einführung des *neuen Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK)*. Die amtlichen Zahlenangaben über Gewalttaten und sonstige Straftaten seit 2001 sind nicht mit den entsprechenden Angaben vor 2001 vergleichbar.

Gleichwohl wird immer wieder Kritik an den Erhebungsmethoden geübt. Intensive Recherchen des Berliner „Tagesspiegel“ und der „Zeit“ ergaben beispielsweise, dass seit der Wiedervereinigung 137 Menschen bei Angriffen von rechtsextremistischen Gewalttätern ums Leben gekommen sind. Nach amtlichen Angaben waren es nur 47.³⁴

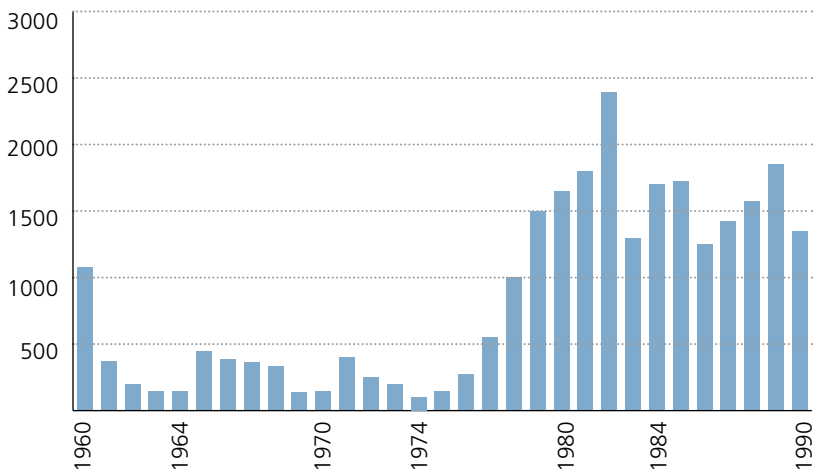
Für die Forschung und die politische Bildung ist vor allem interessant, ob und in welchem Umfang die – zumeist jugendlichen – *Protestkulturen als Reservoir für die Rekrutierung von Nachwuchs* für den organisierten Rechtsextremismus dienen. Theoretisch sind zwei *Entwicklungspfade* denkbar: Entweder bilden Protest und Gewalt eine Vorstufe für zielgerichtetes politisches Verhalten, für die Mitarbeit oder gar den Eintritt in rechtsextremistische Organisationen. Oder Protest und Gewalt stellen ein eigenständiges (Jugend-)Phänomen dar, das unabhängig vom organisierten Rechtsextremismus existiert. Eintritt und Austritt, Hinwendung und Abschied folgen eher der lebensgeschichtlichen Dynamik der beteiligten Individuen. Mit zunehmendem Alter gewinnen Beruf und Partnerschaft bzw. Familie an Bedeutung, und es erfolgt der Rückzug aus dem Milieu.

Die Entwicklung des Gewaltpotenzials seit 1990

Betrachtet man die Entwicklung der bekannt gewordenen Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund im Zeitverlauf, dann offenbart sich – wie beim Wahlverhalten und beim Organisationsgrad – ein konjunktureller Verlauf.

34 Der Tagesspiegel v. 16.9.2010, S. 1, 4 u. 5.

Grafik 23: Bekannt gewordene Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund in Deutschland 1960–1990



Datenquelle: Verfassungsschutzberichte; seit 1983 ohne Schmier- und Klebeaktionen

Auffällig ist, dass die Kurve der Straftaten nicht synchron mit dem Auf und Ab von Wählerbewegungen und Mitgliedschaften verläuft. Protestverhalten, subkulturelle Vergemeinschaftungen und zielgerichtetes politisches Verhalten haben offenbar unterschiedliche Ursachen. Schon deswegen ist die analytische Trennung zwischen den drei Erscheinungsformen des Rechtsextremismus notwendig.

Der erste messbare Höhepunkt bei Gesetzesverletzungen in der Bundesrepublik findet sich 1960, in einer Zeit also, in der der Rechtsextremismus keine Wahlerfolge erzielte und sich die Mitgliederzahlen in einer rasanten Talfahrt befanden. Am 25. Dezember 1959 wurde die Kölner Synagoge durch nazistische Schmierereien geschändet, was eine Initialwirkung für eine Vielzahl von Folgetaten (Friedhofsschändungen, Schmieraktionen etc.) hatte. Im April 1961 begann zudem in Israel der Eichmann-Prozess³⁵, der die antisemitischen und nazistischen Protestaktivitäten erneut anfachte.

35 Adolf Eichmann war Leiter des Judenreferats im Reichssicherheitshauptamt der SS und während des Kriegs verantwortlich für die Deportation der Juden in die Massenvernichtungslager. Nach dem Krieg konnte er nach Argentinien fliehen, wo er 1960 vom israelischen Geheimdienst aufgespürt und nach Israel entführt wurde. Dort klagte man ihn 1961 der Verbrechen gegen das jüdische Volk an und verhängte gegen ihn im Dezember 1962 die Todesstrafe.

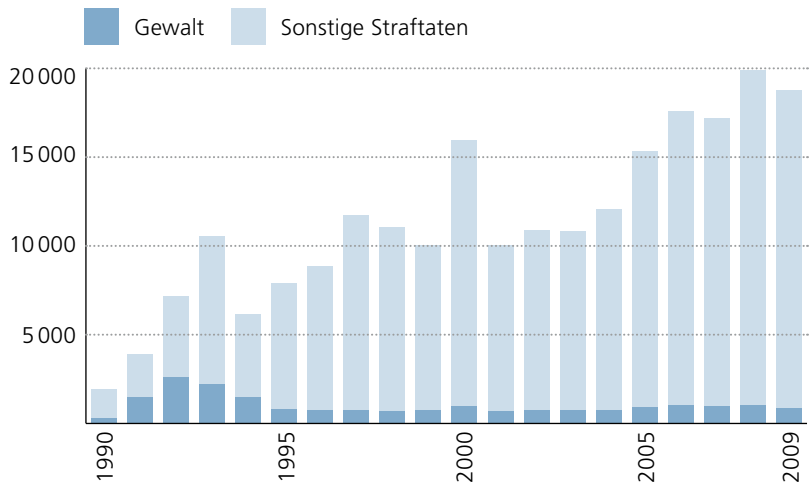
Mitte der siebziger Jahre – der organisierte Rechtsextremismus befand sich mitglieder- und wählermäßig wiederum auf einem Tiefpunkt – setzte ein *steiler Anstieg* bei den Gesetzesverletzungen, 1977 auch bei den Gewalttaten ein. Dieser Boom speiste sich aus zwei Quellen:

- Zum einen blühte nach dem Vorbild des linken Terrorismus und mit heftiger Kritik am angeblich „legalistischen“ Auftreten der als lammfromm verspotteten „alten Rechten“ (NPD) eine *neonazistische Terrorszene* auf (Aktionsfront Nationaler Sozialisten, Volkssozialistische Bewegung Deutschlands, Deutsche Aktionsgruppen, Wehrsportgruppe Hoffmann etc.).
- Zum anderen gab es eine von Jugendlichen und selbst von Kindern bewirkte Protestwelle, eine „*NS-Renaissance*“ unter Jugendlichen, die durch Hakenkreuzschmierereien, „Judenwitze“ und pronazistische bzw. fremdenfeindliche Provokationen gekennzeichnet war und vor allem an Schulen stattfand.

Die Gesetzesverletzungen der Jahre 1978 bis 1982 bestanden zum großen Teil aus Schmier- und Klebeaktionen, die freilich seit 1983 nicht mehr in die Statistik des Bundesinnenministeriums eingehen. Anfang der achtziger Jahre versandete der rechtsextremistische Schülerprotest bzw. mündete in die Subkulturen der Fußballfans, Punks, Skinheads, Nazi-Rocker und Motorradfans, die sich schon gegen Ende der siebziger Jahre – häufig durch entsprechende Entwicklungen in Großbritannien inspiriert oder gar beeinflusst – in Deutschland auszubreiten begannen.

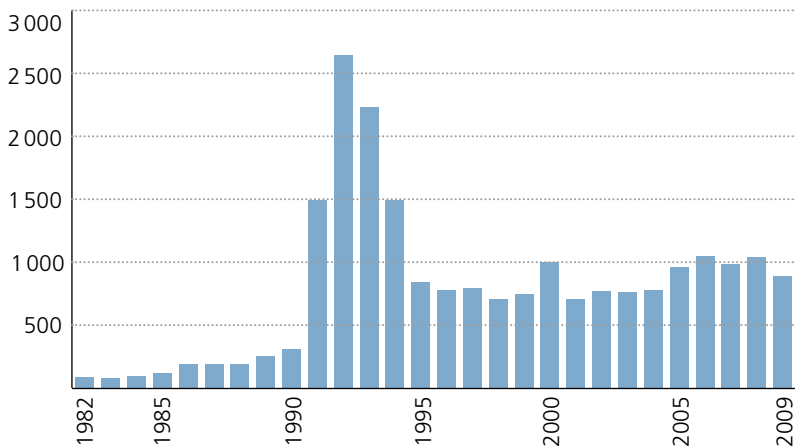
Mit bzw. infolge der deutschen Einigung wuchs das Gewaltpotenzial bundesweit dramatisch an. Die Gesetzesverletzungen mit erwiesener und vermuteter rechtsextremistischer Motivation versechsfachten sich von 1 848 (1990) auf 10 561 (1993), die Gewalttaten darunter versiebenfachten sich sogar von 309 auf 2 232. Dieser explosionsartige Anstieg, der vor allem in Ostdeutschland stattfand, wo die rechtsextremistischen Parteien noch bedeutungslos waren, stellte eine neue Qualität im Bereich des gewalttätigen Rechtsextremismus dar. Er war wohl *primär eine Begleiterscheinung der deutschen Einheit*, fand allerdings auch während der sehr emotional geführten Debatte über das Asylproblem statt, die mit dem umstrittenen „*Asylkompromiss*“ des Deutschen Bundestags im Sommer 1993 ihr Ende fand. Bis dahin bildeten Ausländer/innen und Asylbewerber/innen in den Augen der Bevölkerung das größte Problem in der Bundesrepublik. Im September 1993 rückte dann die Arbeitslosigkeit an die erste Stelle des Problemhaushalts der Nation.

Grafik 24: Bekannt gewordene Gewalttaten und sonstige Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in Deutschland 1990–2009



Datenquelle: Verfassungsschutzberichte; einschl. Taten mit vermuteter rechtsextremistischer Motivation; ab 2001: Politisch motivierte Kriminalität – rechts

Grafik 25: Bekannt gewordene Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in Deutschland 1982–2009



Datenquelle: Verfassungsschutzberichte; einschl. Taten mit vermuteter rechtsextremistischer Motivation; ab 2001: Politisch motivierte Kriminalität – rechts

Grafik 25 zeigt, dass sich die rechtsextremistische Gewalt in der Alt-Bundesrepublik bis 1990 in vergleichsweise engen Grenzen hielt. Der vulkanartige Ausbruch zumeist rassistischer Gewalt zwischen 1991 und 1993 stellte eine völlig neue Erfahrung dar. Unbekannt war bis dahin auch, dass sich Anwohner mit den Tätern solidarisch erklärten. So beispielsweise bei den massiven Ausschreitungen von Skinheads vor Ausländerwohnheimen in Hoyerswerda (Sachsen) zwischen dem 17. und 22. September 1991. Kamen bei den Gewalttaten 1991 „nur“ drei Personen ums Leben, so waren es 1992 17. Die bis dahin schwersten Ausschreitungen fanden vom 22. bis 28. August 1992 in Rostock-Lichtenhagen statt. An den brutalen Krawallen um die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber beteiligten sich bis zu 1 200 Gewalttäter, die aus den Reihen der bis zu 3 000 Schaulustigen und Sympathisanten auch noch ermuntert, unterstützt und vor polizeilicher Verfolgung geschützt wurden. Die Randalierer konnten sich als *Vollstrecker des Volkswillens* fühlen, wodurch ihre Hemmschwelle für Gewalt weiter abgesenkt wurde.

Nach 1993 bildete sich die Gewalt langsam wieder zurück, verblieb allerdings zunächst auf einem im Vergleich zu den achtziger Jahren hohen Niveau. Zu dem Rückgang dürften die Verbotsmaßnahmen gegen neonazistische Organisationen, die zunehmende Professionalität polizeilicher Exekutivmaßnahmen, Verurteilungen der Straftäter, das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) der Bundesregierung (1992–1997) und nicht zuletzt die empförenden Reaktionen der Öffentlichkeit beigetragen haben, die sich nach dem Brandanschlag in Solingen 1993 (bei dem zwei Erwachsene und drei Kinder den Tod fanden) noch intensivierten. Damals expandierten auch die zivilgesellschaftlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt (Lichterketten, lokale Projekte, Aktionsbündnisse etc.).

Die Gesetzesverstöße insgesamt (also Gewalt- und sonstige Straftaten³⁶) nahmen allerdings weiter zu und erreichten im Jahr 2000 mit über 15 000 Delikten vorübergehend ein bis dahin in der Geschichte der Bundesrepublik unbekanntes Ausmaß. Die meisten Straftaten erfolgten nach einem Bombenanschlag im Juli des Jahres in Düsseldorf, der Nachahmungstäter zu weiteren Gesetzesverletzungen bzw. Gewalttaten inspiriert haben dürfte. Als weitere Ursache ist der Aufruf von Bundeskanzler Schröder zum „Aufstand der Anständigen“ zu erwähnen. Denn darauf folgte nicht nur die Einleitung des NPD-Ver-

36 Zum Beispiel Sachbeschädigungen, Verbreitung von Propagandamitteln und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung.

botsverfahrens, sondern auch der Beschluss der Bundesregierung, Modellprogramme gegen Extremismus und Gewalt mit zivilgesellschaftlicher Ausrichtung zu fördern³⁷. Im Jahr darauf wurden zwar wieder „nur“ 10 000 Straftaten ermittelt, aber bis 2008 steigerte sich die rechtsextremistische Kriminalität bis zu dem exorbitanten Ausmaß von 20 000 Delikten. 2009 war dann wieder ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Der tendenzielle Anstieg rechtsextremistischer Straf- bzw. Gewalttaten seit 1982 bzw. seit 1990, der sich schwerpunktmäßig in Ostdeutschland vollzog, ist auch im Zusammenhang mit der Entwicklung des Rechtsextremismus insgesamt zu betrachten. Im vorigen Kapitel haben wir dargelegt, dass der Rechtsextremismus im Westen bis etwa Mitte der neunziger Jahre überwiegend durch Organisationen (Parteien, Verbände, Jugendorganisationen) geprägt und auch sonst stark institutionalisiert war (Presse, Verlage, Kongresse). Dieser hohe Institutionalisierungsgrad dürfte gewalttätigen Protest weithin eingedämmt haben. Der neonazistische und subkulturelle Sektor machte in Westdeutschland und Berlin 1993 gerade einmal neun Prozent des gesamten Personenpotenzials aus. Dieser Prozentsatz steigerte sich dann aber kontinuierlich bis 2009 auf 46 Prozent. Rechnet man noch die NPD-Mitglieder hinzu, dann betrug das systemfeindliche Potenzial 2009 71 Prozent. Es hat also eine Anpassung an die Verhältnisse in Ostdeutschland stattgefunden.

Dort dominiert ein eher spontaner, schwach organisierter und ideologisch weniger fundierter, dafür aber besonders aggressiver Protest. Der Rechtsextremismus in den neuen Ländern ist in erster Linie subkultureller Natur und stark bewegungsförmig ausgerichtet (Skinheads, Hooligans, Faschos, Kameradschaften, Jugendcliquen). Bereits 1993 machten neonazistische Gruppierungen und subkulturelle Milieus 36 Prozent des rechtsextremistischen Personenpotenzials im Osten aus, 2009 waren es bereits 68 Prozent. Unter Hinzurechnung der NPD-Mitglieder betrug das systemfeindliche Potenzial sogar 96 Prozent. Daher wird immer wieder davor gewarnt, den Rechtsextremismus im Osten nur aus der institutionellen Perspektive zu betrachten. Sie ignoriere die Verwurzelung der Subkulturen und Szenen vor Ort, deren Bedeutung sich nicht durch Mitglieder- und Wählerzahlen erschließe.

In den letzten Jahren beobachten die Verfassungsschutz- und Strafverfolgungsbehörden nicht nur eine Zunahme der Delikte, sondern auch eine Brutalisierung

37 Zwischen 2001 und 2006 wurden die Programme CIVITAS, ENTIMON und XENOS (etwa 4 500 Einzelprojekte) mit knapp 200 Millionen Euro gefördert.

rung der einzelnen Gewaltaktivitäten, vor allem bei den „Autonomen Nationalisten“. Eine neue Qualität habe die Konfrontation mit Polizeikräften und die Gewalt zwischen Neonazis und Antifaschisten erreicht. Als wichtige Ursachen dafür werden das gestiegene Selbstbewusstsein der Rechtsextremisten und die Ermunterung der „Hassmedien“ (Internet-Foren, Liedtexte rechtsextremistischer Bands) zu Gewalttaten genannt. Zudem fehlen die institutionellen Integrationsfaktoren innerhalb des rechtsextremistischen Lagers. DVU und Republikaner sind mittlerweile bedeutungslos und die NPD ermuntert durch ihre Öffnung für Neonazis und durch ihre national- und sozialrevolutionäre Agitation nachgerade zu gewaltförmiger Praxis.

Zwar werden Gewalttaten nicht nur von Skinheads oder aus dem Bereich der „Freien Kräfte“ und noch weniger von NPD-Mitgliedern verübt, aber die wachsende verbale Aggressivität und die zunehmende Militanz der systemfeindlichen Kräfte bewirkt, dass die Hemmschwelle auch bei rechtsgerichteten, fremdenfeindlich oder sogar rassistisch eingestellten jungen Leuten sinkt.

Täter und Typen

Analysen der Gewalttäter bieten im Großen und Ganzen immer dasselbe Bild: Über drei Viertel sind Jugendliche und Heranwachsende, bis maximal zehn Prozent sind weiblichen Geschlechts. Die Hälfte der Täter geht noch zur Schule (zumeist Hauptschule) oder befindet sich in der Berufsausbildung, ein Viertel verfügt über eine abgeschlossene Lehre, ein Fünftel ist arbeitslos. Es handelt sich also zumeist um sehr junge, männliche Angehörige der Unterschicht. Häufig, aber keineswegs immer, bestehen familiäre Probleme (Alkohol, Gewalt, getrennt lebende Eltern). Bis zu fünf Prozent der Täter gehören einer rechtsextremistischen Organisation an und etwa weitere fünf Prozent stehen mit derartigen Organisationen in Verbindung. Der Anteil der Wiederholungstäter liegt bei etwa 20 Prozent.

Die Ursachen für rechtsextremistische Gewaltbereitschaft sind außerordentlich vielschichtig, wobei das Zusammenwirken der einzelnen Faktoren noch nicht ausreichend erforscht ist. Empirische Untersuchungen folgen oft der Lerntheorie. Sie besagt, dass Gewalttätigkeit *Ergebnis eines Lernprozesses* ist, bei dem Persönlichkeitsmerkmale, die familiäre Sozialisation, Gewalterfahrungen in der Familie, die Sozialisation in Peer-Groups (Gruppen von Personen gleichen Alters), schulische und mediale Einflüsse sowie gesamtgesellschaftliche, politische, soziale und wirtschaftliche Faktoren ineinandergreifen. Zumeist häufen und verdichten sich persönliche Enttäuschungen und Erfahrungen von wirt-

schaftlichen, sozialen und politischen Missständen. Die Praktiken beginnen mit verbalen Angriffen und können sich bis zu schwerer körperlicher Gewalt steigern. Zumeist wird dieses Endstadium aber nicht erreicht, es bleibt in der Regel bei Pöbeleien und Rempeleien.

Da Aggression gelerntes Verhalten darstellt, ist es auch prinzipiell veränderbar. Die Lerntheorie verknüpft daher die Ursachenanalyse mit Handlungsstrategien zur Reduzierung und Verhinderung von Gewalt. Für die wissenschaftliche Forschung ergibt sich daraus die Aufgabe, die Biografien und Karrieren von Gewalttätern und den Einfluss der sie prägenden Gruppen, Szenen, Subkulturen und Umwelten systematisch und zusammenhängend zu untersuchen. Derartige Untersuchungen sind mehrfach, auch auf Initiative oder mit Unterstützung der Bundesregierung, durchgeführt worden. Hier einige ausgewählte Untersuchungsergebnisse:

- Bei fremdenfeindlichen/rassistischen Straf- und Gewalttaten handelt es sich fast ausschließlich um Gewalt von Gruppen oder aus Gruppen heraus, um *kollektive Gewalt* also. Die Gruppen sind zumeist informeller Natur oder schwach organisiert, jedenfalls instabil: Cliquen, Freundes- und Freizeitgruppen, Banden oder Gruppen mit subkulturellem Hintergrund (Hooligans, Skinheads). Geschlossene rassistische oder rechtsextremistische Einstellungsmuster finden sich kaum; autoritäre Einstellungen, Vorurteile gegenüber Fremden und Minderheiten und ein erhebliches Ausmaß an persönlicher Aggressivität und Gewaltbereitschaft sind in diesen Gruppen allerdings gang und gäbe. Gewaltaktivitäten von explizit politischen Organisationen mit rassistischen Zielen machen nur einen sehr geringen Anteil an den erfassten Straftaten aus.
- Selbst bei schweren Delikten (z. B. Brandanschlägen) findet keine längerfristige Vorabplanung statt. Der Entschluss zur Tat wird bei Festen und Saufgelagen in privaten Wohnungen oder bei zufälligen Treffen an Tankstellen (dort kann man auch nach Geschäftsschluss Alkohol kaufen), in Parkanlagen, Kneipen und Diskotheken gefasst, wobei Medienberichte, Anschläge an anderen Orten, Musik mit rassistischen Texten oder Skandalgeschichten über Ausländer/innen und Asylbewerber/innen stimulierend wirken können. *Nachahmungstaten spielen hier eine große Rolle.* Erst nach dem Entschluss zur Tat erfolgen notwendige organisatorische Vorbereitungen, seltener eine exakte Planung des Tatablaufs. Wir haben es in diesen Fällen also zunächst mit affektiver und impulsiver Gewalt, ab einem bestimmten Zeitpunkt aber, der zumeist kurz vor der Tat liegt, auch mit zielgerichteter Gewalt zu tun.

- Eine im Auftrag der Bundesregierung durchgeführte Untersuchung ermittelte folgende Tätertypologie³⁸:
 1. Der *Mitläufer* zeichnet sich durch eine unauffällige Biografie und geringe Gewalterfahrung aus. Er ist zufällig in die Situation hineingeraten und leistet nur einen geringen Beitrag zur Gewalttat. Er beteiligt sich, weil er kein Feigling sein oder Eindruck machen will, oft auch nur, um sich in der Gruppe konform zu verhalten.
 2. Der *Schlägertyp* kommt vielfach aus einer „schwierigen“ Familie und hat im privaten wie im beruflichen Leben große Probleme. Hier finden sich besonders häufig Schulabbrecher, Arbeitsplatzwechsler und Arbeitslose. Er steht auf „action“, verfügt über große Gewaltbereitschaft, ist oft vorbestraft und drängt sich nach der Rolle des Anstifters oder Anführers.
 3. Der *Ausländerfeind* ist der Überzeugung, dass seine eigenen Probleme, die seiner Freunde und Bekannten und überhaupt alle Probleme in seiner Welt von Ausländern verursacht sind. Er hat einen enormen Hass auf diese Sündenböcke angestaut und lässt kaum eine Möglichkeit aus, seine Aggressionen loszuwerden. Der Ausländerfeind ist politisch desinteressiert und strebt nicht danach, gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern.
 4. Der *Rechtsextremist* ist politisch interessiert, informiert und aktiv, zumeist in einer Partei oder Jugendorganisation. Er verfolgt ein explizit politisches Ziel, argumentiert, mobilisiert, organisiert und plant. Wenn er Gewalt ausübt, dann geschieht dies in der Regel mit rationalem Kalkül. Rechtsterroristische Gruppierungen rekrutieren sich vor allem aus diesem Typ.

- Eine Auswertung von Gerichtsurteilen gelangt zu einer differenzierteren Tätertypologie, die entlang von zwei Dimensionen entwickelt wurde: dem Ausmaß von Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistischer Ideologiebildung (von latent bis manifest) einerseits und dem Ausmaß von Aggression (von verbal bis körperlich) andererseits (siehe Grafik 26). Die Palette reicht vom latent fremdenfeindlichen, nicht rechtsextremistischen und nur durch verbale Aggression gekennzeichneten „*Provokateur*“ bis zum manifest fremdenfeindlichen, verfestigt rechtsextremistischen und zu körperlicher Aggres-

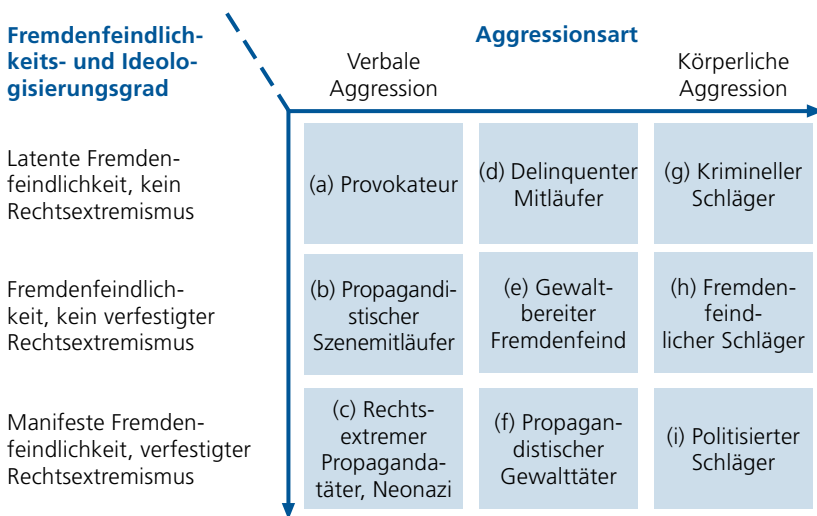
38 Roland Eckert/Helmut Willems/Stefanie Würtz: Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test. In: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechts-
extremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. PVS-Sonderheft 27, Opladen: West-
deutscher Verlag 1996, S. 152–167.

sion neigenden „*politisierten Schläger*“. Die Täter-Varianten sind als mögliche Entwicklungspfade zu verstehen.

Die vergleichsweise große Gewaltbereitschaft im Osten wurde vom Bundesamt für Verfassungsschutz wie folgt erklärt:

„Gleichzeitig wird die Wiedervereinigung von vielen Menschen in Ostdeutschland als Dominanz westdeutschen Lebensstils wahrgenommen. Sie fühlen sich als Bürger zweiter Klasse, die von den Westdeutschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Und manche – vor allem Jugendliche – kompensieren ihr Unterlegenheitsgefühl, indem sie sich an Schwächeren abreagieren: an Ausländern, Behinderten und Obdachlosen.“³⁹

Grafik 26: Kriminalitätskarrieren und Täter-Varianten (nach Wahl u. a.)



Quelle: Klaus Wahl (Hrsg.): Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern. Berlin: Der Bundesminister des Innern 2002, S. 145 (Texte zur Innere Sicherheit).

39 Rechtsextremistische Skinheads. Entwicklung – Musik-Szene – Fanzines. Köln: Bundesamt für Verfassungsschutz, August 1998, S. 7f.

Folgt man Bernd Wagner, einem der besten Sachkenner, dann ist der Rechtsextremismus in den neuen Ländern sogar „zuerst ein Produkt der DDR-Gesellschaft“.

„Der rechtsextrem orientierte Teil der jungen DDR-Generation, die auf die massenhaft angepasst-verlogenen Eltern mit ‚rechtsextremer Wahrhaftigkeit‘ reagierten, erspürten mit der Wende in der DDR die Verlorenheit ihrer Mütter und Väter, die plötzlich, nach einer kurzen Episode des ‚Revolutionären‘, nichts mehr waren, politisch, sozial, ökonomisch, wenngleich ein tolles Auto vor der Tür stand, alte gegen neue Spanplatte ausgetauscht war und die Ado-Goldkante über dem Fensterkreuz hing.“⁴⁰

Befreite Zonen

Wagner warnt davor, den Rechtsextremismus in Ostdeutschland auf ein Jugendproblem zu verkürzen. In der von ihm verantworteten Rechtsextremismus-Studie wird darauf hingewiesen, dass in den neuen Bundesländern vielerorts eine „kulturelle Hegemonie rechter Jugendlicher“ besteht, weil die Hilflosigkeit, Toleranz oder gar Akzeptanz in der Bevölkerung und bei Gemeindepolitikern groß ist und eine demokratische Gegenwehr ausbleibt. Oft würde die Realität überhaupt „aus Imagegründen“ geleugnet.

Das Konzept der „(National) Befreiten Zonen“ wurde 1991 vom Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB), der Studentenorganisation der NPD, entwickelt und diente bald als ein strategisches Ziel rechtsextremistischer, besonders neonazistischer Organisationen. Man wollte sich *Freiräume* erobern (Jugendklubs, Wohnquartiere), um dort alleine die Macht auszuüben, um Ordnung zu schaffen, um Gegner und Kriminelle zu bestrafen und um Freunde, Sympathisanten und Bedürftige zu unterstützen. Mehr noch: Man strebte eine *ideologisch-kulturelle Vorherrschaft* der eigenen Subkultur und die Ausgrenzung anderer Kulturen an.

Der Journalist Burkhard Schröder berichtet in seinem Buch „Im Griff der rechten Szene – Ostdeutsche Städte in Angst“ über entsprechende Beispiele und Vorfälle, wobei er auch recherchiert hat, wie die „normale“ Bevölkerung, die

40 Bernd Wagner: Im Osten nichts Neues. In: Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, Nr. 2, Berlin 1998, S. 23.

Öffentlichkeit, die lokalen Zeitungen und die Politiker in der ostdeutschen Provinz mit den teilweise massiven rechtsextremistischen Szenen umgehen. Die teils erschreckenden, teils skandalösen rassistischen und antisemitischen Ereignisse und die entsprechenden Reaktionen (Verharmlosung, Vertuschung), die Schröders These von der „neuen Qualität des Rechtsextremismus auf dem Gebiet der alten DDR“ durchaus stützen, sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Strategie des organisierten Rechtsextremismus nicht aufgegangen ist. Die gewaltbereiten Subkulturen existieren nicht als Ergebnis eines Plans, und sie werden auch nicht von Organisationen gesteuert. Sie gedeihen als unbeständige, labile Vergemeinschaftungen auf fruchtbarem Boden.

Wolfgang Thierse hat in diesem Zusammenhang von „Zonen der Angst“ gesprochen. Gemeint sind damit Orte, die von rechtsextremistischen Cliques kontrolliert und verteidigt werden, Orte, die durch „Demokratieentleerung“ gekennzeichnet sind, Orte, wo vermeintliche oder tatsächliche Linke belästigt, eingeschüchtert oder gar bedroht werden. Orte mit rechtsextremistischer Alltagskultur finden sich vor allem in dünn besiedelten, ländlichen Regionen, die wegen mangelnder wirtschaftlicher Perspektiven durch starken Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet sind. Die Qualifizierten oder Motivierten wandern oft ab, zurück bleiben dann zumeist die Alten und die Frustrierten, die im Rechtsextremismus Orientierung, Sinnstiftung und Anerkennung suchen und ihre Ohnmachtsgefühle aggressiv ausleben.

Subkulturen unterscheiden sich von der „Mehrheitskultur“ dadurch, dass ihre Angehörigen über eigene verbindliche Normen, Werte und Stile verfügen. Sie stellen Netzwerke von Gruppen dar, die in sich sehr heterogen und instabil sind. Der Verfassungsschutzbericht Brandenburg 1996 schrieb dazu:

„Die Fluktuation in den Cliques ist hoch. Sie zerfallen häufig, wenn dominante Personen aufgrund veränderter persönlicher Lebensumstände – Familiengründung, Wohnortwechsel oder auch Haft – die jeweilige lokale Szene verlassen. Ebenso rasch können sich an fast beliebigen Treffpunkten (Clubs, Discos, Gaststätten, Bahnhöfen, Straßenecken) neue Cliques bilden. Die innere Konsistenz und Identität der Clique ist demnach meist labil und muss immer wieder aufs Neue durch Aktionen bestätigt werden.“

Gleichwohl können Subkulturen Institutionen und sogar Organisationen prägen, gezielt politische Botschaften verbreiten und systematisch Nachwuchs rekrutieren, wie sich am Beispiel der Skinheads zeigt.

Skinheads

Die dominierende Subkultur innerhalb des Rechtsextremismus bildeten lange Zeit die Skinheads. Ihre Wiege stand Anfang der sechziger Jahre in Großbritannien, wo sie sich zunächst angesichts des Zerfalls der Arbeitermilieus als proletarische, antibürgerliche Protestbewegung entwickelten. In den siebziger Jahren fand – parallel zur Verschärfung der sozialen Lage vor allem der Unterschichten – eine Politisierung statt, wobei die meisten „Glatzen“ in rassistisches Fahrwasser gerieten. Einige orientierten sich aber auch an der politischen Linken. In der Bundesrepublik entstanden die ersten Skinhead-Gruppierungen Ende der siebziger Jahre. Sie bezogen sich aber weniger auf das Arbeitermilieu, sondern richteten sich vor allem gegen die linke Punk-Szene. Seit 1981 wurden auch in der DDR Skin-Gruppen bekannt.

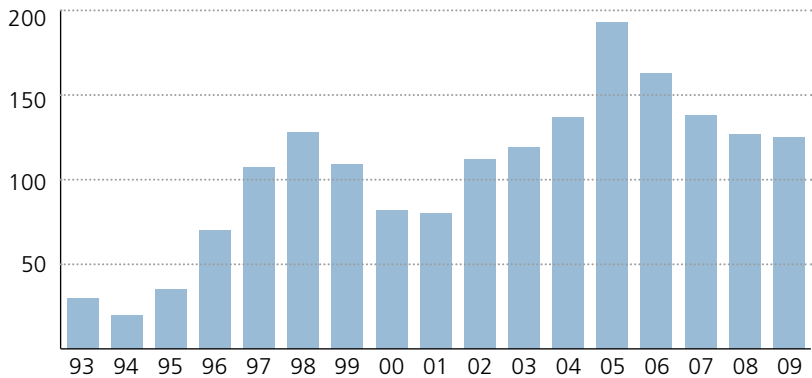
Skinheads bilden eine Sonderkultur mit eigenen Gesellungsformen, Lebensstilen und Wertvorstellungen. Es handelt sich dabei um ein differenziertes Protestphänomen, das sich seit einiger Zeit im Wandel befindet. Das klassische Outfit (Hosenträger, Bomberjacke, Springer- oder Doc-Martens-Stiefel) ist nicht mehr typisch für die Szene, die sich nun teilweise an anderen Modetrends orientiert (Hooligans, „Autonome Nationalisten“).

Derzeit überwiegt bei den Skins die rassistische Orientierung. Quantitativ nicht unbedeutend sind die eher unpolitischen „Oi!-Skins“, die sich auf Saufen, Musik, Konzerte, Fußball, Männlichkeitskult und Randalie konzentrieren, ihre alternative Lebensweise aber kaum mit Politik belasten. Mitte der neunziger Jahre waren dann Tendenzen zur Politisierung zu beobachten, die viele Anhänger/innen dem rechtsextremistischen Zweig zuführten. Linke Skins, wie „S.H.A.R.P.-Skins“⁴¹ oder „Red Skins“ sind eher die Ausnahme. Kennzeichnend für die extrem rechten Skins sind vor allem rassistische, dann aber auch autoritäre, pronazistische und antisemitische Orientierungen sowie der Hass auf Linke. Die „nationale Frage“ spielt eine nachgeordnete Rolle.

An der Gewalteskalation 1991–1993 waren rechtsextremistische Skinheads maßgeblich beteiligt. Die daraufhin einsetzenden staatlichen Repressionsmaßnahmen und die zivilgesellschaftlichen Reaktionen bewirkten eine Umorientierung innerhalb der Subkultur. Es fand „eine Art *Ausweichbewegung (in) die*

41 Skinheads against racial prejudices = Skinheads gegen rassistische Vorurteile.

Grafik 27: Anzahl rechtsextremistischer Skinhead-Konzerte in Deutschland 1993–2009



Datenquelle: Verfassungsschutzberichte

*Musikszene*⁴² statt. Fortan boomte das Geschäft mit Konzertveranstaltungen, Tonträgern und Druckschriften. In diesem Zusammenhang steht auch der Bedeutungsgewinn von Blood & Honour.

Mentor der internationalen Szene der Nazi-Skins ist der 1993 bei einem Unfall ums Leben gekommene Sänger der britischen Nazi-Kultband *Skrewdriver*, Ian Stuart Donaldson, ein militanter Rassist und Antisemit. Die 1977 entstandene Band gehörte zunächst dem White Noise Club, einer Vorfeldorganisation der *British National Party (BNP)* für rassistische Skin-Bands an. 1985 trennte sich Donaldson von der BNP und gründete 1987 mit gesinnungsverwandten Bands die Vereinigung *Blood & Honour* (Blut und Ehre, Aufschrift auf dem Fahrtenmesser der HJ), die sich stark am historischen Nationalsozialismus orientiert und musikalisch für die „Weiße Rasse“ eintritt. Sie verfügte bald auch über „Divisionen“ in Nordamerika und in vielen europäischen Staaten, vor allem in Skandinavien, in Deutschland und in Osteuropa. Blood & Honour kämpfte eine Zeit lang mit den aus den USA stammenden *Hammerskins* um die Vorherrschaft in der Nazi-Skinszene. Die Hammerskins sind nicht weniger rassistisch, aber betont proletarisch (ihr Emblem, zwei gekreuzte Zimmermannshämmer, soll die Macht der weißen Arbeiterklasse symbolisieren) und elitär ausgerichtet.

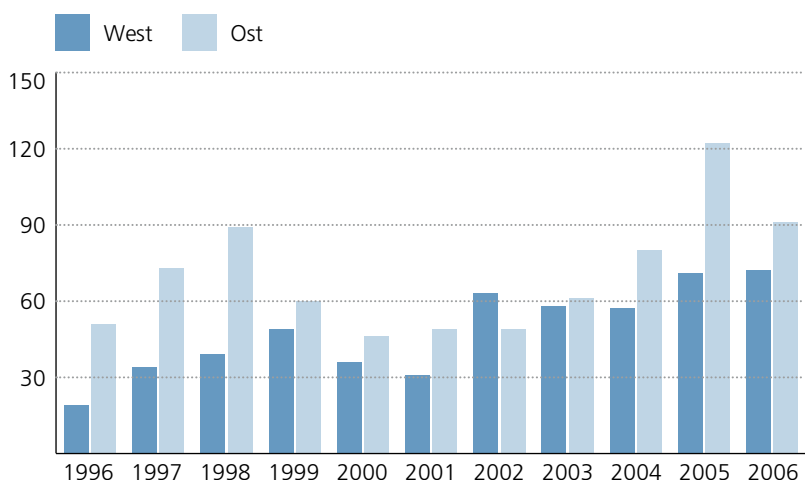
42 Rechtsextremistische Skinheads. Berlin: Senatsverwaltung für Inneres, Abt. Verfassungsschutz, Juli 2003, S. 27.

Vor allem Blood & Honour betätigte sich als Konzertveranstalter und Produzent von Musik-CDs und verfolgte damit auch die Strategie der *Rekrutierung von Jugendlichen für die neonazistische Skinheadkultur*. Blood & Honour begründete seine diesbezüglichen Absichten so:

„W[hite]P[ower]-Musik erfüllt mehrere Zwecke. Sie verbindet und eint die Gemeinde der weißen Rasse. WP-Musik verleiht uns Inspiration und Hoffnung. Jeder, der schon mal in einem Raum voller Skinheads gestanden hat, ihre Stimmen wie eine vereint, um ein Lied über Ruhm und Ehre anzustimmen, wird die Kraft, Verbundenheit und Stärke gespürt haben. WP-Musik erreicht diejenigen, die sich uns anschließen und hilft ihnen, ihren Platz in unseren Reihen zu finden.“⁴³

Die zumeist nur durch Mundpropaganda oder SMS-Schneeballsysteme angekündigten und durch Lotsendienste organisierten *Skinhead-Konzerte* dienen

Grafik 28: Anzahl rechtsextremistischer Skinhead-Konzerte in West- und Ost-Deutschland 1996–2006



Datenquelle: Verfassungsschutzberichte. Ost = fünf neue Bundesländer und Berlin. Seit 2007 liegen keine Angaben vor.

43 Rechtsextremistische Skinheads: Musik und Konzerte. Köln: Bundesamt für Verfassungsschutz, August 2004, S. 8.

als Ort der personellen Kommunikation zwischen Skinheads aus aller Herren Länder und als Börsen für Informationen, Tonträger, rassistisches Propagandamaterial, Textilien und sonstige Utensilien. Fanden 1993 in der Bundesrepublik gerade einmal 30 derartiger Veranstaltungen statt, so schnellte die Zahl der Konzerte im Zuge der Ausweichbewegung der Skinheads in die Musikszene nach der Gewaltwelle 1991–93 auf 128 im Jahr 1998 hoch, wobei die durchschnittliche Teilnehmerzahl kontinuierlich, in Einzelfällen bis zu 1 000 Teilnehmern wuchs.

Die Mehrzahl der Konzerte findet in Ostdeutschland statt. Zu einem Konzert am 17. Januar 1997 in Mücka (Sachsen) fanden sich 1 400 Personen ein, nach Garitz (Sachsen-Anhalt) strömten am 4. September 1999 sogar 2 000 Skins. Da sich die Behörden zunehmend erfolgreich bemühen, die Konzerte zu unterbinden und auch viele Verbote ausgesprochen wurden, gehen die Veranstalter zur konspirativen Organisation der Veranstaltungen über und tarnen sie beispielsweise als Geburtstags- oder Hochzeitsfeiern. Daher ist die Zahl der Veranstaltungen zunächst auch zurückgegangen (bis auf 80 im Jahr 2001), stieg dann aber wieder bis auf 193 im Jahr 2005 an. 2009 waren es nur noch 125. Nach Angaben des Verfassungsschutzes wurden die Konzerte in den letzten Jahren normalerweise von 80 bis 250 Personen besucht, wobei die regional bedeutenden Kleinkonzerte zugenommen hätten. Populäre Bands mobilisierten aber auch schon mal größere Teilnehmerzahlen.

Die Anzahl der zumeist in Ostdeutschland beheimateten rechtsextremistischen Skinhead- bzw. Musikbands ist von 23 (1993) auf 151 (2009) gewachsen. Die Gruppen sind in der Regel allerdings recht kurzlebig. Von den derzeit existierenden Bands ist nur rund ein Viertel seit längerem aktiv.

Die Musikgruppen artikulieren in rassistischen und volksverhetzenden Texten, die zumeist Gewalt propagieren und oft den Nationalsozialismus verherrlichen, das Lebensgefühl der Glätzen. Nicht selten finden Jugendliche durch die Musik den Eingang in die Szene (Musik als „Einstiegsdroge“).

Das Gefühl der Ausgrenzung bei den Skins kommt besonders gut in einem Lied der sächsischen Gruppe „Oiphorie“ zum Ausdruck:

*„Wer ist böse und verlogen,
dreckig, völlig unerzogen?“*

*Wer tut sich mit Bier betrinken,
wer tut wie ein ‚Assi‘ stinken?“*

*Das kann doch nur einer sein ...
ein Skinhead, ein Nazischwein!“*

In dem Titel „Bluttausch“ der „Volksverhetzer“ aus Thüringen manifestiert sich die extreme Aggressivität der Skinheads:

*„Du gehst wie jeden Freitag in die Kneipe rein
und schon steht er da, so ein buntes Schwein.
Mitten im Gefecht hörst Du auf zu denken,
Du willst ihn nur noch hassen, keiner kann Dich lenken.
Du bist im Bluttausch, ja im Bluttausch,
Deine Bestie kommt jetzt raus.
Du bist im Bluttausch, ja im Bluttausch,
keine Macht hält Dich jetzt auf.“*

Auch antisemitische Texte zählen zum Standardrepertoire rechtsextremistischer Musikgruppen. Ein Beispiel von den „Weißen Wölfen“:

*„Und haben wir die alleinige Führung,
dann weinen viele doch nicht vor Rührung.
Für unser Fest ist nichts zu teuer,
10 000 Juden für ein Freudenfeuer.
Unsere Antwort Cyklon-B.“*

Im Dezember 2003 wurden erstmalig Mitglieder einer neonazistischen Musikgruppe („Landser“) wegen der Bildung und der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt. Zweck ihres Zusammenschlusses sei nicht nur die Produktion von Musik, sondern die Verbreitung einer volksverhetzenden und die Bundesrepublik verleumdenden Ideologie gewesen. Dadurch erhielt die Band zwar Kultstatus innerhalb des Rechtsextremismus, die anderen Musikgruppen sahen sich fortan aber zur Mäßigung veranlasst, und die Anzahl von CDs mit strafrechtlich relevantem Inhalt ging deutlich zurück – jedenfalls insoweit sie hierzulande produziert wurden. Im November 2006 verurteilte das Landgericht Stuttgart vier Mitglieder der Band „Race War“ ebenfalls wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Mit dem wachsenden Absatzmarkt für rechtsextremistische Musik sind – teilweise auf Initiative von Neonazis – mittlerweile rund 70 florierende *Produktions- und Vertriebsfirmen* entstanden, die bei niedrigen Produktionskosten hohe Gewinne erzielen (können). Allerdings vermindern sich die Profitaussichten infolge von Beschlagnahmen durch die Strafverfolgungsbehörden teilweise drastisch. Bei-

spielsweise wurden 1997 bei mehreren Durchsuchungsaktionen rund 90 000 CDs mit rechtsextremistischen Texten sichergestellt. Die Anzahl der beschlagnahmten Tonträger hat in der letzten Zeit jedoch abgenommen, weil deutsche Bands und Musikverlage infolge des gewachsenen Drucks der Strafverfolgungsbehörden kaum noch Liedtexte mit offen rassistischem bzw. antisemitischem Inhalt produzieren. In welchem Umfang Gewinne aus dem Musikgeschäft rechtsextremistischen Organisationen und Aktivitäten zugute kommen, ist unbekannt.

Die 1994 gegründete deutsche Sektion von Blood & Honour entwickelte sich mit ihren etwa 300 Mitgliedern rasch von einer Kultgruppe rechter Skinheads zu einer militanten neonazistischen Organisation. Im September 2000 wurde sie und ihre Jugendorganisation „White Youth“ vom Bundesinnenminister verboten. Blood & Honour hatte 1999 rund ein Drittel der 105 ermittelten Skinhead-Konzerte organisiert und galt vielfach als *Avantgarde der Neonaziszene*, die regelmäßig Wehrsportübungen durchführte und feste Kontakte zu gewalttätigen Neonazigruppen vor allem in Skandinavien unterhielt. Blood & Honour verfolgte offenbar eine Doppelstrategie: Schaffung von terroristischen Untergrundstrukturen und Annäherung an die durch das Parteienprivileg geschützte NPD. Eine Zeit lang habe es so ausgesehen, so der Fachjournalist Frank Jansen, als diene sich Blood & Honour der NPD als „eine Art SA-Flügel“ an.⁴⁴

Mit dem Wandel der szenetypischen Ausdrucksformen der Skinheads deutet sich auch eine Veränderung des Musikstils an. Neben Hard Rock und Heavy Metal treten zunehmend Black Metal, NS-Hardcore und NS-Hatecore. Zu den gängigen Liedtexten, die oft den Nationalsozialismus rühmen oder der Überfremdungskampagne folgen, gesellen sich nun auch Themen entlang der Antiglobalisierungskampagne. Damit werden die aktuellen Probleme und Bedürfnisse der jugendlichen Adressatengruppen eher angesprochen als etwa mit der Verherrlichung des „Dritten Reichs“.

Rechtsextremistische Parteien, Neonazis und Skinheads

Der parteiförmig organisierte Rechtsextremismus brachte zunächst wenig Verständnis für die Subkultur der Glatzen auf:

„Rechtsextremistische Parteien stehen den Skinheads trotz deren nationalistischer und rassistischer Grundeinstellung in der Regel ab-

44 Der Tagesspiegel v. 15.9.2000.

*lehrend gegenüber. Offene Sympathiebekundungen bilden bislang die Ausnahme. Die überwiegende Mehrheit missbilligt das Auftreten der Skins und äußert erhebliche Vorbehalte angesichts deren Disziplinlosigkeit. Diese Eigenschaften passen nicht zum klassischen rechtsextremistischen Weltbild, in dem Tugenden wie Fleiß, Disziplin und Ordnung das eigene elitäre Politikverständnis bestimmen.*⁴⁵

Allerdings erkannten die NPD und ihre Jugendorganisation, die Jungen Nationaldemokraten (JN), in der Skinhead-Szene schon in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ein Mobilisierungsreservoir für ihre Veranstaltungen und Aufmärsche. NPD- und JN-Mitglieder organisierten Skinhead-Konzerte oder beschafften Räumlichkeiten für Musikveranstaltungen, um sich gegenüber den Subkulturen zu öffnen. Dass an dem Pressefest des NPD-Organs „Deutsche Stimme“ im August 2006 in Dresden bis zu 7000 Personen teilnahmen, lag wohl an dem üppigen Angebot an Liedermachern und in- und ausländischen Musikgruppen.

Dass Musik mit Blick auf die Gewinnung von jugendlichen Sympathisanten für die NPD ein „ganz großer Türöffner“ ist, bestätigte der JN-Vorsitzende Stefan Rochow 2005. Daher produzierte die Partei für ihre Wahlwerbung entsprechende Tonträger und verteilt seit 2005 die „Schulhof-CD“ („Hier kommt der Schrecken aller linken Spießer und Pauker!“). Rechtsextremistische Musik gehört mittlerweile zum Standardrepertoire von NPD-Veranstaltungen und Demonstrationen.

Versuche, Skins fest in Organisationen einzubinden, sie ideologisch zu schulen und auf Parteiziele zu verpflichten, scheitern allerdings zumeist. *Generell steht die eher spontane und erlebnisorientierte Subkultur der Glatzen verbindlicher Organisation skeptisch bis ablehnend gegenüber.* Sie übernehmen stattdessen lieber den Schutz von rechtsextremistischen Parteiveranstaltungen oder arbeiten als Bodyguards für führende Politiker der extremistischen Rechten.

Hier liegt im Kern der klassische Widerspruch zwischen Parteien und Bewegungen oder eben auch Subkulturen vor. Dabei handelt es sich nämlich um verschiedenartige Vergemeinschaftungsformen mit jeweils eigenen Existenzbedingungen, die unterschiedliche Bedürfnisse befriedigen und unterschied-

45 Rechtsextremistische Skinheads. Entwicklung – Musik-Szene – Fanzines. Köln: Bundesamt für Verfassungsschutz, August 1998, S. 24.

lichen Zwecken dienen. Daher ist personelle Fluktuation zwischen beiden in größerem Umfang unwahrscheinlich. Allerdings sind Bewegungen auch Orte des Lernens und der Politisierung. In dem Ausmaß, wie sich Protest politisiert und auf Teilhabe am politischen Prozess drängt, wächst die Bedeutung der Parteien. Im Grunde genommen stellen alle großen und langlebigen Parteien die organisatorische Verfestigung einer sozialen Bewegung dar. Dass in den Subkulturen Ostdeutschlands in nennenswertem Umfang Politisierungsvorgänge stattfinden, die in parteipolitisches Engagement münden könnten, ist derzeit jedoch nicht erkennbar.

Engere Beziehungen bestehen zwischen Neonazis bzw. „Freien Kräften“ und Skinheads. Auch die Neonazis betrachten die Subkulturen als Rekrutierungsbasis, und die Skins nehmen ihrerseits die Dienste der Neonazis bei der Durchführung von Konzerten, beim Vertrieb von Tonträgern und Magazinen gerne an, selbst wenn bei den Neonazis dabei oft auch finanzielle Interessen eine Rolle spielen. An den Randbereichen von Skinhead-Szene und Neonazismus existieren allerdings durchaus Überschneidungen. Dass einzelne Skinheads in neonazistischen Gruppen aktiv werden und dort sogar Führungsaufgaben wahrnehmen, kommt häufiger vor und dürfte die Folge von Lern- und Politisierungsprozessen sein.

8.

Frauen und Rechtsextremismus

Obwohl über das Verhältnis von Frauen und Rechtsextremismus viele Studien vorliegen, sind die empirischen Kenntnisse immer noch recht lückenhaft und viele Fragen offen.

Einstellungen und Verhalten

Dem umfangreichen Schrifttum ist zu entnehmen, dass sich Männer und Frauen mit Blick auf rechtsextremistische Einstellungen nicht grundsätzlich unterscheiden. Von den Untersuchungen der amerikanischen Militärregierung in der unmittelbaren Nachkriegszeit über die SINUS-Studie bis hin zu zeitgenössischen Untersuchungen hat sich immer wieder gezeigt, dass mal das eine und mal das andere Geschlecht bei der Beantwortung von einzelnen Statements zu Autoritarismus, Nationalismus, Ethnozentrismus und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus (zumeist leicht, gelegentlich aber auch deutlich) überdurchschnittlich vertreten ist, dass sich insgesamt aber keine besondere geschlechtsspezifische Resistenz gegenüber rechtsextremistischen Einstellungen zeigt.

Hinsichtlich des Wahlverhaltens von Frauen zugunsten der NSDAP wurde nachgewiesen, dass diese der Hitler-Partei nur unwesentlich schwächer zuneigten als Männer. Die Differenz betrug zwischen 1924 und 1932 maximal zwei Prozentpunkte. Erst 1933 war die NSDAP bei den Frauen etwas erfolgreicher als bei den Männern. Nach 1945 entschieden sich bei Wahlen deutlich weniger Frauen für rechtsextremistische Parteien als Männer. Beispielsweise konnte die Deutsche Reichspartei (DRP) 1961 1,1 Prozent der Männer und 0,7 Prozent der Frauen mobilisieren. Dieses Verhältnis setzte sich grosso modo in den sechziger Jahren bei der NPD und Ende der achtziger Jahre bei den Republikanern fort, *und auch gegenwärtig ist die Anhängerschaft rechtsextremistischer Parteien im Schnitt etwa zu zwei Dritteln männlich und zu einem Drittel weiblich.*

Noch stärker äußert sich der Geschlechterunterschied darin, dass Frauen in rechtsextremistischen Gruppierungen nur eine randständige Rolle spielen. Über die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaften von rechtsextremistischen

Parteien und Organisationen liegen nur wenige Informationen vor. Etwa sechs Prozent der Neumitglieder der NSDAP waren Frauen. Der Anteil der Frauen in der Sozialistischen Reichspartei (SRP) betrug rund acht Prozent, und bei der NPD waren es Anfang 1967 11 Prozent, 1968 dann neun Prozent. 2001 meldeten die Republikaner einen Frauenanteil von 20 Prozent und die NPD von 18 Prozent. Als Hinweis auf die marginale innerparteiliche Bedeutung des weiblichen Geschlechts mag der Frauenanteil an den Bundestagskandidaten rechtsextremistischer Parteien dienen: Er betrug zwischen 1949 und 1990 rund neun Prozent, bei der Bundestagswahl 2005 waren auf den Landeslisten der Republikaner insgesamt 15 Frauen vertreten (15 %), auf denen der NPD 24 (11 %). Unter den 61 Landtagsabgeordneten der NPD in den sechziger Jahren befanden sich ganze drei Frauen, und von den 18 für die NPD 2004 bzw. 2006 in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern gewählten Personen war nur eine einzige weiblichen Geschlechts. Die sechsköpfige brandenburgische DVU-Fraktion zählte zuletzt zwei Frauen, wobei allerdings eine den Fraktionsvorsitz innehatte. Dem 21 Personen umfassenden Bundesvorstand der Republikaner gehören sechs Frauen an (29 %), im siebzehnköpfigen Bundesvorstand der NPD sitzt derzeit keine einzige Frau.

Insgesamt beziffern die Verfassungsschutzbehörden den derzeitigen Anteil von Frauen am rechtsextremistischen Personenpotenzial mit etwa zehn Prozent.

Der Frauenanteil am kriminellen Rechtsextremismus ist ebenfalls gering. Im Zeitraum von September 1978 bis Dezember 1982 befanden sich unter den knapp 800 wegen rechtsextremistischer Aktivitäten abgeurteilten Personen nur zwei Prozent Frauen. Der Anteil der Frauen unter den zwischen Januar 1991 und April 1992 ermittelten rund 1400 Tatverdächtigen im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Straftaten betrug vier Prozent, und das Bundesinnenministerium bezifferte den Frauenanteil an Gewalttaten mit erwiesener oder vermutender rechtsextremistischer Motivation für 1996 ebenfalls mit vier Prozent. Der Anteil von weiblichen fremdenfeindlichen Tatverdächtigen ist in den neunziger Jahren von fünf Prozent auf neun Prozent angewachsen und dürfte bis heute weiter zugenommen haben.

Auf der Grundlage von Einstellungsuntersuchungen zur Gewaltbereitschaft ergibt sich ein differenziertes Bild. Dabei darf Gewaltbereitschaft nicht mit Gewalttätigkeit gleichgesetzt werden. Statistische Analysen legen es nahe, zwischen aktiver und passiver Gewaltbereitschaft zu unterscheiden (Tabelle 14). Aktive Bereitschaft liegt vor, wenn eine Person ihre Bereitschaft erklärt, selbst unmittelbar Gewalt anzuwenden (z. B. „Ich bin in bestimmten Situationen

Tabelle 14: Zustimmung zu Statements zur Gewaltbereitschaft nach Geschlecht 2006 (%)

Statements	Alle	Männer	Frauen
Ich bin bereit, mich mit körperlicher Gewalt gegen Fremde durchzusetzen.	13	17	10
Ich würde selbst nie körperliche Gewalt anwenden, finde es aber gut, wenn es Leute gibt, die auf diese Weise für Ordnung sorgen.	24	24	24
Körperliche Gewalt gegen andere gehört ganz normal zum menschlichen Verhalten, um sich durchzusetzen.	14	18	11
Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.	15	20	10
Man muss leider zu Gewalt greifen, weil man nur so beachtet wird.	9	11	7
Selber würde ich nie Gewalt anwenden. Aber es ist schon gut, dass es Leute gibt, die mal ihre Fäuste sprechen lassen.	21	21	21

Datenquelle: Datensatz der Studie von Decker/Brähler/Geißler „Vom Rand zur Mitte“ (2006). Siehe Anm. 12. (N=4872).

durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen“). Um passive Gewaltbereitschaft handelt es sich, wenn eine Person für sich selbst Gewalttätigkeit ausschließt, aber das Gewalthandeln anderer begrüßt (z. B. „Ich würde selbst nie körperliche Gewalt anwenden, finde es aber gut, wenn es Leute gibt, die auf diese Weise für Ordnung sorgen.“). Es zeigt sich, dass bei passiver Gewaltbereitschaft kein Unterschied zwischen den Geschlechtern besteht. Erst bei aktiver Gewaltbereitschaft erreichen die Männer deutlich höhere Zustimmungswerte als die Frauen. Dies gilt entsprechend für Befragte mit rechtsextremistischen Einstellungen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Bedeutung der Frauen im Rechtsextremismus zugenommen hat, dass sie dort aber immer noch eine Randexistenz fristen.

Ursachen für die Hinwendung zum Rechtsextremismus

Männer und Frauen reagieren also – wenigstens teilweise – verschieden auf rechtsextremistische Politikangebote. Wenn Rechtsextremismus auf der individuellen Ebene eine spezifische Form der Bewältigung von problematischen sozialen Erfahrungen und sozialen Lagen bedeutet, dann besteht – jedenfalls nach vorherrschender Meinung – kein relevanter geschlechtsspezifischer Unterschied bei der Deutung und mentalen Verarbeitung derartiger Erfahrungen und Lagen im Sinne des Rechtsextremismus, wohl aber bei den praktischen Konsequenzen, die daraus gezogen werden (Wahlverhalten, politisches Engagement, Gewalt). Die Forschungen zum Verhältnis von Frauen und Rechtsextremismus gelten vor allem den Ursachen für diesen „Gender Gap“.

Das gilt zunächst für die Frage, ob sich Frauen dem Rechtsextremismus trotz oder gerade wegen seines reaktionären, sexistischen Weiblichkeitsideals zuwenden. Dieses Weiblichkeitsideal entspringt völkisch-nationalistischen Vorstellungen und richtet sich diametral gegen demokratische Emanzipationsbestrebungen. Was zumeist in kritischer Absicht als Sexismus bezeichnet wird, stellt in der Perspektive des Rechtsextremismus eine naturgegebene Rollenzuweisung dar, die angeblich bedroht ist und daher bewahrt bzw. gestärkt werden müsse. Eine empirische Untersuchung aus dem Jahr 2005⁴⁶, die im Folgenden herangezogen wird, ist zu dem Ergebnis gelangt, dass ein starker positiver Zusammenhang zwischen rechtsextremistischen und sexistischen Einstellungen besteht, bei Männern sogar noch mehr als bei Frauen. Dieses gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis dürfte darauf beruhen, dass beide Einstellungsmuster auf Diskriminierung und Unterordnung zielen. Dass das Programm der Republikaner 1989 durchaus Anziehungskraft auf spezifische weibliche Mentalitäten ausübte, erklärte Oltmanns damals so:

„Eine Ursache könnte die Auflösung von traditionellen Rollenmustern sein, die gerade Mädchen und junge Frauen in einer Phase, wo sie

46 Richard Stöss: Rechtsextremismus, Sexismus und Gender Gap, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 16, Berlin, Februar 2009, 86 S. (Internet: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/emposz/schriften/Arbeitshefte/ahosz16.pdf>).

ihre Identität ausbilden und auf der Suche nach Orientierungen sind, verunsichert. Durch die Vermittlung von traditionellen Männlichkeits- und Weiblichkeitsidealen erhalten Mädchen wie Jungen klare Orientierungen. Die ideologische Erhöhung der Mutterrolle bietet verunsicherten Mädchen und jungen Frauen die Kompensation eines erlebten Selbstwertverlustes an.“⁴⁷

Wenn sexistische Einstellungen die Hinwendung zum Rechtsextremismus begünstigen, stellt sich die Frage, ob es sich beim Sexismus um ein vorrangiges oder nur um ein nachgeordnetes Motiv für rechtsextremistische Neigungen handelt. Es könnte ja sein, dass Frauen nicht wegen des Frauen- bzw. Familienbildes, sondern wegen anderer Programmpunkte zum Rechtsextremismus tendieren, dass sie die völkisch-biologistischen Ansichten über das Geschlechterverhältnis hinnehmen, weil sie primär für die Wiederherstellung des Deutschen Reichs in seinen „historisch gewachsenen Grenzen“ eintreten oder im Sinne der Antiglobalisierungskampagne „national-sozialistische“ Ziele verfolgen. In der erwähnten Untersuchung wurden neben Sexismus weitere Motive für die Hinwendung zum Rechtsextremismus überprüft. Das Ergebnis ist eindeutig: Die stärkste Erklärungskraft üben Sexismus und autoritäre politische Ordnungsvorstellungen (wie Innere Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung etc.) aus. Bei Männern hat Sexismus ein leichtes Übergewicht, bei Frauen überwiegen die autoritären Ordnungsvorstellungen etwas. Die Unterschiede sind allerdings gering. *Beim reaktionären Frauen- bzw. Familienbild handelt es sich also um ein zentrales Attraktionsmoment des Rechtsextremismus.* Dies gilt grosso modo für Frauen und Männer.

Wenn dem so ist, stellt sich schließlich die Frage, warum Frauen deutlich seltener rechtsextremistische Parteien wählen als Männer. Die Studie aus dem Jahr 2005 ist dieser Frage am Beispiel der Beurteilung der NPD nachgegangen. Die Ergebnisse lauten kurz zusammengefasst:

- Frauen finden genauso häufig Gefallen an der NPD wie Männer.
- Personen mit rechtsextremistischen Einstellungen bewerten die NPD wesentlich besser als Befragte ohne derartige Einstellungen. Dabei besteht allerdings ein Unterschied zwischen den Geschlechtern: Rechtsextremistische Männer stellen der NPD noch häufiger ein gutes Zeugnis aus als rechtsextremistische Frauen.

47 Hilke Oltmanns: „Siegen, kämpfen, durchgreifen lassen“. Rechtsextremismus bei Mädchen. In: Widersprüche, 10. Jg. (1990), Nr. 35, S. 44.

- Wenn sich bei Männern zu rechtsextremistischen auch noch sexistische Einstellungen gesellen, wächst der Anteil der positiven Evaluierungen. Das Gegenteil ist bei rechtsextremistischen Frauen der Fall: Wenn sie über sexistische Orientierungen verfügen, fällt der Anteil der positiven Urteile (bezogen auf alle rechtsextremistischen Frauen) deutlich unterdurchschnittlich aus. Allerdings ist der Einfluss von Sexismus auf die Wertschätzung der NPD gering, bei Frauen noch geringer als bei Männern.
- Ausschlaggebend für eine positive Bewertung der NPD durch Männer sind rechtsextremistische Einstellungen. Dies trifft auch auf Frauen zu, an erster Stelle stehen bei ihnen jedoch prosoziale Orientierungen bzw. die Kritik an der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik. Eine gute Beurteilung der NPD geht bei ihnen Hand in Hand mit einer guten Beurteilung der Linkspartei!
- Frauen sind also nicht so stark auf die NPD fixiert wie Männer, die von der NPD vor allem aus ideologischen Gründen angetan sind. Männer stehen zur NPD weil sie Rechtsextremisten sind. Frauen beurteilen die NPD dagegen nicht nur nach weltanschaulichen, sondern auch nach sozialen Kriterien und sehen daher auch in der Linkspartei eine mögliche Alternative im Parteiensystem.
- Wenn nur Befragte mit rechtsextremistischen Einstellungen betrachtet werden, dann ist bei Männern eine positive Bewertung in erster Linie vom Alter abhängig (umso jünger, umso positiver die Bewertung). Bei Frauen sind wiederum prosoziale Orientierungen maßgeblich, das Alter kommt erst an zweiter Stelle.

Diese Beispiele zeigen, dass der „Gender Gap“ beim Rechtsextremismus zwar primär die Verhaltensebene betrifft, er spielt bei genauerem Hinsehen aber auch auf der Einstellungsebene eine Rolle. Bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sind mithin auch geschlechterspezifische Aspekte zu berücksichtigen.

9 Rechtsextremismus in Europa

Um die Bedeutung des deutschen Rechtsextremismus besser einschätzen zu können, lohnt sich ein Blick auf die Verhältnisse in den europäischen Staaten. Dabei ist zwischen Westeuropa und Osteuropa zu unterscheiden. Mit Westeuropa sind hier die 15 Staaten der Europäischen Union vor der Osterweiterung 2004 sowie Norwegen und die Schweiz gemeint. Hinsichtlich Osteuropa ist weiterhin zwischen den zehn EU-Staaten und den übrigen Staaten des ehemaligen Einflussgebiets der Sowjetunion zu unterscheiden. Erstere haben sich nämlich offiziell in westliche Bündnisstrukturen (EU, Nato) integriert, während letztere noch zwischen westlicher bzw. östlicher Orientierung und nationaler Eigenständigkeit schwanken. Dass dieser Unterschied auch durch den jeweils erreichten Stand des Systemwechsels vom Staatssozialismus zu Demokratie und Marktwirtschaft bedingt ist, sei hier nur am Rande erwähnt. Abgesehen von den – gleich noch zu behandelnden – verschiedenen Existenz- und Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus in West- und Osteuropa bestehen auch hinsichtlich des wissenschaftlichen Kenntnisstandes große Abweichungen. Während der westeuropäische Rechtsextremismus recht gut erforscht ist, liegen über den osteuropäischen Rechtsextremismus nur einige wenige Studien vor, die sich in erster Linie auf Parteien und Wahlen beziehen. Der bewegungsförmige, subkulturelle Rechtsextremismus ist so gut wie nicht erforscht⁴⁸, und über rechtsextremistische Einstellungen ist ebenfalls wenig bekannt. Wir werden uns daher im Folgenden auf den parteiförmigen Rechtsextremismus konzentrieren, und das auch nur, insoweit er parlamentarisch vertreten war bzw. ist.

Rechtsextremismus in Westeuropa

a) Existenz- und Erfolgsbedingungen

In den achtziger Jahren haben sich infolge von Globalisierung, wachsenden Migrationsbewegungen, Massenarbeitslosigkeit, Abbau von sozialen Stan-

48 Alle Dimensionen des Rechtsextremismus in zehn osteuropäischen Staaten werden in folgendem Sammelband behandelt: Cas Mudde: *Racist Extremism in Central and Eastern Europe*, London/New York: Routledge 2005. Informativ sind auch die Reportagen und Analysen für sechs osteuropäische Länder in diesem Buch: Gregor Mayer/Bernhard Odehnal. *Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa*. St. Pölten/Salzburg: Residenz Verlag 2010.

dards, Standortkonkurrenz und Verdrängungswettbewerb auf den Arbeitsmärkten die ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus nicht nur in Deutschland, sondern in allen westeuropäischen Staaten wesentlich verbessert. *Dies begünstigte den Auftrieb eines „neuen“ Rechtsextremismus nicht nur hierzulande, sondern in vielen westlichen Demokratien*, die sich im Übergang von Industriegesellschaften zu post-industriellen Gesellschaften befinden.

Ein wichtiger Bestandteil dieses Trends war die *Veränderung des Meinungsklimas*: Mitte der siebziger Jahre löste ein Grundsatzkonflikt den bis dahin bestehenden breiten gesellschaftlichen Konsens in sozialpolitischen Fragen („Sozialdemokratisches Jahrhundert“) ab. Damals breitete sich eine massive, antietatistische und monetaristische Kritik am sozialdemokratischen Reformismus aus, der angesichts der seinerzeitigen Tendenzen zu Stagnation und Inflation und angesichts der wachsenden Massenarbeitslosigkeit in heftige Bedrängnis geraten war. Eine übertriebene wohlfahrtsstaatliche Politik – so die neoliberalen Kritiker – habe die öffentlichen Haushalte überlastet, die Selbststeuerungskräfte des Markts geschwächt, unternehmerische Initiative behindert und damit der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt schwer geschadet. Um ihr zu neuer Blüte zu verhelfen, müsse sie von ihren bürokratischen Fesseln befreit, staatliche Intervention auf das unbedingt notwendige Mindestmaß zurückgeschraubt und die Staatsverschuldung konsequent abgebaut werden. Für die Lösung der sozialen Probleme seien in erster Linie die Bürger/innen selbst verantwortlich, staatliche Leistungen sollten nur bei Härtefällen gewährt werden.

Mit der Bildung der *neoliberalen und neokonservativen* Regierungen unter Margaret Thatcher in Großbritannien (1979) und Ronald Reagan in den USA (1980), deren Programm auf die Kurzformel „*freie Wirtschaft plus starker Staat*“ gebracht wurde, gerieten nicht nur die sozialdemokratischen Parteien Europas unter starken politischen Druck, zumal sich die Wirtschafts- und Finanzkrisen in den westlichen Industriegesellschaften weiter vertieften. Auch die bürgerlichen Parteien wurden für die krisenhaften Entwicklungen verantwortlich gemacht. Die *Unzufriedenheit mit dem Establishment insgesamt* nahm zu und begünstigte nicht nur die Entstehung eines „neuen“ Rechtsextremismus, sondern auch grün-alternative Bestrebungen, die sich bald zur Bildung entsprechender Parteien verdichteten.

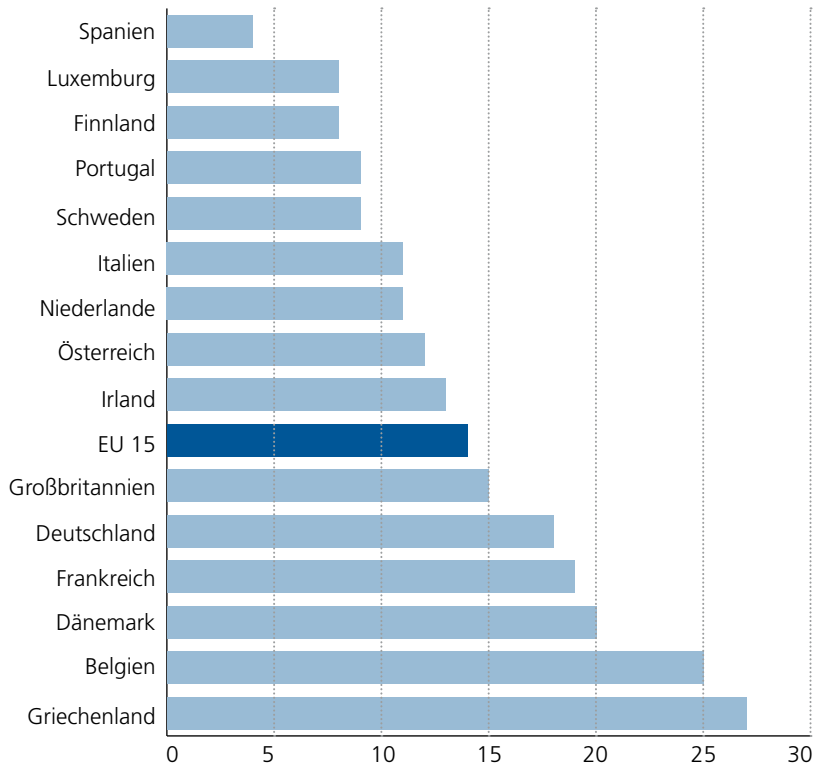
Da sich die westeuropäischen Staaten hinsichtlich ihrer Verfassungs- und Regierungssysteme, hinsichtlich ihrer politischen Kulturen und Traditionen und

nicht zuletzt hinsichtlich ihrer sozialen und ökonomischen Lagen stark unterscheiden, sind generalisierende Aussagen über den zeitgenössischen Rechtsextremismus – wenn überhaupt – nur auf der Grundlage von außerordentlich starken Verallgemeinerungen möglich. Gemeinsam ist den Rechtsextremisten in Westeuropa:

- Ein *Nationalismus*, der nicht auf Großmachtbestrebungen oder Expansionismus zielt, sondern auf nationale Identität. Er richtet sich zumeist weniger gegen die ökonomische Globalisierung, sondern vor allem gegen die Entwertung der Nationalstaaten, insbesondere gegen die europäische Integration.
- *Neorassistische* oder wenigstens doch *fremdenfeindliche* Haltungen, die die eigene Ethnie gegen externe kulturelle Einflüsse absichern und Immigration bzw. die Präsenz von Ausländer/innen im eigenen Land abwehren sollen. Vorherrschend ist dabei der *Antiislamismus*. In Teilen des westeuropäischen Rechtsextremismus ist Ethnozentrismus stärker ausgeprägt als Nationalismus.
- Eine *autoritäre „law and order“-Politik*, die sich zumeist mit einer massiven *Anti-Establishment-Polemik* verbindet, da sich die etablierten politischen Kräfte angeblich zu wenig um die innere Sicherheit im Allgemeinen und um die Bekämpfung der Ausländerkriminalität im Besonderen kümmern.
- *Neoliberale* wirtschaftspolitische Konzepte haben mittlerweile an Einfluss verloren. Weite Teile des westeuropäischen Rechtsextremismus haben die Bedeutung der *sozialen Frage* für ihre Unterschicht-Anhänger/innen erkannt, lehnen aber das sozialdemokratische Modell des Wohlfahrtsstaats ab, insbesondere dann, wenn Ausländer/innen davon profitieren.

In der Literatur wird oft auch *Rechtspopulismus* als Merkmal des westeuropäischen Rechtsextremismus genannt. Dabei handelt es sich allerdings um einen vieldeutigen Begriff, der sich nicht auf politische Ziele, sondern auf politische Kommunikationsformen bezieht. Gemeint sind in der Regel demagogische Formen der Massenmobilisierung von charismatischen Führern, die sich auf die (vermeintlichen) Interessen der „kleinen Leute“ berufen, an ihr Alltagsbewusstsein anknüpfen, Vorurteile verstärken, Gefahren überdramatisieren, Ängste schüren und sich selbst als Hoffnungsträger, als Retter aus der Not präsentieren. Derartige Methoden der Massenmobilisierung sind in der Tat charakteristisch für weite Teile des Rechtsextremismus, aber sie sind es bereits seit der Entstehung des Rechtsextremismus Anfang des 20. Jahrhunderts. Daran ist nichts Neues und schon gar nichts Typisches für den zeitgenössischen Rechtsextremismus in Westeuropa.

Grafik 29: Intoleranz gegenüber Minderheiten in der Europäischen Union 2000 (%)

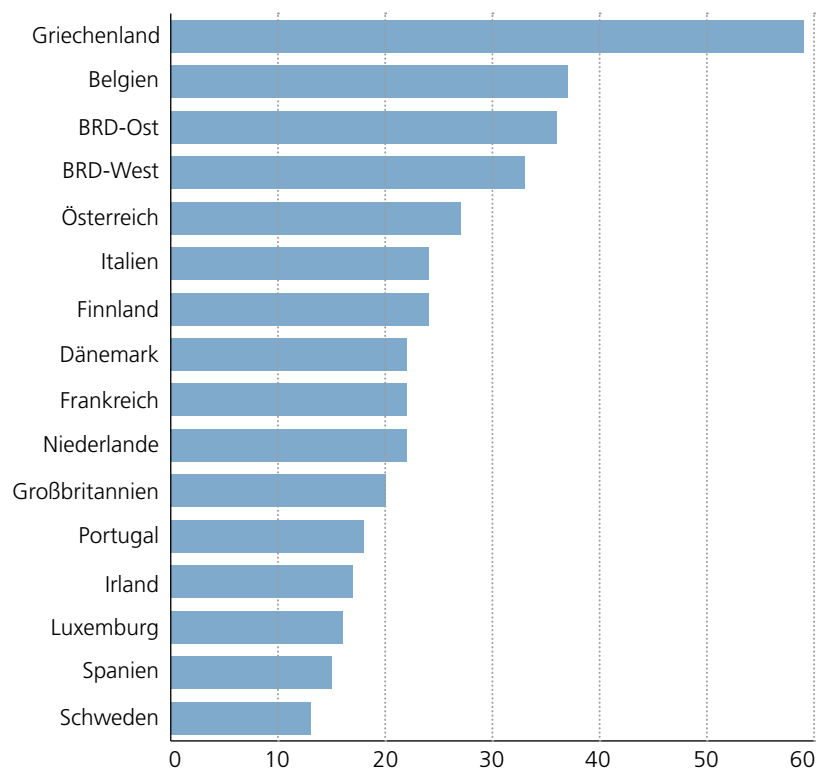


Datenquelle: EUMC/Eurobarometer 2000

b) Ethnozentristische Einstellungen

Über die Verbreitung von ethnozentristischen Einstellungen liegen einige Umfrageergebnisse des „Eurobarometer“, der Meinungsforschungseinrichtung der Europäischen Kommission vor. Seit 1988 ist eine widersprüchliche Entwicklung zu konstatieren: Einerseits ist die Überzeugung gewachsen, dass Immigrant/innen aus Nicht-EU-Staaten eine Bereicherung des kulturellen Lebens darstellen, und die EU-Bürger/innen befürworten in wachsendem Ausmaß politische Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens von Inländer/innen und Ausländer/innen. Andererseits besteht ein erhebliches rassistisches Einstellungspotenzial, das sich in

Grafik 30: Ablehnung der multikulturellen Gesellschaften in der Europäischen Union 2003 (%)

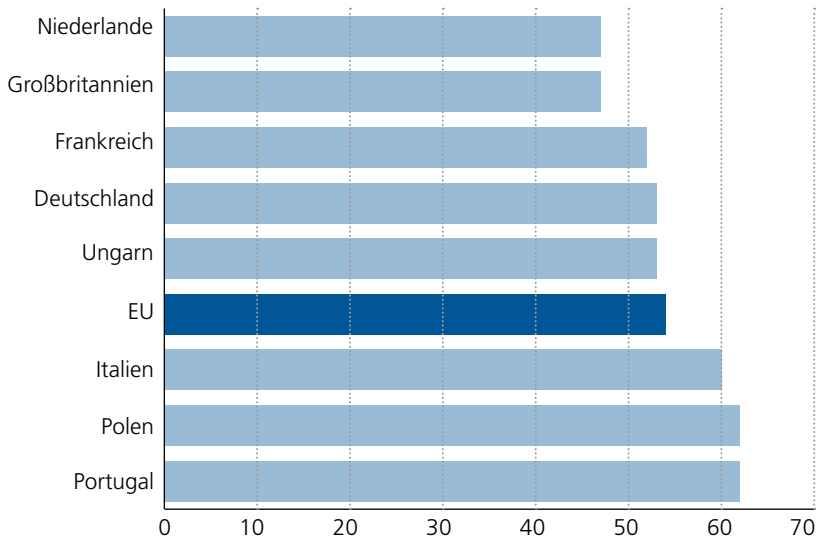


Datenquelle: EUMC/Eurobarometer 2003

den vergangenen Jahren vermutlich vergrößert hat. 1997 bezeichnete sich rund ein Drittel der EU-Bürger/innen als sehr bzw. ziemlich rassistisch. Und sogar eine Mehrheit der Europäer/innen hegte Vorbehalte gegenüber ethnischen bzw. nationalen Minoritäten, weil sie befürchteten, dass diese den sozialen Frieden und den gesellschaftlichen Wohlstand bedrohen. Derartige Befürchtungen wurden vor allem von solchen Befragten geäußert, die mit ihrer persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Situation unzufrieden waren und große Zukunftsängste hatten.

In einer Studie aus dem Jahr 2000 (die allerdings mit der Untersuchung von 1997 nicht vergleichbar ist) erwiesen sich 14 Prozent der EU-Europäer/innen

Grafik 31: Islamfeindliche Einstellungen in Europa 2009 (%)



Datenquelle: IKG Bielefeld/GMF-Projekt; aus: Süddeutsche Zeitung v. 4.12.2009, S. 2

als intolerant gegenüber Minderheitengruppen. Sie zeigten eine stark negative Haltung gegenüber Minoritäten. Weitere 25 Prozent wurden als ambivalent eingestuft. Sie äußerten zugleich positive und negative Einstellungen gegenüber Minderheiten. Betont tolerant waren nur 21 Prozent der Befragten.

In Grafik 29 ist der Anteil der Intoleranten an der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten aufgeführt. Die Prozentwerte schwanken zwischen vier Prozent für Spanien und 27 Prozent für Griechenland. Dass für Griechenland besonders viel Intoleranz gegenüber Minderheiten gemessen wurde, mag daran liegen, dass es sich im Laufe der Geschichte von einem Auswanderer- zu einem Einwandererland entwickelt hat und derzeit viele Konflikte mit Türken, Albanern, Bulgaren und Mazedoniern bestehen. Folglich lehnen die Griechen auch besonders häufig multikulturelle Gesellschaften ab (Grafik 30). Wie bei der Intoleranz gegenüber Minderheiten bestehen auch große Unterschiede zwischen den 15 westeuropäischen EU-Staaten in Bezug auf die Ablehnung von multikulturellen Gesellschaften. Dies könnte eine Ursache dafür sein, dass rechtsextremistische Parteien auf sehr verschiedene Resonanz in den Ländern Westeuropas stoßen. Grafik 31

deutet darauf hin, dass sich islamfeindliche Einstellungen viel gleichmäßiger und auf einem wesentlich höheren Niveau über die europäischen Staaten verteilen. Über die Hälfte der EU-Bürger verfügt über derartige Einstellungen.

c) Parteitypen

Westeuropa verfügt über eine sehr differenzierte rechtsextremistische Parteienlandschaft. In der Forschung wird intensiv darüber diskutiert, welche Parteien ihr angehören und wie sie angemessen strukturiert werden kann. Eine einvernehmliche Typologie liegt nicht vor.

Wir bedienen uns hier eines einfachen Modells, das die Parteien nach zwei Kriterien gruppiert, nach der Bedeutung bzw. Intensität von Nationalismus und Ethnozentrismus in Programm und Praxis sowie nach der Haltung gegenüber den jeweiligen demokratischen Systemen.⁴⁹ Hinsichtlich der Haltung zum System unterscheiden wir zwischen systemkonform, systemkritisch und systemfeindlich. Die Grenze zwischen Systemkritik und Systemfeindschaft ist fließend, weil auch Systemkritik letztlich auf Systemüberwindung hinausläuft.

Ob eine Partei völkischen Nationalismus vertritt und damit der rechtsextremistischen Parteienfamilie zuzuordnen ist, entscheiden wir anhand von zwei Kriterien: Nationalismus und Rassendiskriminierung⁵⁰. Rechtskonservative Parteien, deren „Nationalismus“ lediglich in der Ablehnung der Europäischen Union besteht⁵¹ oder die keine explizite Rassendiskriminierung erkennen lassen⁵², gehören nicht dazu. Es ergeben sich drei Parteitypen, die auch hinsichtlich ihrer Bündnispolitik voneinander separiert sind:

49 Bei der Darstellung des deutschen Rechtsextremismus konnte zwischen systemkonformer und systemwidriger Praxis unterschieden werden, weil dafür hinreichend Informationen zur Verfügung stehen. Bei den westeuropäischen Parteien können wir uns nur an der allgemeinen Haltung der Parteien gegenüber dem jeweiligen demokratischen System orientieren. Für die Bewertung ihrer konkreten Praxis reicht die zur Verfügung stehende Materialbasis nicht aus.

50 Die 15 Mitgliedsstaaten der EU haben sich auf eine weitgehende Definition von „Rassendiskriminierung“ verständigt. Dabei handelt es sich um „jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen oder ethnischen Ursprung beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Wahrnehmen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird“ (Richtlinie 2000/43/EG v. 29.6.2000).

51 Zum Beispiel die britische United Kingdom Independence Party (UKIP; Unabhängigkeitspartei Großbritanniens).

52 Zum Beispiel der portugiesische Partido Popular (PP, Volkspartei).

Typ 1: Gemäßigt nationalistisch und fremdenfeindlich, eher systemkonform; Kooperation mit liberalen und konservativen Parteien, nicht aber mit rechtsextremistischen Parteien des Typs 2 oder 3.

Typ 2: Nationalistisch und völkisch, eher systemkritisch; keine Zusammenarbeit mit Parteien des Typs 1, die von den Parteien des Typs 2 dem nationalistischen Lager nicht einmal zugerechnet werden; oft auch (nur verbale) Abgrenzung gegenüber Parteien des Typs 3.

Typ 3: (Neo-)Faschistisch bzw. (neo-)rassistisch, systemfeindlich; ebenfalls keine Kooperation mit Parteien des Typs 1, aber gewisse Affinitäten zu Parteien des Typs 2.

Prägend für den Typ 1, der oft auch als „Rechtsextremismus light“ bezeichnet wird, sind die skandinavischen Fortschrittsparteien oder auch die Schweizerische Volkspartei (SVP). Der Typ 2 wird vor allem durch den französischen Front National (FN), den belgischen Vlaams Belang (VB) oder durch die italienische Lega Nord (LN) repräsentiert. Zum Typ 3 zählen beispielsweise die Italienische Sozialbewegung (Movimento Sociale Italiano, MSI) oder die spanische Neue Kraft (Fuerza Nueva, FN). In Deutschland waren die Republikaner dem Typ 1 zuzurechnen, die DVU gehört dem Typ 2 und die NPD dem Typ 3 an.

d) „Rechtsextremismus light“

Bei den Parteien des Typs 1 handelt es sich zumeist um Gründungen seit der neoliberalen Wende, seit den siebziger Jahren also. Einige Parteien gehörten zuvor dem etablierten politischen Spektrum an, entwickelten sich dann aber nach rechts. Dies trifft beispielsweise auf die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) zu, die erst unter dem Vorsitz von Jörg Haider (seit 1986) nach rechts driftete, oder auf die seit 1918 bestehende schweizerische SVP, die ihren Rechtsschwenk in den neunziger Jahren unter dem Einfluss von Christoph Blocher vollzog.

Die Parteien des Typs 1 sind bei Wahlen insgesamt wesentlich erfolgreicher als die der beiden anderen Typen. Und wenn rechtsextremistische Parteien an nationalen Regierungen beteiligt sind⁵³ bzw. nationale Regierungen tolerieren (wie in

53 Die schweizerische SVP ist seit 1929 an nationalen Regierungen beteiligt, aber erst seit 1995 kann von einer rechtsextremistischen Regierungsbeteiligung die Rede sein. Die FPÖ befand sich von 2000 bis 2006 in einer Koalition mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), und die italienischen Parteien Alleanza Nazionale (AN) und Lega Nord (LN) waren 1994 für einige Monate und dann wieder seit 2001 Mitglied der Regierung ihres Landes. Die Lijst Pim Fortuyn (LPF) war 2002 an der niederländischen Regierung beteiligt.

Norwegen oder Dänemark), dann gehören sie dem Typ 1 an. Eine Ausnahme bilden lediglich die italienische Lega Nord (LN) und die ebenfalls italienische Nationale Allianz (Alleanza Nazionale, AN), die (im Fall der AN nur zeitweilig) dem Typ 2 zuzurechnen waren bzw. sind.

Die *dänische Fortschrittspartei (Fremskridtspartiet, FrP)* wurde 1972 von dem „Steuerrebell“ Mogens Glistrup gegründet. Sie richtete sich im Kern gegen das dänische Modell des Wohlfahrtsstaats, gegen staatliche Bürokratie und Regulierung und gegen die angeblich erdrückende Steuerlast. Mit Rechtsextremismus hatte dies alles zunächst nichts zu tun. 1973 wurde die FrP auf Anhieb mit 15,9 Prozent zweitstärkste Kraft im dänischen Parlament. Bis 1984 ging sie jedoch auf 3,6 Prozent zurück. Glistrup musste 1983–85 eine Haftstrafe wegen Steuerhinterziehung ableisten.

Danach schlug er einen betont rassistischen Kurs ein, womit er allerdings eher Rentner als mittlere und jüngere Generationen mobilisieren konnte (1988: 9,0%). Zunehmend in der eigenen Partei isoliert, gründete er kurz vor den Wahlen des Jahres 1990 eine neue Partei, die aber scheiterte. Unter der Führung seiner Nachfolgerin, Pia Kjærsgaard, erreichte die FrP 1990 zwar nur noch 6,4 Prozent, konnte dieses Resultat aber 1994 halten. Programmatisch konzentrierte sich die Partei auf drei Themen: neoliberale Wirtschaftsordnung, Immigrationskritik und „law and order“. Die drastisch verkürzten sozialstaatlichen Maßnahmen sollten nur noch dänischen Bürgern zugute kommen.

1995 kam es zu einem Machtkonflikt innerhalb der Parlamentsfraktion. Kjærsgaard verließ die Partei mit ihren Anhänger/innen und gründete die *Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti, DF)*, die das politische Establishment populistisch kritisiert, besonders fremdenfeindlich ist, die Integration Dänemarks in die EU radikal bekämpft und innenpolitisch autoritäre Maßnahmen zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung fordert. Die DF konnte bei den Wahlen von 1998 das Wählererbe der FrP antreten: Erstere erzielte 7,4 Prozent, letztere 2,4 Prozent. Immerhin brachten es beide Parteien angesichts der gewachsenen fremdenfeindlichen Stimmung im Land gemeinsam auf knapp zehn Prozent. Dass die FrP die Sperrklausel (2 %) überwinden und vier Mandate erreichen konnte, verdankte sie ausschließlich ihrer populären Vorsitzenden Kirsten Jacobsen, die den Parteivorsitz mittlerweile aber aufgegeben hat, was das Ende der Partei bedeutete.

Bei der Europawahl 1999 zog die DF mit einem Mandat (5,8 %) in das Europäische Parlament ein, während sich die FrP mit ganzen 0,7 Prozent zufrieden-

Tabelle 15: Rechtsextremistische Parteien in nationalen Parlamenten Westeuropas und/oder im Europaparlament seit 1972

Typ 1	Typ 2	Typ 3
Gemäßigt nationalistisch und fremdenfeindlich, eher systemkonform	Nationalistisch und völkisch, eher systemkritisch	Faschistisch bzw. rassistisch, eher systemfeindlich
Bündnis mit liberalen und konservativen Parteien; Abgrenzung gegenüber Typen 2 + 3	„Authentische nationale Opposition“; Abgrenzung gegenüber Typ 1 und teilweise Typ 2	Keine Kooperation mit systemkonformen Kräften; teilweise Affinitäten zu Typ 2
Alleanza Nazionale (Ita) (1999–2008)	Alleanza Nazionale (Ita) (bis 1998)	Alternativa Sociale (Ita)
Bündnis Zukunft Österreich	Ethniki Parataxis (Gri)	British National Party
Dansk Folkeparti (Dän)	Ethniki Politiki Enosis (Gri)	Fuerza Nueva (Spa)
Freiheitliche Partei Österreichs	Front National (Bel)	Movimento Sociale Fiamma Tricolore (Ita)
Fremskridtspartiet (Dän)	Front National (Fra)	Movimento Sociale Italiano (Ita)
Fremskrittspartiet (Nor)	Laikos Orthodoxos Synagermos (Gri)	
Komma Proodeftikon (Gri)	Lega Nord (Ita)	
Lijst Dedecker (Bel)	Republikaner (BRD) (bis 1994)	
Lijst Pim Fortuyn (Nie)	Vlaams Belang (Bel)	
Ny Demokrati (Sch)		
Partij voor de Vrijheid (Nie)		
Republikaner (BRD) (seit 1995)		
Schweizerische Volkspartei		
Sverigedemokraterna (Sch)		

Deutsche Namen im Abkürzungsverzeichnis

geben musste. Bei den nationalen Wahlen 2001 wurde die DF nach den Liberalen und den Sozialdemokraten drittstärkste Partei (12,0 %) und tolerierte die liberal-konservative Minderheitsregierung unter Anders Fogh Rasmussen. Bei der Europawahl 2004 gewann die DF zwar wieder nur ein Mandat (6,8 %), bei den Parlamentswahlen im Februar 2005 blieb sie jedoch drittstärkste Partei und konnte sich sogar auf 13,3 Prozent verbessern. Bei den vorgezogenen Wahlen 2007 stabilisierte sie dieses Ergebnis (13,8 %) und setzte – wie schon 2005 – die Tolerierung der Mitte-Rechts-Minderheitsregierung fort. Bei der Europawahl 2009 brachte sie es sogar auf 15,3 Prozent (gegenüber 6,8 % 2004).

Die *norwegische Fortschrittspartei (Fremskrittspartiet, FrP)* wurde 1973 von Anders Lange als Kopie der dänischen FrP gegründet. Noch im selben Jahr zog sie mit vier Abgeordneten (5,0 %) in das norwegische Parlament ein. Der plötzliche Tod von Lange (1974) stürzte die Partei in eine Krise, die erst durch die Wahl von Carl I. Hagen zu seinem Nachfolger gelöst wurde. Nach 1,9 Prozent bei den Wahlen von 1977 ging es seit 1981 wieder aufwärts. 1989 betrug das Wahlergebnis 13,0 Prozent. Ein innerparteilicher Streit zwischen Neoliberalen und Populisten führte zum Austritt ersterer, wodurch die Partei bei den Wahlen 1985 auf 3,7 Prozent zurückgeworfen wurde. Hagen brachte die FrP dann auf einen entschiedenen Antiimmigrationskurs, wodurch die FrP 1997 mit 15,3 Prozent zweitstärkste Partei wurde und dieses Niveau auch 2001 halten konnte (14,7 %). Bis zu den Storting-Wahlen im September 2005 stützte sie die von den Konservativen geführte Minderheitsregierung unter Kjell Magne Bondevik. Mit dem Machtwechsel zugunsten einer von Jens Stoltenberg geführten rot-rot-grünen Koalition musste die FrP definitiv auf die Oppositionsbänke wechseln, obwohl sie ihr Ergebnis auf beachtliche 22,1 Prozent steigern konnte. Im Mai 2006 trat der impulsive und oft ungeschickt taktierende Hagen den Parteivorsitz an die junge Betriebswirtin Siv Jensen ab, der zugetraut wurde, ab 2009 als Ministerpräsidentin einer Mitte-Rechts-Koalition zu regieren. Jensen verfolgt einen eher moderaten Kurs in der Immigrationsfrage und sieht – anders als Hagen – durchaus auch Vorteile in einer EU-Mitgliedschaft Norwegens. In Umfragen lag die FrP mit rund 30 Prozent auch schon mal an erster Stelle, weil sie es versteht, ihr neoliberales Anliegen mit sozialen Forderungen zugunsten von Armen und Senioren zu verbinden. Bei den Parlamentswahlen 2009 blieb die FrP aber doch wieder nur zweitstärkste Partei (22,9 %), und die rot-rot-grüne Koalition von Stoltenberg wurde im Amt bestätigt. Europaweit stellt die FrP derzeit nach der SVP die zweitstärkste rechtsextremistische Partei dar.

Die *schwedische Neue Demokratie (Ny Demokrati, NyD)* wurde erst 1991 gegründet, folgte aber dem programmatischen Leitbild der Fortschrittsparteien

in Dänemark und Norwegen. Sie gewann 1991 6,7 Prozent der Stimmen, zerfiel dann aber rasch. Die *Schwedendemokraten* (*Sverigedemokraterna*, SD) sind bereits Ende der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts als eher neonazistische Partei gegründet worden. Der derzeitige Vorsitzende Jimmie Åkesson hat die Partei in den vergangenen zehn Jahren in moderateres Fahrwasser geführt. Sein Vorbild ist Pia Kjöersgaard, der er in Sachen Antiimmigration und Antiislamismus fleißig nacheifert. Ohne die Einwanderer, so Åkesson, hätte Schweden genug Geld für die Wohlfahrt von Armen und Alten. Bei der Reichstagswahl 2006 hatten die SD knapp drei Prozent der Stimmen erhalten. 2010 zogen sie mit 5,7 Prozent und 20 Mandaten in das nationale Parlament ein. Dadurch verlor die bislang regierende Mitte-Rechts-Viererkoalition unter Fredrik Reinfeldt ihre Mehrheit. Ob Reinfeldt das dänische Modell nachahmt und sich von der SD tolerieren lässt, ist derzeit (Oktober 2010) noch unklar. Denn die Schwedendemokraten sind an ihren Rändern immer noch mit der Neonaziszene vernetzt.

Übrigens wurde auch in der Bundesrepublik der Versuch unternommen, eine Partei nach dem Vorbild der Fortschrittsparteien zu schaffen. Im Mai 1979 rief der damalige Vorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft, Hermann Fredersdorf, die „*Bürgerpartei*“ ins Leben, die sich vor allem auf mittelständische Interessen berief und die FDP aus dem Parteiensystem verdrängen wollte. Das mit großem Medienecho gestartete Unternehmen scheiterte jedoch rasch und lief gar nicht erst Gefahr, in extrem rechtes Fahrwasser zu geraten. Damals begab sich nämlich die FDP auf einen neoliberalen Kurs, was 1982 zum Scheitern der sozialliberalen Koalition führte.

Über die *Lijst Pim Fortuyn* und die *Partei für die Freiheit* (*Partij voor de Vrijheid*, PVV) des Geert Wilders haben wir bereits im Zusammenhang mit der Antislammkampagne und den PRO-Gruppierungen in der Bundesrepublik berichtet. Die 2004 entstandene PVV erzielte bei den niederländischen Parlamentswahlen 2006 5,9 Prozent und neun Mandate. Ihren Durchbruch schaffte sie 2009 bei den Europawahlen mit 17,0 Prozent und 2010 bei den nationalen Parlamentswahlen mit 15,5 Prozent. Als drittstärkste Partei wird sie eine Minderheitsregierung aus Christdemokraten und Rechtsliberalen dulden, die die Einwanderungspolitik weiter verschärfen will. Geplant sind neben einem Burkaverbot die radikale Beschränkung des Zuzugs von nichtwestlichen Immigrant/innen und die deutliche Drosselung des Zustroms von Asylbewerbern. Damit zählten die Niederlande zu den Ländern mit der restriktivsten Einwanderungspolitik in Europa. Unterdessen hat Wilders die Gründung einer internationalen antiislamischen Organisation, der International Freedom Alliance (IFA), angekündigt.

Die *Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)* ist dem Grenzbereich zwischen Typ 1 und Typ 2, neuerdings wohl wieder eher letzterem zuzuordnen. Sie entstand 1956 als Nachfolgeorganisation des Verbands der Unabhängigen (VdU) und vereinigte in ihren Reihen, wie schon der VdU, viele Funktionäre des NS-Regimes. Nachdem sich für wenige Jahre (1980–86) der liberale Flügel durchgesetzt hatte, gewann der deutschnationale Flügel unter dem Vorsitzenden Jörg Haider (1986–2005) die Oberhand. Seitdem verbesserten sich die Wahlergebnisse kontinuierlich von 9,7 Prozent 1986 bis auf 26,9 Prozent 1999. In diesem Jahr wurde die FPÖ nach der SPÖ zweitstärkste Partei und bildete Anfang 2000 gemeinsam mit der ÖVP die Bundesregierung, wobei die FPÖ der ÖVP das Amt des Bundeskanzlers (Wolfgang Schüssel) überlies.

Zunehmende Kritik der von Haider angeführten Traditionalisten an der eher pragmatischen Politik der FPÖ-Minister (Haider war kein Mitglied der Bundesregierung, sondern Landeshauptmann von Kärnten) führte zum Rückzug führender FPÖ-Politiker und zu Neuwahlen 2002. Die „Freiheitlichen“ sackten auf zehn Prozent ab, verblieben aber in der Koalition. Als die oppositionell orientierten Deutschnationalen wieder einmal den Aufstand probten, schlug sich Haider auf die Seite der Pragmatiker und gründete 2005 das *Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)*, das bis 2006 Koalitionspartner der ÖVP blieb. FPÖ-Vorsitzender wurde Heinz-Christian Strache, der das Amt noch heute bekleidet. Programmatisch unterschieden sich FPÖ und BZÖ zunächst kaum. Allerdings bekannte sich das BZÖ zur Koalition mit der ÖVP, während sich die FPÖ als prinzipielle Oppositionspartei verstand. Mittlerweile vertritt das BZÖ eher nationalliberale Positionen.

Bei der Nationalratswahl 2006 unterlag das BZÖ mit 4,1 Prozent und sieben Mandaten der FPÖ klar (11,0 %, 21 Mandate). Bei den vorgezogenen Neuwahlen 2008 infolge des Scheiterns der Großen Koalition aus SPÖ und ÖVP erzielte das BZÖ 10,7 Prozent (21 Mandate) und die FPÖ 17,5 Prozent (34 Mandate). Damit waren beide Parteien zusammen genauso stark wie die FPÖ 1999. Das BZÖ konnte sich jedoch nur schwer neben der FPÖ behaupten. Nach dem tödlichen Unfall von Haider im Oktober 2008 fuhr das BZÖ in Kärnten zwar zunächst einen furiosen Wahlsieg ein. Wegen des nationalliberalen Kurses der Bundesorganisation spaltete sich die Kärntner Landespartei dann aber vom BZÖ ab und kündigte eine enge Zusammenarbeit mit der FPÖ an. Bei der Europawahl 2009 blieben dem BZÖ mit 4,6 Prozent Mandate in Straßburg versagt, während die FPÖ mit 12,7 Prozent zwei Sitze erhielt, einen davon wiederum für Andreas Mölzer. Dessen Hauptanliegen bestand darin, den europäischen Rechtstextextremismus unter Einschluss auch von faschistischen Kräften zu einigen.

Mölzer war einer der Väter der Fraktion „Identität – Tradition – Souveränität“ im Europaparlament.

Obwohl Haider kein Nazi war, verharmloste oder beschönigte er, wie so viele Parteifunktionäre, den Nationalsozialismus. Die FPÖ-Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, Barbara Rosenkranz, forderte 2010 sogar die Aufhebung des Verbots der „Wiederbetätigung im Sinne des Nationalsozialismus“ in Österreich. Auch antisemitische Tendenzen machen sich in der FPÖ immer wieder bemerkbar. Das hauptsächliche Anliegen der Partei waren und sind jedoch die Ausländer- und Asylproblematik und die mit der angeblichen „Überfremdung“ verbundenen wirtschaftlichen, sozialen und Sicherheitsprobleme. Unter dem Vorsitz von Strache forcierte die Partei ihren Kreuzzug gegen die „Islamisierung“ Österreichs („Abendland in Christenhand!“). Wie bereits erwähnt, arbeitet sie dabei auch mit den PRO-Gruppierungen in Deutschland und mit Rechtsextremisten in weiteren europäischen Staaten zusammen.

Die *Schweizerische Volkspartei (SVP)* hat sich erst unter dem Einfluss des Populisten Christoph Blocher zur erfolgreichsten rechtsextremistischen Partei in Europa entwickelt. Er übernahm 1977 den Vorsitz der Partei im Kanton Zürich und trimmte die SVP von dort aus auf einen strikten Oppositionskurs gegen das politische Establishment im Parlament (Nationalrat) und bei Volksabstimmungen. Die SVP setzt sich für Steuersenkungen, für eine restriktive Einwanderungspolitik und gegen die Öffnung der Schweiz gegenüber internationalen Organisationen ein.

Bei den Parlamentswahlen 1999 wurde die SVP mit 22,5 Prozent erstmals stärkste Partei, 2003 baute sie diese Position mit 26,6 Prozent weiter aus und erhielt per Kampfabstimmung sogar einen weiteren Sitz im siebenköpfigen Bundesrat (Regierung)⁵⁴, den Blocher einnahm. Als Minister musste er nun etwas gemäßigter auftreten, an den Zielen der SVP und an ihrer Resonanz in der Bevölkerung änderte dies jedoch nichts. Vielmehr neigten die anderen Regierungsparteien dazu, sich der SVP anzupassen. Beispielsweise war 2002 eine Volksinitiative der SVP gegen Asylrechtsmissbrauch nur knapp gescheitert. Sie lief darauf hinaus, das Asylrecht faktisch abzuschaffen und die Asylbewerber in die Nachbarstaaten zurückzuschicken. 2006 verständigten sich Regierung

54 Die sieben Positionen („Ministerien“) des Bundesrats werden unter den vier stärksten Parteien aufgeteilt. Traditionell verfügen Sozialdemokraten, Christdemokraten und Freisinnige jeweils über zwei Sitze und die SVP hat Anspruch auf einen Sitz. 2003 erhielt sie den zweiten Sitz zu Lasten der Christdemokraten.

Tabelle 16: Wahlergebnisse ausgewählter rechtsextremistischer Parteien bei nationalen Parlamentswahlen in Westeuropa seit 1972 (%)

Jahr	FRP/DF ^{a)} (Dän)	FrP (Nor)	SVP (CH)	FPÖ ^{b)} (Öst)	FN (Fra)	VB (Bel)	MSI/AN (Ita)	LN (Ita)
1972							8,7	
1973	15,9	5,0			0,5			
1974								
1975	13,6							
1976							6,1	
1977	14,6	1,9						
1978					0,8	1,4		
1979	11,0						5,3	
1980								
1981	8,9	4,5			0,2	1,1		
1982								
1983							6,8	
1984	3,6							
1985		3,7				1,4		
1986				9,7	9,6			
1987	4,8					1,9	5,9	
1988	9,0				9,7			
1989		13,0						
1990	6,4			16,6				
1991						6,6		
1992							5,4	8,6
1993		6,3			12,4			
1994	6,4			22,5			13,5	8,4
1995			14,9	21,9		7,8		
1996							15,7	10,1
1997		15,3			15,1			

Jahr	FRP/DF ^{a)} (Dän)	FrP (Nor)	SVP (CH)	FPÖ ^{b)} (Öst)	FN (Fra)	VB (Bel)	MSI/AN (Ita)	LN (Ita)
1998	9,8							
1999			22,5	26,9		9,9		
2000								
2001	12,0	14,7					12,0	3,9
2002				10,0	11,3			
2003			26,6			11,6		
2004								
2005	13,3	22,1						
2006				11,0			12,3	4,6
2007	13,8		29,0		4,3	12,0		
2008				17,5				8,3
2009		22,9						
2010						7,7		

Parteinamen im Abkürzungsverzeichnis

a) 1998 FRP+DF, ab 2001 nur DF

b) Ergebnisse des BZÖ: 2006 4,1%; 2008 10,7%

und Parlament dann auf ein etwas abgemildertes Asylrecht und auf ein restriktives Ausländerrecht. Beides wurde per Volksabstimmung angenommen, womit die Schweiz über die schärfsten Asyl- und Ausländerbestimmungen in Europa verfügt.

Die Zustimmung der Bevölkerung zur SVP wurde dadurch aber nicht geringer. Im Gegenteil: Bei den Parlamentswahlen 2007 verbesserte sich die Partei weiter auf 29,0 Prozent. Einige Monate vor dem Wahltermin hatte die SVP mit einer Kampagne begonnen, deren Ziel darin bestand, den Satz „Der Bau von Minaretten ist verboten“ in die schweizerische Bundesverfassung einzufügen. Gleichzeitig betrieb sie eine „Ausschaffungsinitiative“ (konsequente Ausweisung von „kriminellen Ausländern“). Das entsprechende Plakat zeigte drei auf schweizer Boden stehende Schafe, die ein viertes schwarzes Schaf über die Landesgrenze schubsen. Bei der Wahl der Bundesräte fiel Blocher dann aber – wohl nicht zuletzt wegen der hetzerischen Plakatkampagne – durch: das Rennen machte

Eveline Widmer-Schlumpf, die dem moderaten Flügel der SVP zugerechnet wird. Die Antiminarettkampagne wurde 2009 mit einer Volksinitiative („Ja zum Minarettverbot“) fortgesetzt, für die wiederum mit einem perfiden Plakat gewoben wurde: Es zeigt eine voll verschleierte Frau vor einer schweizer Fahne, aus der Minarett ragen, die wie Raketen aussehen. Da eine deutliche Mehrheit der Schweizer für das Verbot stimmte, muss nun die Verfassung geändert werden.

Während unter den westeuropäischen Parteien der gemäßigte Rechts-Extremismus vorherrscht, ist er in der Bundesrepublik nahezu bedeutungslos. Die 1983 entstandenen *Republikaner* schienen anfangs dieses Feld zu besetzen, entpuppten sich jedoch rasch als eine Partei des Typs 2. Seitdem Rolf Schlierer den Bundesvorsitz innehat, zählen sie zwar – jedenfalls bis 2006 – zum Typ 1, konnten sich aber kaum gegenüber der DVU und der NPD behaupten. Und derzeit sieht es so aus, als ob auch die noch verbliebenen Restbestände der Republikaner von den PRO-Bewegungen aufgesaugt werden.

Im internationalen Vergleich fällt auf, dass in Deutschland seit langem fremdenfeindliche und dann auch islamkritische Positionen im Mitte-Rechts-Spektrum des Parteiensystems, teilweise auch an der Basis der linken Parteien, vertreten werden. Die überraschenden Wahlerfolge der Republikaner 1989 hatten bereits Anfang der neunziger Jahre eine Verschärfung des Asylrechts und später Korrekturen im Staatsbürgerschaftsrecht bewirkt. Und selbst zu Zeiten der rot-grünen Koalition (1998–2005) wurde großer Wert (Kritiker meinten damals: zu großen Wert) auf die Gewährleistung von innerer Sicherheit gelegt. Daher dürfte in Deutschland – jedenfalls gegenwärtig – der Spielraum für einen „Rechtsextremismus light“ gering sein.

e) Systemkritischer völkischer Nationalismus

Der Typ 2 nimmt nicht nur programmatisch-strategisch, sondern auch mit Blick auf Wahlerfolge eine Mittelstellung zwischen den Typen 1 und 3 ein. Eine gewisse Kontinuität weisen diesbezüglich aber nur der französische Front National (FN), der belgische Vlaams Blok bzw. Vlaams Belang (VB) und die italienische Lega Nord (LN) auf. Diese drei Parteien sind ebenfalls Kinder der neoliberalen Wende: Der FN wurde 1972, der VB 1979 gegründet, und die LN entstand 1991 aus verschiedenen oberitalienischen Ligen. Alle drei Parteien sind – jedenfalls anfangs – der neoliberalen Ideologie verpflichtet (gewesen).

Der Aufstieg des 1972 entstandenen *Front National (FN)* in Frankreich begann erst mit der Präsidentschaft von François Mitterand (1981) und der Krise des

Gaullismus. Der FN-Vorsitzende, Jean-Marie Le Pen, hatte sich nach seiner Rückkehr als Soldat im Indochinakrieg in der für kurze Zeit außerordentlich erfolgreichen Anti-Steuer-Bewegung von Pierre Poujade engagiert, die 1956 mit 52 Abgeordneten (darunter Le Pen) in die Nationalversammlung einzog. Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre beteiligte sich Le Pen an der Opposition gegen die Algerien-Politik De Gaulles und kämpfte, letztlich erfolglos, für ein „französisches Algerien“. Mit der Unabhängigkeit Algeriens geriet der französische Rechtsextremismus in eine tiefe Krise.

Auch der FN blieb bei Wahlen zunächst noch erfolglos. Erst bei der Europawahl 1984 gelang der Durchbruch: Die Partei zog mit zehn Deputierten in das Europaparlament ein. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1986 erreichte der FN knapp zehn Prozent der Stimmen und 35 Mandate.⁵⁵ Zwei Jahre später waren es wiederum fast zehn Prozent, aber diesmal reichte es nur für ein Mandat. 1997 brachte es der FN sogar auf 15 Prozent, war aber auch nur mit einem Abgeordneten in der Nationalversammlung vertreten. Bei Regionalwahlen sah das Bild dagegen völlig anders aus: Auf kommunaler Ebene wurden bis zu über 1 000 FN-Kandidaten gewählt, und in den Regionen kamen bis zu knapp 300 FN-Räte zum Zuge.

In sozioökonomischer Hinsicht profitierte der FN von dem raschen Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft (Rückgang der Landwirtschaft und des Mittelstands, Modernisierung der Industrie, Binnenwanderung und Einwanderung, Urbanisierung und Bildung von Trabantenstädten) und von den damit verbundenen Desintegrationstendenzen (soziale Missstände, Kriminalität, rassistische und islamistische Gewalt). In politischer Hinsicht profitierte der FN zunächst von der Unzufriedenheit mit der sozialistischen Regierungspolitik und der Integrationsschwäche des zunehmend wirtschaftsliberalen Neogaullismus, später dann von der Krise der Linksparteien.

Das Programm des FN ist nationalistisch, autoritär, extrem ethnozentrisch und systemkritisch bis systemfeindlich. Es richtet sich gegen das politische Establishment und gegen die europäische Integration und propagiert den – nach außen und im Inneren – starken Staat. Wirtschaftspolitisch dominierten zunächst neoliberalen Konzepte. 1995 erfolgte dann – hauptsächlich wohl aus wahltakt-

55 In Frankreich gilt das „romanesche“ Mehrheitswahlrecht (absolute Mehrheitswahl in zwei Wahlgängen). Wenn kleinere Parteien überhaupt die Bedingungen der Sperrklausel erfüllen und am entscheidenden zweiten Wahlgang teilnehmen können, sind sie (wiederum) auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen, um ihre Wahlkreiskandidaten durchzusetzen. Nur 1986 wurde ausnahmsweise nach dem Verhältniswahlrecht gewählt, das kleineren Parteien wesentlich bessere Erfolgchancen bietet.

tischen Gründen angesichts der Krise der Linken – eine Hinwendung zu sozialen Problemen („Proletarisierung“).

Die Parteispaltung im Januar 1999 beruhte weniger auf programmatischen, sondern vor allem auf strategischen Differenzen. Der Generaldelegierte des FN, Bruno Mégret, vertrat die Auffassung, dass es der Partei nur dann gelingen könnte, parlamentarische Erfolge zu erzielen, wenn sie Wahlbündnisse mit den bürgerlichen (liberalen bzw. konservativen) Parteien eingeht. Dies lehnte Le Pen aber kategorisch ab. Er vertritt das Konzept einer authentischen Opposition, die sich gegen alle etablierten Kräfte richtet, und verkörpert damit den orthodoxen Gründungskonsens der Partei, während Mégret eine jüngere Mitgliedergeneration repräsentiert, die eine flexible Bündnispolitik anstrebt. Im Dezember 1998 kam es zum Bruch zwischen Le Pen und Mégret. Dieser verließ die Partei und gründete Anfang des folgenden Jahres mit etwa der Hälfte der Spitzenfunktionäre des FN den *Mouvement National (MN)*, der bald darauf in *Mouvement National Républicain (MNR)* umbenannt wurde.

Der MNR konnte sich bei Wahlen allerdings nicht gegen den FN durchsetzen. Bei der Europawahl 1999 verlor die Partei von Le Pen zwar die Hälfte ihrer Wähler/innen von 1994, erzielte mit 5,7 Prozent aber immerhin noch fünf Mandate, während der MNR mit wenig über drei Prozent leer ausging. Bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2002 erreichte Le Pen im ersten Wahlgang 16,9 Prozent, Mégret nur 2,3 Prozent. Le Pen überflügelte sogar den amtierenden sozialistischen Präsidenten Lionel Jospin und gelangte in die Stichwahl gegen Jacques Chirac, wo er es auf immerhin 17,8 Prozent brachte. Bei den darauffolgenden Wahlen zur Nationalversammlung schnitt der FN wiederum wesentlich besser (11,3 Prozent) als der MNR (1,1 Prozent) ab, fiel aber hinter sein Ergebnis von 1997 (15,1 %) zurück. Denn Chirac hatte die politische Rechte jenseits des FN in dem Wahlbündnis UMP (Union pour la Majorité Présidentielle) zusammengeführt.

Der Abwärtstrend des FN setzte sich bei den Wahlen des Jahres 2007 fort. Im Rennen um die Präsidentschaft brachte es Le Pen im ersten Wahlgang wenigstens noch auf 10,5 Prozent, bei den Parlamentswahlen stürzte der FN dann aber auf 4,3 Prozent ab. Die überwiegende Mehrheit der extrem rechten Wähler/innen hatte sich für die UMP (mittlerweile: Union pour un Mouvement Populaire) und Nicolas Sarkozy entschieden, der gerade die Präsidentschaftswahlen bravourös gewonnen hatte und für Rechtsaußen-Wähler/innen wegen seines populistischen Auftretens und seiner harten Haltung in Sachen Innere Sicherheit und Immigration attraktiv war.

Gewissermaßen als Zugeständnis an die neu gewonnene Rechtsaußen-Wählerschaft schuf Sarkozy ein Ministerium für Immigration, Integration und Nationale Identität, startete eine Kampagne über die Identität der Franzosen und verschärfte die Rhetorik gegen vor allem muslimische Einwanderer (Frankreich ist das Land mit der größten muslimischen Minderheit Europas). Im Sommer/Herbst 2010 erfolgten Massenabschiebungen von Roma, und es wurde ein generelles Burka-Verbot in der Öffentlichkeit beschlossen. Da die Meinungsführerschaft in Sachen Immigration und Antiislamismus vom FN auf die französischen Konservativen übergegangen war, fristete der auch in finanzielle Bedrängnis geratene FN ein Schattendasein. Der über 80 Jahre alte Haudegen Le Pen machte daraufhin seine Tochter Marine zur Vize-Chefin der Partei, die sein Erbe antreten soll. Die Europaabgeordnete Marine Le Pen ist umgänglicher als ihr Vater und möchte dem FN ein moderneres Image geben.

Die seit 1985 bestehende, vergleichsweise schwache und instabile *belgische Schwesterpartei des FN* hat sich ihren Neoliberalismus bis heute bewahrt. Sie ist im französischsprachigen Teil Belgiens (Wallonien, Brüssel) aktiv und richtet sich mit ihrem rassistischen und ultranationalistischen Programm sowohl gegen die separatistischen Tendenzen des flämischen VB als auch gegen Immigrant/innen. Der FN erreichte bei den nationalen Wahlen 2003 und 2007 landesweit jeweils zwei (nur in Wallonien knapp sechs) Prozent und ein Mandat. 2010 ging ihnen mit 0,5 Prozent auch dieses Mandat verloren.

Der *Vlaams Blok (VB)*, der hier dem Typ 2 zugerechnet wird, teilweise aber durch Gemeinsamkeiten mit Parteien des Typs 3 aufweist, tritt für die Trennung Flanderns vom belgischen Staat (also von Wallonien) ein. Im Gegensatz zu Wallonien, das eine durch den Niedergang der „Schornsteinindustrien“ geprägte Krisenregion darstellt, handelt es sich bei Flandern um eine europäische Wachstumsregion. Der VB ist mindestens genauso autoritär und rassistisch orientiert wie der belgische FN, unterscheidet sich von diesem aber in Bezug auf den Nationalismus: Der FN vertritt einen etatistischen und zentralistischen, der VB einen völkischen und separatistischen Nationalismus. Wirtschaftspolitisch ist der VB zwar nicht neoliberal, sondern eher korporatistisch orientiert, aber er richtet sich wohlstandschauvinistisch gegen Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der Wallonie. Seine Wählerschaft stammt mittlerweile eher aus der Mittelschicht als aus der Unterschicht Flanderns, während sich die meisten rechtsextremistischen Parteien in Westeuropa hauptsächlich auf die Unterschicht stützen.

Der *Vlaams Blok* zählt zu den erfolgreichen rechtsextremistischen Parteien Westeuropas: Er hatte bei den nationalen Wahlen 2003 landesweit knapp

12 Prozent, in Flandern sogar 18 Prozent erhalten, verbesserte sich bei den Regionalwahlen 2004 in Flandern auf 24 Prozent und lag Ende 2004 in den Meinungsumfragen knapp unter 30 Prozent. Dieser enorme Popularitätszuwachs dürfte auch darauf beruhen, dass im November 2004 ein Urteil gültig wurde, das den VB als rassistisch einstufte. Das hätte bedeuten können, dass die Partei staatliche Finanzhilfen zurückzahlen muss und dass sich jeder strafbar macht, der mit ihr zusammenarbeitet, ihr beispielsweise ein Versammlungslokal vermietet oder ihre Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Um diesen Sanktionen zu entgehen, hat sich der VB ein neues „weich gespültes“ Programm und einen neuen Namen gegeben: *Vlaams Belang*. Der VB-Vorsitzende Frank Vanhecke interpretierte das Urteil Ende 2004 als einen „Phyrrussieg“ des politischen Establishments und erwartete sich davon weiteren Zulauf für seine Partei.

Bei den Wahlen im Juni 2007 legte die extremistische Rechte tatsächlich zu. Das lag aber weniger am VB, der sein Ergebnis landesweit nur von 11,6 Prozent auf 12,0 Prozent (in Flandern von 17,8 % auf 18,9 %) verbesserte, sondern vor allem daran, dass eine neue rechtsextremistische Partei aus dem Stand landesweit vier Prozent (in Flandern 6,4 %) und fünf Mandate erzielte: die *Lijst Dedecker (LDD)*. Jean-Marie Dedecker war aus der liberalen Partei Flanderns ausgeschlossen worden, weil er sich gegen den „Cordon sanitaire“ (eine Selbstverpflichtung aller demokratischen Parteien Flanderns, nicht mit dem VB zu koalieren) ausgesprochen hatte, und gründete kurz vor der Wahl seine auf ihn persönlich zugeschnittene, wohl von der niederländischen *Lijst Pim Fortuyn (LPF)* inspirierte Liste.

Bei den Parlamentswahlen 2010 rutschten der VB auf 7,7 Prozent (12 Mandate) und die LDD auf 2,3 Prozent (1 Mandat) ab. Ursächlich dafür war der kometenhafte Aufstieg einer gemäßigten separatistischen Partei, der „Neuflämischen Allianz“, die aus dem Stand 17,3 Prozent und 27 Mandate eroberte. Die von dem VB-Frontmann Filip Dewinter im Zeichen des Antislawismus geführte Wahlkampagne konnte sich kaum aus dem Schatten der neuen flämischen Allianz lösen. Dass die Resonanz des VB rückläufig ist, zeigte sich bereits bei der Europawahl 2009, wo er sich von 14,3 Prozent (2004) auf 9,9 Prozent verschlechterte. Dewinter hat sich übrigens neuerdings auf die Seite derjenigen Rechtsextremisten geschlagen, die im Kampf gegen Islam und Muslime eine pro-israelische Haltung einnehmen.

Ein vergleichbarer Konflikt wie in Belgien prägt auch den italienischen Rechtsextremismus: Während der *Movimento Sociale Italiano (MSI)* bzw. die *Alleanza*

Nazionale (AN) zentralstaatlich ausgerichtet sind, verfolgt die *Lega Nord (LN)* einen stark föderalistischen, teilweise sogar einen sezessionistischen Kurs. Ihr zugleich ethnisch und ökonomisch fundierter Regionalismus richtete sich anfangs nur gegen die „parasitären“ Immigrant/innen aus den Armutsräumen Südtaliens und gegen die finanzielle Unterstützung des Südens durch den reichen Norden, bald aber generell gegen Fremde, Immigrant/innen, Ausländer, Islamisten usw.

Die in Tabelle 15 aufgeführten griechischen Parteien stellen Eintagsfliegen dar. Das Ende des Militärregimes (1974) bedeutete auch einen konsequenten Bruch mit der autoritären Vergangenheit. Vereinzelt Versuche, wieder daran anzuknüpfen, scheiterten stets nach kurzer Zeit. Nur die *Nationale Politische Union (Ethniki Politiki Enosis, EPEN)* brachte es auf eine Lebensdauer von rund zehn Jahren, eroberte in dieser Zeit aber nur ein Mal ein parlamentarisches Mandat: bei der Europawahl 1984.

Gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts geriet auch der griechische Wohlfahrtsstaat in eine Krise. Außerdem machte die Integration Griechenlands in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion tief greifende Reformen nicht nur in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch in Bezug auf den Parteienstaat (Bürokratie, Zentralismus, Klientelismus etc.) notwendig. Die 2003 gegründete *Orthodoxe Volksbewegung (Laikos Orthodoxos Synagermos, LAOS)* ist bemüht, die wachsende Unzufriedenheit mit dem Establishment und der fortschreitenden europäischen Integration sowie die verbreitete ethnozentristische Stimmung im Land in Wählerstimmen umzumünzen. Sie tritt beispielsweise für die sofortige Ausweisung aller Immigrant/innen (insbesondere der Albaner) ein und fordert eine harte außenpolitische Gangart gegenüber der Türkei, Mazedonien und Albanien. Bei den nationalen Wahlen 2004 erreichte sie nur 2,2 Prozent, bei den Europawahlen desselben Jahres aber mit 4,1 Prozent ein Mandat. Bei den nationalen Wahlen 2007 bzw. 2009 steigerte sie sich auf 3,8 Prozent (10 Mandate) bzw. 5,6 Prozent (15 Mandate), und bei der Europawahl 2009 waren es sogar 7,2 Prozent (2 Mandate).

Auch in Portugal war nach dem durch die „Nelken-Revolution“ der Offiziere (1974) eingeleiteten Übergang zur Demokratie der Bedarf an rechtsextremistischen Angeboten vollkommen gedeckt. Dies gilt entsprechend für Spanien. Auch dort entsprach der Systemwechsel einem breiten Konsens in der Bevölkerung. Nach dem Ende der Franco-Diktatur (1975) verteilten sich dessen wenige verbliebene Anhänger/innen auf mehrere Falange-Fraktionen, die bei Wahlen nicht einmal zusammen die Null-Komma-Hürde überwinden konnten. Nur die

von Blas Piñar, einem Minister aus der Franco-Zeit geführte *Neue Kraft (Fuerza Nueva, FN)* brachte es ausnahmsweise 1979 zu einem Parlamentssitz, aber dies auch nur in einem Wahlbündnis mit anderen Parteien.

f) Systemfeindlicher Faschismus

Den Parteien des Typs 3, die entweder einen direkten Bezug zum Faschismus aufweisen oder sich in die Tradition des Faschismus stellen, kommt bei Wahlen mit wenigen Ausnahmen nur eine Randexistenz zu. Derartige Splittergruppen existieren in fast jedem westeuropäischen Land, ihr Gefährdungspotenzial geht allerdings nicht von ihrer Wählermobilisierung, sondern von ihrer Militanz und von ihrer Vernetzung mit den gewaltbereiten Szenen ihres Landes aus. (Neo-) Faschistische Parteien mit parlamentarischen Erfolgen auf nationaler Ebene gab es bis vor kurzem nur in Italien. Sie werden im folgenden Abschnitt erwähnt. Bei der Europawahl 2009 ist es erstmalig einer Partei aus Großbritannien gelungen, in das Straßburger Parlament einzuziehen: der *Britischen Nationalen Partei (British National Party, BNP)*. Sie erzielte 6,3 Prozent und damit zwei Mandate. Die BNP erblickte 1982 als Abspaltung von der Nationalen Front (National Front, NF) das Licht der Welt. Als Nick Griffin 1999 den Gründer und langjährigen BNP-Vorsitzenden John Tyndall ablöste, begann sich die Partei zu modernisieren. An die Stelle der Nazi-Ideologie („Hitler war für die gesamte weiße Rasse eine Katastrophe“) trat ein Konzept, das auf nationale Identität, Neorassismus und Kapitalismuskritik setzt und vor allem gegen die angebliche Masseneinwanderung von vor allem Muslimen kämpft. Und der frühere Antisemitismus wich nun einer Unterstützung Israels im Kampf gegen Hamas und Hisbollah.

g) Vom Faschismus über den gemäßigten Rechtsextremismus zum staatstragenden Konservatismus: das Beispiel Italien

Die einzig längerfristig erfolgreiche neofaschistische Partei in Westeuropa war die *Italienische Sozialbewegung (Movimento Sociale Italiano, MSI)*. Der 1946 von faschistischen Veteranen gegründete MSI galt bis in die achtziger Jahre als Referenzpartei für den westeuropäischen Rechtsextremismus und sein von der Gründung bis 1988 amtierender Vorsitzender, Giorgio Almirante, wurde seit den sechziger Jahren als „grand old man“ des europäischen Rechtsextremismus verehrt. Der Wandel des MSI von einer faschistischen zu einer gemäßigt rechtsextremistischen Partei ist gewiss nicht typisch für die Entwicklung des westeuropäischen Rechtsextremismus. Aber er zeigt, dass die „Liberalisierung“ des Rechtsextremismus allemal erfolgreicher (und für Demokratien gefährlicher) ist als das Beharren auf anachronistischen Positionen.

Die „Missini“ bildeten zwar eine Konstante im parlamentarisch-politischen Leben Italiens, erreichten bei Wahlen aber zumeist nur zwischen fünf und sieben Prozent. Schon zu Almirantes Zeiten wurde daher der Versuch unternommen, durch Bündnisse mit anderen rechtsgerichteten Gruppierungen aus dem neofaschistischen Ghetto auszubrechen. 1972 gab sich die Partei den Namenszusatz „*Nationale Rechte*“ (*Destra Nazionale, DN*), was bei den Wahlen im selben Jahr immerhin zu einem Ergebnis von 8,7 Prozent führte. Aber schon bei den darauffolgenden Wahlen 1976 fiel der MSI/DN wieder auf 6,1 Prozent ab. Die Modernisierung der Partei und ihres Programms und ihre Öffnung setzten erst Anfang der achtziger Jahre ein. Der Reformprozess stieß allerdings auf heftigen Widerstand seitens der Traditionalisten in der Partei.

Nach dem Tod von Almirante (1988) brach ein Kampf um seine Nachfolge zwischen dem Sozialfaschisten Pino Rauti und dem von Almirante favorisierten Reformler Gianfranco Fini aus, der außerordentlich mediengewandt und populistisch auftrat. Während Rauti einen Konfrontationskurs gegen das bestehende System propagierte, verfolgte Fini (wie Almirante) das Konzept einer „*grande destra*“ (einer großen Rechten), allerdings wesentlich offensiver und anpassungsfähiger als sein Ziehvater. Als Sieger ging zunächst Fini aus diesem Kampf hervor, aber bereits 1990 obsiegte der Traditionalist Rauti, der sich dann allerdings als unfähig erwies, die Partei unter den Bedingungen einer Mediengesellschaft zu führen und Wahlkämpfe zu gewinnen. Nach schlechten Umfrage- und Wahlergebnissen holten die „Missini“ den intellektuellen und eloquenten Fini schon ein Jahr später auf den Chefsessel zurück.

Als 1993 infolge massiver Korruptionsskandale die führende italienische Regierungspartei Democrazia Cristiana (DC) zusammenbrach und das etablierte Parteiensystem mit in den Abgrund riss, veränderte sich die politische Landschaft Italiens. Fini erkannte seine Chance, wandelte den MSI kurz vor den nationalen Wahlen 1994 in die *Nationale Allianz* (*Alleanza Nazionale, AN*) um und steuerte ein Bündnis mit der 1993 von Silvio Berlusconi gegründeten Partei „Vorwärts Italien!“ (Forza Italia, FI) an. Dieses Wahlbündnis kam unter Einschluss der Lega Nord (LN) tatsächlich zustande und gewann die im Zeichen der italienischen Staatskrise stattfindende Wahl überzeugend. Die AN brachte es auf sensationelle 13,5 Prozent. Ihr Eintritt in die Regierung Berlusconi, in der sie fünf Minister stellte, bedeutete die erste Regierungsbeteiligung einer rechtsextremistischen Partei auf nationaler Ebene im Nachkriegseuropa. Die Regierung wurde zwar schon im Dezember 1994 wieder gestürzt, die Zusammenarbeit von AN und FI war damit jedoch nicht beendet. Bei der Wahl 1996 verbesserte sich die AN weiter auf 15,7 Prozent.

Der Durchbruch der Alleanza Nazionale war weniger die Folge eines veränderten Programms. Sie bekannte sich weiterhin zur Tradition Mussolinis, gestaltete ihre Propaganda aber moderater als der MSI. Zudem war die AN nicht in Korruptionsaffären verstrickt und wurde daher weithin als glaubhafte Partei angesehen. Überdies war es dem staatsmännisch auftretenden Fini gelungen, mit Berlusconi erstmalig einen Bündnispartner zu gewinnen und damit die politische Isolierung zu überwinden. Insgesamt muss die AN seit 1994 dem Typ 2 (nationalistisch-völkisch) zugerechnet werden.

Rauti lehnte die Umwandlung des MSI in die AN und deren Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften scharf ab und beteiligte sich an der Wahl 1996 mit einer eigenen Partei, der *Sozialbewegung der dreifarbigigen Flamme (Movimento Sociale Fiamma Tricolore, MSFT)*. Er erzielte ganze 0,9 Prozent, was ihn aber nicht davon abhielt, bei der Europawahl 1999 wiederum anzutreten. Mit 1,6 Prozent reichte es gerade für ein Mandat.

Die programmatische Wende der AN hin zum gemäßigten Rechtsextremismus fand 1998 mit einem neuen Parteiprogramm und mit ergänzenden Erklärungen Finis statt. Die Partei distanzierte sich nun vorsichtig von einigen Erscheinungsformen des italienischen Faschismus, bekannte sich zur Demokratie und lehnte Rassismus und Antisemitismus ab. Bei den Wahlen 2001 zahlte sich die programmatische Modernisierung zwar nicht aus, die AN fiel auf 12,0 Prozent zurück, aber das Wahlbündnis aus FI, AN, LN und zwei kleineren Parteien erzielte die absolute Mehrheit der Sitze und bildete die Regierung Berlusconi mit Fini als stellvertretendem Regierungschef. Bei den Wahlen im April 2006 unterlag das Parteienbündnis von Berlusconi nur knapp dem Linksbündnis von Romano Prodi. Verantwortlich dafür war vor allem Berlusconis FI, die 5,8 Prozentpunkte einbüßte, während sich die AN leicht auf 12,3 Prozent verbesserte und selbst die damals schwächelnde LN von 3,9 Prozent auf 4,6 Prozent zulegte.

Im November 2003 hatte Fini anlässlich eines Israel-Besuchs den italienischen Faschismus verurteilt und in seine Kritik auch Mussolini einbezogen. Damit löste er in seiner Partei erhebliche Unruhe aus. Die Enkelin des Duce, Alessandra Mussolini, verließ die AN und gründete eine eigene Partei, die *Soziale Alternative (Alternativa Sociale, AS)*, die bei der Europawahl 2004 ein Mandat für ihre Vorsitzende gewann.

Anlässlich der vorgezogenen Neuwahlen 2008 (das Linksbündnis war gescheitert) formte Berlusconi ein neues Parteienbündnis, das *Volk der Freiheit (Popolo della Libertà, PDL)*, dem neben der FI, der LN und der AN auch die AS und der

MSFT sowie zwei weitere Parteien angehören. Das PDL erreichte 37,4 Prozent, und die LN verbesserte sich auf 8,3 Prozent. Die AN kandidierte nicht mehr als selbstständige Partei. Im März 2009 wandelte Berlusconi das Parteienbündnis (ohne die LN) in eine reguläre Partei um, was das Ende der AN bedeutete.

Die beiden Spitzenpolitiker des PDL, der populistische Berlusconi und der zunehmend legalistisch auftretende Fini, entfremdeten sich allerdings mehr und mehr, was bald zu einer Zerreißprobe der Partei wurde. Fini und seine Anhänger/innen durchkreuzten nämlich unter Berufung auf die Verfassung mehrfach Pläne des Regierungschefs Berlusconi. Dieser wollte beispielsweise – durchaus in eigenem Interesse – die Möglichkeiten der Staatsanwaltschaft für Ermittlungen und die Presseberichterstattung darüber empfindlich beschränken. Der Präsident der Abgeordnetenkammer Fini setzte jedoch eine Entschärfung der entsprechenden Gesetze durch. Auch kritisierte Fini, dass sich Berlusconi schützend vor hochrangige PDL-Politiker stellte, gegen die wegen Korruption oder Verbindungen zur Mafia ermittelt wurde. Ende Juli 2010 ließ Berlusconi Fini aus der Partei ausschließen, der nun die Gründung einer eigenen Partei plant.

Rechtsextremismus in Osteuropa

a) Existenz- und Erfolgsbedingungen

Auch in Osteuropa gedeihen nationalistische, rassistische und antisemitische Einstellungen, auch dort agieren faschistische, nationalistische und separatistische Subkulturen, Bewegungen und Organisationen. Aber es besteht ein *fundamentaler Unterschied* zwischen den westeuropäischen und den osteuropäischen Rechtsextremismen, der – jedenfalls gegenwärtig – einen Vergleich außerordentlich erschwert:

Während der westliche Rechtsextremismus eine Begleiterscheinung des *Systemwandels* von Industriegesellschaften zu postindustriellen Gesellschaften und der Globalisierung darstellt, erwächst der östliche Rechtsextremismus aus dem *Systemwechsel* vom Staatssozialismus zu Demokratie und Marktwirtschaft. In Westeuropa sind die Nationalstaaten seit langem auf demokratischer Grundlage konsolidiert. Anlass für rechtsextremistische Bestrebungen sind hier der drohende Bedeutungsverlust der Nationalstaaten und die vermeintliche Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit der etablierten politischen Kräfte, die ethnisch homogene Nation mittels eines starken Staats zu bewahren. Dagegen ist die Nationalstaatsbildung in Osteuropa noch nicht überall abgeschlossen, es man-

gelt häufig noch an konsensualen Vorstellungen hinsichtlich der nationalen Identität und an einer breiten Mittelschicht, die als sozialer Träger demokratischer Strukturen und Kulturen fungieren könnte. Beim Rechtsextremismus in Osteuropa handelt es sich um ein *postkommunistisches und postsowjetisches Phänomen*, das Mitte/Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts Bestandteil der breiten antikommunistischen Oppositionsbewegung war, sich dann teilweise organisatorisch in Parteien, Verbänden oder Subkulturen verselbständigte, teilweise aber auch in nichtextremistischen Parteien (von rechts bis links) eine Heimat fand, wobei die Grenzen zwischen rechtsextremistischen und nichtextremistischen Parteien fließend sind. Der osteuropäische Rechtsextremismus speist sich vor allem aus ungelösten bzw. als ungelöst empfundenen nationalen Problemen sowie aus einer – zumeist historisch bzw. kulturell fundierten – antiwestlichen Grundhaltung und wendet sich vor allem gegen Richtung, Geschwindigkeit, Akteure und Profiteure des Systemwechsels. Insofern handelt es sich durchaus um einen *Rechtsextremismus „sui generis“* (Minkenberg).

Allerdings gerieten die Staaten Osteuropas mit dem ökonomischen Systemwechsel – der für sich genommen bereits einen epochalen Umbruch bedeutete – auch in den Sog der Globalisierung, womit die soziale Differenzierung, die Kluft zwischen Arm und Reich und die absolute Deprivation großer Teile der Bevölkerung mit Turbokraft beschleunigt wurde. Daher ist der Wunsch nach Solidarität und gesellschaftlichem Zusammenhalt weit verbreitet, und der Staat wird weithin als verantwortliche Ordnungsinstanz und als maßgebliche Verteilungsagentur betrachtet. Dass unter diesen Bedingungen „nostalgische Vorstellungen von der kommunistischen Sozialordnung“ (Kostrzebski) bestehen, kann kaum verwundern. Die soziale Basis des Rechtsextremismus besteht jedenfalls nicht nur aus Verlierern des Systemwechsels, sondern auch aus Modernisierungs- bzw. Globalisierungsverlierern. Daher gedeiht nationalistisches und ethnozentristisches Denken, das sich oft auch auf die Suche nach einer eigenständigen nationalen Ordnung jenseits von überwundenem Kommunismus und westlichem Kapitalismus begibt, in Osteuropa besonders gut.

Selbstverständlich handelt es sich auch beim Rechtsextremismus in Osteuropa um völkischen Nationalismus (anderenfalls wäre der Begriff Rechtsextremismus für den damit bezeichneten Sachverhalt unzulässig). Ein wieder erstarkender, an historische Traditionen anknüpfender und teilweise mit irredentistischen Einsprengseln versehener Nationalismus geht einher mit Ausgrenzung, Diskriminierung und Hass gegenüber autochthonen Minderheiten, anderen Ethnien oder Nationen und nicht selten auch mit Antisemitismus. Es sei daran

erinnert, dass in der Zwischenkriegszeit überall in Osteuropa faschistische Bewegungen bzw. Parteien existierten, die politischen Systeme waren zumeist autoritär strukturiert und wurden oft zu Verbündeten des „Dritten Reichs“. Und anders als in Westeuropa wird der Rechtsextremismus (noch) kaum durch Überfremdungsgängste begünstigt, da Arbeitsmigranten oder Asylsuchende kaum eine Rolle spielen und islamistische Bestrebungen vergleichsweise unbedeutend sind.

Wie erwähnt, haben nationale Bestrebungen in Osteuropa andere Ursachen und andere Ziele als in Westeuropa. Mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums mussten alle Staaten – neue und bereits bestehende – eine autonome nationale Identität herausbilden. Nationalismus liegt allerdings erst dann vor, wenn nationale Identität zu einem übergeordneten Wert erklärt wird, dem alle anderen (demokratischen) Werte untergeordnet sind und/oder wenn sich damit Großmachtbestrebungen im Sinne von territorialen oder hegemonialen Ansprüchen verbinden. Und selbst wenn Nationalismus gegeben ist, muss er ein Muster mit völkischem (rassistischem, antisemitischem) Denken bilden, damit von Rechtsextremismus die Rede sein kann.

Bei den zumeist organisationsschwachen Parteien in Osteuropa handelt es sich oft um Führer-Gefolgschaftsbeziehungen. Für der Mobilisierung und Integration von Mitgliedern und Anhängern spielen die Medien mithin eine außerordentlich bedeutsame Rolle. Daher bemühen sich viele Parteiführer, durch extrem populistisches Auftreten Aufmerksamkeit zu erringen. Und da alle Parteien mindestens über ein betont nationales (wenn nicht gar nationalistisches) Programm verfügen, wird das rechte politische Spektrum in der Literatur oft als Rechts- oder Nationalpopulismus bezeichnet. Die Listen derartiger Parteien sind oft ellenlang und vermitteln den Eindruck, als seien extrem rechte Bestrebungen in Osteuropa an der Tagesordnung.

Hier geht es aber nicht um Populismus, sondern um Rechtsextremismus, um völkischen Nationalismus also. Im Folgenden werden daher nur die rechtsextremistischen Parteien dargestellt, wobei wir uns auf die Parteien beschränken, die in den zehn osteuropäischen EU-Staaten parlamentarische Erfolge erzielt haben. Da in der Literatur oft auch schon stramm nationalistische Parteien zum Rechtsextremismus gezählt werden, werde ich auch die Parteien erwähnen, die nur durch nationalistischen Chauvinismus, nicht aber durch Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus gekennzeichnet sind. Dabei handelt es sich aber ausdrücklich nicht um rechtsextremistische Parteien.

b) Nationalistisch-chauvinistische Parteien

FIDESZ:

Der ungarische *Bund Junger Demokraten* (*Fiatal Demokraták Szövetsége*, FIDESZ) war 1988 als liberale Partei gegründet worden, die im Laufe der Jahre jedoch immer weiter nach rechts driftete. Ab 1993 entwickelte er sich zu einer konservativen, nationalliberalen Sammelpartei für die zersplitterte ungarische Rechte. Nach anfänglich bescheidenen Wahlergebnissen (1990 9,0 %; 1994 7,0 %) wurde er 1998 mit 29,5 Prozent zweitstärkste Partei und bildete unter Ministerpräsident Viktor Orbán (seit 1993 FIDESZ-Vorsitzender) eine Koalitionsregierung. Als diese 2002 abgewählt wurde, erfolgte eine weitere Radikalisierung des Nationalismus, die nun auch Vorbehalte gegenüber der Europäischen Union einschloss. 2003 wurde der Parteiname um „Ungarische Bürgerliche Partei“ (heute: „Ungarischer Bürgerbund“) ergänzt. 2002 und 2006 schnitt FIDESZ mit jeweils rund 40 Prozent der Stimmen ab, musste aber auf den Oppositionsbänken Platz nehmen. Gegen Ende der Legislaturperiode stürzte die damals sozialdemokratisch geführte Regierung in eine tiefe Vertrauenskrise, die durch die Wirtschaftskrise 2008/09 noch verschärft wurde. Bei den Erdrutschwahlen 2010 erzielte FIDESZ infolge des extrem mehrheitsbildenden Wahlsystems mit 52,7 Prozent eine Zweidrittelmehrheit der Sitze. Nicht erst in diesem Wahlkampf hetzte Orbán gegen die Roma-Minderheit und versprach, dass sich eine von ihm geführte Regierung auch für die ungarische Minderheit in den Nachbarstaaten (Slowakei, Ukraine, Rumänien und Serbien) zuständig fühlen wird, um „die Schande von Trianon“ zu tilgen. Der in der Bevölkerung weit verbreitete ungarische Nationalismus und die andauernden ungarisch-slowakischen Konflikte sind auf den Vertrag von Trianon (4.6.1920) zurückzuführen. Mit ihm wurde das Königreich Ungarn zerschlagen, das rund zwei Drittel seines Territoriums an Rumänien, Jugoslawien, Österreich und die Slowakei abtreten musste. Letztere ging wenig später mit Böhmen und Mähren in der Tschechoslowakei auf. Nach dem fulminanten Wahlsieg von FIDESZ 2010 wurde der 4. Juni zum „Tag der nationalen Zusammengehörigkeit“ erklärt, und das ungarische Parlament änderte das Staatsbürgerschaftsgesetz. Nun erhalten alle im Ausland lebenden Ungarn, die selbst oder deren Vorfahren einmal die ungarische Staatsbürgerschaft besaßen, auf Wunsch einen ungarischen Pass (wenn sie die ungarische Sprache beherrschen). Dies empfanden die Nachbarstaaten als massiven Eingriff in ihre Souveränitätsrechte. Die Slowakei beispielsweise reagierte umgehend und beschloss ein Verbot von doppelten Staatsbürgerschaften: Wer die Staatsbürgerschaft eines anderen Landes annimmt, verliert seinen slowakischen Pass. Der im Zeitverlauf verschärfte chauvinistische Nationalismus des FIDESZ gilt als wichtige Ursache dafür, dass

sich in Ungarn rechtsextremistische Parteien entfalten konnten: zunächst die Wahrheitspartei (MIÉP) und dann Jobbik.

(LS-)HZDS:

Die *Bewegung für eine Demokratische Slowakei (Hnutie za Demokratické Slovensko, HZDS)* entstand 1991. 2003 wurde der Parteiname um den Begriff „Volkspartei“ (L'udová Strana, LS) ergänzt. Frontmann ist der charismatische und populistische Vladimír Mečiar, der 1992–94 und 1994–98 Ministerpräsident des Landes war und der einen ausgesprochen autoritären Führungsstil praktizierte und immer wieder der Vetternwirtschaft und finanzieller Unregelmäßigkeiten bezichtigt wurde. Die HZDS war eine stark nationalistisch, etatistisch und paternalistisch, aber nicht rassistisch ausgerichtete Partei, die anfangs großen, bald aber sinkenden Wählerzuspruch verzeichnete (1994 34,9 %; 1998 27,0 %; 2002 19,5 %). Nach der Wahlniederlage 2002 geriet sie in eine schwere innere Krise und erreichte bei den Wahlen 2006 nur noch 8,8 Prozent. Dennoch wurde sie von der siegreichen, sich als sozialdemokratisch verstehenden Partei „Smer“ (Richtung) gemeinsam mit der rechtsextremistischen Slowakischen Nationalpartei (SNS) in eine Koalition geführt, die einen chauvinistischen Kurs gegenüber Ungarn und der ungarischen Minderheit in der Slowakei steuerte. Bei den Wahlen 2010 scheiterte die (LS-)HZDS mit 4,3 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Ein Jahr zuvor hatte sie bei der Europawahl noch neun Prozent erhalten.

Samoobrona:

Die polnische Partei *Selbstverteidigung (Samoobrona)* entstand 1992 als vor allem in der Landwirtschaft verankerte Partei und vertrat eine betont nationalistische, gegen die Europäische Union, gegen Marktwirtschaft und Globalisierung gerichtete Politik. Sie wies positive Bezüge zur kommunistischen Ära auf und war pro-östlich ausgerichtet. Ihre Wählerschaft bestand vornehmlich aus (agrarischen) Wendeverlierern von rechts und links. Die Partei soll zwar gelegentlich mit rechtsextremistischen Gruppen zusammengearbeitet haben, völkische Vorstellungen prägten aber weder ihr Programm noch ihre Praxis. Gründer und Frontmann ist der ehemalige Landwirt Andrzej Lepper, ein provokanter Populist, der vor allem durch die Organisation gewalttätiger Proteste und durch die Beleidigung von Politikern auffiel. Die Samoobrona blieb bei den Parlamentswahlen 1993 und 1997 unter der Fünf-Prozent-Marke (2,8 % bzw. 0,1 %), gewann dann aber 2001 überraschend 10,2 Prozent und 53 Mandate und vier Jahre später nochmals 11,4 Prozent und 56 Mandate. 2006/07 war die Samoobrona Koalitionspartner der Kaczynski-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ und Lepper wurde Stellvertretender Ministerpräsident und Land-

wirtschaftsminister. Bei den Sejm-Wahlen 2007 stürzte die Partei auf 1,5 Prozent ab. Das Gros ihrer Anhänger/innen war offenbar zur Kaczynski-Partei gewechselt.

TB/LNNK:

Die *Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands* (*Latvijas Nacionālās Neatkarības Kustība*, LNNK) entstand 1988 als rechter Flügel der lettischen Unabhängigkeitsbewegung. Die *Vereinigung für Vaterland und Freiheit* (*Tevzemei un Brīvībai*, TB) wurde 1993 gegründet. 1997 fusionierten beide Parteien. Die TB/LNNK sprach sich für eine betont lettische nationale Identität aus und setzte sich für strenge Sprach- und Staatsbürgerschaftsgesetze ein. Zudem wehrte sie sich gegen die Naturalisierung von Personen ohne lettische Staatsbürgerschaft, was auf eine Diskriminierung von im Land lebenden nichtlettischen Ethnien, vor allem von Russen hinauslief. Dies kam auch darin zum Ausdruck, dass die Partei die Lettische Waffen-SS – Legion ehrte, die im Zweiten Weltkrieg an der Seite Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion gekämpft hatte. Die LNNK bzw. die TB/LNNK war seit 1995 immer wieder an Regierungen beteiligt, stellte vorübergehend 1997/98 sogar den Ministerpräsidenten, konnte sich mit ihren Forderungen aber kaum durchsetzen. Trotz ihres zunehmend gemäßigten Auftretens verlor sie kontinuierlich an Wählerresonanz (1993 18,8%; 2006 6,9%). 1994 spaltete sich von der LNNK übrigens die von dem deutschen Rechtsextremisten Joachim Siegerist ins Leben gerufene *Volksbewegung für Lettland* (*Tautas Kustība Latvijai*, TKL) ab, die bei den Wahlen 1995 aus dem Stand 15,0 Prozent erreichte, 1998 aber ebenso schnell mit 1,7 Prozent von der politischen Bühne verschwand.

c) Rechtsextremistische Parteien

Ataka:

Die bulgarische *Partei Ataka* (*Angriff*) entstand 2005 wegen der angeblichen Überfremdung des Landes („Entbulgarisierung“) durch Türken und Moslems. Gründer und Vorsitzender ist Volen Siderov. Die Partei vertritt einen harten Nationalismus (gegen die EU und die Nato, strikte außenpolitische Neutralität), der stark völkisch geprägt ist („Gebt Bulgarien den Bulgaren zurück!“). Ihre Vertreter/innen hetzen vor allem gegen Türken, Roma und Juden („Türken und Roma raus!“). Im Parteiprogramm wird Bulgarien ausdrücklich als „mononational“ bezeichnet. Zu den Parlamentswahlen 2005 formte Ataka eine Koalition gleichen Namens aus verschiedenen Gruppierungen des in Bulgarien starken rechtsextremistischen Lagers, die mit 7,9 Prozent 21 Mandate eroberte. Bei der Europawahl 2007 brachte es Ataka sogar auf 14,2 Prozent (3 Mandate).

Tabelle 17: Wahlergebnisse ausgewählter rechtsextremistischer Parteien bei nationalen Parlamentswahlen in Osteuropa seit 1990: Stimmenanteile (Mandate)

Jahr	Ataka (Bul)	Jobbik (Ung)	LPR (Pol)	MIÉP (Ung)	PRM (Rum)	SNS (Slo)	SPR- RSC (Tsch)
1990						13,9 (22)	
1991							
1992					3,9 (16)	7,9 (15)	6,0 (14)
1993							
1994				1,6 (-)		5,4 (9)	
1995							
1996					4,5 (19)		8,0 (18)
1997							
1998				5,5 (14)		9,1 (14)	3,9 (-)
1999							
2000					19,5 (84)		
2001			7,9 (38)				
2002				4,4 (-)		3,3 (-)	0,9 (-) ^{b)}
2003							
2004					13,0 (47)		
2005	7,9 (21)		8,0 (34)				
2006		2,2 (-) ^{a)}		2,2 (-) ^{a)}		11,7 (20)	
2007			1,3 (-)				
2008					3,2 (-)		
2009	9,4 (21)						
2010		16,7 (47)				5,1 (9)	

Parteinamen im Abkürzungsverzeichnis

a) Gemeinsame Liste von MIÉP und Jobbik

b) RMS

Wahlergebnisse 2009: Europawahl 12,0 Prozent (2 Mandate), Parlamentswahl 9,4 Prozent (21 Mandate). Dabei profitierte Ataka auch von der wachsenden Unzufriedenheit mit Korruption und Kriminalität im Land.

Jobbik:

Die *Bewegung für ein besseres Ungarn (Jobbik Magyarorszáért Mozgalom)*, kurz: Jobbik (auch „die Besseren“ bzw. „die Rechteren“) besteht seit 2003. Es handelt sich um eine faschistische Partei, die sich selbst in der Tradition der nationalsozialistischen Pfeilkreuzler sieht, die während der deutschen Besatzung 1944/45 in Ungarn herrschten und die NS-Vernichtungspolitik tatkräftig unterstützten. Die Partei vertritt einen großungarischen Nationalismus, fordert die Aufhebung des Vertrags von Trianon und die Wiedervereinigung der ungarischen Nation. Denn nach dem Ersten Weltkrieg habe man den Ungarn das Selbstbestimmungsrecht der Völker vorenthalten. Die Partei ist weiterhin antisemitisch und antiziganistisch. Bei den Wahlen 2006 kandidierte sie gemeinsam mit der ebenfalls stramm rechtsextremistischen Ungarischen Wahrheitspartei (MIÉP), was aber nur 2,2 Prozent der Stimmen einbrachte. Vier Jahre später wurde Jobbik mit 16,7 Prozent und 47 Mandaten drittstärkste Partei, nachdem sie bereits bei der Europawahl 2009 knapp 15 Prozent und drei Mandate erzielt hatte. Sie stützt sich auf rechtsextremistische Subkulturen (Skinheads u. a.) und auf die paramilitärische Ungarische Garde, die 2008 verboten, dann aber umgehend als Neue Ungarische Garde wieder gegründet wurde und als Saalschutz und Einschüchterungsinstrument gegen alles „Unungarische“, vor allem Juden und „Zigeuner“, dient.

LPR:

Die *Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin)* wurde kurz vor den Sejm-Wahlen 2001 gegründet und erreichte aus dem Stand 7,9 Prozent und 38 Mandate. Sie stützte sich nämlich auf die fundamentalistisch-katholische und antisemitische Bewegung um den von Pater Tadeusz Rydzik geleiteten Sender Radio Maryja. Die LPR vertrat ein ultrakatholisches Weltbild mit antisemitischen Tendenzen (Leugnung bzw. Verharmlosung des Holocaust), war antideutsch und gegen die Europäische Union eingestellt und zeigte panslawistische Neigungen. Ihr Nationalismus war allerdings nicht revisionistisch ausgerichtet. Über ihre militante Jugendorganisation „Allpolnische Jugend“ war die LPR gut mit neonazistischen Gruppierungen und rechtsextremistischen Subkulturen (Hooligans, Skinheads) vernetzt. Bei den Parlamentswahlen 2005 konnte die Partei ihr Ergebnis von 2001 halten und erzielte nun 8,0 Prozent und 34 Sejm-Sitze. 2006/07 war sie gemeinsam mit der Samoobrona Koalitionspartner der Kaczynski-Partei „Recht und Gerechtigkeit“. Der LPR-

Parteichef Roman Giertych wurde Stellvertretender Ministerpräsident und Bildungsminister. Bei den Sejm-Wahlen 2007 schmolz die Wählerschaft der LPR auf 1,3 Prozent ab. Vermutlich haben sich viele ihrer ehemaligen Anhänger/innen der Kaczynski-Partei zugewandt. Die LPR ist seit 2009 auch nicht mehr im Europaparlament vertreten, nachdem sie 2004 noch zehn Mandate (15,9 %) gewonnen hatte.

MIÉP:

Die Partei für *Ungarische Wahrheit und Ungarisches Leben* (*Magyar Igazság és Elet Pártja, MIÉP*) entstand 1993 als Abspaltung von zwölf Parlamentsabgeordneten des „Ungarischen Demokratischen Forums“. Die durch István Csurka geprägte Partei war damals die einzige politische Kraft, die großungarische Ziele (Bewahrung des Ungarntums, Grenzrevisionen) vertrat und den Beitritt zur EU bzw. zur Nato ablehnte. MIÉP gerierte sich extrem autoritär, nationalistisch, rassistisch, antiziganistisch und antisemitisch. Bei den Wahlen 1994 brachte es die Partei gerade einmal auf 1,6 Prozent. Vier Jahre später trat Csurka etwas gemäßigter auf und erreichte 5,5 Prozent und 14 Mandate. Bei den folgenden Wahlen 2002 und 2006 blieben dann parlamentarische Erfolge aus.

PRM:

Die *Partei für ein Großrumänien* (*Partidul România Mare, PRM*) wurde 1991 gegründet. Spiritus rector (aber nicht durchgängig Vorsitzender) war Corneliu Vadim Tudor. Ideologisch-programmatisch verkörpert die PRM eine Mischung aus Faschismus und Stalinismus. Ihr Nationalismus zielt auf ein „Großrumänien“ (Rumänien unter Einschluss von Bessarabien, der Nordbukowina und der Süddobrukscha). Sie ist rassistisch (ethnopluralistisch) und antisemitisch ausgerichtet, glorifiziert zugleich die Errungenschaften der kommunistischen Ära und drängt auf eine Hinwendung Rumäniens zu Russland und China. 2004 wandelte sich Tudor zwar vom Antisemiten zum Freund Israels, am Antisemitismus der Partei änderte sich jedoch kaum etwas. Als historische Vorbilder werden die Diktatoren Ion Antonescu (Gegner des Bolschewismus) und der kommunistische Staats- und Parteichef Nicolae Ceaușescu gewürdigt. Die PRM erzielte zunächst mäßige Wahlergebnisse, wurde 2000 aber mit knapp 20 Prozent und 84 Abgeordneten zweitstärkste Partei. Ursächlich dafür waren die durch heftigen Streit gelähmte Regierungskoalition, die Verschlechterung der Lebensbedingungen und die wachsende Politik- und Parteiverdrossenheit der Bevölkerung. Vier Jahre später schmolz die Zustimmung zur PRM wegen der erfolgreichen Arbeit der Regierung wieder ab, und 2008 scheiterte die PRM schließlich an der Sperrklausel. Sie ist jedoch noch im Europaparlament mit drei Mandaten (8,7 %) vertreten.

SNS:

Die *Slowakische Nationalpartei (Slovenská Národná Strana, SNS)* konstituierte sich 1990 und trat von Anfang an für die Eigenstaatlichkeit der Slowakei ein. Der separatistische Kurs bescherte der von dem populistischen und skandalträchtigen Ján Slota geführten Partei bei den Wahlen 1990 knapp 14 Prozent und 22 Mandate. Mit der staatlichen Eingeständigkeit der Slowakei fielen die Wahlergebnisse der nationalistischen und ethnozentristischen, vor allem gegen Ungarn und Roma auftretenden und mit rechtsextremistischen Skinheads verbundenen SNS bescheidener aus. Slota bemühte in seinen Reden oft faschistische Losungen und Begriffe und diskriminierte Homosexuelle. 1993–98 war die SNS Koalitionspartner der Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS), und 2006–10 war sie gemeinsam mit der LS-HZDS Koalitionspartner der sich als sozialdemokratisch verstehenden Partei „Smer“ (Richtung). Bei der Europawahl 2009 erreichte die SNS 5,6 Prozent und ein Mandat, bei der Wahl zum nationalen Parlament ein Jahr später 5,1 Prozent und neun Mandate. Sie schürt weiterhin, nun als Oppositionspartei, Ressentiments gegen den Staat Ungarn und gegen die ungarische Minderheit im eigenen Land. Denn die Slowakei war Jahrhundertlang Teil des Königreichs Ungarn, wo sich ihre Bewohner, insbesondere während der brutalen Magyarisierungspolitik Ende des 19. Jahrhunderts, als unterdrückte Minderheit empfanden. Daher stoßen antiungarische Parolen und Manifestationen auch heute noch auf großen Zuspruch bei vielen Slowaken. Beispielsweise wollte die SNS im Juni 2010 mitten in einer Hochburg der ungarischen Minderheit in der Slowakei ein Trianon-Denkmal errichten.

SPR-RSČ:

Die tschechischen Republikaner, die *Koalition für die Republik – Republikanische Partei der Tschechischen Republik (Sdružení pro Republiku – Republikánská Strana Československa, SPR-RSČ)*, wurden im Zuge des Systemwechsels 1989/90 von Miroslav Sládek gegründet. Es handelt sich um eine extrem nationalistische, grenzrevisionistische, rassistische, antisemitische und antiziganistische Partei. Sie sprach sich strikt gegen Zuwanderung aus, schürte Ressentiments gegen die (Sudeten-)Deutschen und propagierte zur Gewährleistung von innerer Sicherheit autoritäre staatliche Strukturen. Parlamentarische Erfolge erzielten die Republikaner nur in den neunziger Jahren (1992 6,0 %; 1996 8,0 %). Sie stützten sich auf neonazistische Gruppierungen und auf die in Tschechien besonders gewalttätige Skinhead-Szene. 2001 löste sich die Partei wegen interner Probleme und finanzieller Unregelmäßigkeiten auf. Nachfolgeorganisation wurden die *Republikaner Miroslav Sládeks (Republikáni Miroslava Sládka, RMS)*, die bei den Wahlen 2002 allerdings unter die Ein-Prozent-Marke fielen.

Internationale Zusammenarbeit

Obwohl alle nationalen Rechtsextremisten einer gemeinsamen Ideologie folgen, tun sie sich mit der internationalen Kooperationen schwer. Denn die gemeinsame Ideologie betont den Unterschied. Das wusste schon der ehemalige Vorsitzende der deutschen Republikaner Franz Schönhuber. Er schrieb im Jahr 2000:

„Das einzige, was viele rechte europäische Parteien gemeinsam haben, ist das, was sie trennt. [Für sie steht] der Erhalt der völkischen Substanz und die Unverletzbarkeit des nationalen Territoriums im Vordergrund.“

Am intensivsten wird noch die unverbindliche, informelle und zeitlich vielfach begrenzte, zumeist über das Internet vermittelte Kommunikation bzw. Kooperation über Ländergrenzen hinweg praktiziert, wie beispielsweise persönliche Kontakte, Veranstaltungsbesuche, Austausch von Literatur und Propagandamaterial, von Rednern und Autoren. Wichtige Anlässe für grenzüberschreitende Begegnungen stellen Tagungen und Kongresse zum Geschichtsrevisionismus, Pressefeste, Musikveranstaltungen und neuerdings die Antiislamkampagne dar.

Institutionalisierte Strukturen bilden eine Ausnahme. Initiativen zur Bildung einer faschistischen Internationale oder gar zur Gründung von supranationalen Parteien wurden bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gestartet. Sie scheiterten jedoch stets innerhalb kürzester Zeit. Seit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 gab es immer wieder, letztlich aber erfolglose Bemühungen, eine „Euro-Rechte“ zu formen. Und auch bei der institutionalisierten Zusammenarbeit der im Europäischen Parlament vertretenen rechtsextremistischen Parteien konnten völkisch-nationalistische Egoismen selten überwunden werden.

1984 bildeten die 16 rechtsextremistischen Abgeordneten unter Führung von Le Pen die „Fraktion der europäischen Rechten“. 1989 kam es zur Bildung einer „Technischen Fraktion der Europäischen Rechten“, an der aber nur die Abgeordneten des französischen Front National (FN), der deutschen Republikaner und des belgischen Vlaams Blok (VB) beteiligt waren. Der italienische Movimento Sociale Italiano (MSI) blieb wegen des Streits um die Zugehörigkeit von Südtirol außen vor (er unterstellte den Republikanern „Eindeutschungsabsichten“), und die Lega Nord (LN) zeigte überhaupt kein Interesse an einer Mitarbeit. Eine „normale“ Fraktion war unerwünscht, weil sie als zu stark bin-

dend empfunden wurde. 1994 und 1999 kam keine Fraktion zustande, weil die FPÖ und die italienische Alleanza Nazionale (AN) nicht mit „Extremisten“ kooperieren wollten.

Im Vorfeld der Europawahl 2004 verdichteten sich vor allem auf Initiative des FPÖ-Mitglieds Andreas Mölzer die Bemühungen um eine gemeinsame Kandidatur rechtsextremistischer Parteien. Sie blieben jedoch erfolglos. Eine gemeinsame Fraktion im Europaparlament konnte erst nach der Osterweiterung der EU gebildet werden. Im Januar 2007 entstand die Fraktion „Identität –

Tabelle 18: Mandatsgewinne von rechtsextremistischen Parteien bei Europawahlen^{a)}: Stimmenanteile (Mandate)

	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009
Belgien							
Front National				2,9 (1)			
Vlaams Blok/Belang			4,1 (1)	7,8 (2)	9,4 (2)	14,3 (3)	9,9 (2)
Lijst Dedecker							4,5 (1)
Bulgarien							
Ataka						14,2 (3)	12,0 (2)
Dänemark							
Fremskridtspartiet	5,8 (1)						
Dansk Folkeparti					5,8 (1)	6,8 (1)	15,3 (2)
Deutschland							
Republikaner			7,1 (6)				
Frankreich							
Front National		11,1 (10)	11,7 (10)	10,5 (11)	5,7 (5)	9,8 (7)	6,3 (3)
Griechenland							
Komma Proodeftikon	2,0 (1)						
Ethniki Politiki Enosis		2,3 (1)					
Laikos Orth. Synagermos ^{b)}						4,1 (1)	7,2 (2)

	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009
Italien							
Lega Nord ^{c)}			1,8 (2)	6,6 (6)	4,5 (4)	5,0 (4)	10,2 (9)
Alleanza Nazionale ^{d)}	5,5 (4)	6,5 (5)	5,5 (4)	12,5 (11)	10,3 (9)	11,5 (9)	
Fiamma Tricolore ^{e)}					1,6 (1)	0,7 (1)	
Alternativa Sociale						1,2 (1)	
Niederlande							
Partij voor de Vrijheid							17,0 (4)
Österreich							
Freiheitliche Partei Österreichs				27,5 (6)	23,4 (5)	6,3 (1)	12,7 (2)
Polen							
Liga Polskich Rodzin						15,9 (10)	
Rumänien							
Partidul România Mare ^{f)}						[5]	8,7 (3)
Slowakei							
Slovenská Národná Strana							5,6 (1)
Ungarn							
Jobbik							14,8 (3)
Vereinigtes Königreich							
British National Party							6,3 (2)
Summe Mandate	6	16	23	37	27	46	36

Deutsche Namen im Abkürzungsverzeichnis.

Anmerkungen zu Tabelle 18:

a) Einschl. der Ergebnisse der Nachwahlen in Ländern, die der EU zwischen zwei regulären Wahlterminen beigetreten sind.

b) LAOS: Laikos Orthodoxos Synagermos

c) 1989: „Alleanza Nord“, Bündnis verschiedener Legen, v. a. „Lega Lombarda“

d) Vor 1994: Movimento Sociale Italiano/Destra Nazionale (MSI/DN)

e) MSFT: Movimento Sociale Fiamma Tricolore

f) Nach dem Beitritt Rumäniens zur EU im Januar 2007 erhielt die PRM fünf Mandate im Europaparlament. Bei den Neuwahlen im November 2007 ging sie allerdings leer aus.

Tradition – Souveränität“ (ITS), an der der französische FN, der belgische VB, die FPÖ, der italienische Movimento Sociale Fiamma Tricolore (MSFT) und die ebenfalls italienische Alternativa Sociale (AS), die Großrumänienpartei (PRM) und die bulgarische Ataka beteiligt waren. Aber schon im November des Jahres brach die ITS auseinander: In Italien fanden damals massive Polizeieinsätze und pogromartige Ausfälle gegen Roma statt, weil eine Bürgerin des Landes von einem mutmaßlichen Roma aus Rumänien ermordet worden war. Daraufhin hetzte das ITS-Mitglied Alessandra Mussolini (AS) pauschal gegen alle Rumänen. Die PRM-Delegierten kritisierten daraufhin nicht etwa die Diskriminierung der Roma, sondern die Ausfälle der Duce-Enkelin gegen das Volk der Rumänen und kündigten ihre Mitgliedschaft in der Fraktion auf. Damit waren die formalen Voraussetzungen für die Bildung einer Fraktion im Europaparlament (19 Abgeordnete aus 6 Ländern) entfallen.

Nach der Europawahl 2009 war die Bildung einer Fraktion nicht möglich, weil sich fünf rechtsextremistische Parteien einer europakritischen Fraktion angeschlossen. Die restlichen 17 Abgeordneten (Ataka, BNP, FN, FPÖ, Jobbik, PRM und VB) erfüllten nicht die formalen Anforderungen für eine Fraktion (nun 25 Mitglieder aus sieben Ländern).

Ausblick

Wenn als Erfolgskriterium die parlamentarische Repräsentanz herangezogen wird, dann finden sich in 14 der hier betrachteten 27 europäischen Staaten⁵⁶ rechtsextremistische Parteien, die wenigstens bei zwei aufeinanderfolgenden nationalen Wahlen (auch Europawahlen) Parlamentssitze erworben haben. Fünf weitere Parteiensysteme weisen rechtsextremistische „Eintagsfliegen“ auf, also Parteien, die nur ein Mal in einem nationalen Parlament bzw. im Europaparlament vertreten waren. In den restlichen acht Ländern blieb rechtsextremistischen Parteien die parlamentarische Repräsentanz versagt. Erfolgreiche rechtsextremistische Parteien mit wenigstens geringer Kontinuität existieren mithin nur in der Hälfte der Staaten Europas. Und knapp ein Drittel dieser Staaten kennt überhaupt keine erfolgreichen rechtsextremistischen Parteien (Tabelle 19).

56 25 Mitgliedsstaaten der EU (also ohne Malta und Zypern) sowie Norwegen und die Schweiz.

Table 19: Parteiensysteme in der Europäischen Union^{a)} sowie in Norwegen und der Schweiz nach dem Ausmaß der parlamentarischen Erfolge von rechtsextremistischen Parteien seit 1972

Systeme mit häufigen Erfolgen rechtsextremistischer Parteien ^{b)}	Systeme mit gelegentlichen Erfolgen rechtsextremistischer Parteien ^{c)}	Systeme ohne Erfolge rechtsextremistischer Parteien ^{d)}
Belgien	Deutschland	Estland
Bulgarien	Großbritannien	Finnland
Dänemark (R)	Schweden	Irland
Frankreich	Spanien	Lettland
Griechenland	Ungarn	Litauen
Italien (R)		Luxemburg
Niederlande (R)		Portugal
Norwegen (R)		Slowenien
Österreich (R)		
Polen (R)		
Rumänien		
Schweiz (R)		
Slowakei (R)		
Tschechien		

a) Ohne Malta und Zypern

b) Rechtsextremistische Parteien erzielten seit 1972 bei wenigstens zwei aufeinanderfolgenden nationalen Wahlen (auch Europawahlen) Mandate

c) Rechtsextremistische Parteien erzielten seit 1972 bei wenigstens einer nationalen Wahl (auch Europawahl) Mandate

d) Rechtsextremistische Parteien erzielten seit 1972 bei keiner nationalen Wahl (auch Europawahl) Mandate

R Regierungsbeteiligung bzw. Tolerierung einer Minderheitsregierung

Ein West-Ost-Vergleich zeitigt interessante Einsichten:

- Jeweils in der Hälfte der 17 westeuropäischen und der zehn osteuropäischen Staaten finden sich Parteiensysteme mit häufigen Erfolgen rechtsextremistischer Parteien. Osteuropa ist diesbezüglich also keineswegs anfälliger als Westeuropa.
- Und wenn nur die acht Staaten betrachtet werden, wo rechtsextremistische Parteien an Regierungskoalitionen beteiligt waren oder Minderheitsregierungen toleriert wurden, dann beträgt das West-Ost-Verhältnis sechs zu zwei. In Westeuropa werden rechtsextremistische Parteien also wesentlich öfter an staatlicher Machtausübung beteiligt als in Osteuropa.
- Systeme ohne Erfolge rechtsextremistischer Parteien gibt es in vier westeuropäischen und in vier osteuropäischen Staaten. Das bedeutet, dass die Bürger/innen in 40 Prozent der osteuropäischen, aber nur in 24 Prozent der westeuropäischen Staaten keine Vertreter/innen von rechtsextremistischen Parteien in ihre nationalen Parlamente oder in das Europaparlament entsandt haben.
- Vergleicht man die Größenordnung der Stimmenanteile von rechtsextremistischen Parteien in West- und Osteuropa (Tabellen 16 u. 17), dann ergibt sich, dass in Osteuropa zweistellige Anteile die Ausnahme bilden. Allein die Großrumänienpartei (PRM) wurde zwei Mal nacheinander zweistellig. In Westeuropa kommen zweistellige Stimmenanteile wesentlich häufiger vor.
- Im Zeitverlauf scheinen die parlamentarisch erfolgreichen rechtsextremistischen Parteien in Osteuropa langsam an Resonanz zu verlieren. In den vergangenen fünf Jahren haben nur drei Parteien Mandate in den nationalen Parlamenten erhalten: die ungarische Jobbik, die Großrumänienpartei (PRM) und die Slowakische Nationalpartei (SNS). In Westeuropa waren es doppelt so viele.

Die Annahme, dass rechtsextremistische Parteien in Osteuropa besonders erfolgreich sind, weil sich die Gesellschaften dort in einem doppelten Umbruch befinden (Systemwechsel und Globalisierung), kann mithin nicht bestätigt werden.

Prognosen, die die Zukunft betreffen, sind bekanntlich besonders schwierig. Ein Blick auf die Entwicklung der erfolgreichen rechtsextremistischen Parteien vermittelt jedenfalls nicht den Eindruck, dass sie sich im Aufwind befinden. In Westeuropa wachsen bzw. stagnieren die Dänische Volkspartei (DF), die

norwegische Fortschrittspartei (FrP), die Schweizerische Volkspartei (SVP), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und die italienische Lega Nord (LN). Die Wahlergebnisse des französischen Front National (FN) und des belgischen Vlaams Belang (VB) sind rückläufig. In Osteuropa gedeihen derzeit nur die bulgarische Ataka und die ungarische Jobbik. Die übrigen in Tabelle 17 aufgeführten Parteien fristen entweder eine Randexistenz oder mussten – wie die slowakische SNS – heftige Einbußen hinnehmen. Auch die Ergebnisse zu den Europawahlen waren 2009 im Vergleich zu 2004 rückläufig (Tabelle 18).

Dabei ist allerdings zu bedenken, dass der Rechtsextremismus nicht nur aus politischen Parteien besteht. In fast allen Staaten Europas, gerade auch in Osteuropa, existieren militante rechtsextremistische Gruppierungen, teilweise sogar (uniformierte) paramilitärische Verbände und gewaltbereite subkulturelle Szenen. Sie machen das eigentliche Gefährdungspotenzial aus.

Begriffe

Im *amtlichen Sprachgebrauch* werden Bestrebungen als extremistisch bezeichnet, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes, gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben. Extremismus von rechts wurzelt nach allgemeiner Auffassung in nationalistischem und rassistischem Gedankengut und propagiert ein autoritäres Staatsverständnis sowie die Ideologie der Volksgemeinschaft.

Das Verständnis der *Sozialwissenschaften* von Rechtsextremismus ist umfassender als das der staatlichen Behörden. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht handelt es sich dabei um Einstellungen und Verhaltensweisen, deren oberste Richtschnur die Stärkung der staatlichen Ordnung und ihr Schutz vor inneren und äußeren Feinden darstellt. Übersteigter Nationalismus und eine feindselige Haltung gegenüber anderen Staaten und Völkern gehen Hand in Hand mit inneren Formierungs- und Gleichschaltungsabsichten. Rechtsextremismus lehnt die universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte ab. Sein gesellschaftliches Leitbild ist die angeblich der natürlichen Ordnung entsprechende, ethnisch homogene Volksgemeinschaft, in der Volk und Staat zum Reich verschmelzen, das durch eine starke, populäre Persönlichkeit (Führer) verkörpert wird. Die freiwillige Einordnung der Menschen in die Volksgemeinschaft und ihre Unterwerfung unter die Herrschaft des Staats entspricht der Neigung, die eigene Volksgruppe herauszuheben, andere Volksgruppen auszugrenzen, abzuwerten oder sogar zu beherrschen. Kurz: Beim Rechtsextremismus handelt es sich um völkischen Nationalismus.

Ziele und Kampagnen

Das Anliegen des Rechtsextremismus besteht darin, die staatliche Ordnung in einen völkischen Nationalismus zu transformieren, mithin einen Systemwechsel herbeizuführen. Die Notwendigkeit eines Systemwechsels, der eigene

Machtanspruch also, wird mit existenzgefährdenden äußeren oder inneren Bedrohungen gerechtfertigt, die propagandistisch überdramatisiert werden, damit sich in der Bevölkerung das Bedürfnis nach einem mächtigen Staat, einem omnipotenten Führer, nach einer autoritär-volksgemeinschaftlichen Problemlösung ausbreitet.

Der Rechtsextremismus bestreitet die Legitimation des bestehenden Systems. Er zielt auf seine Delegitimierung, indem er seine Werte, Verfassung, Strukturen, Institutionen und Führungsgruppen systematisch abwertet und verächtlich macht. Rechtsextremismus bedeutet den „totalen Angriff gegen Staat und Gesellschaft“ (Schwagerl), unabhängig davon, ob er sich wie die *Deutschnationalen* eher *systemkonformer* Methoden oder wie die *Neonazis* eher *systemwidriger* Methoden bedient.

Um einen Systemwechsel herbeizuführen, bedarf es einer hinreichenden Massenbasis, die durch politische *Kampagnen* und durch Bündnis- bzw. Sammlungspolitik mobilisiert werden soll. Die Kampagnen beziehen sich vor allem auf die Wiederherstellung des Deutschen Reichs, auf die Verharmlosung bzw. die Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus (Geschichtsrevisionismus), auf die angebliche Überfremdung des deutschen Volks, auf die politische und ökonomische Globalisierung und auf die Verteidigung des christlichen Abendlandes gegen den Ansturm der Muslime.

Ursachen

Hinsichtlich der Ursachen des Rechtsextremismus ist zunächst zwischen *individuellen* (Charaktermerkmale, Persönlichkeitseigenschaften) und *gesamtgemeinschaftlichen* Faktoren zu unterscheiden. Letztere lassen sich in mehr oder weniger konstante, längerfristig wirksame und in eher situative Faktoren aufteilen. Zu den *längerfristig wirksamen* Faktoren zählen vor allem die Fort- bzw. Nachwirkungen des Nationalsozialismus, die autoritären Dispositionen von Teilen der Bevölkerung und die Auswirkungen des sozialen Wandels und der Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse. *Situative* Faktoren erwachsen zumeist aus spezifischen Umbruchsituationen im ökonomischen, sozialen oder politischen Bereich, wobei entscheidend ist, ob die Umbrüche als gravierend wahrgenommen werden oder nicht.

Alle Erfolgsphasen des Rechtsextremismus stellen Begleiterscheinungen von spürbaren Einschnitten in der Entwicklung der Bundesrepublik dar. Dabei

mögen konjunkturelle oder strukturelle Krisen, Veränderungen in der politischen „Großwetterlage“, Machtwechsel oder Revisionen in wichtigen Bereichen der Innen- oder Außenpolitik eine Rolle spielen. Entscheidend ist, dass es sich immer um ein Geflecht von verschiedenen, in der Regel aber miteinander verknüpften Faktoren handelt.

Für das Individuum erfüllen rechtsextremistische Einstellungen und Verhaltensweisen bestimmte *Funktionen* bei der Bewältigung von Problemen, die sich aus ihrem sozioökonomischen Status ergeben (Orientierungshilfe, Identitätsbildung, Risikobewältigung etc.). Problematische Lebenslagen erzeugen oft Angst und Unsicherheit, die durch die Ausprägung spezieller Charaktermerkmale und Persönlichkeitseigenschaften bewältigt werden. Als zentrale Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus können die durch Charaktermerkmale vorstrukturierten und durch die zu bewältigenden Problemlagen geprägten Persönlichkeitseigenschaften angesehen werden. Die politische Kultur einer Gesellschaft beeinflusst als „intervenierende“ Variable die Charakterbildung und die Entwicklung von Persönlichkeitseigenschaften im Sozialisationsprozess einer Person.

Die individuellen und gesamtgesellschaftlichen Faktoren bestimmen die *Nachfrage* nach rechtsextremistischen Angeboten. Erfolg und Misserfolg des Rechtsextremismus hängen aber nicht nur von der Nachfrage, sondern auch von der Qualität des *Angebots* ab: vom Erscheinungsbild des Rechtsextremismus insgesamt, von seinem Personal- und Programmangebot, von seinem öffentlichen Auftreten und von seiner Medienresonanz.

Einstellungen

Da kein normiertes Verfahren zur Messung rechtsextremistischer Einstellungen besteht, liegen sehr unterschiedliche Befragungsergebnisse vor, die nicht miteinander vergleichbar sind. Folgende Trends lassen sich dennoch benennen: Seit der deutschen Einheit bis etwa Mitte der neunziger Jahre waren rechtsextremistische Einstellungen in Westdeutschland weiter verbreitet als in Ostdeutschland. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre fand ein Stimmungsumschwung statt. Nun erwiesen sich die Ostdeutschen anfälliger für Rechtsextremismus als die Westdeutschen. Im neuen Jahrtausend hat sich das rechtsextremistische Einstellungspotenzial etwas verringert. Derzeit dürfte es bei etwa zehn Prozent liegen. Widersprüchliche Angaben liegen bezüglich der neueren West-Ost-Relationen vor. Untersuchungen von Elmar Brähler und

Oliver Decker ermittelten für 2002 bis 2006 mehr rechtsextremistische Einstellungen im Westen als im Osten, 2008 herrschte Gleichstand und 2010 war der Osten stärker belastet als der Westen. Nach Oskar Niedermayer und Richard Stöss neigen die Ostdeutschen seit 1998 durchgängig stärker zum Rechtsextremismus als die Westdeutschen. Allerdings ist der Abstand geringer geworden. Im Jahr 2008 war der Anteil der rechtsextremistisch eingestellten Personen in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin genauso groß wie in den Südländern Bayern und Baden-Württemberg, nämlich 11 Prozent. Ein Vergleich älterer und neuerer Befunde rechtfertigt die These, dass sich der Rechtsextremismus seit den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts von einem Mittelschicht- zu einem Unterschichtphänomen entwickelt hat.

Wahlen und Wähler/innen

Die Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien folgen *politischen Konjunkturen*, die in erster Linie durch ökonomisch-soziale und/oder politisch-kulturelle Umbruchsituationen und durch geringe Integrationskapazität der etablierten Parteien charakterisiert sind. In der alten Bundesrepublik waren *drei Erfolgsphasen* zu verzeichnen: In den fünfziger Jahren profitierten vor allem die Deutsche Rechtspartei (DRP), die Deutsche Reichspartei (DRP) und die Sozialistische Reichspartei (SRP) von den tief greifenden ökonomischen, sozialen und politischen Problemen der unmittelbaren Nachkriegszeit, zwischen 1966 und 1968 wurde die NPD von der ersten Wirtschaftskrise der Bundesrepublik in sieben Landesparlamente getragen, und Ende der achtziger Jahre erzielten die DVU und vor allem die Republikaner infolge des sozialen und technologischen Wandels, der Massenarbeitslosigkeit und der Ausländer- bzw. Asylproblematik einige Mandate auf Landesebene (West-Berlin, Bremen) sowie im Europaparlament.

In den achtziger Jahren *verbesserten sich die längerfristigen Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus* in mehrfacher Hinsicht: Erstens wurde damals offenbar, dass sich die Bundesrepublik auf dem Weg in eine ernsthafte Krise befand. Das Ende des „goldenen Zeitalters“ des Kapitalismus deutete sich mit geringen Wachstumsraten, hoher Arbeitslosigkeit und der „Krise des Wohlfahrtsstaats“ an, und es wurden erste neoliberale Maßnahmen zum „Umbau des Sozialstaats“ und zur Deregulierung gesellschaftlicher Beziehungen ergriffen. Zweitens vollzog sich diese durch die Globalisierung forcierte krisenhafte Entwicklung mehr oder weniger intensiv in allen westeuropäischen Staaten und bewirkte fast überall die Blüte eines „neuen“ Rechtsextremismus. Rechtsextremismus wurde zur Normalität im Europa der EG bzw. EU.

Im vereinigten Deutschland fand der Aufschwung des (westdeutschen) Rechtsextremismus mit sporadischen Wahlerfolgen in Bremen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg seine Fortsetzung. In Ostdeutschland fielen die Wahlergebnisse auf nationaler Ebene bis Mitte der neunziger Jahre generell geringer aus als im Westen. Die *Trendumkehr* begann 1998 und setzte sich bis in die Gegenwart fort. Während rechtsextremistische Parteien im Westen 1996 letztmalig in einem Bundesland (Baden-Württemberg) die Fünf-Prozent-Hürde überwand, zog die DVU 1998 mit 16 Abgeordneten in den Landtag von Sachsen-Anhalt und 1999 und 2004 mit fünf bzw. sechs Abgeordneten in den Landtag von Brandenburg ein. Und 2004 gelang es auch erstmalig seit 1951 wieder einer neonazistischen Partei, Parlamentssitze zu erobern: In Sachsen wurde die NPD fast genauso stark wie die SPD und ist dort mit zunächst zwölf, seit 2009 mit acht Mitgliedern vertreten. 2006 rückte die NPD mit sechs Vertreter/innen auch in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ein.

Die Ursache für diese Gewichtsverlagerung dürfte in dem *dramatischen Stimmungswandel* zu finden sein, der sich nach der Bundestagswahl 1994 in Ostdeutschland vollzog. Während in der ersten Hälfte der neunziger Jahre Einheitseuphorie und Zukunftsoptimismus vorherrschten, breiteten sich nun Unzufriedenheit, Zukunftspessimismus und Systemverdrossenheit aus. Die Hoffnungen auf „blühende Landschaften“ wichen der frustrierenden Einsicht, dass der Osten einen doppelten Umbruch bewältigen muss: den sozialen und technologischen Wandel und die Globalisierung und überdies noch den Systemwechsel vom Sozialismus zur Marktwirtschaft, vom Stalinismus zur Demokratie.

Die *Gewichtsverlagerung von West nach Ost* bei den Wählern deckt sich mit der Entwicklung der rechtsextremistischen Einstellungen, die ebenfalls etwa seit Mitte der neunziger Jahre in Ostdeutschland stärker ausfallen als in Westdeutschland. Und auch die Sozialstruktur der Wähler/innen bestätigt den Befund, dass es sich beim Rechtsextremismus mittlerweile um ein Unterschichtphänomen handelt. Gegenüber Personen mit rechtsextremistischen Einstellungen weisen die Wähler/innen rechtsextremistischer Parteien aber Besonderheiten auf: Deutlich mehr Männer als Frauen votieren für Rechtsaußen-Parteien, und unter deren Anhänger/innen befinden sich besonders viele junge Leute.

Subkultureller Protest in Ostdeutschland

Das Fundament des ostdeutschen Rechtsextremismus wurde in der DDR gelegt. Der Staatssozialismus beförderte die Entstehung autoritärer, nationalistischer

und fremdenfeindlicher Orientierungen, geißelte den Neofaschismus in Westdeutschland und übersah dabei, dass sich im Zuge des sozialen Wandels und mit wachsenden Legitimationsdefiziten der SEDHerrschaft auch im „antifaschistischen Deutschland“ rechtsgerichtete Protestbewegungen entwickelten und zu *subkulturellen Milieus* verdichteten. Mit dem Fall der Mauer schwoll der Jugendprotest an, und die Milieus breiteten sich weiter aus.

Der Zusammenbruch der alten Ordnung bedeutete schließlich eine starke psychische Belastung für die Ostdeutschen. Er wurde oft als Verlust von Sicherheit und Geborgenheit, als Entwertung von Qualifikationen und Lebensleistungen, als Identitätskrise erfahren. Die ökonomisch-sozialen Folgen des Systemwechsels, der Niedergang der DDR-Wirtschaft, die Massenarbeitslosigkeit und die enttäuschten Hoffnungen auf eine rasche Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen potenzierten den Druck auf die Menschen. Das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung, nach Stabilität und Berechenbarkeit, nach Fürsorge und sozialer Gerechtigkeit breitete sich aus und verstärkte autoritäre und fremdenfeindliche Einstellungen. Insbesondere bei jungen Leuten steigerte sich die Unzufriedenheit bis hin zu aggressivem Hass und teilweise sogar bis zu roher Gewalt.

So erhielten die bestehenden Subkulturen seit 1990 massenhaften Zulauf. In Ostdeutschland entstand ein Flickenteppich aus Szenen, Gruppen und Cliques. Zwischen 1991 und 1993 erlebte die Bundesrepublik insgesamt ein Anschwellen der rassistischen Gewalt in einem bis dahin unvorstellbaren Ausmaß, wobei die Hälfte der Gewalttaten in Ostdeutschland verübt wurde. Nicht selten fanden die teilweise pogromartigen Aktionen gegen Ausländer/innen und Asylbewerber/innen den Beifall von Anwohnern oder Passanten. In bestimmten Regionen Ostdeutschlands besteht auch heute noch eine erhebliche Neigung, „(national) befreite Zonen“ hinzunehmen. Jedenfalls sind die gewaltbereiten Subkulturen in ein *latent rechtsextremistisches Umfeld* eingelagert.

Die weithin von Skinheads und deren Sympathisanten geprägten Subkulturen sind allerdings nicht fest strukturiert. Sie bestehen zumeist aus labilen Gruppen mit großer Fluktuation. Ihre Mitglieder verfügen nur ausnahmsweise über ein fest gefügtes rechtsextremistisches Weltbild. Sie sind selten politisch interessiert und neigen kaum zu verbindlicher Mitarbeit in Organisationen oder Parteien. Der genuine Ost-Rechtsextremismus kann als ideologisch gering fundiert, schwach organisiert, spontan und besonders aggressiv charakterisiert werden. Er war überwiegend subkulturell und bewegungsförmig orientiert. Dadurch unterschied er sich vom Rechtsextremismus im Westen, der traditio-

nell auf Organisation setzte. Rechtsextremistische Skinheads, Hooligans und Gewalttäter gab es auch im Westen, aber sie prägten das rechtsextremistische Lager nicht.

Organisationsvielfalt in Westdeutschland

Kennzeichnend für den Rechtsextremismus in Westdeutschland ist Organisation, genauer gesagt: Organisationsvielfalt. Bevorzugte Organisationsform ist die Partei. Daneben bestehen „überparteiliche“ Jugendorganisationen, politische, soziale und kulturelle Vereinigungen, Interessenverbände sowie Zeitschriften- und Buchverlage. Der hohe Institutionalierungsgrad kommt auch darin zum Ausdruck, dass regelmäßig Veranstaltungen, Kongresse, Leserreisen etc. stattfinden.

Die Parteien stehen zumeist in der Tradition des Weimarer Deutschnationalismus und bedienen sich weithin systemkonformer Praktiken. Oft verfügen sie über neonazistische Flügel, die jedoch nur über mäßigen innerparteilichen Einfluss verfügen. Rein neonazistische Parteien bilden die Ausnahme, zumal über ihnen ständig das Damoklesschwert eines Parteiverbots hängt.

Angesichts der Organisationsvielfalt macht die *Bündnis- bzw. Sammlungspolitik* einen wichtigen Teil der politischen Praxis der Parteien aus. Mit der 1964 gegründeten NPD war es erstmals gelungen, nahezu alle Parteien und politischen Organisationen unter einem Dach zu vereinigen. Nach einer kurzen Phase beträchtlicher parlamentarischer Erfolge zerfiel die Partei Anfang der siebziger Jahre, und die Organisationsvielfalt des rechtsextremistischen Lagers war wiederhergestellt.

Inhaltlich konzentrierte sich die Politik des Rechtsextremismus auf zwei Schwerpunkte: auf die *Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reichs* und auf die *Revisionismuskampagne*. Während Ersterer ohne nennenswerte Resonanz blieb, war Letzterer durchaus erfolgreich. Sie führte den Parteien zwar kaum Wähler/innen und den Organisationen kaum Mitglieder zu, aber sie verhalf den rechtsextremistischen Buch- und Zeitschriftenverlagen zu prächtigen Gewinnen.

Als sich Mitte der achtziger Jahre die Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus verbesserten und die kurz zuvor gestartete *Überfremdungskampagne* erste Früchte trug, profitierte davon nicht die NPD und auch nicht

die 1971 entstandene DVU, sondern eine neue Partei, die zunächst nicht im Verdacht des Rechtsextremismus stand: die 1983 mit großem Medienecho entstandenen Republikaner. Ihre Gründung ging auf die Unzufriedenheit rechter Kreise mit der Politik der CDU/CSU zurück, die 1982 in Bonn wieder an die Macht gelangt war. Man bemängelte, dass die versprochene „geistig-moralische Wende“ ausgeblieben sei und befürwortete eine konsequent rechtskonservative Partei, die den enttäuschten Unionsanhängern als Auffangbecken und Sprachrohr dienen sollte. Der organisatorische Aufbau wurde allerdings von Anfang an durch personelle, programmatische und strategische Auseinandersetzungen behindert. Im Kern ging es um den Konflikt zwischen eher rechtskonservativen, auf den rechten Flügel der Unionsanhängerschaft fixierten Funktionären einerseits und Verfechtern einer Sammlung bzw. Vereinigung aller rechtsextremistischen Kräfte andererseits.

Die DVU und die NPD sahen sich angesichts der neuen Konkurrenz zu Wahlabsprachen veranlasst. So zog die DVU mit Unterstützung der NPD 1987 – allerdings nur mit einem Mandat – in die Bremische Bürgerschaft ein. Damit hatte seit 1968 erstmals wieder eine rechtsextremistische Partei die Sperrklausel auf Landesebene überwunden. Die Republikaner unterlagen dem Bündnis aus DVU und NPD bei den Wahlen der Jahre 1987 und 1988, erzielten dann aber 1989 ihren Durchbruch. In Berlin erreichten sie 7,5 Prozent und elf Mandate, bei der Europawahl 7,1 Prozent und sechs Mandate. Noch niemals in der Geschichte Westdeutschlands wurde von einer rechtsextremistischen Partei ein derartig gutes Ergebnis auf nationaler Ebene errungen. (Die von der NPD unterstützte DVU brachte es nur auf 1,6%.)

Auf dem Zenit ihrer Entwicklung und am Vorabend des Falls der Mauer brachen unter den Republikanern nun wieder heftige innerparteiliche Kämpfe aus, und die kostenträchtige Niederlage der DVU bei der Europawahl schwächte das DVU/NPD-Bündnis erheblich. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien war übrigens in der NPD sehr umstritten und schief nach der Bundestagswahl 1990 (an der sich vereinbarungsgemäß nicht die DVU, sondern die NPD beteiligte) ein. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl mobilisierten Republikaner und NPD zusammen ganze 2,4 Prozent, wobei das Ergebnis im Westen (2,6 %) deutlich besser ausfiel als im Osten (1,6 %).

1989/90 befand sich der westdeutsche Rechtsextremismus aber nicht nur in organisatorischer, sondern auch in ideologisch-programmatischer Hinsicht in einer prekären Lage. Er hatte nämlich zunächst keine Antwort auf die Frage, was Nationalismus nach der Vereinigung beider deutscher Staaten noch bedeu-

ten könnte. Die Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete stellte jetzt nämlich eine absolut unrealistische und zudem unpopuläre Forderung dar.

Der gesamtdeutsche Rechtsextremismus

1989/90 trafen beide Spielarten des Rechtsextremismus aufeinander – der organisierte des Westens und der subkulturelle des Ostens. Die westdeutschen Organisationen, insbesondere Neonazis, NPD und Republikaner, witterten im expandierenden Rechtsextremismus der zusammenbrechenden DDR ein neues Rekrutierungsfeld und erklärten *Ostdeutschland* folglich zum *bevorzugten Aufmarschgebiet*.

Unmittelbar nach der Öffnung der Mauer bemühten sich daher Repräsentanten fast aller westdeutschen Organisationen, Anhänger und Mitglieder in der DDR zu gewinnen. NPD und Republikaner stießen bei Wahlen zunächst jedoch auf wenig Resonanz, von Landtagsmandaten waren sie weit entfernt. Die DVU begann vergleichsweise spät mit dem Parteaufbau und nahm überhaupt erst 1998 an Wahlen in Ostdeutschland teil.

Mit der Übertragung der westlichen Parteistrukturen auf den Osten war automatisch der *Export der ideologisch-programmatischen Konflikte und der persönlichen Rivalitäten* zwischen den Parteiführern verbunden. Die Geschichte des organisierten Rechtsextremismus in Ostdeutschland bestand dann zunächst auch weithin in der Bewältigung von Problemen, die aus dem Westen eingeschleppt worden sind. Den Richtungsstreit zwischen den Parteien sahen viele ostdeutsche Kameraden als Intrigenspiel westdeutscher Funktionäre an. Und auf die Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete legten die Ostdeutschen ebenso wenig Wert wie auf Vorträge über die „Auschwitz-Lüge“ oder über die Verantwortung der Briten für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. In den neuen Bundesländern hatte man andere Sorgen, aber dafür fehlte den Funktionären der West-Parteien vorerst noch die Sensibilität.

Während sich die Wahlparteien aus dem Westen auf den latenten Rechtsextremismus, auf das tolerante Umfeld der gewaltbereiten Subkulturen in Ostdeutschland konzentrierten, suchten die Neonazis aus dem Westen direkten Kontakt zu Skinheads, Hooligans und Faschos im Osten. Weil zwischen beiden durchaus Anknüpfungspunkte bestanden, kam es zunächst auch in größerem Umfang zu Kooperationen. Die Neonazis aus dem Westen verfügten aus früherer Zeit über Erfahrungen im Umgang mit derartigen Subkulturen,

hatten praktische Kenntnisse in der Durchführung von öffentlichen Aktionen, vor allem aber im Umgang mit Polizei und Verfassungsschutz, und sie brachten eine Programmatik mit, die nicht nur nationalistisch, sondern eben auch sozial, kapitalismuskritisch und antiwestlich ausgerichtet war und daher der Mentalität der jungen Leute aus den Subkulturen eher entsprach als die Programme der Altrechtlichen. So entwickelte sich eine symbiotische Beziehung, die es den westdeutschen Neonazis ermöglichte, das diffuse rechtsextremistische Weltbild ihrer Kameraden im Osten neonazistisch zu formen, Kader zu bilden und organisatorische Strukturen zu errichten.

Wegen der *tendenziell organisationsfeindlichen Mentalität in den Subkulturen* konnten die Neonazis ihr Ziel jedoch nur teilweise erreichen. Aber es ist ihnen gelungen, schlagkräftige kleine Kadergruppen mit geschulten Aktivisten aufzubauen, die durchaus in der Lage waren, für einzelne Vorhaben eine größere Anhängerschaft in den Szenen zu mobilisieren. So war ein außerordentlich gefährlicher Kern von militanten Neonazis entstanden, der durchaus den Grundstock für einen neuen Rechtsterrorismus hätte abgeben können, wäre er nicht durch *staatliche Repression* zerschlagen worden. Zwischen 1992 und 1994 sind acht rechtsextremistische Organisationen verboten worden, danach bis Ende 2006 weitere 17. In dem Maß, wie die staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen die Neonazis griffen, begann eine Strategiedebatte unter dem Stichwort „Organisation durch Desorganisation“. Durch dezentrale Organisation in autonomen Kameradschaften wollte man den Strafverfolgungsbehörden möglichst wenige Angriffsflächen bieten.

Ende der neunziger Jahre begann eine neue Etappe in der Entwicklung des gesamtdeutschen Rechtsextremismus. Ursächlich dafür war der erwähnte *Stimmungsumschwung* in der ostdeutschen Bevölkerung, der aber nur deshalb zu einer Gewichtsverlagerung des Rechtsextremismus von West nach Ost führen konnte, weil sich die rechtsextremistischen Wahlparteien in programmatischer und strategischer Hinsicht umorientierten.

Vorreiter der programmatisch-strategischen Umorientierung war die NPD. Bereits Mitte der neunziger Jahre hatten Bestrebungen der Partei, vor allem ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) eingesetzt, die Anhänger/innen der verbotenen neonazistischen Organisationen an sich zu binden und eine Avantgarderolle im Bereich der Subkulturen zu übernehmen. Mit der Wahl von Udo Voigt zum Parteivorsitzenden 1996 entwickelte sich die NPD von einer mehrheitlich nationalistisch-konservativen zu einer überwiegend neonazistischen (genauer: national- und sozialrevolutionären) Partei, die ihre Mitglie-

derschaft in Ostdeutschland innerhalb von zwei Jahren verfünffachen konnte. Ursächlich dafür war die Zurückstellung der Revisionismuskampagne zugunsten einer massiven Überfremdungskampagne, die sich Schritt für Schritt zu einer *Antiglobalisierungskampagne* ausweitete. Mehr noch in ihrer Propaganda als in ihrem neuen Parteiprogramm konzentrierte sich die NPD auf nationalistische und neorassistische Konzepte zur Lösung der sozialen Frage, die sie in zunehmend aggressiver Weise vertrat. Die strategische und programmatische „*Wesensverwandtschaft*“ der NPD mit dem *Nationalsozialismus* bildete dann auch ein gewichtiges Argument in dem 2001 eingeleiteten (dann aber gescheiterten) Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.

Anders als die organisatorisch aktive und öffentlich präsenze NPD ist die DVU auch in Ostdeutschland eine aus ihrer Münchener Zentrale gesteuerte „Phantompartei“, die in dem Ruf steht, vornehmlich den Geschäftsinteressen ihres Vorsitzenden, des millionenschweren Verlegers Dr. Gerhard Frey zu dienen. Das Verlagswesen von Frey stellt auch heute noch eine maßgebliche Säule der Revisionismuskampagne des Rechtsextremismus in Westdeutschland dar. Der Medienprofi gestaltet seine Wahlkämpfe als kommerzielle Propagandafeldzüge, zumeist ohne personelle Präsenz vor Ort. Aber auch Frey musste lernen, dass sich die Ostdeutschen bei Wahlen nicht mit typischer Westprogrammatis mobilisieren lassen und betrieb folglich ebenfalls die *Ethnisierung sozialer Probleme*. Die DVU ist zwar der deutschnationalen Strömung innerhalb des Rechtsextremismus zuzuordnen. Hinsichtlich der Aggressivität ihrer Kampagnen unterscheidet sie sich jedoch kaum von der NPD.

Jedenfalls gelang der DVU in Folge ihrer angepassten Propaganda 1998 der spektakuläre Wahlsieg in Sachsen-Anhalt, und 1999 sowie 2004 zog sie in den Landtag von Brandenburg ein. Ebenfalls 2004 erzielte die NPD ihr Aufsehen erregendes Wahlergebnis in Sachsen. Die Wahlkämpfe in Sachsen und Brandenburg 2004 wurden mit hasserfüllten und besonders populistischen Kampagnen gegen die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung und im Weiteren dann auch gegen die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik insgesamt durchgeführt und schürten dadurch die weit verbreitete Wut der Ostdeutschen über die angeblich ungerechten Hartz-Gesetze.

Die NPD als dominante Kraft im deutschen Rechtsextremismus

Die Erfolge der Parteien bei der Mitgliedermobilisierung in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre vermittelten zunächst den Eindruck, als fände in Ost-

deutschland eine Institutionalisierung des Rechtsextremismus und damit eine langsame Angleichung an die Verhältnisse im Westen statt. Tatsächlich war die Mitgliederentwicklung bei den Wahlparteien aber schon bald wieder rückläufig. Die DVU-Verluste beruhten auf den chaotischen Verhältnissen in der Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt, die bald zerfiel, und die NPD geriet anlässlich des Verbotsverfahrens in heftige Konflikte mit militanten Neonazis und gewaltbereiten Mitgliedern der rechtsextremistischen Subkulturen, die der Partei zunächst verstärkt den Rücken kehrten, später aber teilweise wieder in ihren Schoß zurück fanden. Aber auch eher deutschnational gesinnte Gegner einer Zusammenarbeit mit Neonazis scheinen die Partei verlassen zu haben.

Die Mitgliederverluste der Parteien im Westen wie im Osten wurden jedoch teilweise dadurch kompensiert, dass die sonstigen, vor allem neonazistischen Organisationen verstärkten Zulauf erhielten und dass das subkulturell verfasste Lager anwuchs. Der Mitgliederrückgang der rechtsextremistischen Parteien und der Bedeutungszuwachs systemfeindlicher Kräfte bilden den Hintergrund für die *Strategie einer „nationalen Volksfront“*, die die NPD im Sommer 2004 einleitete. Dabei handelt es sich um eine Doppelstrategie: Kooperation mit den anderen rechtsextremistischen Parteien und gleichzeitig verstärkte Einbindung von „freien“ Nationalisten, autonomen Kameradschaften und Mitgliedern aus den rechtsextremistischen Subkulturen. Die Zusammenarbeit mit anderen Parteien beschränkte sich zwar formal auf Wahlabsprachen mit der DVU („Deutschland-Pakt“). Tatsächlich profitierte die NPD aber auch von dem voranschreitenden Zerfall der Republikaner und von der Inaktivität der DVU, die völlig überaltert und durch die ungelöste Nachfolgefrage für den betagten Parteipatriarchen Frey gelähmt war.

Im Lager der Neonazis haben die Vorbehalte gegenüber einer Annäherung an die NPD deutlich abgenommen, weil man sich davon auch eine Perspektive für die eigene Zukunft verspricht. Die NPD zieht jedenfalls großen Nutzen aus der Zusammenarbeit mit Kameradschaften und „freien Kräften“: Ihre wachsenden Wähleranteile wären ohne deren tatkräftige Unterstützung bei Wahlkämpfen kaum möglich gewesen, und die Neonazis helfen der NPD auch bei ihrer alltäglichen Vorfelddarbeit. Alles in allem hat die NPD bislang enorm von ihrer (geschickten) „Volksfront-Strategie“ profitiert, was sich nicht zuletzt auch daran zeigt, dass ihre Mitgliederzahlen seit 2004 wieder zunehmen.

In dem Anfang 2005 unterzeichneten „Deutschland-Pakt“ zwischen DVU und NPD verpflichteten sich beide Parteien, nicht gegeneinander zu kandidieren und teilten die Wahlen unter sich auf. Dieses Übereinkommen wurde schon

bald von der NPD wegen der organisatorischen Schwäche und der politischen Inaktivität der DVU infrage gestellt. Sie selbst sah sich im Aufwind, nachdem sie 2006 mit 7,3 Prozent und sechs Mandaten in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eingezogen war. Überließ die DVU die Wahl in Thüringen 2009 noch freiwillig der NPD, so kandidierte die NPD 2009 absprachewidrig bei der Landtagswahl in Brandenburg gegen die DVU, woraufhin diese sich ebenso absprachewidrig gegen die NPD an der Bundestagswahl 2009 beteiligte. Damit war der „Deutschland-Pakt“ gescheitert. Das Ergebnis der Bündnispolitik der NPD ist dennoch positiv, weil sie inzwischen die mitgliederstärkste der rechtsextremistischen Parteien ist und als einzige noch über Parlamentsmandate verfügt.

Strategische Konflikte im gegenwärtigen Rechtsextremismus

Derzeit ist der Rechtsextremismus (mal wieder) mit einem Konflikt befasst, auf den er offenbar abonniert ist: Politische Opposition innerhalb des Systems oder politische Opposition gegen das System? Und dieser Konflikt tritt auch noch in zweifacher Gestalt auf. Hintergrund ist die Krise des parteiförmig organisierten Rechtsextremismus. Die DVU und die Republikaner sind auf kleine Restbestände zusammengeschmolzen und die NPD schwächelt. Den erhofften Einzug in den Landtag von Thüringen hat sie (wenn auch nur knapp) verfehlt, in Brandenburg erreichte sie nur einen Achtungserfolg (2,5 %), und in ihrer Hochburg Sachsen überwand sie 2009 nur mit Mühe und Not die Fünf-Prozent-Hürde (5,6 %).

In der NPD entzündete sich der Konflikt anlässlich ihrer Finanzskandale. Die Vertreter/innen eines moderaten, auf die Gewinnung neuer Wähler/innen bedachten Kurses um die Fraktionsvorsitzenden in Dresden und Schwerin, Apfel und Pastörs, wollten den Parteivorsitzenden Voigt ablösen. Der setzte sich auf dem Berliner Parteitag 2009 allerdings – gestützt auf die Neonazis, die er in die Partei geholt hatte – durch und verhinderte, dass auch nur ein prominentes Mitglied der Gruppe um Apfel und Pastörs in den neuen Parteivorstand gelangte. Dass dieser sich mit seinem Konzept der kompromisslosen Systemopposition auf längere Sicht behaupten kann, darf bezweifelt werden. Schließlich ist nicht die Ideologie der Partei strittig, sondern nur ihre Umsetzung in konkretes politisches Handeln.

Auf der zweiten Konfliktebene konkurrieren die NPD und die PRO-Gruppierungen. Während letztere einen gemäßigten Rechtsextremismus propagieren, der populistisch vor allem auf die Antiislammkampagne setzt und dabei die Kooperation mit rechtskonservativen Kreisen sucht, vertritt die NPD einen am

Nationalsozialismus orientierten völkischen Nationalismus und sieht ihre Bündnispartner eher bei den Neonazis, den „Freien Kräften“, den rechtsextremistischen Subkulturen und bei den Deutschnationalen in der DVU. Während die noch verbliebenen Republikaner eher mit den PRO-Gruppierungen sympathisieren, sind die Restmitglieder der DVU gespalten: Sie dürften sich teilweise der NPD, teilweise den PRO-Gruppierungen anschließen.

Rechtsextremismus im Wandel

Folgende Entwicklungen sind hervorzuheben:

- Wahl- und Einstellungsuntersuchungen über einen längeren Zeitraum hinweg stützen die These, dass sich der Rechtsextremismus seit den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts von einem Mittelschicht- zu einem Unterschichtphänomen entwickelt hat.
- Auf diese Entwicklung hat sich der Rechtsextremismus ideologisch-programmatisch eingestellt und die nationale mit der sozialen Frage zu einem „nationalen Sozialismus“ verbunden. Vorreiter waren die Neonazis in Ostdeutschland, bald darauf hat sich auch die NPD zu einer neonazistischen, national- und sozialrevolutionären Partei gewandelt, und selbst die DVU setzte in ihren Wahlkampagnen auf Sozialprotest. In wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht hat sich der Rechtsextremismus damit von ehemals kleinbürgerlich-mittelständischen Zielen auf kapitalismuskritische und gegen die Globalisierung gerichtete Ziele umgestellt.
- In der politischen Arbeit wurden die Ressourcen auf die Überfremdungskampagne und die Antiglobalisierungskampagne konzentriert, die Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reichs und die Revisionismuskampagne galten fortan als nachrangig.
- Der Organisationsgrad des Rechtsextremismus hat sich seit der deutschen Einheit stark verändert. Das Personenpotenzial ist bundesweit um 60 Prozent geschrumpft. Rückläufig waren vor allem die Mitgliederzahlen der DVU und der Republikaner, während die NPD etwas zulegen konnte. Deutliche Zugewinne verzeichneten die Neonazis und die Subkulturen.
- Bis 1997 war der Organisationsgrad für den Rechtsextremismus insgesamt in Westdeutschland größer als in Ostdeutschland. Seit 1998 ist die Belastung mit Rechtsextremisten im Osten höher als im Westen, und sie ist bis heute kontinuierlich angestiegen.

- Diese Gewichtsverlagerung von West nach Ost hat auch bei Wahlen stattgefunden. Bis Mitte der neunziger Jahre fielen die Zweitstimmenanteile der rechtsextremistischen Parteien in Westdeutschland besser aus als in Ostdeutschland. Seit 1998 sind die rechtsextremistischen Parteien ausnahmslos im Osten erfolgreicher als im Westen.
- Auch die Verbreitung von rechtsextremistischen Einstellungen war zunächst im Westen größer als im Osten. Seit 1998 wurden im Osten mehr rechtsextremistische Einstellungen gemessen als im Westen. Einige Untersuchungen sind allerdings zu dem Ergebnis gelangt, dass der Westen zwischenzeitlich die Nase vorn hatte. Übereinstimmend belegen alle Studien, dass das Einstellungspotenzial in den letzten Jahren leicht rückläufig ist.
- Infolge der Verringerung des Personenpotenzials und der internen Strukturveränderungen haben sich die Gewichte innerhalb des rechtsextremistischen Lagers deutlich von den systemkonformen zu den systemfeindlichen Kräften verschoben. Deren Anteil betrug 2009 in der Bundesrepublik insgesamt 78 Prozent, in den fünf neuen Ländern sogar 96 Prozent.
- Damit zusammenhängend hat sich auch die Organisationsform des Rechtsextremismus von eher parteiförmigen zu eher bewegungsförmigen bzw. subkulturellen Strukturen gewandelt. Dies gilt besonders für Westdeutschland. Aber auch in Ostdeutschland ist die Bedeutung von Szenen und Subkulturen – allerdings auf einem hohen Ausgangsniveau – gewachsen.
- Seit 1990 hat sich die rechtsextremistisch motivierte Kriminalität – bezogen auf die bekannt gewordenen Straftaten – verzehnfacht, von 1 900 auf 18 000 Delikte. Dafür zeichnen keineswegs nur die Neonazis, die „Freien Kräfte“ und erst Recht nicht die NPD-Mitglieder verantwortlich. Aber die Dominanz der systemfeindlichen Kräfte, ihre verbale Aggressivität und ihre Militanz tragen dazu bei, dass die Hemmschwellen generell sinken und Nachahmungstaten zunehmen.
- Insgesamt hat der Rechtsextremismus also quantitativ abgenommen, sein Gefährdungsgrad für die Demokratie ist aber dramatisch gewachsen.

Rechtsextremismus in Europa

Da über die Existenz von neonazistischen Gruppierungen und rechtsextremistischen Szenen bzw. Subkulturen in den Ländern Europas kaum hinreichende Informationen vorliegen, mussten wir uns auf die Betrachtung der politischen

Parteien in 27 europäischen Staaten beschränken. Darüber hinaus waren einige Hinweise auf die Verbreitung von fremdenfeindlichen Einstellungen möglich.

Um die Bedeutung des deutschen Rechtsextremismus im internationalen Vergleich zu beurteilen, wurden drei Typen von Parteiensystemen gebildet:

- Parteiensysteme ohne (parlamentarische) Erfolge rechtsextremistischer Parteien.
- Parteiensysteme mit gelegentlichen Erfolgen rechtsextremistischer Parteien. Diese Bedingung ist erfüllt, wenn rechtsextremistische Parteien seit 1972 wenigstens bei einer nationalen Wahl (auch Europawahl) parlamentarische Mandate errungen haben.
- Parteiensysteme mit häufigen Erfolgen rechtsextremistischer Parteien. Häufige Erfolge liegen vor, wenn rechtsextremistische Parteien seit 1972 mindestens bei zwei aufeinanderfolgenden nationalen Wahlen (auch Europawahlen) parlamentarische Mandate errungen haben.

Häufige rechtsextremistische Erfolge gab es in 14 europäischen Staaten, gelegentliche Erfolge weisen weitere fünf Staaten auf, und ohne parlamentarische Repräsentanz des Rechtsextremismus sind die restlichen acht Staaten geblieben. Deutschland zählt zu den Systemen mit gelegentlichen Erfolgen rechtsextremistischer Parteien: 1989 gelang den Republikanern der Einzug in das Europaparlament. Da dieses Ereignis vor über 20 Jahren stattfand, wird man Deutschland heute eher der Gruppe von Ländern zuordnen, die auf nationaler Ebene nicht durch parlamentarische Erfolge rechtsextremistischer Parteien gefährdet sind. In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, dass die rechtsextremistischen Parteien in den zehn EU-Staaten Osteuropas bei Wahlen keineswegs besonders erfolgreich sind. Das Gegenteil trifft zu: Die 17 westeuropäischen Parteiensysteme weisen häufiger Mandatsgewinne von rechtsextremistischen Parteien auf und dort sind sie auch häufiger an der Ausübung staatlicher Macht beteiligt als in den zehn osteuropäischen Systemen.

Hinsichtlich der Verbreitung von fremdenfeindlichen Einstellungen (Intoleranz gegenüber Minderheiten, Ablehnung von multikulturellen Gesellschaften) erzielt Deutschland deutlich überdurchschnittliche Werte. Allerdings liegen dazu nur Vergleichsdaten für die 15 EU-Staaten vor der Osterweiterung vor.

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus



Ziele der weltweiten Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. Als eine gemeinnützige, private, kulturelle Institution ist sie den Ideen und Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet. Die FES leistet Beiträge zur sozialen Demokratie

- durch politische Bildung, die ihre Grundwerte stärkt,
- durch die Förderung junger Wissenschaftler, die ihr verpflichtet sind,
- durch öffentliche Dialoge, die ihr politisch die Wege ebnen,
- durch Entwicklungszusammenarbeit, die globaler Gerechtigkeit dient,
- durch Forschung und Politikberatung, die ihre Grundlagen erforschen und vermitteln, und
- durch Brücken internationaler Kooperation, die zum Aufbau weltweiter Demokratie beitragen.

Größere Niederlassungen der Stiftung befinden sich in Bonn und Berlin. Daneben gibt es deutschlandweit Landes- und Regionalbüros sowie über 100 Einsatzorte im Ausland. Nähere Informationen zur FES finden Sie im Internet unter www.fes.de.

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus in Deutschland

Rechtsextremismus als dringliche Herausforderung für Demokratie und Menschenrechte erfordert ein wachsendes und kontinuierliches Engagement aller

Akteure unserer Gesellschaft. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus sowie fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen und für Demokratie stellt daher auch ein zentrales Arbeitsfeld der Friedrich-Ebert-Stiftung dar. Verschiedenste Arbeitseinheiten der FES bieten bundesweit Tagungen, Seminare und Ausstellungen an, die über Erscheinungsformen der extremen Rechten informieren und effektive Strategien für Demokratie und Zivilcourage aufzeigen. Gerade weil die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus lokalspezifisch geführt werden muss, ist dieser dezentrale Ansatz wichtig.

Die Notwendigkeit der kontinuierlichen Arbeit gegen Rechts unterstreicht die Friedrich-Ebert-Stiftung seit 2005 zudem durch ihr zentrales Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ in Berlin. Dieses begleitet aktuelle gesellschaftspolitische Debatten zum Thema aus bundespolitischer Perspektive, lädt Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft regelmäßig zu Konferenzen ein und trägt mit seinen Publikationen zum Fachdiskurs bei. Weiterhin dient es als zentraler Anlaufpunkt der Stiftung zum Thema Rechtsextremismus.

Einen Überblick über die Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus bietet das Internetportal www.fes-gegen-rechtextremismus.de.

Hier sind bundesweit sämtliche Veranstaltungen aufgeführt sowie alle Materialien der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus mit der Möglichkeit zum kostenlosen Download oder Bestellung gelistet.

Ausgewählte Publikationen



Decker, Oliver; Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2006.





Decker, Oliver; Rothe, Katharina; Weißmann, Marliese, Geißler, Norman/Brähler, Elmar: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer


und demokratischer Einstellungen. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2008




Decker, Oliver; Rothe, Katharina; Weißmann, Marliese, Geißler, Norman/Brähler, Elmar: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2008.


 Decker, Oliver; Brähler, Elmar: Bewegung in der Mitte. Rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2008.

 Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar: Die Mitte in der Krise. Rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2010. Hrsg. von Nora Langenbacher, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2010.


 Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Akademie (Hg.): Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen – NRW für Toleranz und Menschlichkeit. Bonn 2008.


 Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Hg.): Die Ursachen von Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien der Politik. Dokumentation einer Bürgerkonferenz. Berlin 2006.


 Grumke, Thomas; Klärner, Andreas: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2006.

 Korgel, Lorenz; Pauli, Bettina; Ziegenhagen, Martin (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechts-

extremismus – Handeln für Demokratie. Bonn 2008.

 Langenbacher, Nora; Molthagen, Dietmar: Rechtsextremismus? Nicht mit mir! Grundwissen und Handwerkszeug für Demokratie. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2008.

 Molthagen, Dietmar; Klärner, Andreas; Korgel, Lorenz; Pauli, Bettina; Ziegenhagen, Martin (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie. Bonn 2008.

 Roth, Roland: Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus. Hrsg. von Nora Langenbacher, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2010.

Kontakt

Nora Langenbacher
Projekt Auseinandersetzung mit dem
Rechtsextremismus

Forum Berlin
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Tel. 030/269 35-73 09
Fax 030/269 35-92 40
Mail forum.rex@fes.de



Abkürzungen

- AN** Alleanza Nazionale (Nationale Allianz)
- ANS** Aktionsfront Nationaler Sozialisten
- AS** Alternativa Sociale (Soziale Alternative) – Alessandra Mussolini
- B** Bundestagswahl
- Bdbg** Brandenburg
- Bel** Belgien
- BFC** Berliner Fußballclub
- BfV** Bundesamt für Verfassungsschutz
- Bln** Berlin
- BNP** British National Party (Britische Nationale Partei)
- BRD** Bundesrepublik Deutschland
- Bre** Bremen
- Bul** Bulgarien
- B-W** Baden-Württemberg
- By** Bayern
- BZÖ** Bündnis Zukunft Österreich
- C18** Combat 18 („Kampfgruppe Adolf Hitler“)
- CD** Compact Disc
- CDU** Christlich Demokratische Union Deutschlands
- CH** Schweiz (Confoederatio Helvetica)
- CSU** Christlich-Soziale Union
- DA** Deutsche Aktionsgruppen
- DA** Deutsche Alternative
- Dän** Dänemark
- DC** Democrazia Cristiana (Christliche Demokratie)
- DDD** Die Deutschen Demokraten bzw. Bund der Deutschen Demokraten
- DDR** Deutsche Demokratische Republik
- DF** Dansk Folkeparti (Dänische Volkspartei)
- DLVH** Deutsche Liga für Volk und Heimat
- DNVP** Deutschnationale Volkspartei
- DNZ** Deutsche National-Zeitung
- DRD** Demokratische Republikaner Deutschlands
- DRP** Deutsche Reichspartei
- DRP** Deutsche Rechtspartei

- DVLP** Deutsche Vaterlandspartei
- DVU** Deutsche Volkunion
- DVU** Deutsche Volkunion-Liste D[eu]schland]
- E** Europawahl
- EG** Europäische Gemeinschaft
- EP** Ethniki Parataxis (Nationale Front)
- EPEN** Ethniki Politiki Enosis (Nationale Politische Union)
- EU** Europäische Union
- EUMC** Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
- EW** Einwohner
- FAP** Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
- FDGO** Freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes
- FDJ** Freie Deutsche Jugend
- FDP** Freie Demokratische Partei
- FES** Friedrich-Ebert-Stiftung
- FI** Forza Italia (Vorwärts Italien!)
- FIDESZ** Fiatal Demokraták Szövetsége (Bund Junger Demokraten)
- FN** Front National (Nationale Front)
- FN** Fuerza Nueva (Neue Kraft)
- FPÖ** Freiheitliche Partei Österreichs
- Fra** Frankreich
- FrP** Fremskrittspartiet (Fortschrittspartei)
- FrP** Fremskrittspartiet (Fortschrittspartei)
- FUB** Freie Universität Berlin
- GdNF** Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front
- GG** Grundgesetz
- GMF** Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Einstellungssyndrom, dessen Kern Ungleichwertigkeit bildet)
- Gri** Griechenland
- Hbg** Hamburg
- He** Hessen
- HJ** Hitlerjugend
- HLA** Hamburger Liste für Ausländerstopp
- HNG** Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige
- IFA** International Freedom Alliance (Internationale Friedensallianz)

- IKG** Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (an der Universität Bielefeld)
- Ita** Italien
- ITS** Identität – Tradition – Souveränität (Fraktion im Europaparlament)
- Jobbik** Jobbik Magyarorszá-
gért Mozgalom (Bewegung für ein besseres Ungarn)
- JN** Junge Nationaldemokraten
- KP** Komma Proodeftikon (Fortschrittspartei)
- KPD** Kommunistische Partei Deutschlands
- KPMD-S** Kriminalpolizeilicher Meldedienst „Staatsschutz“
- LAOS** Laikos Orthodoxos Synagermos (Orthodoxe Volksbewegung)
- LDD** Lijst (Liste) Dedecker
- LN** Lega Nord (Liga Nord)
- LPF** Lijst (Liste) Pim Fortuyn
- LPR** Liga Polskich Rodzin (Liga der Polnischen Familien)
- (LS-)HZDS** (L'udová Strana-) Hnutie za Demokratické Slovensko ([Volkspartei-] Bewegung für eine Demokratische Slowakei)
- M-V** Mecklenburg-Vorpommern
- Mfs** Ministerium für Staatssicherheit
- MIÉP** Magyar Igazság és Elet Pártja (Partei für Ungarische Wahrheit und [Ungarisches] Leben)
- MSFT** Movimento Sociale Fiamma Tricolore (Sozialbewegung der dreifarbigen Flamme)
- MSI/DN** Movimento Sociale Italiano/Destra Nazionale (Italienische Sozialbewegung/Nationale Rechte)
- NA** Nationale Alternative
- NB** Nationales Bündnis Dresden
- NBL** (Fünf) Neue Bundesländer
- NEP** Nichterwerbspersonen
- NF** Nationalistische Front
- NF** National Front (Nationale Front)
- NHB** Nationaldemokratischer Hochschulbund
- NL** Nationale Liste
- Nie** Niederlande
- Nor** Norwegen
- NPD** Nationaldemokratische Partei Deutschlands
- NRW** Nordrhein-Westfalen

- NS** Nationale Sammlung
- NS** Nationalsozialismus
- Ns** Niedersachsen
- NSDAP** Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
- NVA** Nationale Volksarmee
- NyD** Ny Demokrati (Neue Demokratie)
- Öst** Österreich
- ÖVP** Österreichische Volkspartei
- OVG** Oberverwaltungsgericht
- OSZ** Otto-Stammer-Zentrum für Empirische Politische Soziologie am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin
- PCI** Partito Comunista Italiano (Kommunistische Partei Italiens)
- PDL** Popolo della Liberta (Volk der Freiheit)
- PDS** Partei des Demokratischen Sozialismus
- PMK** Politisch motivierte Kriminalität
- Pol** Polen
- PP** Partido Popular (Volkspartei)
- PRM** Partidul România Mare (Partei für ein Großrumänien)
- PVV** Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit)
- REP** Die Republikaner
- Rld-P** Rheinland-Pfalz
- RMS** Republikáni Miroslava Sládka (Republikaner Miroslav Sládeks)
- Rum** Rumänien
- S-A** Sachsen-Anhalt
- Sa** Sachsen
- SA** Sturmabteilung der NSDAP
- Saar** Saarland
- Sch** Schweden
- SD** Sverigedemokraterna (Schwedendemokraten)
- S-H** Schleswig-Holstein
- Slo** Slowakei
- SNS** Slovenská Národná Strana (Slowakische Nationalpartei)
- Spa** Spanien
- SPD** Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- SPÖ** Sozialdemokratische Partei Österreichs
- SPR-RSČ** Sdružení pro Republiku – Republikánská Strana Československa (Koalition für die Republik – Republikanische Partei der Tschechischen Republik)

- SRP** Sozialistische Reichspartei
- SS** Schutzstaffel der NSDAP
- SSS** Skinheads Sächsische Schweiz
- Stasi** Staatssicherheit der DDR
- SVP** Schweizerische Volkspartei
- TB/LNNK** Tevzemei un Brīvības/Latvijas Nacionālās Neatkarības Kustība (Für Vaterland und Freiheit/Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands)
- Thü** Thüringen
- TKL** Tautas Kustība Latvijai (Volksbewegung für Lettland)
- Tsch** Tschechien
- UKIP** United Kingdom Independence Party (Unabhängigkeitspartei Großbritanniens)
- UMP** Union pour la Majorité Présidentielle (Union für die Mehrheit des Präsidenten) bzw. Union pour un Mouvement Populaire (Union für eine Volksbewegung)
- Ung** Ungarn
- VB** Vlaams Blok (Flämischer Block); seit 2004: Vlaams Belang (Flämisches Interesse)
- VdU** Verband der Unabhängigen
- VSBD** Volkssozialistische Bewegung Deutschlands
- WASG** Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

ISBN 978-3-86872-565-0



www.fes-gegen-rechtsextremismus.de